

PARTEIENDIALOGUE UND
-KOOPERATIONEN DER
KAS IN ASIEN



Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers
Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Redaktion

Dr. Stefan Friedrich, Dr. Kristina Eichhorst, Dr. Karsten Grabow,
Dr. Peter Hefele, HA Internationale Zusammenarbeit der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Assistenz

Tim Kallweit

www.kas.de

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2010, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.
Printed in Germany.*

INHALT

7 | VORWORT

9 | EINLEITUNG: PARTEIEN UND DEMOKRATIE IN ASIEN

13 | I. SÜDLICHER KAUKASUS UND ZENTRALASIEN

14 | 1. AFGHANISTAN

19 | 2. ARMENIEN

24 | 3. GEORGIEN

30 | 4. KASACHSTAN

33 | II. SÜDASIEN

34 | 1. INDIEN

42 | 2. PAKISTAN

46 | 3. DIE SOUTH ASIAN ASSOCIATION FOR REGIONAL
COOPERATION (SAARC) – KURZINFORMATIONEN ZU
DEN LÄNDERN DER SAARC UND ZUR KAS-REGIONAL-
KOOPERATION

49 | III. SÜDOSTASIEN

50 | 1. INDONESIA

57 | 2. KAMBODSCHA

61 | 3. MALAYSIA

65 | 4. OST-TIMOR

69 | 5. PHILIPPINEN

73 | 6. SINGAPUR

76 | 7. THAILAND

81 | 8. VIETNAM

86 | 9. PARTEIENFÖRDERUNG IM RAHMEN DES RECHTSSTAATS-
PROGRAMMS ASIEN

89 | IV. OSTASIEN

90 | 1. VR CHINA

96 | 2. JAPAN

100 | 3. REPUBLIK KOREA

105 | 4. MONGOLEI

111 | V. PARTEIENZUSAMMENARBEIT DER KAS IN ASIEN: FALLGRUPPEN UND MASSNAHMEN

123 | ANHANG

VORWORT

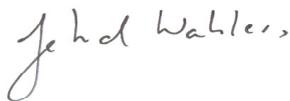
Politische Parteien stehen im Zentrum nahezu aller politischen Systeme. Insbesondere für die Entwicklung und Festigung der pluralistischen Demokratie sind sie unverzichtbar. Generell nehmen Parteien eine Brückenfunktion zwischen der Zivilgesellschaft und den Institutionen des Staates wahr. Sie formulieren politische Zielvorstellungen und bieten den Bürgern eine Möglichkeit zur aktiven Mitwirkung an Entscheidungsprozessen. Sie stellen in der Regel die Kandidaten für öffentliche Ämter auf, nehmen an Wahlen teil und ihre Vertreter gelangen – je nach Wahlerfolg – in Schlüsselpositionen des politischen Systems. Kurz gesagt: Ohne Parteien kann die Demokratie nicht organisiert werden. Wer sich in der Förderung der Demokratie engagiert, muss sich auch mit politischen Parteien beschäftigen. Deshalb zählen die wertorientierte Zusammenarbeit mit und die Förderung von demokratischen Parteien zu den Schwerpunkten der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seit über 40 Jahren setzt sich die KAS in Asien für die Entwicklung demokratischer und rechtsstaatlicher Verfahren und Institutionen ein. Es zählt zu unserem politischen Grundverständnis, dass Entwicklung und Verankerung der Demokratie nur durch starke demokratische Parteien, Parteilichkeit und demokratische Parteienkonkurrenz zu erreichen sind.

In Asien sind die Bedingungen für die Herausbildung und Dauerhaftigkeit demokratischer und programmatisch fundierter Parteien jedoch nicht immer günstig. Anhaltende Armut, kriegerische Auseinandersetzungen, geringe Durchsetzungsfähigkeit staatlicher Behörden, verbreitete Korruption, die Folgen jahrzehntelanger Bürgerkriege oder autoritärer Gewalt Herrschaft sowie ein starkes Gefälle des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsstandes zwischen den Ländern Asiens stellen für die Herausbildung und Verstetigung demokratischer Normen und Institutionen erhebliche Hindernisse dar. Aus diesen Gründen konzentrieren sich die Bemühungen der Demokratieförderung, also auch der Parteienförderung, weniger auf die engere Zusammenarbeit mit einer begrenzten Anzahl von Parteien pro Land, sondern vor allem darauf, die politischen, wirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, unter denen sich demokratische Parteien und demokratisch gefestigte Parteiensysteme überhaupt entwickeln können. Im Vordergrund stehen Dialogveranstaltungen mit Spitzenpolitikern über Grundlagen der Demokratie, z.B. in Form des Rechtsstaatsdialogs, und des Parlamentarismus, Parlaments- und Parlamentarierberatung sowie Veranstaltungen mit führenden Vertretern von demokratisch orientierten Parteien zur Bedeutung politischer Parteien und den Grundlagen der Parteiendemokratie.

Die vorliegende Broschüre versammelt Beiträge, die von den Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung in Asien auf zwei Fachkonferenzen (Kuala Lumpur, Februar 2009 und Almaty, Juni 2009) zum Thema „Parteienkooperationen“ vorgestellt worden sind. Sie geben einen Überblick über aktuelle Entwicklungen der Parteien und Parteiensysteme in 19 Projektländern der KAS aus ganz Asien sowie über Maßnahmen der Stiftung im Bereich der Parteienzusammenarbeit und -förderung. Ich danke allen Beteiligten für ihre Analysen.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Dr. Klaus W. Lippold MdB für seine engagierte Mitwirkung an der Fachkonferenz in Kuala Lumpur. Seine Regionalkenntnis und seine Erfahrungen haben entscheidend dazu beigetragen, den Kontakt der deutschen politischen Entwicklungszusammenarbeit zu politischen Entscheidungsträgern in Malaysia auszubauen. Bedanken möchte ich mich auch beim amtierenden Direktor des Instituts für Asienstudien des *German Institute of Global and Area Studies* (GIGA) in Hamburg, Herrn PD Dr. Patrick Köllner, sowie dem Südostasienspezialisten des GIGA, Herrn Dr. Andreas Ufen, die die Fachkonferenzen wissenschaftlich begleitet und dabei wichtige Impulse aus Sicht der politikwissenschaftlichen Forschung eingebracht haben. Ein besonderer Dank geht zudem an den Teamleiter Asien, Herrn Dr. Stefan Friedrich, für die inhaltliche Vorbereitung beider Fachkonferenzen sowie an die Ausrichter, Herrn Dr. Thomas Knirsch (Malaysia) und Herrn Dr. Gregor Ryssel (Kasachstan) für die hervorragende Organisation und Durchführung. Dank gebührt schließlich auch dem für die internationale Parteienzusammenarbeit zuständigen Projektreferenten in der Zentrale der KAS, Herrn Dr. Karsten Grabow, sowie den Auslandsmitarbeitern Dr. Colin Dürkop und Winfried Weck für die Auswertung der Länderberichte und das Aufzeigen differenzierter Ansätze der künftigen Parteienkooperation der KAS.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

EINLEITUNG: PARTEIEN UND DEMOKRATIE IN ASIEN

Die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen in den Einsatzländern der Konrad-Adenauer-Stiftung in Asien sind überaus heterogen. Auf der einen Seite haben wir es mit hochentwickelten Industrieländern und etablierten Demokratien wie Japan und Südkorea zu tun. Auf der anderen Seite steht Afghanistan, das sich nach anfänglichen Demokratisierungs- und Entwicklungserfolgen nach dem Sturz des Taliban-Regimes in einem Zustand zunehmender Destabilisierung befindet. Dazwischen liegen Schwellenländer wie Indien, das zwar einerseits als vollständig entwickelte Demokratie gilt und als Atom- und Weltraummacht Spitzentechnologie beherrscht, andererseits aber erhebliche soziale Disparitäten aufweist; autoritäre Systeme wie China, das aufgrund seiner Wirtschafts- und Finanzkraft zu den drei großen Weltimperien des 21. Jahrhunderts gezählt wird (Khanna 2009), gleichzeitig aber – zumindest außerhalb der großen Metropolen – durch bäuerliche Subsistenzwirtschaft gekennzeichnet ist; malade Staaten wie Pakistan, das in einem Geflecht aus Korruption und bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen der Oligarchie und ihren islamistischen Herausforderern unterzugehen droht; die postsowjetischen Republiken im Kaukasus und in Zentralasien, die gleichermaßen um politische Unabhängigkeit von Russland, politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung ringen oder diese Ambitionen aufgegeben haben; sowie die Länder Südasiens, für die ebenfalls ein erhebliches Gefälle hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsgrade festzuhalten ist.

Malaysia und v.a. Singapur weisen hohe Wachstumsraten und einen ebensolchen Grad an sozioökonomischer Entwicklung auf, sind aber keine im politikwissenschaftlichen Sinne ausgereiften Demokratien.¹

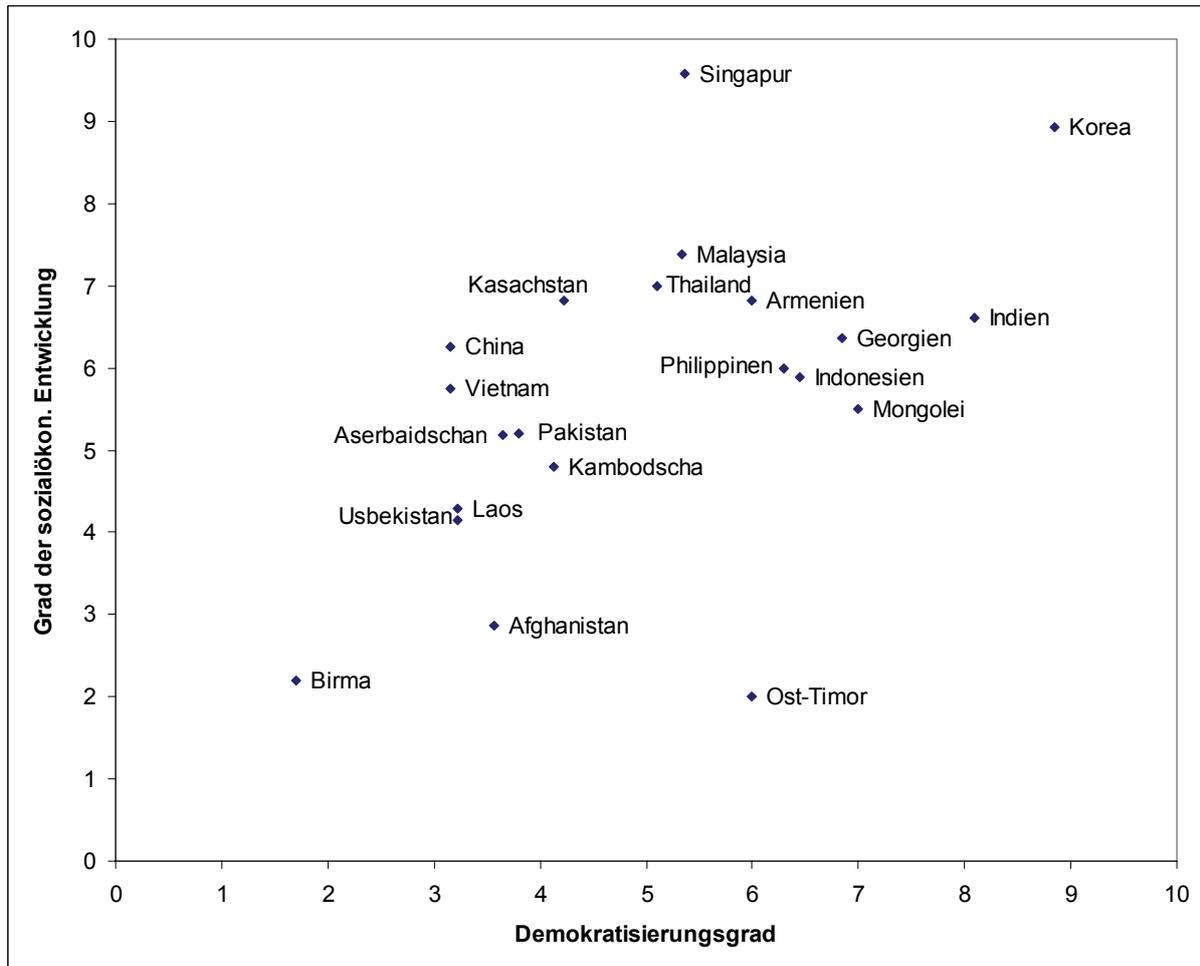
Daneben stehen Länder, die mit zumindest teilweise funktionierenden demokratischen Institutionen auch Entwicklungserfolge verzeichnen können (Indonesien, Philippinen), wengleich es auch hier bisher kaum gelungen ist, die gravierende Ungleichheit in der Einkommensverteilung und massenhafte Armut zu lindern. Mit Vietnam und insbesondere mit Kambodscha gibt es in Südasiens zudem Länder, die nach langen Phasen von (Bürger)Krieg und kommunistischer Ein-

parteienherrschaft zwar einerseits zaghafte Ansätze für demokratische und marktwirtschaftliche Reformen zeigen (Vietnam), wirtschaftlich und sozialökonomisch allerdings noch immer schwach entwickelt sind (v.a. Kambodscha). Ost-Timor wiederum ist erst seit wenigen Jahren ein unabhängiger Staat und kämpft nach verheerenden Unruhen während der Unabhängigkeitsbestrebungen von Indonesien um die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie und um sozialökonomische Entwicklung (siehe Abbildung 1, Seite 10).

Aber auch dann, wenn wir die beiden OECD-Länder im Fernen Osten, wo sich die Aktivitäten der KAS neben der Vertiefung demokratischer Werte (Korea) hauptsächlich auf die Förderung von Wirtschafts- und außenpolitischer Zusammenarbeit und regionaler Kooperation erstrecken, für einen Moment beiseite lassen und uns in dieser Auswertung vor allem auf die Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer Asiens konzentrieren, in denen die Konrad-Adenauer-Stiftung Projekte zur politischen Bildung und Demokratieförderung durchführt, bleibt festzuhalten, dass die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen sehr unterschiedlich gestaltet sind.

Mit Ausnahme Japans, Koreas und Indiens gelten die Staaten Asiens in der Demokratieforschung als Länder im gleichermaßen unvollendeten wie unsicheren Übergang zur Demokratie, als „labile“ oder „defizitäre Demokratien“ oder als „hybride Systeme“, die in der Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie angesiedelt sind (Merkel u.a. 2003: 105ff.; Bertelsmann Stiftung 2008). Hinsichtlich der aggregierten Indikatoren der Demokratieentwicklung schneiden nach den beiden OECD-Mitgliedsländern und Indien die Mongolei, Georgien, Indonesien und die Philippinen im aktuellen Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) am besten ab (vgl. Abbildung 1, x-Achse), auch wenn die vier letztgenannten keineswegs als voll entwickelte Demokratien aufgefasst werden können. Die übrigen Länder liegen im Mittelfeld des BTI-Samples (Malaysia, Singapur, Thailand), in der Gruppe der Staaten mit zum Teil „gravierenden Demokratiedefiziten“ (alle anderen) oder in der Gruppe der sogenannten „failed states“ (Birma/Myanmar).

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen politischer und sozioökonomischer Entwicklung in Asien



$r = 0,52$

x-Achse = Demokratisierungsgrad, Wertebereich {0,10}; 0 = nicht entwickelt; 10 = voll entwickelt; Demokratisierungsgrad/Bertelsmann-Index der politischen Transformation besteht aus fünf Einzelindikatoren: Staatlichkeit/Territorialfrage; Grad/Möglichkeiten der politischen Teilhabe der Bevölkerung; Stand der Rechtsstaatlichkeit; Stabilität der demokratischen Institutionen; politische und soziale Integration der Bevölkerung.

y-Achse = Grad der sozialökonomischen Entwicklung, Wertebereich {0,10}; 0 = nicht entwickelt; 10 = voll entwickelt; Bertelsmann-Index besteht aus neun Einzelindikatoren: Grad der sozialökonomischen Entwicklung; Organisation und legale Regulierung der Märkte; Währungs- und Preisstabilität; Privateigentum; wohlfahrtsstaatlicher Entwicklungsstand; allgemeine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit; Nachhaltigkeit.

Quelle: eigene Darstellung nach Bertelsmann Stiftung (2008); Ost-Timor: Einschätzung durch KAS.

Auch wenn Methode² und Reihenfolge derartiger Demokratierankings im Einzelfall strittig sein können, bleibt festzuhalten, dass die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie nach westlichem Vorbild in Asien keineswegs flächendeckend institutionalisiert ist. Die Mehrzahl der KAS-Einsatzländer in Asien weist zum Teil gravierende Abweichungen vom Ideal der rechtsstaatlichen Demokratie auf. Auffälligste Demokratiedefekte sind nach Auffassung der Beobachter aus Forschung und Praxis der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit v.a. Herrschaftsmonopole durch (post)kommunistische Parteien, erhebliche Mängel in der Gewaltenteilung und -kontrolle, Einschränkungen

bürgerlicher Freiheitsrechte (Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit), anhaltende Verletzungen rechtsstaatlicher Grundsätze, Fehlverhalten der Eliten (Korruption, Patronage) oder eine nur schwach ausgeprägte und politisch wenig organisierte Zivilgesellschaft.

Derartige Merkmale gelten auch für die politischen Parteien. Zahlreiche Parteien sind nicht als zivilgesellschaftliche Organisationen „von unten“ heraus entstanden, sondern wurden – häufig in autoritären Phasen – von Eliten geschaffen, unter anderem, um den Anschein eines gewissen Pluralismus zu erwecken.

Mit Ausnahme der kommunistischen Parteien ist das programmatische Profil in den meisten Fällen schwach ausgeprägt. Die Parteien sind in der Regel weniger Orte der politischen bzw. ideologischen Sozialisierung der Wähler, sondern dienen häufig eher der kulturell-religiösen oder ethnischen Mobilisierung. Vielfach sind sie Wahlkampfplattformen für die politischen Kandidaten und werden von Eliten für eigene Zwecke instrumentalisiert, was durch den Präsidentialismus in den meisten Ländern Asiens noch verstärkt wird. Oftmals weisen die Parteien auch Mängel hinsichtlich der innerparteilichen Demokratie auf. Zentrale Lenkung, Stimmenkauf u.a. Abweichungen von idealer innerparteilicher Demokratie sind keine Seltenheit, letztere wird von der jeweils bestehenden Gesetzeslage auch kaum eingefordert. Mitgliedschaft, Mitgliederstatus und Parteienfinanzierung sind häufig nicht klar bestimmt bzw. wenig transparent. Trotz teilweise flächendeckender Organisation und für europäische Verhältnisse zum Teil ungewöhnlich hoher Mitgliederzahlen – wobei die Definitionen von „Parteimitgliedschaft“ teils extrem divergieren – gelten Parteien in Asien *insgesamt* als vergleichsweise gering institutionalisiert³, wenig demokratisch und nicht selten als (H)Orte von Korruption.

Ausnahmen finden wir allerdings an den geographischen Rändern des Kontinents: Einerseits in Georgien, wo sich mit der Christlich Demokratischen Bewegung (CDM) eine Partei entwickelt, die sich an den Grundsätzen der rechtsstaatlichen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft orientiert und die zudem stark um programmatische Vertiefung als christlich-demokratische Partei bemüht ist und andererseits in Ost-Timor. Im Unterschied zu den übrigen Ländern Südostasiens nimmt dort ein Parteiensystem Konturen an, das trotz der ursprünglichen Übermacht der linksgerichteten revolutionären Unabhängigkeitsbewegung *Frente Revolucionária do Timor Leste Independente* (FRETILIN, Revolutionäre Front für ein unabhängiges Ost-Timor) durchaus das Parteienspektrum europäischer Demokratien widerspiegelt. Dies hängt zum einen mit der portugiesischen Kolonialgeschichte zusammen, die hinsichtlich ihrer religiösen und kulturellen Ausprägung eine vergleichsweise homogene Bevölkerung geformt hat, die sich nahezu ausschließlich zum katholischen Glauben bekennt. Zum anderen wirkte sich auch der jahrzehntelange Freiheitskampf gegen die indonesische Besatzungsmacht und seine Manifestation in der FRETILIN prägend aus. Das Parteienspektrum umfasst daher sozialistische und sozialdemokratische Parteien auf der einen sowie – in deutlich geringerem Umfang – christlich-demokratische und konservative Parteien auf der anderen Seite.

Bis auf diese wenigen Ausnahmen herrschen in den Entwicklungs-, Transformations- und Schwellenländern Asiens jedoch überwiegend ungünstige Bedingungen für die Entwicklung von demokratischen Parteien, die den Grundwerten der Konrad-Adenauer-Stiftung nahe stehen. Dennoch zählen die wertorientierte Zusammenarbeit mit und die Förderung von demokratischen Parteien zu den Schwerpunkten der internationalen Arbeit der KAS, nicht nur in Asien. Wir sind davon überzeugt, dass die aktive Teilnahme der Bürger an der Gestaltung ihres Gemeinwesens, faire Repräsentation gesellschaftlicher Interessen und gemeinwohlorientierte Regierungsführung nur in, bzw. durch demokratisch verfasste Parteien, Parteienvielfalt und demokratische Parteienkonkurrenz zu erreichen sind. Parteienförderung ist daher ein wichtiger Bestandteil aller Maßnahmen, die der Herausbildung und Entwicklung demokratischer Institutionen, Verfahren und Werte dienen. In Asien bedeutet Parteienförderung allerdings in den meisten Fällen, dass die Aktivitäten der Stiftung darauf zielen, zur Entwicklung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Entstehung demokratischer Parteien und Parteiensysteme beizutragen.

Die folgenden Länderberichte geben über Inhalt und Instrumente der Parteilinienzusammenarbeit und -förderung ebenso Auskunft wie über die aktuellen Entwicklungen der Parteien und Parteiensysteme in den Projektländern der KAS in Asien. Obwohl die Berichte in erster Linie der internen Projektsteuerung dienen, möchten wir sie auch der interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen. Die politischen Stiftungen können dank ihres dichten Netzes an Auslandsbüros zeitnah und sachkundig über aktuelle politische Entwicklungen berichten. Einige Länder, wie die Mongolei, Ost-Timor oder die früheren Sowjetrepubliken in Zentralasien stehen häufig nicht im Mittelpunkt von politikwissenschaftlicher Forschung und Berichterstattung. Diese Broschüre ist somit auch eine Quelle für Wissenschaftler und politische Entscheidungsträger. Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

Dr. Stefan Friedrich
Teamleiter Asien

Dr. Karsten Grabow
Projektreferent für internationale Parteilinienzusammenarbeit

- 1| *Singapur könnte zwar als Beleg dafür gelten, dass ein hohes Maß an wirtschaftlicher Entwicklung auch ohne voll entwickelte Demokratie nach westlichen Vorstellungen möglich ist. In aggregierter Perspektive unterstreichen jedoch die Anordnung der Länder in Abbildung 1 und der positive Korrelationskoeffizient den grundsätzlichen Zusammenhang zwischen demokratischer und sozialökonomischer Entwicklung.*
- 2| *Zu beachten ist auch, dass die Daten des BTI bei Erscheinen in der Regel etwa zwei Jahre alt sind. So beziehen sich die Angaben des BTI 2008 auf den Zeitraum 2005-2007.*
- 3| *Zum Konzept der „Institutionalisierung“ politischer Parteien s. Köllner (2006: 11ff.).*

I. SÜDLICHER KAVKASUS UND ZENTRALASIEN

1. AFGHANISTAN

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die politischen Rahmenbedingungen Afghanistans wurden durch den Verfassungsgebungsprozess, der mit der Verfassungsverabschiedung durch die große Ratsversammlung (*Loya Jirga*) am 4. Januar 2004 endete, elementar geprägt. Afghanistan ist eine Islamische Republik, ein unabhängiger, unitarischer und unteilbarer Staat mit einem präsidentiellen Regierungssystem. Der afghanische Staat besteht aus 34 Provinzen, die sich in 329 Bezirke unterteilen. Sie werden von einem von der Zentralregierung in Kabul ernannten Gouverneur verwaltet.

Gemäß Artikel 3 der Verfassung darf kein Gesetz dem Glauben und den Bestimmungen der heiligen Religion des Islam widersprechen. Faktisch wurde damit das islamische Strafrecht, die *Scharia*, wieder eingeführt. Dieser Artikel sorgte in der Vergangenheit und Gegenwart aufgrund seiner oftmals drastischen Anwendung (Pressefreiheit, Menschen-, Minderheiten- und Frauenrechte) für politische Spannungen.

Der Staatspräsident ist gemäß Artikel 60 der afghanischen Verfassung das Staats- und Regierungsoberhaupt sowie der Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er führt seine Aufgaben in den Bereichen der Exekutive, der Legislative und der Judikative nach Maßgabe der Bestimmungen der Verfassung aus. Zu seinen Befugnissen gehören u.a. die Benennung des Kabinetts sowie die Besetzung von Positionen im Militär, der Polizei und Provinzregierungen mit der Zustimmung des Parlaments. Nach Artikel 61 der Verfassung wird er direkt vom Volk mit 50% der abgegebenen Stimmen für eine Dauer von fünf Jahren gewählt. Wenn kein Kandidat die absolute Mehrheit für sich verbuchen kann, erfolgt zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmenanteilen in einem zweiten Wahlgang eine Stichwahl. Der Bewerber um das Amt des Staatspräsidenten verkündet mit seiner Kandidatur zugleich die Namen seiner Vizepräsidenten. Der erste Vizepräsident handelt in Abwesenheit, beim Rücktritt oder im Todesfall des Präsidenten. Der zweite Vizepräsident handelt in Abwesenheit des

ersten Vizepräsidenten. Nach zwei Amtszeiten ist dem Präsidenten eine erneute Kandidatur verwehrt. Ein Präsidentschaftskandidat muss mindestens 40 Jahre alt, Moslem und afghanischer Staatsbürger sein.

Die afghanische Legislative besteht aus zwei Kammern, die sich mit dem britischen Unter- und Oberhaus vergleichen lassen: der *Wolesi Jirga* (Haus des Volkes) und der *Meschrano Jirga* (Haus der Älteren). Die *Wolesi Jirga* umfasst insgesamt 249 Parlamentssitze, wobei 68 Sitze für Frauen und zehn für die Minderheit der *Kuchi-Nomaden* vorbehalten sind. Die *Meschrano Jirga* besteht aus 103 Mitgliedern, die zu je einem Drittel (34 Sitze) von den Provinzräten, den Distrikträten und dem Staatspräsidenten bestimmt werden. Die vom Staatspräsidenten nominierte Gruppe besteht zur Hälfte aus weiblichen Kandidaten. Die Legislaturperiode beträgt fünf Jahre.

Die afghanische Judikative setzt sich aus dem *Stera Mahkama* (Oberster Gerichtshof), dem Berufungsgericht und Gerichten für bestimmte Zuständigkeiten zusammen. Der *Stera Mahkama* besteht aus neun Richtern, die vom Staatspräsidenten für eine Amtszeit von zehn Jahren nominiert und vom Parlament bestätigt werden. Richter müssen ein Mindestalter von 40 Jahren erreicht haben, dürfen keiner politischen Partei angehören und müssen einen Abschluss in Jura oder islamischer Rechtsprechung vorweisen. Der *Stera Mahkama* hat zudem die Befugnisse eines Verfassungsgerichts.

In Afghanistan kommt das Wahlsystem der Nicht-übertragbaren Einzelstimmgebung (*Single Non-Transferable Vote*, SNTV) zur Anwendung. Die Provinzebene dient hierbei als Mehrmannwahlkreis, in dem die Kandidaten um die Mandate konkurrieren, die der Provinz zugestanden wurden. Die Mandatsträger werden also durch direkte Wahl bestimmt, wobei die Anzahl der Sitze im Verhältnis zur Einwohnerzahl der jeweiligen Provinz stehen. Sind in einer Provinz fünf Mandate zu vergeben, werden diese auf die fünf Kandidaten mit den meisten Stimmen verteilt. Eine spezifische Besonderheit des afghanischen Wahlsystems ist des-

sen Frauenquote: Unabhängig vom Wahlergebnis erhalten mindestens zwei weibliche Abgeordnete pro Provinz Einzug ins Parlament.

Eine staatliche Parteienfinanzierung gibt es in Afghanistan bislang noch nicht. Viele Parteien sowie Mandatsträger haben daher unterschiedliche Einnahmequellen. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der generierten Einnahmen aus dem Drogengeschäft, der Korruption, der Kooperation mit Milizen und dergleichen stammt. Vereinzelt mag es auch Sachspenden und eine Finanzierung über Mitgliedschaftsgebühren geben. Dies sind aber Einzelfälle. Es verwundert, dass manche unabhängige Kandidaten mehrere Millionen US-Dollar für Wahlkampfkampagnen ausgeben können, obwohl sie eidesstattlich zuvor angaben, umgerechnet nur wenige tausend Euro zu besitzen. Der amtierende Staatspräsident ist diesbezüglich keine Ausnahme.

PARTEIENSYSTEM¹

Das afghanische Parteiensystem entstand in den 1930er Jahren in Folge der Bildungsreform König Amanullahs. Zahlreiche afghanische Intellektuelle schlossen sich in organisierten Gruppen zusammen, die sich schließlich zu einer Reformistenbewegung etablierten konnte. Viele dieser „ersten Pioniere“ wurden später ins Parlament gewählt und prägten in den 1940er Jahren den in Afghanistan erstmalig verwendeten Begriff „Partei“. Im Jahr 1947 mündete diese Entwicklung in ein Manifest namens *Wesh Dzalmian*, das sich mit „Erwachte Jugend“ übersetzen lässt. Aus dieser recht locker organisierten Bewegung wurde von 22 jungen Schriftstellern aus Kandahar, Nangarhar und Kabul am 27. Mai 1948 eine Partei gegründet, die über ein Programm, regelmäßige Sitzungen, eine Mitgliedschaft, eine verfassungstreue Satzung verfügte und die Notwendigkeit von freien Wahlen und Bürgerechten propagierte. Die zweite demokratische Periode begann Anfang der 1960er Jahre mit der von König Zahir Shah in Auftrag gegebenen Verfassung von 1964. Bei der Parteienentwicklung etablierten sich nun moderate, linke, konservative und islamische Parteien. Die bei der sogenannten April-Revolution am 27. April 1978 durch die *People's Democratic Party of Afghanistan* (PDPA) erfolgte politische Machtübernahme sowie die spätere Invasion der sowjetischen Armee im Dezember 1979 erzeugten eine automatische Aufwertung der vorhandenen islamischen Parteien. Am 6. Juli 1987 wurde unter Präsident Najibullah ein Parteiengesetz mit dem Ziel der Etablierung eines kontrollierten Mehrparteiensystems verabschiedet, auf dessen Grundlage sich bis Juli 1988 insgesamt sieben Parteien registrieren

ließen. Dieses Zeitfenster kann als dritte demokratische Phase beschrieben werden. Nach dem Fall der Najibullah-Regierung und dem Beginn der intrafraktionellen militärischen Auseinandersetzungen war kein Raum mehr für politische Parteien gegeben. Afghanistan geriet in einen blutigen Bürgerkrieg. Politisch wie militärisch trat die Talibanbewegung ab 1994 in Erscheinung, doch schon vorher trug sie zur Entstehung eines tadjikisch-dominierten Antagonisten bei. Am 13. Juni 1997 wurde die *Vereinigte Islamische Front für die Errettung Afghanistans* gegründet, die später als *Nordallianz* Berühmtheit erfuhr. Die vierte demokratische Periode begann in der Post-Taliban-Ära mit dem im Jahr 2003 verabschiedeten Parteiengesetz.

Das afghanische Parteiensystem in der Post-Taliban-Ära kann als besonders schwach ausgeprägt bezeichnet werden: Parteien spielen im politischen Prozess des Landes kaum oder eine nur untergeordnete Rolle. Dies lässt sich auf verschiedene Faktoren zurückführen, von denen ein zentraler das oben beschriebene Wahlsystem ist. Das Prinzip der nicht-übertragbaren Einzelstimmgebung ermöglicht, dass mehrere Kandidaten derselben Partei miteinander um die zu vergebenen Mandate konkurrieren. Im Ergebnis stärkt das Wahlsystem durch die direkte Wahl die Einzelkandidaten und trägt zugleich zu einer strukturellen Schwächung der politischen Parteien bei. Da das Wahlsystem zudem keine landesweite proportionale Sitzverteilung vorsieht, ist nicht garantiert, dass die Partei, die landesweit die meisten Stimmen erhalten hat, auch die meisten Mandate erhält. Tritt ein solcher Fall ein, kann dies in einem politisch sensiblen Land wie Afghanistan zu einem Glaubwürdigkeitsproblem der politischen Elite und einer Legitimationskrise des gesamten politischen Systems führen.² Es schwächt zudem ebenfalls die Bedeutung von Parteien im politischen Wettbewerb. Gerade in einem jungen Staat, dessen demokratisches System erst im Entstehen begriffen ist, erscheinen starke Parteistrukturen aber als besonders wichtig. Sie bilden eine zentrale Voraussetzung, um inhaltliche Debatten führen zu können, Interessenaggregation und -artikulation zu ermöglichen, kompetente politische Eliten zu rekrutieren, sich vom traditionellen Patronagesystem zu lösen und Korruption einzuschränken – um nur einige Gründe zu nennen. Eine Reform des afghanischen Wahlsystems bis zu den afghanischen Parlamentswahlen im Jahr 2010 scheint damit dringend geboten, aber kaum noch realisierbar.

Einer Stärkung des Parteiensystems steht jedoch nicht nur das aktuelle Wahlsystem entgegen. Problematisch erscheint vielmehr auch das negative Image, das politischen Parteien in Afghanistan anhaftet. Der Begriff

„Partei“ ist auf Grund der kommunistischen Regierungszeit und des Bürgerkriegs mit äußerst negativen Eindrücken belegt. Verstärkt wurde diese negative Konnotation zusätzlich durch zentrale politische Akteure wie bspw. Präsident Hamid Karzai, der seit 2002 wiederholt argumentierte, dass politische Parteien pauschal für die seit 1978 entstandenen Bürgerkriegswirren verantwortlich seien. Auch Stammestraktionen und ethnische Gebundenheit zahlreicher Vereinigungen stehen einem effektiven Parteiensystem, das sich entlang inhaltlicher Positionierungen bildet, entgegen. Das negative Image wird belegt durch den Sachverhalt, dass wesentlich mehr Parlamentsangehörige einer Partei angehören als offiziell angegeben, dies aber der Öffentlichkeit gegenüber verleugnen. Ein Wechsel zu einem reinen Proporzsystem, das einen starken Bedeutungszuwachs der Parteien zur Folge hätte, erscheint daher ebenfalls als problematisch, da hierbei ein Akzeptanzdefizit zu erwarten wäre. Einen möglichen Kompromiss könnte daher ein Mischsystem darstellen, das Majorz- und Proporzsysteme miteinander kombiniert und durch festgelegte Quoten sowohl Raum für unabhängige als auch für parteilich gebundene Kandidaten ließe.

Die faktische Schwächung der politischen Parteien durch das geltende Wahlsystem schränkt die Partizipationsmöglichkeiten der afghanischen Bevölkerung enorm ein und kann mittel- bis langfristig als Risiko für den gesamten demokratischen Entwicklungsprozess interpretiert werden. Diese Problematik wurde schon bei den ersten freien Parlamentswahlen³ am 18. September 2005 von vielen internationalen Beobachtern und nationalen Akteuren bemängelt, aber leider nicht behoben. Den europäischen Bestrebungen im Vorfeld der Parlamentswahlen, das afghanische Wahlsystem in ein Verhältniswahlsystem umzuwandeln, war kein Erfolg beschieden. Vielmehr wurde die negative Wirkung des Wahlsystems zusätzlich durch das afghanische Wahlgesetz verstärkt, das für die Parlaments- und Provinzratswahlen im Jahr 2005 keine Parteilisten, sondern nur Einzelbewerber vorsah. Auch durften die Kandidaten ihre Parteizugehörigkeit auf dem Wahlzettel nicht angeben. Im Ergebnis enthielt bspw. der Wahlzettel in der Provinz Kabul 18 Seiten mit abgebildeten Passfotos der über 600 Kandidaten, ihren Namen und eines von 6.000 nach dem Zufallsprinzip verlosteten Symbolen. Selbst informierten Wählern wurde damit Transparenz und taktisches Wählen nahezu unmöglich gemacht, zumal rund 70% der Bevölkerung des Lesens und Schreibens nicht mächtig sind. Nach Statistiken der Vereinten Nationen waren bei den Parlamentswahlen lediglich 12% von insgesamt 2.381 Kandidaten mit Parteizugehörigkeit registriert. Unabhängig hiervon konnten die Wahlen als

erfolgreich bezeichnet werden: Für die 249 Sitze des Parlaments stellten sich 2.800 Kandidaten, hiervon 330 Frauen, zur Wahl, für die Provinzräte über 3.000. Es ließen sich 12,7% der rund 30 Millionen Afghanen als Wähler registrieren. Trotz zahlreicher Anschlagsdrohungen gingen schließlich 6,8 Millionen stimmberechtigte Bürger wählen – dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 53,5%.

Die erste Regierungsbildung 2005/2006 erfolgte chaotisch, und oftmals scheiterten in den Folgejahren mehr als zehn Kabinettsmitglieder bei der Vertrauensfrage der *Wolesi Jirga*. Mehrmals sah sich Präsident Karzai gezwungen, sein Kabinett wegen Korruptionsskandalen, Rücktritten und Vertrauensfragen umzustellen. Zahlreiche Regierungs- und Parlamentsmitglieder waren in die unrühmliche Zeit des Bürgerkriegs verwickelt und erschwerten damit zusätzlich den Identifikationsprozess der Wähler mit Regierung und Volksvertretung. Die immer weiter zunehmende Korruption im Regierungsapparat führte darüber hinaus zu einer weiteren Distanzierung der Zivilgesellschaft von Staats- und Volksvertretern.

Auch im Zuge der Präsidentschaftswahlen im Oktober 2004 und im August 2009 wurde die Marginalisierung der politischen Parteien deutlich. Vorausgegangen war den ersten freien Wahlen im Jahr 2004 eine langwierige Verzögerung der Verabschiedung eines Parteiengesetzes, dessen Entwurf bis September 2003 zurückgehalten wurde. Parteien konnten sich so nicht rechtzeitig für die Präsidentschaftswahlen vorbereiten. Die geringe Bedeutung und das negative Image der Parteien wurde auch im Präsidentschaftswahlkampf deutlich: Karzai, der aus beiden Wahlen als Sieger hervorging (wenn auch im Jahr 2009 aufgrund von Vorwürfen der Wahlmanipulation äußerst umstritten), legte in seinen Wahlkämpfen großen Wert darauf, als unabhängiger Kandidat in Erscheinung zu treten. Gleiches galt für seine Konkurrenten. So verfügten im Wahlkampf 2004 nur drei der übrigen 22 Präsidentschaftskandidaten über eine offizielle Parteimitgliedschaft. Dieser Trend setzte sich 2009 fort.

Neben den beschriebenen strukturellen Defiziten weist die afghanische Parteienlandschaft zudem massive inhaltlich-programmatische Defizite auf. Das Parteiensystem ist politisch fragmentiert und polarisiert. Temporäre Koalitionen stehen in der Regel bei allen größeren politischen Entscheidungsprozessen auf der Tagesordnung. Da Staatspräsident Karzai keiner afghanischen Partei angehört, gibt es demnach im klassischen Sinne keine Regierungspartei und auch keine Regierungskoalition zwischen Parteien, sondern lediglich ein flexibles, zweckpragmatisches Bündnis zwischen

unabhängigen Parlamentariern. Diese können Parteien angehören, müssen es aber nicht. Viele politische Rahmenbedingungen der afghanischen Politik muten daher eher den politischen Prozessen einer tribalistischen Gesellschaftsform und dem Klüngel ihrer jeweiligen Stammes- oder Ethnieführer an, als der Interaktion politischer Parteien auf Basis von Parteiprogrammen und daraus resultierenden Kooperationen oder Oppositionen. Ein klares Kräfteverhältnis der politischen Parteien ist nur schwer zu identifizieren, da viele Mandatsträger keiner politischen Partei zugehören, oder dies zumindest angeben.

Die geringe Bedeutung von Parteiprogrammatiken zeigte sich ebenfalls im Präsidentschaftswahlkampf 2009, in dem sich Präsident Karzai mit einflussreichen Warlords umgab, um seine Wiederwahl zu sichern. Demokratische Werte oder inhaltliche Fragen spielten bei dieser Bündnisbildung keine Rolle. Entscheidend waren vielmehr Machtfaktoren wie bspw. ethnische Zugehörigkeit und politischer oder auch militärischer Einfluss. So fanden sich in der Allianz von Tadjike Muhammad Qasim Fahim und Muhammad Karim Khalili, Angehöriger der Minderheit der schiitischen Hazara, die Karzai Stimmen aus ihren jeweiligen ethnischen Gruppen sichern sollten. Ferner wurde die Gruppe um den für seine Brutalität bekannten usbekischen General Abdulrashid Dostum sowie Muhammad Atta verstärkt. Beide sind zwar untereinander verfeindet, kontrollieren aber die wichtigsten Provinzen im Norden. Diese Allianz sicherte Karzai die Stimmen der vier größten ethnischen Volksgruppen. Von strategischer Parteipolitik und demokratischer Konsensfindungen entfernte sich Afghanistan damit weiter denn je. Die mangelnde inhaltliche Debatte sowie die geringe Bedeutung politischer Parteien zeigt sich darüber hinaus auch in der in dieser Hinsicht erratisch anmutenden Besetzung von Regierungsposten: Oftmals werden diese von Oppositionspolitikern bekleidet oder diese agieren in der Opposition mit dem Oberziel, durch einen politischen Deal ein einflussreiches Regierungsamt offeriert zu bekommen.

PARTEIENKOOPERATION DER KAS

Eine institutionalisierte Kooperation zwischen der KAS und afghanischen Parteien gibt es derzeit nicht. Vielmehr besetzt die KAS in Afghanistan politische Themenblöcke, da Inhalte – und nicht Personen – gefördert werden sollen. Diese Maßnahmenserie begann im Jahr 2006 mit der Unterstützung des Haushaltsausschusses hinsichtlich der Budgetverwaltung. Ebenso lud man Parlamentarier und Parteivorsitzende zu einem mehrtägigen Workshop ein, der vom afghanischen Staatsfernsehen live übertragen wurde. Dis-

kussionsthema waren die gewonnen Einsichten hinsichtlich der Problematiken bei der Durchführung der Parlamentswahlen 2005 sowie die Erarbeitung einer Gesetzesvorlage zur Änderung des afghanischen Wahlrechts. Auch wurden im Jahr 2006 die frisch gewählten Mandatsträger durch die Seminarreihe „Media meets Parliament“ mit den neu entstandenen Medien vernetzt sowie die Bedeutung und Rolle der Medien im demokratischen System Afghanistans definiert.

Im Jahr 2007 wurde die Parlamentsverwaltung durch Trainingsmaßnahmen in Kooperation mit dem *National Centre for Policy Research* (NCPR) gefördert sowie dem afghanischen Parlament und den politischen Parteien ein Parlamentsterminkalender für ein effizienteres and effektiveres Zeitmanagement erarbeitet. Im gleichen Jahr erfolgte ebenso eine Kooperation mit dem Präsidenten des afghanischen Senats, Sebghatullah Mogaddedy, und zahlreichen Akteuren aus der Politik- und Religionslandschaft, um mithilfe einer gemeinsam erarbeiteten Kabuler Resolution Selbstmordattentate als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Islam zu ächten. Seit dem Jahr 2008 fokussiert sich die KAS auf die Intensivierung des bilateralen politischen Austauschs zwischen Afghanistan und Pakistan, dessen Höhepunkt eine sehr hochrangig besetzte bilaterale Delegation afghanischer und pakistanischer Mandatsträger sowie Vertretern der jeweiligen Parlamentsverwaltungen im September 2008 nach Berlin war. Ebenso ist es in der Vergangenheit gelungen, politischen Entscheidungsträgern in Afghanistan die Wertvorstellungen der KAS in den Bereichen Demokratieförderung, soziale Marktwirtschaft und Rechtsstaatspolitik zu erklären.

Die KAS stößt allerdings in diesem Kontext in Afghanistan ganz deutlich an ihre Grenzen. Viele der ambitionierten Oberziele des Länderprogramms werden erst nach vielen Jahren – wenn überhaupt – erreicht werden können. Dies sind generelle Rahmenbedingungen, die auch das Wirken anderer Organisationen beeinflusst.

Es gibt verschiedene elementare Gründe, warum es derzeit keine institutionalisierte Kooperation zwischen der KAS und afghanischen Parteien gibt. Erstens, weil es generell überdurchschnittlich viele unabhängige Kandidaten gibt und nur wenig wirklich gut organisierte Parteien. Zweitens basieren viele afghanische Parteien auf einem starken nationalen oder religiösen Selbstverständnis, das nicht notwendigerweise die Zusammenarbeit mit westlichen Stiftungen erforderlich macht. Drittens fällt es den westlichen Institutionen in vielen Fällen schwer, manche Parteiziele – vorausgesetzt bekannt – vieler afghanischer Parteien als unterstützenswert zu befinden. Oftmals verfügen die

Parteien über einen ethnisch-nationalistischen oder übertriebenen religiösen Hintergrund. Auch fungieren zahlreiche politische Akteure in der afghanischen Parteienlandschaft, die von den internationalen Medien mit Kriegsverbrechern, Milizführern und/oder Drogenhändlern in einem Namen genannt werden. Viertens sind viele afghanische Parteien aus den unterschiedlichen Bürgerkriegsmilizen hervorgegangen und haben ähnlich wie viele Mandatsträger eine sehr fragliche Historie. Kurzum, es fehlen den afghanischen Parteien die Schnittstellen für Kooperationen und institutionalisierte Zusammenarbeit mit international agierenden Partnern. Da es zudem keine mögliche Partnerpartei der CDU in Afghanistan gibt und auch keine afghanische Partei es vermag, die Richtlinien der International Conference of Asian Political Parties (ICAPP) zu erfüllen, würde eine mögliche Kooperation daher für die KAS eine Art politische Hypothek bedeuten. Andere deutsche politische Stiftungen sehen das ebenso.

Nach den Parlamentswahlen 2010 in Afghanistan wird gewiss überprüft werden, ob Kooperationen mit neu gegründeten Parteien ratsam erscheinen. Sollten sich die bisherigen Rahmenbedingungen nicht ändern, kann die KAS ferner mit unabhängigen Kandidaten der demokratischen Mitte über die mögliche Gründung neuer Parteien nachdenken. In Vergangenheit und Gegenwart hat es sich bewährt, dass sich die Stiftung neutral gehalten hat und sich auf die parteiübergreifende Förderung von inhaltlichen Themen konzentrierte. Sowohl durch die Auswahl der Themen als auch durch die Neutralität, hat sich die KAS in Afghanistan trotz des sehr schwierigen Umfelds und der mannigfaltigen Konkurrenz mit den finanziell wesentlich besser ausgestatteten US-Programmen eine gute Position erarbeiten können. Dieses gilt es in den nächsten Jahren weiter auszubauen.

Dr. Babak Khalatbari
Landesbeauftragter der KAS für Afghanistan
und Pakistan

- 1] *Zum afghanischen Parteiensystem erarbeitete die KAS eine Publikation, die mittlerweile als Standardwerk gilt. Siehe Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Islamists, Leftists – and a Void in the Centre. Afghanistan's Political Parties and where they come from (1902-2006), Kabul 2006, http://www.kas.de/wf/doc/kas_9674-544-2-30.pdf.*
- 2] *Die folgenden Autoren sehen dies ähnlich: Ruttig, Thomas: Afghanistan: Institutionen ohne Demokratie, Strukturelle Schwächen des Staatsaufbaus und Ansätze für eine politische Stabilisierung, SWP, Berlin, Juni 2008, S. 26ff; Larsen, Anna: Afghanistan's New Democratic Parties: A Means to Organise Democratisation?, AREU, Kabul, March 2009, S. 3f.*
- 3] *Die KAS berichtete hierzu ausführlich im September 2005, siehe: <http://www.kas.de/proj/home/pub/80/1/year-2005/index.html>.*

2. ARMENIEN

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Am 21. September 1991 erklärte Armenien seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Basierend auf der am 8. Juli 1995 in Kraft getretenen armenischen Verfassung ist das Land als semipräsidentielle Republik zu charakterisieren.

Staatsoberhaupt der Republik Armenien ist der Präsident. Dieser ist Oberbefehlshaber der armenischen Streitkräfte und verantwortlich für die Unabhängigkeit, Sicherheit und territoriale Integrität des Landes. Mit Zustimmung des Parlaments ernennt er den Premierminister. Der Präsident hat das Recht, Ansprachen an die Nation zu richten und vor der Nationalversammlung zu sprechen.

Gesetze, die die Nationalversammlung verabschiedet hat, soll der Präsident innerhalb von 21 Tagen nach Erhalt unterzeichnen und verkünden. Er kann ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz mit Einwänden oder Empfehlungen versehen und an das Parlament zurückverweisen. Verabschiedet das Parlament das Gesetz erneut, muss der Präsident dieses innerhalb von fünf Tagen unterzeichnen und promulgieren. Der Präsident kann unter bestimmten Voraussetzungen das Parlament auflösen (s.u.).

Die gesetzgebende Gewalt wird von der Nationalversammlung (Einkammerparlament) ausgeübt. Diese kann der Regierung das Misstrauen aussprechen, kann aber auch vom Präsidenten aufgelöst werden. Dies ist möglich, wenn sie mehr als zwei Mal nacheinander im Zeitraum von zwei Monaten das Programm der Regierung nicht verabschiedet. Auf Empfehlung des Parlamentspräsidenten oder des Premierministers kann der Präsident die Nationalversammlung zudem auflösen, wenn diese innerhalb von drei Monaten keinen Beschluss über einen Gesetzesentwurf gefasst hat, der durch einen Regierungsbeschluss als „dringend“ gekennzeichnet wurde. Ebenso, wenn während der Sitzungsperiode länger als drei Monate keine Sitzungen abgehalten wurden oder wenn die Nationalversammlung über drei Monate zu keinem Entschluss bezüglich einer diskutierten Fragestellung gefunden hat.

Die Nationalversammlung hat 12 ständige Ausschüsse. Sie ernennt den Menschenrechtsbeauftragten mit mindestens drei Fünfteln der Stimmen aller Abgeordneten für die Dauer von sechs Jahren und ernennt auf Vorschlag des Präsidenten auch den Leiter der Zentralbank und den Generalstaatsanwalt. Das armenische Parlament kennt keine Sitzungswochen, sondern Sitzungsperioden: Die Parlamentarier sind bis auf eine Winter- und Sommerpause fast permanent in Eriwan anwesend. Entsprechend schwach ist die Wahlkreisarbeit ausgeprägt.

Die Regierung besteht aus dem Premierminister und den Ministern. Der Regierungschef wird aufgrund der Sitzverteilung im Parlament und in Folge von Beratungen zwischen dem Präsidenten und den Parlamentsfraktionen vom Präsidenten ernannt. Nach der Neuwahl des Parlaments oder nach dem Rücktritt einer Regierung ernennt der Präsident innerhalb von zehn Tagen einen neuen Premierminister. Die Regierung muss innerhalb von 20 Tagen nach der Ernennung des Premierministers gebildet werden. Ein Minister wird auf Vorschlag des Premierministers vom Präsidenten zum Vizepremierminister ernannt.

Die Regierung ist allein für die Gestaltung der Innenpolitik zuständig. Die Außen- und Sicherheitspolitik gestaltet sie gemeinsam mit dem Präsidenten. Nach ihrer Konstituierung legt die Regierung innerhalb von 20 Tagen nach der Wahl der Nationalversammlung ihr Programm und ein Budget vor. Die Nationalversammlung muss beides bestätigen. Seit der Unabhängigkeit der Republik Armenien gab es fünf Regierungen, die alle relativ stabil waren. Der Krieg im Berg-Karabach, die Ereignisse im Jahre 1997 (erzwungener Rücktritt des Präsidenten), die Ereignisse im Jahre 1999 (Terroranschlag im Parlament) sowie 2008 (gewaltsame Niederschlagung einer Demonstration) haben jedoch jeweils zu Veränderungen in der Regierung – wenn auch nicht zwangsläufig zu Neuwahlen des Parlaments – geführt.

Das Wahlsystem ist durch die Verfassung und das Wahlgesetz geregelt. Der Präsident wird für fünf Jahre direkt gewählt. Die Wiederwahl ist nur einmal möglich. Präsidentschaftskandidaten können von Parteien, Parteivereinigungen oder von Bürgern vorgeschlagen werden. Für das Präsidentenamt kandidieren kann jeder armenische Staatsbürger, der mindestens 35 Jahre alt ist, mindestens zehn Jahre die Staatsangehörigkeit der Republik Armenien innehat, die letzten zehn Jahre dauerhaft in Armenien gewohnt hat und im Besitz des Wahlrechts ist. Die Präsidentschaftswahlen gewinnt der Kandidat, der mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erhält. Erlangt keiner der angetretenen Präsidentschaftskandidaten die absolute Mehrheit, findet zwischen den zwei stimmstärksten Kandidaten eine Stichwahl statt.

Von 131 Abgeordneten des Parlaments werden 90 Abgeordnete nach dem Prinzip der Verhältniswahl (Liste) und 41 Abgeordneten nach dem Prinzip der relativen Mehrheitswahl (Direktmandate) gewählt. Für einen Parlamentssitz kann jeder Armenier kandidieren, der 25 Jahre alt ist, seit mindestens fünf Jahren die armenische Staatsangehörigkeit innehatte, seit mindestens fünf Jahren in Armenien gemeldet ist und das aktive Wahlrecht hat. Für den Einzug ins Parlament gilt für Parteien eine 5-Prozent-Hürde, für Parteivereinigungen (Wahlbündnisse) eine 7-Prozent-Hürde. In den Wahlkreisen gilt derjenige Direktkandidat als gewählt, für den die meisten Wähler gestimmt haben (relative Mehrheit).

Gemäß der armenischen Verfassung bekennt sich Armenien zur pluralistischen Parteiendemokratie und zum Mehrparteienprinzip. Alle Parteien sind unabhängig von ihrer politischen Denkrichtung oder ihrer Programmatik gleichberechtigt. Die Aktivitäten der Parteien dürfen jedoch weder der armenischen Verfassung, noch den Gesetzen oder den demokratischen Grundprinzipien widersprechen. Ein Parteiengesetz regelt das Versammlungsrecht von Parteien, die Parteigründung, den Rechtsstatus der Parteien, deren Tätigkeitsspektrum sowie deren Auflösung. Aufgabe und Ziel einer Partei muss in einer Satzung und einem Parteiprogramm festgeschrieben und veröffentlicht werden. Für die Gründung einer neuen Partei sind mindestens 200 Mitglieder notwendig. Gründung und Tätigkeit einer Partei wird verboten, wenn diese gegen die Verfassung und die territoriale Integrität Armeniens verstoßen. Das trifft insbesondere auf Parteien zu, die auf die Erzeugung von rassistischem, nationalistischem oder religiösem Hass, Kriegspropaganda oder Gewalt ausgerichtet sind. Mitglieder von Parteien können prinzipiell alle armenischen Staatsbürger werden, die mindestens 18 Jahre alt sind. Richter, Staats-

anwälte, Polizisten, Mitarbeiter der nationalen Sicherheitsbehörden und der anderen Rechtsschutzorgane der Republik Armenien, Soldaten und andere Angehörige der Streitkräfte dürfen während ihrer Amtszeit jedoch nicht Mitglied einer Partei sein.

Die Parteienfinanzierung ist nicht nur im Parteiengesetz, sondern auch in der Verfassung der Republik Armenien geregelt: Parteien können sich über Mitgliedschaftsbeiträge, Parteispenden, die staatliche Parteienfinanzierung sowie alle weiteren, gesetzlich nicht verbotenen Quellen finanzieren. Um in den Genuss staatlicher Parteienfinanzierung zu kommen, muss eine Partei bei den jeweils letzten Parlamentswahlen mindestens 3% der gültigen Stimmen erhalten haben. Die Parteien sind verpflichtet, dem Justizministerium Rechenschaft über ihre Einnahmen und Ausgaben abzulegen. Parteien dürfen Spenden von natürlichen Personen, von gesellschaftlichen Vereinen, von Stiftungen und von anderen juristischen Personen annehmen. Von religiösen Organisationen, von ausländischen natürlichen und juristischen Personen, sowie von internationalen Organisationen dürfen Parteien keine Spenden annehmen.

PARTEIENSYSTEM

In Armenien wird zwischen den „traditionellen Parteien“, die ihre Wurzeln in der vor-sowjetischen Zeit haben, den „Unabhängigkeits-Parteien“, die im Laufe des Unabhängigkeitsprozesses Armeniens gegründet wurden, und den „Neuen Parteien“, die in den letzten Jahren meist aufgrund von Parteispaltungen entstanden sind, unterschieden. Zu den heute noch aktiven traditionellen Parteien gehört die *Armenian Revolutionary Federation* („Dashnaksutyun“-Partei), die 1890 gegründet wurde. Zu den „Unabhängigkeits-Parteien“ zählt bspw. die Republikanische Partei Armeniens (1990). Zu den „Neuen Parteien“ zählen unter anderem die Rechtsstaatspartei, die Partei „Erbe“ und die Partei „Wohlhabendes Armenien“.

Derzeit sind in Armenien 89 Parteien registriert. Die Parteienlandschaft ist zersplittert. Fünf Parteien sind im Parlament vertreten. Zwei weitere sind in der außerparlamentarischen Opposition politisch aktiv. Die meisten Parteien sind auf ihre Führungspersonlichkeit zugeschnitten und bemühen sich kaum, die politischen Interessen der Bevölkerung zu bündeln und zu vertreten. Sie verhalten sich eher wie Wahlvereine, die einer bestimmten Gruppe den Zugang zu Macht und zu den damit in Zusammenhang stehenden Ressourcen sichern bzw. verschaffen wollen. Die Parteistrukturen sind stark hierarchisch. Bei der Mitgliedschaft zählt Quantität mehr als Qualität. Es gibt kaum Raum für

parteiinterne Diskussionen. Persönliche Unstimmigkeiten zwischen Führungspersönlichkeiten führen daher in der Regel zu Spaltungen und einem ständigen Zuwachs an kleinen Parteien.

Das politische Leben in Armenien ist geprägt durch eine Konfrontation zwischen Regierung und Opposition. Hierbei geht es übergeordnet um die Teilhabe an der Macht, inhaltliche oder programmatische Aspekte spielen eine deutlich untergeordnete Rolle. Entsprechend ist die Parteienlandschaft auch schwer nach dem kontinentaleuropäischen Muster (Links-Rechts-Schema) zu ordnen. Lediglich einige traditionelle Parteien (Gründung in der vor-sowjetischen Zeit) pflegen bisweilen eine Parteiideologie, allerdings ist auch hier der Bezug zum konkreten politischen Handeln nur unzureichend gegeben. Zum Beispiel trägt die „*Dashnaksutyun*“-Partei nominell einen „linken“ Namen („Armenische Revolutionäre Föderation“), schlägt jedoch häufig äußerst nationalistische Töne an. Aus Protest gegen die aktuellen Bestrebungen von Präsident Serge Sarkisjan, durch eine Aussöhnung mit der Türkei die Öffnung der Grenze anzustreben, ist die „*Dashnaksutyun*“-Partei aus der Regierungskoalition ausgetreten. Zuvor jedoch erschien es der „*Dashnaksutyun*“-Partei unproblematisch, Teil der bürgerlichen Regierungskoalition zu sein.

Nach den letzten Parlamentswahlen vom 12. Mai 2007 dominiert weiter die **Republikanische Partei Armeniens** mit 64 von 131 Sitzen die politische Landschaft. Es folgen die Partei „**Wohlhabendes Armenien**“ mit 18 Sitzen, die „Armenische Revolutionäre Föderation“ (*Dashnaksutyun*) mit 16 Sitzen und die Rechtsstaatspartei mit neun Sitzen. Die Partei „Erbe“ errang sieben Sitze. Über Direktmandate wurden 17 weitere Sitze an unabhängige Kandidaten vergeben.

Bei den Präsidentschaftswahlen am 19. Februar 2008 erhielt Serge Sarkisjan rund 52% der Stimmen und setzte sich damit im ersten Wahlgang gegen seinen stärksten Rivalen, Lewon Ter-Petrosjan, der 21% der Stimmen erhielt, durch. Lewon Ter-Petrosjan erhob nach den Wahlen massive Vorwürfe der Wahlfälschung gegen Serge Sarkisjan und die Regierung. Nach Einschätzung der gemeinsamen internationalen Beobachtungsmission von OSZE, Europarat und Europäischem Parlament gab es zwar Defizite, die Wahlen hätten jedoch „in weitestgehender Übereinstimmung mit den Verpflichtungen und Standards der OSZE und des Rates der EU stattgefunden“. Lewon Ter-Petrosjan und seine Anhänger riefen zu einer Großdemonstration gegen Serge Sarkisjan und die Regierung auf. Am 1. März 2009 schlug die armenische Polizei die Demonstration gewaltsam nieder. Es kamen neun

Menschen ums Leben. Diese Ereignisse haben das Land politisch tief gespalten. Viele Armenier haben heute in Bezug auf die demokratische Entwicklung ihres Landes resigniert.

Drei Parteien bilden in Armenien eine Regierungskoalition:

- Republikanische Partei Armeniens (*Hayastani Hanrapetakan Kusaktsutyun*; 64 Sitze)
- Wohlhabendes Armenien (*Bargavadj Hayastani Kusaktsutyun*; 18 Sitze)
- Rechtsstaatspartei (*Orinants Erkir*; 9 Sitze)

Damit verfügt die Regierung über 91 der 131 Parlamentsmandate. Die Opposition (40 Sitze) setzt sich aus zwei Parteien sowie 17 unabhängigen Kandidaten zusammen:

- Armenische Revolutionäre Föderation (*Hayeghapokhakan Dashnaksutyun*; 16 Sitze)
- Erbe (*Zharangutiun*; 7 Sitze)
- Unabhängige Kandidaten (17 Sitze)

PARTEIENKOOPERATION DER KAS

Das Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus der KAS ist ein noch junges Programm: Am 1. Januar 2008 nahm das Regionalbüro seine Arbeit in Tiflis und am 1. Oktober 2008 seine Arbeit in Eriwan auf. Zwar war die KAS bereits vorher im Südkaukasus mit einer Ortskraft präsent und unter der Leitung des KAS-Büros Taschkent/Usbekistan konnten auch einige Maßnahmen durchgeführt werden, eine systematische Parteienförderung findet jedoch erst seit der Eröffnung des Regionalbüros statt.

Nach dem Aufbau des Verbindungsbüros wurden Gespräche mit verschiedenen armenischen Parteien geführt. Es wurde hierbei deutlich, welche Parteien sich für eine Zusammenarbeit mit der KAS interessieren und welche hierfür aus Sicht der KAS in Frage kommen: Die Republikanische Partei Armeniens (RPA) und die Rechtsstaatspartei. Die KAS hat mit beiden Parteien Kontakt und erarbeitet mit diesen gegenwärtig erste Maßnahmen im Feld der Parteienzusammenarbeit. Es ist noch nicht absehbar, ob eine oder beide kurz- oder mittelfristig als Partnerparteien institutionalisiert werden können.

Die RPA ist eine national-konservative Partei, die ihr politisches Denken auf „*Tseghakron*“ zurückführt. „*Tseghakron*“ ist eine armenische politische Denkrichtung aus dem frühen 20. Jahrhundert, die grob als „Nationsreligion“ übersetzt werden kann. Sie wurde

von Garegin Ngdeh formuliert und fordert von den Armeniern, der nationalen Identität und dem Staat religiöse Bedeutung zuzumessen. Die RPA beruft sich entsprechend auf den politischen Denker und Freiheitskämpfer Garegin Ngdeh (1886-1955) als spirituellen Gründungsvater. Von 1967 und 1987 war im sowjetischen Untergrund eine „Partei der Nationalen Einheit“ aktiv. Einige Mitglieder der „Partei der Nationalen Einheit“ sind heute in führenden Positionen der RPA tätig. Die RPA versteht sich entsprechend als deren politischer Nachfolger. Zur Keimzelle der heutigen RPA wurde jedoch eine militärisch-politische Einheit, die im Unabhängigkeitskampf 1988 entstand. 1990 gründeten Kommandeure der Unabhängigkeitsarmee die RPA formell und registrierten diese als erste Partei der neu entstandenen Republik Armenien.

Bei den Parlamentswahlen 2003 erhielt die RPA 23,5% der Stimmen und 31 der 131 Sitzen. Man trat mit dem Slogan an: „Verlassen wir uns auf unseren Kopf und unsere Waffen“. Bei den Parlamentswahlen 2007 erhielt die RPA 33,91% der Stimmen und 64 von 131 Sitzen. Der letzte Premierminister, Andranik Markaryan, war Parteichef der RPA. Bei den Präsidentschaftswahlen 2008 erhielt der Kandidat der RPA, Serge Sarkisjan, rund 52% der Stimmen und wurde zum Präsidenten gewählt. Auch sein Vorgänger im Amt des Präsidenten, Robert Kocharian, entstammte der RPA.

Im Bereich der Außenpolitik hat die Republikanische Partei folgende Ziele: gerechte Lösung des Konflikts im Berg-Karabach; internationale Anerkennung des Völkermords an den Armeniern im Jahre 1915-1916 und die EU-Integration Armeniens. Im Bereich der Innenpolitik sind für die Partei folgende Fragen vorrangig: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit; KMU-Förderung; Förderung einer gleichmäßigen regionalen Entwicklung; Korruptions- und Armutsbekämpfung; Ausbau der Sozial- und Krankenversicherungen. Im Sinne der Entwicklung einer Zivilgesellschaft will sich die Republikanische Partei für die Gewährleistung von Rede- und Informationsfreiheit einsetzen. Justizreformen, die Stärkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie die Gewährleistung freier und fairer Wahlen stehen ebenfalls in ihrem Parteiprogramm. Die Partei ist kein Mitglied internationaler Parteienbündnisse, zeigt sich jedoch immer wieder an engeren Kontakten zur EVP und zur CDU sehr interessiert.

Die Rechtsstaatspartei (*Orinants Erkir*) ist eine Partei der Mitte, an deren Spitze der pro-westlich orientierte Politiker Artur Baghdasaryan steht. Sie ist die viertstärkste Partei im Parlament und Teil der Regierungskoalition. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2007 erhielt die Partei nur neun Mandate, während sie 2003

noch 19 Sitze erringen konnte. Nach den Parlamentswahlen 2003 wurde Artur Baghdasaryan zum Parlamentspräsidenten gewählt. Die Partei war Teil der Regierungskoalition. 2006 trat Orinants Erkir aufgrund von Unstimmigkeiten aus der Koalition aus und Artur Baghdasaryan als Parlamentspräsident zurück. Letzterer ist nun Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrats und damit Teil der Regierung. Bei den Präsidentschaftswahlen im Februar 2008 trat Artur Baghdasaryan als Kandidat seiner Partei an und erhielt rund 17% der Stimmen.

Im Bereich der Außenpolitik hat die Partei folgende Ziele: Beitritt zur Europäischen Union, Verbesserung der Beziehungen mit Russland und die Vertiefung der Verbindungen mit den USA. Im Bereich der Innenpolitik will sich die Partei gegen Schwarzarbeit einsetzen, Reformen im Bereich des Arbeitsrechts (insb. Schutzes der Arbeitslosen) umsetzen, die Armut reduzieren, Renten und Gehälter als politische Priorität erhöhen, eine allgemeine und verbindliche Krankenversicherung einführen, das System der Familienbeihilfe reformieren und die Privatisierung von Bildungsstätten (Schulen, Kindergärten, Universitäten) verhindern. Die Partei will zu einer freien Entwicklung der Massenmedien beitragen und die Unabhängigkeit der Justiz gewährleisten. Die Partei ist kein Mitglied internationaler Parteienbündnisse, Orinants Erkir zeigt sich jedoch immer wieder an engeren Kontakten zur EVP und zur CDU sehr interessiert.

Das KAS Regionalprogramm Politische Dialog Südkaukasus führt die Maßnahmen im Bereich der Parteienförderung in Armenien in Eigenverantwortung durch. Seit einigen Monaten wird zudem eine Kooperation mit der niederländischen Eduardo-Frei-Stiftung (EFF) insbesondere im Bereich der Nachwuchsförderung zu programmatischen Fragen erprobt.

Als Schwerpunktthemen der Parteienkooperation in Armenien sind zu nennen:

- Förderung einer christlich-demokratischen Parteienprogramm. Zwar verfügen einzelne Parteien in Armenien über Parteiprogramme und erarbeiten auch bisweilen Wahlprogramme, die programmatischen Positionen spielen allerdings weder in innerparteilichen noch im interparteilichen politischen Diskurs oder in der praktischen Politik eine Rolle.
- Förderung einer regional gegliederten Parteistruktur: Die armenischen Parteien sind gegenwärtig kaum im Bereich der Mitgliederarbeit aktiv. Mitglieder werden lediglich „verwaltet“, jedoch nicht in die Parteiarbeit aktiv eingebunden. Insbesondere außerhalb der Hauptstadt Eriwan ist die Parteiarbeit kaum ausgeprägt.

Diese Schwerpunktthemen werden gegenwärtig vor allem mit Hilfe von Workshops und Publikationen bearbeitet, deren Inhalte im Grunde denen für Georgien gleichen.

Katja Christina Plate
Leiterin des Regionalprogramms Politischer Dialog
Südkaucasus

3. GEORGIEN

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Seit der Unabhängigkeit von der Sowjetunion am 26. Mai 1991 und der Verabschiedung einer ersten Verfassung am 24. August 1995 ist Georgien eine demokratische Republik. Staatsoberhaupt, Chef der Exekutive und Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist der Präsident. Er wird vom Volk in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Abstimmung für jeweils fünf Jahre direkt gewählt und kann nur einmal wiedergewählt werden. Der Präsident repräsentiert Georgien in den auswärtigen Beziehungen, bildet die Regierung und benennt hohe Beamte. Er kann auch lokale Regierungsvertreter (z.B. Gouverneure) suspendieren oder ablösen und Volksabstimmungen einleiten. Präsident Georgiens ist seit 2004 Michail Saakaschwili.

Infolge einer am 6. Februar 2004 beschlossenen Verfassungsänderung hat der georgische Präsident eine ausgesprochen starke Stellung gegenüber der Regierung und dem Parlament. Der Präsident ernennt nun den Premierminister. Die Innen-, Verteidigungs- und Sicherheitsministerien wurden aus dem Verantwortungsbereich des Premierministers herausgenommen und unterstehen direkt dem Präsidenten. Er kann jede von ihm nicht für verfassungsgemäß gehaltene Parlamentsentscheidung aufheben. Der Präsident kann das Parlament auflösen, wenn die Legislative das von seiner Regierung vorgelegte Staatsbudget nach dreimaliger Abstimmung nicht annimmt. Wenn das Parlament die Zusammensetzung der Regierung und das Staatsbudget innerhalb von sechs Monaten nach der Wahl des Staatspräsidenten nicht bestätigt, kann der Präsident die Minister per Dekret ernennen und das Budget in Kraft setzen (weitere Gründe für eine Auflösung des Parlaments durch den Präsidenten s.u.).

Die Wahl des Präsidenten erfolgt in einem zweistufigen Wahlverfahren. Wahlberechtigt sind alle Staatsangehörigen über 18 Jahre, die im Besitz der Bürgerrechte sind. Präsident wird, wer im ersten Wahlgang mehr als 50% der Stimmen auf sich vereinen kann oder wer im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit erhält. Präsidentschaftskandidaten müssen über die georgische Staatsbürgerschaft verfügen, mindestens 35 Jahre alt

sein, 15 Jahre in Georgien verbracht und auch die letzten zwei Jahre in Georgien gelebt haben.

Der Regierungschef (Premierminister) wird vom Präsidenten vorgeschlagen und muss vom Parlament bestätigt werden. Die Regierung wird vom Premierminister in Absprache mit dem Präsidenten ernannt und besteht neben dem Premierminister aus dessen Stellvertreter und den Fachministern. Häufige Personalwechsel auf allen Ebenen sind kennzeichnend für die Regierung des aktuellen Präsidenten Michail Saakaschwili: Die gesamte Regierung einschließlich des Premierministers wurde in den vergangenen fünf Jahren viermal vollständig ausgewechselt, einzelne Minister noch öfter. Dieser schnelle Wechsel ist der Entwicklung einer stabilen Demokratie abträglich. Für Transitionsprozesse ist er jedoch durchaus nicht untypisch (Beispiel: Baltikum).

Das georgische Regierungssystem ist auf den Fall zugeschnitten, dass der Präsident und die Parlamentsmehrheit einer Regierungspartei entstammen. Eine „Cohabitation“ wie in Frankreich ist theoretisch möglich, bislang jedoch noch nicht vorgekommen und für die nahe Zukunft (aufgrund der umfangreichen Befugnisse des Präsidenten das Parlament aufzulösen) kaum vorstellbar.

Das georgische Parlament besteht aus einer Kammer, die alle vier Jahre gewählt wird, Legislativfunktionen wahrnimmt und die Regierung kontrolliert. Seit 2008 gehören dem Parlament 150 Abgeordnete an. Durch die Verfassungsänderung von 2004 wurde das Parlament deutlich in seinen Legislativ- und Kontrollfunktionen geschwächt. Der Präsident kann das Parlament auflösen und vorzeitige Neuwahlen anordnen, wenn das Parlament dreimal hintereinander dem von der Regierung vorgelegten Haushaltsentwurf nicht zustimmt, einen vom Präsidenten zum Premierminister vorgeschlagenen Kandidaten in drei Abstimmungen ablehnt oder der gesamten Regierung mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit das Misstrauen ausspricht. Das Parlament hat das Recht, die Regierung und ranghohe Beamte mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit abzuberufen und den Präsidenten seines Amtes entheben, wenn er

die Verfassung bricht. Das georgische Parlament kennt keine Sitzungswochen, sondern Sitzungsperioden. Die Parlamentarier sind bis auf eine Winter- und Sommerpause fast durchgängig in Tiflis anwesend. Entsprechend schwach ist die Wahlkreisarbeit ausgeprägt.

In den Parlamentswahlen kommt das Grabenwahlsystem zur Anwendung: Die Hälfte der insgesamt 150 Parlamentssitze wird über Direktmandate vergeben. In 75 Einerwahlkreisen wird nach dem Prinzip der relativen Mehrheitswahl derjenige gewählt, der die meisten Stimmen erhält. Die restlichen 75 Sitze werden durch Parteilisten nach dem Proporzwahlrecht (Hare-Niemeyer-Verfahren) verteilt. Die Wahlgesetzgebung wird in Georgien mittels Verfassungsänderungen häufig direkt vor Wahlen geändert. Diese häufigen Eingriffe in einen politisch sensiblen Bereich stellen das größte Problem des georgischen Parteiensystems dar, dessen Herausbildung hierdurch direkt beeinflusst wird.

Der verfassungsmäßige Rahmen, in dem sich die Rolle der georgischen Parteien entwickeln kann, wird durch die Verfassung und ein Parteiengesetz festgeschrieben. Georgien hat eine liberale Parteiengesetzgebung, die den politischen Parteien eine besondere Rolle im politischen System zugesteht. Eine Partei zu gründen und anzumelden, ist in Georgien vergleichsweise einfach. Entsprechend existieren derzeit rund 190 Parteien. Aufgrund spezifischer Schwächen in der georgischen Parteienlandschaft, gelingt es den Parteien jedoch bislang kaum, eine positive Rolle bei der Demokratisierung des Landes zu spielen. Die Schwäche der politischen Parteien lässt sich an folgenden, jeweils miteinander verwobenen Charakteristika festmachen:

- Parteien sind primär Instrumente zur Machtsicherung einer bestimmten Gruppe. Sie sind oft mangelhaft in der Bevölkerung verankert und verfügen nur über eine schwache Basis von (aktiven) Mitgliedern. Es existiert zwar eine staatliche Parteienfinanzierung, generell gilt jedoch, dass der „Patron“ die Partei finanziert und führt.
- Das Verhältnis der Parteien untereinander ist nicht von Wettbewerb sondern von starkem Misstrauen, teilweise gar von tiefen persönlichen Abneigungen geprägt; ein demokratischer Grundkonsens, der die Achtung politischer Gegner einschließt, ist kaum vorhanden.
- Parteistrukturen sind nur schwach entwickelt. Wenn vorhanden, konzentrieren sie sich meist auf die Hauptstadt.

- Innerparteiliche Demokratie existiert kaum. Hierfür fehlt neben den notwendigen Parteistrukturen auch der Wille zur Implementierung.
- Mitgliederzahlen sind unklar, der Mitgliederstatus oft nicht eindeutig definiert oder nicht belegbar.
- Die Parteien sind politisch profillos, ihre Programme sind fast austauschbar. Die Parteien bieten den Wählern keine inhaltlichen, sondern vor allem personelle Alternativen.

Die gesetzlichen Regelungen zur Parteienfinanzierung sind im Parteiengesetz festgehalten. Parteien können sich auf verschiedenen Wege finanzieren: durch öffentliche Mittel, durch Parteispenden und durch Mitgliederbeiträge. Hat eine Partei bei der jeweils letzten Parlamentswahl mindestens 4% oder bei der jeweils letzten Kommunalwahlen mindestens 3% der gültigen Stimmen erhalten, ist sie berechtigt, staatliche Parteienfinanzierung zu erhalten. Als Basisfinanzierung erhält sie eine feste Summe von 150.000 Lari (GEL) (rund 68.000 EUR). Des Weiteren erhält sie pro Jahr für bis zu 200.000 erhaltene Wählerstimmen 2,00 GEL pro Stimme, von 200.000 bis 500.000 Wählerstimmen je 1,50 GEL, für jede weitere Stimme je 1,00 GEL. Zusätzlich erhalten die Parteien monatlich 600 GEL für jeden errungenen Parlamentssitz, falls die Gesamtzahl der erhaltenen Sitze 30 nicht überschreitet. Hat die Partei im Parlament mehr als 30 Abgeordnete, stehen ihr für jedes weitere Mandat 100 GEL zu. Die für ein Wahlbündnis errechnete Summe wird auf die Bündnisparteien gleichmäßig verteilt. Nach den jüngsten Änderungen im Parteiengesetz erhalten auch diejenigen Oppositionsparteien öffentliche Mittel, die ihre Parlamentsmandate nicht angenommen haben. Zudem werden aus öffentlichen Mitteln auch parteinahe Nichtregierungsorganisationen finanziert. Diese Mittel dürfen jedoch nur für Umfragen, Trainings und Dienstreisen verwendet werden.

In Georgien finanzieren sich Parteien auch durch Parteispenden. Die Spendenhöhe ist für natürliche Personen auf jährlich höchstens 30.000 GEL und für juristische Personen auf jährlich 100.000 GEL begrenzt. Georgische Parteien dürfen weder finanzielle noch materielle Unterstützung von ausländischen natürlichen oder juristischen Personen, internationalen Organisationen oder Bewegungen erhalten. Ebenso dürfen Parteien keine finanzielle oder materielle Unterstützung von staatlichen Organen, von juristischen Personen öffentlichen Rechts oder von Unternehmen, die einen staatlichen Aktienanteil von über 10% aufweisen, erhalten. Die Parteien sind verpflichtet, am Ende eines Jahres über die Herkunft und Verwendung

ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft zu abzulegen.

PARTEIENSYSTEM

Die ersten politischen Parteien wurden in Georgien Anfang des 20. Jahrhunderts gegründet. Ihre Existenz überdauerte jedoch die Annektierung Georgiens durch Sowjetrußland nicht: In der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik und später in der Sowjetunion waren alle Parteien – außer der kommunistischen Partei – verboten. Allerdings entwickelten sich in Georgien bereits in den letzten Existenzjahren der Sowjetunion erste politische Gruppierungen im Untergrund. Die politische Gruppierung um Swjad Gamsachurdia und Gia Tschanturia setzte sich für die Unabhängigkeit Georgiens ein. Im Herbst 1990 gelang es ihnen, die kommunistische Regierung der sowjetischen Teilrepublik zu pluralistischen Wahlen zu bewegen.

Der Parteienblock „Runder Tisch – Freies Georgien“ unter der Führung des ehemaligen politischen Dissidenten Swjad Gamsachurdia gewann die ersten Mehrparteienwahlen mit überwältigender Mehrheit. Swjad Gamsachurdia wurde zum Vorsitzenden des Obersten Rates gewählt. Der sowjetische Machtapparat in Georgien wurde friedlich gestürzt. Im Frühjahr 1991 gewann Gamsachurdia die ersten freien Präsidentschaftswahlen mit 90% der Stimmen. Allerdings führten sein autoritärer Regierungsstil, seine kompromisslose Haltung gegenüber „Andersdenkenden“ und seine national-chauvinistischen Positionen zu einer starken Polarisierung der georgischen Gesellschaft. Die erste Demokratieerfahrung der Georgier endete im Sturz Gamsachurdias und in einem blutigen Bürgerkrieg.

Nach dem Sturz Gamsachurdias übernahm ein sog. „Militärrat“ die Macht. Dieser entschied, die Führung Georgiens dem ehemaligen Außenminister der UdSSR, Eduard Schewardnadse, anzutragen. Schewardnadse wurde Vorsitzender des Staatsrates, der den Militärrat abgelöst hatte. 1992 wurden Parlamentswahlen durchgeführt und Schewardnadse wurde zum Parlamentsvorsitzenden gewählt. Gleichzeitig übernahm er die Funktionen des Staatsoberhauptes. 1993 gründete er die Partei „Bürgerunion von Georgien“. Die Bürgerunion gewann die Parlamentswahlen im Herbst 1995 mit großer Mehrheit. Gemäß der neuen Verfassung von 1995 wurde Georgien eine demokratische Republik mit Präsidialsystem. Eduard Schewardnadse wurde 1995 zum Präsidenten Georgiens gewählt. Die regierende Partei „Bürgerunion von Georgien“ blieb in den folgenden Jahren alleiniger Machttäger. Die

parlamentarische und außerparlamentarische Opposition blieb schwach. Schewardnadses Partei regierte das Land mit einer konstitutionellen Mehrheit bis Ende 2003. Nachdem die Regierung unter Schewardnadse im November 2003 die Parlamentswahlen grob fälschen ließ, fand die „Rosenrevolution“ statt. Die „Bürgerunion von Georgien“ verschwand zusammen mit Schewardnadse von der politischen Bühne.

Im Zuge der „Rosenrevolution“ kam Ende 2003/Anfang 2004 die Partei „Nationale Bewegung“ um Michail Saakaschwili mit einer überwältigenden Parlamentsmehrheit an die Macht. Michail Saakaschwili wurde zum Präsidenten gewählt. Die im Parlament nur mit wenigen Abgeordneten vertretene Opposition blieb zersplittert und schwach. Die regierende Partei, die „Vereinigte Nationale Bewegung“ (UNM), verfügte über die konstitutionelle Mehrheit.

Gegenwärtig sind in Georgien 190 politische Parteien registriert. Die große Mehrheit dieser Parteien ist jedoch nicht politisch aktiv. Die Zahl der Parteien, die Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten, beläuft sich derzeit auf 14. Seit der Unabhängigkeit Georgiens und dem Entstehen einer pluralistischen Parteiendemokratie ist die georgische Parteienlandschaft in ständigem Wandel begriffen.

Verschiedene Faktoren haben dazu beigetragen, dass es bisher zu keiner Stabilisierung des Parteiensystems gekommen ist: Zu nennen sind hierbei das am *The-winner-takes-it-all*-Prinzip orientierte Regierungssystem, häufige Veränderungen in der Wahlgesetzgebung, eine defizitär-demokratische politische Kultur sowie schwach entwickelte Parteiprogrammatiken und Parteistrukturen. In Georgien kann daher weder das klassische kontinentaleuropäische Mehrparteiensystem noch das angelsächsische dualistische Parteiensystem klar identifiziert werden. Einiges spricht jedoch für die mittelfristige Ausbildung eines kontinentaleuropäischen Mehrparteiensystems: Es existiert eine Vielzahl von Parteien, die sich stark gegeneinander abgrenzen. Zwar mangelt es gegenwärtig (abgesehen von der Arbeiterpartei) an linken politischen Kräften, aber es existieren zahlreiche liberale, konservative und christdemokratische Parteien.

Im Herbst 2007 vereinten sich zahlreiche Oppositionsparteien zu einer schlagkräftigen politischen Kraft. Anfang November fanden mehrere von der Opposition organisierte Großdemonstrationen mit mehr als 100.000 Teilnehmern vor dem georgischen Parlament statt. Die Vertreter der Opposition forderten unter anderem den Rücktritt des Präsidenten und Parlamentswahlen im Frühjahr 2008. Am 7. November

2007 – die Opposition wollte gerade eine Zeltstadt vor dem Parlament aufbauen – wurde der Platz von Sondereinheiten des Innenministeriums unter Einsatz unverhältnismäßiger Gewalt geräumt. Die darauf folgenden Unruhen dauerten den ganzen Tag an. Am Abend verhängte Präsident Saakaschwili den Ausnahmezustand und ließ oppositionsnahe Fernsehsender schließen. Nach westlicher Kritik und zur Entschärfung der innenpolitischen Krise trat der Präsident zurück und setzte für den 5. Januar 2008 vorgezogene Neuwahlen an.

Im Vorfeld der Präsidentenwahlen befand sich die georgische Opposition auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Der Wahlkampf zwischen dem amtierenden Präsidenten Michail Saakaschwili und dem Kandidaten der Oppositionsplattform „Vereinigter Nationalrat“, Levan Gatschetschiladse, brachte Georgien die ersten ernsthaft kompetitiven Wahlen seiner Geschichte. Saakaschwili konnte sich dennoch mit 53% im ersten Wahlgang durchsetzen. Zahlreiche, von lokalen und internationalen Beobachtern bestätigte Unregelmäßigkeiten beschädigten die Legitimation und den Ruf Saakaschwilis weiter. Nach erfolglosen Massendemonstrationen gegen die offiziellen Wahlergebnisse zerbröckelte die Oppositionsplattform jedoch wieder und die politische Kräftekonstellation veränderte sich erneut zugunsten der Regierungspartei UNM: Der Oppositionsplattform war es nicht gelungen, für die Bevölkerung unmittelbar sichtbare Erfolge zu erzielen. Nach dem Tod des georgischen Oligarchen Badri Patarkazischwili im Frühjahr 2008 verlor die Opposition zudem einen wichtigen Finanzier. Dem Oppositionsbündnis „Vereinigter Nationalrat“ war es auch nicht gelungen, die neue Partei „Christlich-Demokratische Bewegung“ (CDM), die sich binnen kurzer Zeit beachtlichen Zuspruch sicherte, oder die traditionsreiche linke „Arbeiterpartei Georgiens“ (Labour) einzubinden. Fatal war jedoch v.a. die Kompromissunfähigkeit der Opposition im Hinblick auf die Direktmandate für die Parlamentswahlen (Mai 2008): In allen Wahlkreisen kandidierten jeweils mehrere Oppositionskandidaten gegen einen Kandidaten der Regierungspartei UNM und splitteten damit das Stimmenpotenzial der Opposition auf. So ebnete die Opposition letztlich auch selbst den Regierungskandidaten über die Direktmandate den Weg ins Parlament.

Im Georgischen Parlament sind seit den Parlamentswahlen vom 21. Mai 2008 folgende Parteien vertreten:

- Vereinigte Nationalbewegung (*United National Movement*, UNM; 115 Sitze)
- Christdemokratische Bewegung (*Christian Democratic Movement*, CDM; 7 Sitze)

- Republikanische Partei (Republican Party; 2 Sitze)
- National-Demokratische Partei (1 Sitz)
- Wir selbst (*On Our Own*; 1 Sitz)
- Georgische Truppe (*Georgian Troops*; 1 Sitz)
- Labour-Partei (*Labour Party of Georgia*; 4 Sitze; Parlamentsboykott ohne Verzicht auf Parlamentssitze)
- Parteilose Abgeordneten (6 Sitze)

Es zeigt sich, dass die Regierungspartei UNM, die auch den Präsidenten stellt, das Land politisch stark dominiert. Die Oppositionsparteien können im parlamentarischen Prozess nur marginal mitwirken. In Bezug auf die Oppositionsparteien ist zwischen der parlamentarischen Opposition und der außerparlamentarischen Opposition zu unterscheiden. Bei den letzten Parlamentswahlen konnten zwar etliche Parteien die 5-Prozent-Hürde überwinden, einige zogen aus Protest gegen die Regierung Saakaschwili jedoch nicht in das Parlament ein. Diese Parteien bilden die sog. außerparlamentarische Opposition. Von den Parteien, die nicht ins Parlament einzogen, reichten die meisten ihren Verzicht formgerecht beim Parlamentspräsidenten ein. Eine Ausnahme bildete die Labour-Partei, deren Verzichtserklärung nicht mehr als formgerecht gewertet werden konnte. Entsprechend wird sie in der Parlamentsstatistik als Oppositionspartei geführt, faktisch boykottiert sie jedoch die Arbeit des Parlaments.

Im Parlament stehen nun gegenwärtig 22 Vertreter der Opposition 115 Abgeordneten der Regierungspartei UNM gegenüber. Einzig die CDM zeigt eine weitgehend konstruktive Oppositionsarbeit. Die verbleibende innerparlamentarische Opposition hat aus verständlichen Gründen (jeweils nur ein Abgeordneter) Schwierigkeiten, in eine angemessene parlamentarische Rolle zu finden. Im April 2009 kam es zu mehrwöchigen Demonstrationen der außerparlamentarischen Opposition auf den Straßen von Tiflis, bei denen der Rücktritt des Präsidenten gefordert wurde. Ein Verhandlungsprozess kam jedoch nicht in Gang.

PARTEIENKOOPERATIONEN DER KAS

Die KAS verfügt in Georgien gegenwärtig noch nicht über fest institutionalisierte Partnerparteien. Mit der Regierungspartei UNM, der parlamentarischen Oppositionspartei CDM und der außerparlamentarischen Oppositionspartei „Neue Rechte“ (NR) streben drei Parteien eine Aufnahme in die EVP an. Die UNM hat bereits den EVP-Beobachterstatus erhalten. Die Jugendorganisation der NR ist Mitglied bei der Jugendorganisation der EVP, der *Youth of the European People's Party* (YEPP). Die KAS arbeitet vorrangig mit diesen drei Parteien zusammen.

UNM, CDM und NR können in einem System konzentrischer Kreise gedacht werden. Die CDM steht aufgrund ihres klaren Bekenntnisses zur Christlichen Demokratie, ihrem starken Interesse an christlich-demokratischer Parteiprogrammatik und ihrem Interesse am Aufbau transparenter, demokratischer Parteistrukturen der KAS am nächsten. Es folgt die Regierungspartei UNM, die sich eher als Mitte-Rechts-Partei sieht und keine Eile bei der Entwicklung einer (ggf. christlich-demokratisch beeinflussten) Parteiprogrammatik oder Parteistruktur an den Tag legt. Die UNM bekennt sich jedoch offensiv zur EVP und legt großen Wert auf eine entsprechende Verankerung im politischen Spektrum. Die „Neue Rechte“ war zwar traditionell eine der gemäßigten Parteien im politischen Spektrum Georgiens, hat sich seit dem Wahlkampf zu den Parlamentswahlen jedoch radikalisiert. Ihr Parteiprogramm trägt deutliche liberale Züge. Die NR ist gegenwärtig an der Peripherie des KAS-Förderspektrums anzusiedeln.

Die Regierungspartei UNM ist 2004 durch den Zusammenschluss der Trägerparteien der Rosenrevolution, die „Nationale Bewegung“ um Michail Saakaschwili und „Vereinte Demokraten“ um Surab Schwania entstanden. Bei den Parlamentswahlen im März 2004 errang die Partei 66,2% der Wählerstimmen und verfügte bis 2008 über eine konstitutionelle Mehrheit im Parlament. In den letzten Parlamentswahlen vom Mai 2008 erzielte die UNM 59,18% der Stimmen und erhielt zusammen mit den ihren Direktmandaten 115 der insgesamt 150 zu vergebenden Parlamentssitze. Die UNM hat sich damit bis 2012 die absolute Mehrheit gesichert.

Ihre Programmatik lässt sich in folgenden Stichpunkten zusammenfassen: Rentenreform; gemischte Krankenversicherung (private und staatliche); Förderung privatwirtschaftlicher Initiative; Steuersenkungen; Privatisierung von Staatseigentum; auf dem Solidaritätsprinzip basierte Sozialpolitik; mehr Sicherheit gegenüber Russland; Stärkung der Armee; Westintegration; NATO-Vollmitgliedschaft; staatliche Unterstützung der Landwirtschaft; Festigung der demokratischen Institutionen. Insgesamt muss jedoch festgestellt werden, dass die Parteiprogrammatik in der UNM eine untergeordnete Rolle spielt. Die Partei erweckt den Eindruck eines „Machtapparates“ der gleichzeitig „Wahlverein“ ist. Die Partei besetzt alle wichtigen Ämter im Staat mit dem Anspruch, als einzige Partei die demokratische Entwicklung des Landes wirklich sicherstellen zu können. Eine regelmäßige Mitgliederarbeit findet nicht statt. Der Aufbau von Programmatik und Parteistrukturen wird vernachlässigt. Demokratische innerparteiliche Prozesse sind bei der UNM von

außen kaum feststellbar. Da die Partei zudem die programmatische Entwicklung und die Entwicklung von Parteistrukturen vernachlässigt, muss davon ausgegangen werden, dass sie einen Verlust der Regierungsmacht nur mit Schwierigkeiten überstehen würde. Für eine längere Oppositionstätigkeit ist die Partei schlecht gerüstet.

Die Christlich-Demokratische Bewegung wurde im Februar 2008 gegründet. Die Gründung wurde maßgeblich von ehemaligen Journalisten des oppositionellen TV-Kanals „Imedi“ vorangetrieben, aber auch von Gruppen stark unterstützt, die dem Patriarchat der Georgischen Orthodoxen Kirche nahestehen. Bei den Parlamentswahlen im Mai 2008 erhielt die Partei 8,66% der Stimmen und 6 Sitze.

Ihre Programmatik lässt sich in folgenden Stichpunkten zusammenfassen: Verwurzelung von christlich-demokratischen Werten; Familienwerte; Stärkung der Rolle der Orthodoxen Kirche in der Gesellschaft; Einführung der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsform; Unterstützung der Entwicklung der starken Mittelschicht in der Gesellschaft; Rechtsstaatlichkeit; unabhängige Justiz; freie Massenmedien; Förderung der Wissenschaft; Umweltschutz; staatliche Subvention der Landwirtschaft; Dezentralisierung und Entwicklung der Selbstverwaltung; Beitritt zur NATO, Annäherung an die EU; Reorganisierung der Partei; Etablierung der innerparteilichen Demokratie. Die CDM erweckt den Eindruck einer konstruktiven Oppositionspartei. Im Parlament bringt ihre Fraktion regelmäßig eigene Gesetzesinitiativen ein und nimmt zu den Gesetzesinitiativen der Regierung fundiert Stellung. Die Partei bemüht sich deutlich um die Erarbeitung einer Parteiprogrammatik. Um die Programmdiskussion inhaltlich unterstützen zu können, gründete die Partei einen eigenen Think Tank, das *Christian Democratic Institute* (CDI). Die Ziele des CDI sehen u.a. die Förderung von christdemokratischen Werten, die Förderung der Entwicklung Georgiens und seiner Integration in die demokratische Welt, die Förderung von Toleranz und Offenheit zum Zweck der Friedensförderung vor sowie die Schaffung einer starken Mittelschicht auf der Basis sozialverantwortlicher und kompetenter Wirtschafts- und Agrarpolitik und die ideelle und moralische Förderung der Jugend.

Eine regelmäßige Mitgliederarbeit findet in der CDM noch nicht statt. Demokratische innerparteiliche Prozesse sind bei der CDM von außen erst in geringem Umfang feststellbar. Dies kann auch daran liegen, dass sich die Parteistruktur erst im Aufbau befindet. Es bleibt zu beobachten, ob sich das Bekenntnis der CDM zur innerparteilichen Demokratie kurz- oder

mittelfristig realisiert. In der Partei sind gegenwärtig keine Flügelkämpfe festzustellen. Wenn die Partei die Zeit in der Opposition weiterhin für die programmatische Entwicklung und die Entwicklung von Parteistrukturen nutzt, kann davon ausgegangen werden, dass sie in absehbarer Zukunft Regierungsverantwortung auch im Rahmen einer Koalition tragen könnte.

Die Partei „Neue Rechte“ entstand 2001 aus einer Abspaltung von der Regierungsfraktion „Bürgerunion Georgiens“. An der Rosenrevolution im Jahr 2003 nahm die „Neue Rechte“ nicht teil, da sich die Partei prinzipiell gegen jeden verfassungswidrigen Machtwechsel aussprach. Die „Neue Rechte“ hat eine schwierige Entwicklung durchlaufen: War die Partei bis zur Präsidentschaftswahl im Januar 2008 als moderate, konstruktive Oppositionspartei bekannt, veränderte sie nach dem schlechten Abschneiden ihres Kandidaten (rund 4%) ihre Strategie und radikalisierte ihr Profil. Für die Parlamentswahlen im Mai 2008 bildete die „Neue Rechte“ und das oppositionelle Bündnis „Vereinter Nationalrat“ das Wahlbündnis „Nationaler Rat/Neue Rechte“. Mit 17,73% der Wählerstimmen ging das Bündnis als zweitstärkste Partei aus den Wahlen hervor und erhielt 17 Parlamentsmandate, darunter 5 Mandate für die „Neue Rechte“. Allerdings boykottierte sowohl das Oppositionsbündnis „Vereinter Nationalrat“ als auch die „Neue Rechte“ wegen des Vorwurfs massiver Wahlfälschung das Parlament. Im Februar 2009 schloss sich die „Neue Rechte“ mit der Partei „Republikaner“ und dem ehemaligen georgischen Botschafter bei der UN, Irakli Alasania, zur „Allianz für Georgien“ zusammen. Durch den Zusammenschluss fand die Partei „Neue Rechte“ wieder stärker zu ihrer früheren moderaten Ausrichtung zurück. Die Partei macht mittlerweile wieder einen gefestigten und inhaltlich solideren Eindruck. Die „Allianz für Georgien“ beteiligte sich an den Demonstrationen der außerparlamentarischen Opposition gegen Michail Saakaschwili. Allerdings stellt die Allianz eindeutig den konstruktivsten Flügel der außerparlamentarischen Opposition dar.

Ihre Programmatik lässt sich in folgenden Stichpunkten zusammenfassen: Unabhängige Justiz; Effektive Selbstverwaltung; Freie Medien; Transparenz im Militärbereich; Reorganisation der Sicherheitsstrukturen; Förderung des Privatunternehmertums; Verbesserung des Investitionsklimas; Unterstützung von exportorientierten Unternehmen; Unterstützung der Landwirtschaft; eine auf demografische Herausforderungen hin orientierte Familienpolitik; Staatlich finanzierte Ausbildung; Teilstaatlich finanzierte Krankenversicherung.

Das Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus der KAS ist ein noch junges Programm der KAS: Am 1. Januar 2008 nahm das Regionalbüro der KAS seine Arbeit in Tiflis auf. Zwar war die KAS bereits vorher im Südkaukasus mit einer Ortskraft präsent und unter der Leitung des KAS-Büros in Tashkent/Usbekistan konnten auch einige Maßnahmen durchgeführt werden, eine systematische Parteienförderung findet jedoch erst seit der Eröffnung des Regionalbüros statt. Das KAS-Regionalprogramm führt die genannten Maßnahmen alleinverantwortlich durch. Seit einigen Monaten wird zudem eine Kooperation mit der niederländischen Eduardo-Frei-Stiftung (EFF) insbesondere im Bereich der Nachwuchsförderung zu programmatischen Fragen erprobt. Als lokaler Partner für die Förderung der CDM bietet sich das Christliche Demokratische Institut (CDI) an. Das CDI wurde von der CDM zu Bildungszwecken im Herbst 2008 gegründet. Gegenwärtig werden zwei Kooperationsmaßnahmen mit dem CDI durchgeführt.

Als Schwerpunktthemen der Parteienkooperation in Georgien sind zu nennen:

- Förderung einer Christlichen Demokratischen Parteienprogramm. Kaum eine Partei in Georgien verfügt über ein ausgearbeitetes Grundsatzprogramm. Nur in Einzelfällen werden Wahlprogramme erarbeitet. Programmatische Positionen spielen im innerparteilichen und im interparteilichen politischen Diskurs bislang kaum eine Rolle.
- Förderung einer regional gegliederten Parteistruktur: Die georgischen Parteien verfügen bislang nicht über nennenswerte Parteistrukturen (Ausnahme: Labor-Partei). Mitglieder werden lediglich „verwaltet“, jedoch nicht in die Parteiarbeit aktiv eingebunden. Insbesondere außerhalb der Hauptstadt Tiflis ist die Parteiarbeit kaum ausgeprägt.

Diese Schwerpunktthemen werden gegenwärtig vor allem mit Hilfe von Workshops (z.B. Parteiprogrammatik, Parteimitgliederarbeit) und Publikationen (Grundlagen der Christlichen Demokratie, Grundlagen der Parteimitgliederarbeit) bearbeitet.

Katja Christina Plate
Leiterin des Regionalprogramms Politischer Dialog Südkaukasus

4. KASACHSTAN

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Republik Kasachstan wird auf der Grundlage einer Präsidialverfassung regiert. Der durchaus charismatisch Präsident Nursultan Nasarbajev, der das Land seit seiner Unabhängigkeit führt, wird vom Volk direkt gewählt und hat laut Verfassung weitreichende Vollmachten: Er ernennt und entlässt die Regierung und kann unter bestimmten Voraussetzungen das Parlament auflösen. Zudem ernennt er die Mitglieder des Obersten Gerichtes und die Akime, die vergleichbar sind mit deutschen Bürgermeistern.

Das Parlament der Republik Kasachstan besteht laut Verfassung aus zwei gleichberechtigten Kammern: dem Senat (Oberhaus) und dem *Maschilis* (Unterhaus). Der Senat umfasst 47 Senatoren, die teilweise aus den Gebietskörperschaften gewählt, teilweise vom Präsidenten selbst ernannt werden. Im Maschilis sind 106 Abgeordnete vertreten, die auf der Grundlage von Parteilisten nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Gesetze, die von beiden Kammern verabschiedet worden sind, bedürfen der Unterschrift des Präsidenten. Dieses ist allerdings nicht nur ein formaler Akt, sondern in der politischen Praxis ein durchaus häufiger Fall, dass der Präsident seine Unterschrift zunächst verweigert.

Oppositionsparteien sind im aktuellen Parlament nicht vertreten. Alle 106 Mitglieder werden seit der letzten Parlamentswahl am 18. August 2007 von der Regierungspartei *NUR OTAN* gestellt. Keine der existierenden Oppositionsparteien ist in der Lage gewesen die existierende 7-Prozent-Hürde zu überspringen. Diese Regelung wurde mehrfach – insbesondere seitens der OSZE – scharf kritisiert. Im Vorfeld des OSZE-Vorsitzes im Jahr 2010 hat der Präsident nun eine Gesetzesänderung angekündigt, die Oppositionsparteien den Einzug ins Parlament erleichtern soll.

An der Spitze der kasachischen Regierung steht der Präsident, der bisher durch geschicktes innen- und außenpolitisches Agieren eine stabile Regierung garantieren konnte. Durch eine balancierte Zusammensetzung seiner Regierung und der Führungskader

seiner Partei nach unterschiedlichen Kriterien gelingt es ihm, die Interessen dreier oftmals konkurrierender kasachischer Stämme (*Dschuse*¹) auszugleichen. Darüber hinaus bemüht er sich auch um die Integration der Vertreter der russischen Minderheit sowie anderer Nationalitäten in die Regierung. Anzeichen separatistischer Tendenzen der russischen Bevölkerung im Norden des Landes trat er mit der Verlegung der Hauptstadt von Almaty im Süden nach Astana im Norden entgegen.² Seither findet das politische Leben in Astana statt, das zivilgesellschaftliche Leben ist jedoch weiterhin auf Almaty fokussiert.

PARTEIENLANDSCHAFT

Grundsätzlich ist das Interesse im Lande für politische Parteien bisher nicht sehr ausgeprägt. Dies lässt sich im Wesentlichen auf zwei Gründe zurückführen:

1. Das schlechte Image der ehemaligen KPdSU überträgt sich offensichtlich auf das Ansehen der Parteien des unabhängigen Kasachstans – eine Entwicklung, die auch in anderen Transformationsstaaten festzustellen ist.
2. In den großen Städten hat die Bevölkerung – im Vergleich zu den anderen GUS-Staaten – aufgrund des Reichtums an Bodenschätzen einen gewissen Lebensstandard erlangt. Das Interesse an Politik und an politischen Parteien ist daher vergleichsweise gering ausgeprägt, während eher wirtschaftlichen Fragen besondere Bedeutung beigemessen wird.

Die politisch dominierende Partei ist die „volksdemokratische“ Regierungspartei *NUR OTAN* des Präsidenten. *NUR OTAN* ist ein Eigenname: „*NUR*“ bedeutet Lichtschein, „*OTAN*“ Heimat. Der Zusatz „volksdemokratisch“ ist offensichtlich sehr bewusst gewählt worden, um die Verbundenheit mit dem Volk zu betonen. Er soll zudem eine Assoziation zum Modell der Volkspartei herstellen, obwohl hierzu im Russischen keine adäquate Übersetzung existiert. Darüber hinaus ist der Begriff „demokratisch“ im In- und Ausland mit einem positiven Image belegt.

Die Partei ist flächendeckend über das gesamte Land vertreten. Nach eigener Aussage hat sie 777.237 Mitglieder. Es wird kein wichtiges politisches Amt in Kasachstan an Personen vergeben, die nicht Mitglied der Partei sind. Das gilt insbesondere für die Positionen der *Akime*.

Das Innenleben der Partei ist weitestgehend unbekannt. Bekannt ist lediglich, dass es sich auch bei *NUR OTAN* nicht um einen homogenen Block handelt, sondern um einen Zusammenschluss verschiedener, ehemals selbstständiger Parteien, die durch die politische Autorität und das persönliche Charisma des Präsidenten zusammengehalten werden. Der Stolz auf *NUR OTAN*, die – zumindest mit Blick auf die kasachischen Wirtschaftsdaten – bislang sehr erfolgreich gearbeitet hat, überwiegt mögliche innerparteiliche Kritik aus den eigenen Reihen.

Als erster Vorsitzender hält der Präsident das Schicksal der Partei in den Händen. Dies gilt für die programmatische Ausrichtung ebenso wie für das innerparteiliche Leben. Der Präsident garantiert eine gewisse politische Stabilität nach innen und nach außen: Er versteht es, die *Dschuse* miteinander auszubalancieren und auf regionale Befindlichkeiten auch innerhalb der Partei einzugehen. Inwieweit zukünftig auch andere politische Führungspersonlichkeiten in der Lage sind, das Land so zu regieren, ist zumindest zum jetzigen Zeitpunkt völlig ungewiss. Aus der aktiven Parteiarbeit hält sich der Präsident aber offiziell heraus; das Alltagsgeschäft, wie beispielsweise auch die Leitung von Parteitagungen, überlässt er seinem Stellvertreter. Nasarbajev hat offensichtlich erkannt, dass eine absolute Zentralisierung aller Parteientscheidungen auf ihn langfristig keine Parteistrukturen schafft, die der Partei ein politisches Überleben in der Zukunft garantieren können. Vor diesem Hintergrund hat er eine bessere Schulung der „Parteikader“ sowie eine Stärkung von Parteiinstitutionen, jenseits von Personen gefordert, hierzu zählt beispielsweise das der Partei nahestehende Institut für Parlamentarismus ebenso wie die Institutionen zur Schulung von Parteimitgliedern.

Neben der Regierungspartei *NUR OTAN* gibt es folgende sogenannte Oppositionsparteien:

- *Ak Schol* (Sammelbecken kritischer Eliten)
- Sozialdemokratische Partei *Aul* (Abspaltung von der Kommunistischen Partei)
- Allnationale Sozialdemokratische Partei
- *Ruchanijat*
- Patriotenpartei Kasachstans
- *Adilet* (pro-präsidentielle Partei Kasachstans)

- *Tabigat* (Umweltbewegung)
- Kommunistische Partei

Keine dieser Parteien spielt in der aktuellen Politik eine bedeutende Rolle oder stellt eine ernsthafte Konkurrenz für die Regierungspartei dar. Auch programmatisch bieten die Oppositionsparteien keine Alternative zur Regierungspartei. Es gelingt ihnen allenfalls durch Personalquerelen und interne Streitigkeiten in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu gelangen. Zuverlässige Informationen, wie bspw. über Mitgliederstärke, Strukturierung oder Finanzierung der Parteien, liegen nicht vor oder bleiben unklar. Eine ideologische Ausrichtung oder politische Konzeption der Oppositionsparteien ist ebenfalls nicht erkennbar. Inhaltlich positionieren sie sich einzig über ihre Gegnerschaft gegenüber der Regierung und deren Politik.

PARTEIENKOOPERATION DER KAS

Die Projektarbeit in Kasachstan ist noch vergleichsweise jung. Die Beobachtung der Parteienlandschaft hat gerade erst begonnen und Formen einer Parteienzusammenarbeit bestehen bislang noch nicht. Bereits jetzt kann jedoch gesagt werden, dass zum jetzigen Zeitpunkt *NUR OTAN* die einzige Partei ist, die aufgrund der momentanen Verhältnisse im Parlament wie auch durch ihre flächendeckende Struktur ausschlaggebend für die Politik des Landes ist. Sie stellt daher bis auf Weiteres die einzige Partei dar, die auch politische Weichenstellungen für die Zukunft des Landes vornehmen kann. Außenpolitisch ist eine Öffnung der Partei in Richtung Europa deutlich zu erkennen. Europäische Wertvorstellungen werden akzeptiert. Die Beziehungen zur EU sind für den Präsidenten und damit für die Partei und das Land prioritär. Es existiert ein Regierungsprogramm „Weg nach Europa“. *NUR OTAN* ist zudem Mitglied der *International Conference of Asian Political Parties (ICAPP)*. Im September 2009 traf sich in Astana die *ICAPP-General Assembly*. Nach Eigenaussage der Partei ist auch eine Mitgliedschaft in der EVP angestrebt.

Vor diesem Hintergrund haben erste konkrete Gespräche mit *NUR OTAN* stattgefunden. Dabei ging es insbesondere darum, eventuelle Kooperationsmöglichkeiten auszuloten. Im Rahmen der Gespräche wurde offen kommuniziert, wo die Parteiführung Defizite innerhalb der Partei sieht und in welche Richtung sich die Partei zukünftig weiter entwickeln will. Angesprochene Aspekte waren insbesondere die Verbesserung des Verhältnisses zu den Medien, eine verbesserte Qualifizierung der Führungs- und Mitgliederebene sowie eine Optimierung des allgemeinen Parteimanagements. Die Erkenntnis des Reformbedarfs liegt offen-

sichtlich darin begründet, dass man zukünftig eine wachsende politische Konkurrenz seitens anderer Parteien und damit ein Ende der politischen Exklusivität erwartet. Hieraus kann abgeleitet werden, dass die Partei die Notwendigkeit einer innerparteilichen Strukturreform verstanden hat. Hier könnte zukünftig eine Zusammenarbeit der Stiftung mit der Partei einsetzen, um die inhaltliche und organisatorische Entwicklung der Partei zu fördern.

*Dr. Gregor Ryssel
Regionalbeauftragter für Kasachstan, Kirgisistan,
Tadschikistan und Turkmenistan*

- 1| *Die kasachische Bevölkerung (16 Mio. Menschen) unterteilt sich in drei Stämme, die als Dschus bezeichnet werden. Diese unterscheiden sich nicht nur durch ihre geographisch Siedlungsweise voneinander, sondern auch durch ihre historische Stellung in der Gesellschaft.*
- 2| *Die ehemaligen Grenzen Kasachstans im Norden des Landes reichten früher weit auf heutiges russisches Territorium hinein. Die damalige kasachische Hauptstadt ist die heutige Stadt Orenburg.*

II. SÜDASIEN

1. INDIEN

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Indien ist eine parlamentarische Bundesrepublik. Das Land ist in 28 Bundesstaaten und sieben Unionsterritorien gegliedert. Mit mehr als 1,1 Milliarden Einwohnern ist Indien nach China das Land mit der zweitgrößten Bevölkerung auf der Erde. Staatsoberhaupt ist seit 2007 erstmals eine Frau – Pratibha Devisingh Patil. Die Juristin aus dem Bundesstaat *Maharashtra* ist eine erfahrene Politikerin, die verschiedene Ämter bekleidete, ehe sie für den *Indian National Congress* (INC) in das höchste Staatsamt gewählt wurde. Wahlberechtigt zur Präsidentenwahl sind die Vertreter der Landesparlamente und der beiden nationalstaatlichen Kammern. Ähnlich wie der deutsche Bundespräsident, übt die indische Präsidentin während ihrer fünfjährigen Amtszeit im Wesentlichen Repräsentationsfunktionen aus. Allerdings ist sie auch Oberbefehlshaberin der Armee, kraft Amtes Mitglied des Parlaments und genießt das verfassungsmäßige Recht, Bundesstaaten im Falle der Unregierbarkeit unter ihre Kontrolle zu stellen, also die so genannte *President's Rule* auszuüben.¹

Die Legislative auf nationalstaatlicher Ebene besteht aus zwei Kammern: dem Unterhaus (*Lok Sabha*), in das direkt gewählte Abgeordnete aus den jeweiligen Wahlkreisen entsendet werden, einerseits und andererseits aus der *Rajya Sabha*, der Vertretung der Länder, deren Mitglieder indirekt durch die Abgeordneten der einzelnen Landesparlamente (*Vidhan Sabhas*) bestimmt und aus deren Mitte gewählt werden. Die Anzahl der Sitze der einzelnen Staaten und Unionsterritorien in der *Rajya Sabha* hängt von der jeweiligen Bevölkerungsstärke ab. Bedingt durch die Vielzahl der Wahlberechtigten finden die Wahlen zur *Lok Sabha* nicht an einem Wahltag, sondern über eine Periode von drei bis vier Wochen in mehreren Phasen statt. Vom 16. April bis zum 13. Mai 2009 fanden die letzten Wahlen zur *Lok Sabha* statt. In insgesamt fünf Phasen konnten 714 Millionen Wahlberechtigte über die Besetzung von 543 Abgeordnetenmandaten abstimmen. Die Wahlergebnisse wurden am 16. Mai verkündet (s. unten).² Ein überraschend deutlicher Sieg des INC sorgt für klare politische Verhältnisse.

Die von 2004 bis 2009 amtierende Regierung basierte auf der Mehrheit einer Elf-Parteien-Koalition, die vom (INC) geführt wurde. Die Regierungsgeschäfte werden in Indien durch einen Premierminister geleitet. Bis zur Wahl im April/Mai 2009 war das Manmohan Singh (INC), der nun auch eine zweite Amtszeit als Premierminister antreten wird – nach Jawaharlal Nehru ist er der erste Premierminister, dem dieser Schritt nach der Vollendung einer kompletten Amtszeit gelingt. Der Premierminister Indiens wird durch die Präsidentin in Abhängigkeit der Mehrheitsverhältnisse in der *Lok Sabha* berufen. Er steht dem Kabinett vor, das die zentrale Entscheidungsinstitution der Exekutive darstellt. Entgegen westlicher Gewohnheiten ist die Personalstärke des indischen Kabinetts verhältnismäßig groß. Gegenwärtig gehören der Regierung 30 so genannte *Cabinet Ministers* an. Darüber hinaus gibt es acht weitere so genannte *Ministers of State (Independent)*, die enger eingegrenzte Fachressorts, wie etwa „erneuerbare Energien“, ausfüllen. In einer dritten Hierarchieebene folgen 42 *Ministers of State*, die in ihrer Funktion am ehesten mit Staatssekretären vergleichbar sind.

Die indische Judikative setzt sich aus einem dreigliedrigen System zusammen. Dieses besteht aus dem *Supreme Court*, der als höchstes Gericht für die Auslegung der Verfassung in Streitfragen zuständig ist und als höchstrichterliche Instanz zu Straf- und Zivilprozessgerichtsverfahren Entscheidungen trifft. Untergeordnet agieren 21 so genannte *High Courts* und eine große Anzahl von *Trial Courts*. Partner der KAS berichten, dass ein neues System ländlicher Gerichtshöfe aufgebaut werden soll, um auch vor Ort die Rechtsprechung sicherzustellen. Demnach sollen je nach Bedarf Richter durch das Land reisen und in den ländlichen Regionen Recht sprechen. Die entsprechende Gesetzgebung ist bisher allerdings noch nicht implementiert.

Das indische Wahlsystem ist ein Mehrheitswahlsystem. Der Kandidat mit einer einfachen Stimmenmehrheit im jeweiligen Wahlkreis gewinnt das Abgeordnetenmandat. Das Wahlalter liegt bei 18 Jahren. Das indische Wahlsystem ist geprägt durch eine Ungleichge-

wichtung von Wählerstimmen, bedingt durch Unterschiede der Größe einzelner Wahlkreise. Der demokratische Gleichheitsgrundsatz ist nicht in vollem Umfang gegeben. Im Wahlkreis Andaman and Nicobar Islands (AN) stimmen etwa 300.000 Wahlberechtigte über die Besetzung eines Direktmandats ab, während beispielsweise im Bundesstaat Uttar Pradesh (UP) einzelne Wahlkreise aus 2,1 Millionen Wählern gebildet werden. Das bedeutet, dass in UP der siegreiche Kandidat, in Abhängigkeit von der Zahl der Gegenkandidaten, wesentlich mehr Stimmen auf sich vereinigen muss, als in AN. Damit ist in AN das Gewicht der einzelnen Wählerstimme höher, als das Gewicht der Stimme eines Wählers in UP. Diese Tatsache hat in der Vergangenheit bereits zum Umzug von Kandidaten in günstigere Wahlkreise geführt.³

Die Durchführung der Nationalwahlen, so ist es in der indischen Verfassung geregelt, obliegt der Wahlkommission. Drei Wahlleiter sind für die Organisation der Wahlen verantwortlich. Dazu zählt die Ausrichtung von etwa 820.000 Wahlstationen in teils unsicherem und schwer zugänglichem Gebiet. Die Kommission wird als weitgehend unabhängige Institution akzeptiert. Sie hat in der indischen Demokratie eine breite Machtbasis. So kann sie beispielsweise über die Rechtmäßigkeit der Wahlen entscheiden, Parteisymbole zulassen und bei Unstimmigkeiten sogar Neuwahlen veranlassen.⁴

Wie in anderen parlamentarischen Demokratien, so gilt auch in Indien, dass die Parteien als die zentralen politischen Akteure anzusehen sind. Überdies existieren in Indien aber Besonderheiten, die in die Analyse des politischen Systems und der Rolle der Parteien einfließen müssen. Dazu zählt die Bedeutung der unterschiedlichen Kasten. Insbesondere Parteien, die sich auf die Mobilisierung und Ansprache niedrigerer Kasten ausgerichtet haben, konnten in der Vergangenheit beachtenswerte Wahlerfolge erzielen. Daneben erscheint erwähnenswert, dass die parteipolitische Diversität vielfach auf Abspaltungen neuer Bewegungen von existierenden Parteien beruht. Dabei sind oft weniger programmatische Neuausrichtungen die Triebfeder, als viel mehr persönliche Rivalitäten. Die genauen Hintergründe der Personalentscheidungen innerhalb der indischen Parteien erscheinen häufig undurchschaubar. Ein Geflecht aus familiären und dynastischen Entscheidungen bestimmt über die Besetzung von Positionen. So ist auch die politische Kommunikation der Parteiapparate stark eingeschränkt und auf die jeweilige Führung fokussiert. Ein eigenständiges Handeln der Parteifunktionäre und Abgeordneten ohne Direktive der politischen Führung ist nahezu ausgeschlossen.

Eine staatliche Parteienfinanzierung gibt es in Indien nicht. Die Parteien haben verschiedene Einnahmequellen. Experten gehen davon aus, dass ein wesentlicher Teil der generierten Einnahmen aus Schwarzgeld, Patronage, Korruption und in einigen Fällen auch Kriminalität stammt. Diese Tatsache wird durch die enge Verknüpfung zwischen dem politischen System Indiens und der Wirtschaft gefördert. Daneben erzielen die Parteien natürlich auch Einnahmen aus legalen Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Abgaben der Mandatsträger.

Für Wahlkämpfe wird in Indien viel Geld ausgegeben. Schätzungen gehen davon aus, dass alleine für den Wahlkampf im Jahr 2004 etwa zwei Milliarden Euro aufgewendet wurden.⁵ Die Parteien und Kandidaten finanzieren ihre Wahlkämpfe im Wesentlichen durch das Sammeln privater Spenden, die erst seit einiger Zeit deklariert werden müssen. Hierbei kommt es regelmäßig zu dem Verdacht der Interessensverknüpfung zwischen Parteien, Kandidaten und Unternehmen, die großzügige Spenden erhalten bzw. vergeben. Darüber hinaus schätzen Experten, dass mehr als eine halbe Milliarde Euro aus informellen Auslandsgeschäften stammen.

Im Jahr 1997 wurde eine Grenze von Wahlkampfausgaben für einzelne Abgeordnete festgelegt. So darf ein Kandidat maximal 1.500.000 Rupien (INR) (ca. 22.000 EUR) in einer Kampagne ausgeben. Schätzungen gehen aber davon aus, dass der Einzelne bis zu 100 Millionen INR (etwa 1,5 Millionen EUR) für einen Sitz in der *Lok Sabha* aufwenden muss. Angesichts verhältnismäßig geringer Abgeordnetenvergütungen ist jeder Kandidat also in der Pflicht, nach zusätzlichen Einnahmequellen zu suchen. So ist es vielleicht auch nicht verwunderlich, dass gegen immer mehr Abgeordnete Strafverfahren anhängig sind. Im Landesparlament von Uttar Pradesh beispielsweise muss sich etwa ein Viertel der Abgeordneten einem Prozess stellen, die Anschuldigungen reichen bis hin zu Mord.

PARTEIENSYSTEM

Die Entwicklung des indischen Parteiensystems lässt sich in der Zeit nach 1947 in vier Phasen gliedern.

■ Phase 1: 1947-1967

Der INC ist die dominante Kraft und gewinnt mit einer Ausnahme (1957 in Kerala) alle Wahlen auf Landes- und Bundesebene. Die Partei behauptet diese Position, in dem es ihr gelingt, widerstreitende Positionen innerhalb verschiedener Parteiflügel in ihre politischen Entscheidungen einfließen zu lassen.

- Phase 2: 1967-1977
Diese Phase ist von der Erosion der Machtbasis des INC auf regionaler Ebene geprägt. Die Integrationsfähigkeit der Partei nimmt ab.
- Phase 3: 1977-1991
Erstmals verliert der INC 1977 nach Exzessen im Ausnahmezustand (1975-1977) die Nationalwahlen. Politische Alternativen entstehen. Diese teils sehr unterschiedlichen Verbände und Koalitionen werden von dem einen gemeinsamen Ziel angetrieben, den INC zu schwächen und abzulösen. Dazu zählt die Janata-Partei (Regierung 1977-1982) und die *Bharatiya Janata Party* (BJP), die gemeinsam mit der CPM, *Communist Party of India (Marxist)*, 1989 eine „National Front“-Regierung bildet.
- Phase 4: seit 1991
In früheren Jahren waren Koalitionsregierungen in Indien die Ausnahme, nun werden sie zur bestimmenden Regel. Ein fortschreitender gesellschaftlicher Wandel im Land drückt sich auch im Aufstieg verschiedener Regionalparteien aus, die scheinbar die individuellen Bedürfnisse der Wähler vor Ort besser kanalisieren und artikulieren können als die etablierten und großen Parteien.⁶ Erst die Wahlen im Jahr 2009 haben diesen Trend zum Teil gestoppt, in dem die Kongresspartei mit einem klaren Auftrag zur Regierungsbildung aus den Abstimmungen hervorging.

Betrachtet man die politische Situation von der Zeit der Unabhängigkeit Indiens bis zum heutigen Tage, so hat der *Indian National Congress* lange Zeit die politischen Leitlinien des Landes bestimmt. Seit der Staatsgründung im Jahr 1947 hat der INC – unterbrochen von einigen Phasen in der Opposition – bis heute 49 Jahre auf der Regierungsbank verbracht. Er ist gleichzeitig auch die älteste Partei Indiens. Gegründet 1885 war er die treibende Kraft in der Auseinandersetzung um die Unabhängigkeit Indiens von Großbritannien.

Parteivorsitzende ist seit dem Jahr 1999 die aus Italien stammende Sonia Gandhi, die erst 1983 die indische Staatsbürgerschaft annahm, nachdem sie in den 1960er Jahren in die Gandhi-Familie einheiratete. Ihr Sohn Rahul Gandhi, der Enkel der legendären Premierministerin Indira Gandhi und der Urenkel des ersten indischen Premiers Jawaharlal Nehru, strebte bei der zurückliegenden Wahl höhere politische Weihen an. Als neue „Jugend-Ikone“ der Kongresspartei konnte Rahul Gandhi, seit 2007 Generalsekretär der Partei, die jungen Inder für den Kongress gewinnen.⁷ In einer Nation, in der die unter 35-Jährigen 60 bis 70% der Wähler ausmachen, ist dies kein zu vernachlässigender Faktor.

Der INC ist in Indien flächendeckend organisiert. In jedem Bundesstaat und in den Unionsterritorien gibt es Untereinheiten der Partei, welche die Arbeit vor Ort leisten. Bei der Besetzung von Parteiämtern und der Entsendung von Personal in höhere Parteiebenen sind innerparteiliche demokratische Grundsätze eingeschränkt; dynastische Prinzipien dominieren. Grundsätzlich hat der Parteiführer auf nationaler Ebene im Falle eines Wahlsieges das Zugriffsrecht auf die Position des Premierministers. Davon musste Sonia Gandhi allerdings im Jahr 2004 im Hinblick auf ihre ausländische Herkunft und den damit verbundenen Druck der Öffentlichkeit absehen.

Programmatisch bekennt sich der INC zu sozialdemokratischen, links-liberalen Politikzielen. Im Hinblick auf die Wahlen im April/Mai 2009 hat sich die Partei verstärkt für Bereiche wie Ernährungssicherheit, eine verbesserte Gesundheitspolitik, Reform der sozialen Sicherungssysteme, Gleichstellung der Geschlechter und die Entwicklung benachteiligter Landesteile eingesetzt.⁸ Der alte und neue Premierminister Manmohan Singh hat an der University of Oxford Wirtschaftswissenschaften studiert und bekam im Jahr 2004 überraschend die Chance auf das mächtigste Amt im Staat. Bereits in den 1990er Jahren hat Singh wichtige Weichenstellungen in seiner damaligen Funktion als Finanzminister vorgenommen. Sein Name ist eng mit der wirtschaftlichen Öffnungspolitik und der Liberalisierung der indischen Märkte verbunden. Ihm wird durch eine weitsichtige Finanzpolitik ein großer Teil des wirtschaftlichen Erfolges Indiens zugeschrieben. Hinzu kommt seine Reputation als „politischer Saubermann“ und Technokrat. Mit seinen 76 Jahren hat Manmohan Singh – für indische Verhältnisse – gerade ein Politikeralter erreicht, das ihn für eine weitere Amtszeit prädestiniert.⁹

Lange Zeit gab es keinen ebenbürtigen Gegenspieler zum INC. Die in den 1950er Jahren entstandene BJP erfreut sich erst seit den 1980er Jahren wachsender Beliebtheit und hat sich zum rechtskonservativen *counterpart* des INC entwickelt. Im Jahre 1996 gelang es der BJP, stärkste Kraft in der *Lok Sabha* zu werden. Drei Jahre später konnte sie mit anderen Partnern eine Koalitionsregierung bilden, die erst wieder 2004 durch eine INC-geführte Parteienkonstellation abgelöst wurde.¹⁰

Im Jahr 2002 wurde erhebliche Kritik an der BJP laut, weil die Partei im Verdacht stand und steht, ethnisch-religiös motivierte Ausschreitungen zwischen Hindus und Moslems im Bundesstaat Gujarat angefacht oder zumindest als Regierungspartei nicht rechtzeitig eingedämmt zu haben. Die BJP bestreitet ein Fehlverhalten, jedoch haftet ihr spätestens seit dieser Zeit das

Label der hindu-nationalistischen Ausrichtung an. Während Teile der BJP versuchen, bewusst von ihrem hindu-nationalistischen Image abzurücken, hat ein prominentes Mitglied der Partei, Varun Gandhi (abtrünniger Spross des Nehru-Gandhi Clans, Cousin von Rahul Gandhi und BJP-Abgeordneter im Bundesstaat UP), in den Wochen vor den Wahlen mit hetzerischen Reden gegen Muslime die Aufmerksamkeit der Medien auf sich gezogen und landete nach Anklage seitens der Wahlkommission vorübergehend im Gefängnis.¹¹

Die BJP hatte sich für die Wahlen des Jahres 2009 zum Ziel gesetzt, den Stellenwert Indiens als Nation weiterzuentwickeln und Indien zu einem führenden Bindeglied im Konzert der Weltmächte zu machen. Dazu sollten umfassende wirtschaftliche Reformen und die Erfüllung der Grundversorgung in Sachen Bildung, Gesundheit, Wohnungswirtschaft und im kulturellen Bereich für alle indischen Bevölkerungsschichten beitragen. Das oberste Ziel auf außenpolitischer Ebene sieht die BJP in Verhandlungen mit Pakistan, um die bilateralen Probleme beider Länder zu lösen. Grenzkonflikte, Kriege und Terrorismus hatten das Verhältnis beider Staaten in der Vergangenheit schwer belastet. Der Spitzenkandidat der BJP war LK Advani. Der 81-jährige Führer der BJP und ehemalige Vize-Premierminister entstammt aus dem Gebiet des heutigen Pakistans. Advani ist es mit seinen Parteifreunden gelungen, die BJP zu einer bedeutenden politischen Kraft in Indien aufzubauen und eine starke Opposition zur Kongresspartei zu formieren, letztlich sogar die BJP im Jahr 1999 in die Regierung zu führen. Seit dem Machtverlust im Jahr 2004 war Advani Oppositionsführer in der *Lok Sabha*.¹²

Die kommunistischen Parteien, die über Jahrzehnte vornehmlich auf regionaler Ebene eine Rolle spielten, erhielten erstmals als Zünglein an der Waage und Mehrheitsbeschaffer der vorigen Koalitionsregierung (*United Progressive Alliance*, UPA, 2004-2009) eine wichtige Bedeutung auf zentralstaatlicher Ebene. In Bezug auf die Wahlen, waren sie um die Bildung eines dritten großen Parteienbündnisses (*Third Front*) bemüht, das als Alternative zur INC-geführten UPA und dem Oppositionsblock *National Democratic Alliance* (NDA) unter Führung der BJP bei den Wahlen antrat.¹³ Allerdings konnte besagte *Third Front* den Wähler nicht überzeugen. Insbesondere die kommunistischen Parteien erlitten bei der Wahl 2009 verheerende Wahlniederlagen. So verlor man beispielsweise im Bundesstaat West Bengal mehr als die Hälfte der bisherigen Abgeordnetenmandate.

In den 1980er Jahren haben sich in vielen indischen Bundesstaaten Regionalparteien gebildet. Eine jüngere

Entwicklung im indischen Parteiensystem ist die Mobilisierung von Wählern außerhalb ihres ursprünglichen regionalen Einflussgebietes (beispielsweise der nationale Anspruch der Partei der Kastenlosen – *Bahujan Samaj Party* (BSP) aus Uttar Pradesh).¹⁴

Analysten schrieben neben der Kongresspartei und der BJP acht National- und Regionalparteien die Möglichkeit zu, den Ausgang der Wahlen signifikant zu beeinflussen:

The Communist Party of India (Marxist)

Die CPI (M) ist 1964 aus der Kommunistischen Partei hervorgegangen. Die Partei hat ihre Hochburgen in Westbengalen, dort regiert sie seit 1977 ununterbrochen, außerdem im Bundesstaat Tripura und in Kerala. Die CPI (M) wendet sich vor allem gegen die Deregulierung des Arbeitsmarktes und gegen Privatisierungen von Staatseigentum. In anderen Politikfeldern, wie etwa im Bereich der Außeninvestitionen, hat in der Vergangenheit bei den Parteioberen einiger Pragmatismus Einzug gehalten.

The Bahujan Samaj Party

Die BSP entstand im Jahr 1984, um die Kaste der so genannten „Unantastbaren“ (*Dalit*) zu repräsentieren. Programmatisch inspiriert ist die BSP durch BR Ambedkar, der auch als „Vater“ der indischen Verfassung gilt. Dabei stehen sozialistische Aspekte im Vordergrund. Den letzten Wahlerfolg erzielte die BSP im Jahr 2007 in *Uttar Pradesh*, dort stellt sie mit Kumari Mayawati die *Chief-Ministerin*.

Samajwadi Party

Die Partei ist eine der Abspaltungen, die 1992 aus der ehemals größten Oppositionspartei *Janata Dal* hervorgegangen ist. Die Mitglieder geben sich traditionell sozialistisch. Die Hochburg der Partei befindet sich in Uttar Pradesh. Thematisch war in der vergangenen Legislaturperiode besonders die Unterstützung der *United Progressive Alliance* (UPA) bei der Unterzeichnung des Atomabkommens mit den USA auffällig. Hier diente die *Samajwadi Party* als Mehrheitsbeschaffer.

Shiv Sena

Die Partei kann als hindunationalistisch und am äußeren rechten Rand des Parteienspektrums stehend charakterisiert werden. Die Hochburg der *Shiv Sena* ist der Staat Maharashtra mit der Metropole Mumbai. Sie ist ein Verbündeter der BJP und war Mitglied der NDA-Regierung von 1999 bis zum Jahr 2004. Die

Partei positioniert sich deutlich regional, in dem sie die Rechte der Ur-Einwohner Maharashtras gegenüber anderen ethnischen Gruppierungen zu schützen versucht.

Dravida Munnetra Kazhagam

Die DMK ist regional im Bundesstaat Tamil Nadu von Bedeutung und stellt dort den *Chief Minister*. Sie war und ist das politische Sprachrohr der militanten Tamilenbewegung in Indien. Sie steht ebenfalls im Verdacht, die als terroristisch eingestufte LTTE in Sri Lanka zu unterstützen, die dort über Jahrzehnte für einen eigenständigen Staat kämpfte und gegenwärtig in kriegerischen Auseinandersetzungen mit der Regierung steht.

Rashtriya Janata Dal

Diese Partei ist ebenfalls eine Abspaltung der ehemaligen *Janata Dal*-Partei und seit 1997 eigenständig. Sie regierte den Problemstaat *Bihar* bis zum Jahr 2005, insbesondere in dem es ihr gelang, die Masse der Angehörigen niedrigerer Kasten zu mobilisieren. Gleichzeitig erlangte die Partei das Image, für soziale Gerechtigkeit zu stehen. Der Parteiführer LP Yadav gehörte der letzten Unionsregierung Regierung als Eisenbahnminister an.

Communist Party of India

Die CPI hat sich im Zweiten Weltkrieg von der Kongresspartei abgespalten. Auf nationaler Ebene hat die Partei bisher die INC-geführte Regierungskoalition unterstützt. Die CPI war allerdings nicht Mitglied der Koalition, sondern hat sich in der so genannten *Left Front* organisiert.

Telugu Desam Party

Hierbei handelt es sich um eine regionale Partei, die durch besonderen Populismus auf sich aufmerksam gemacht hat. So wurde sie erstmals 1983 in *Andhra Pradesh* in die Verantwortung gewählt, als sie versprach, den Preis für ein Kilogramm Reis auf 4 Rupien (heute etwa 6 Euro-Cent) festzulegen. Der Parteigründer ist der Filmstar Rama Rao. Der *Telugu Desam Party* wird positiv angerechnet, dass sie die Kapitale des Bundesstaats, Hyderabad, zu einem wichtigen Technologiestandort weiterentwickelt hat.

Trotz der hohen Anzahl an Menschen mit muslimischen Glauben im Land, gibt es keine nennenswerte parteipolitische muslimische Bewegung in Indien. Von kleinen Regionalparteien abgesehen, wählen viele

Muslime traditionell INC. Andere bleiben der Wahl fern, weil sie ein demokratisches System nicht mit ihrem Glauben, der sich an den Vorgaben der *Sharia* ausrichtet, vereinbaren können. Überdies vermeiden die muslimischen Führer in Indien die Gründung einer nationalen politischen Bewegung, um auf diese Weise religiöse Polarisierungen zu vermeiden und somit die BJP nicht zu stärken.

Die großen Parteien, darunter auch INC und BJP, veröffentlichen zu Wahlzeiten regelmäßig so genannte *Manifestos*, in der die politische Programmatik zum Ausdruck kommt. Jedoch ist der Stellenwert dieser Veröffentlichungen gering. KAS-Partner – wie z.B. das Wahlforschungsinstitut CSDS – beklagen die zu geringe Beachtung der Parteiprogramme und damit verbunden auch die mangelnde Kenntnis über die Ziele der Parteien in den Medien und in der Öffentlichkeit. Bei genauerem Studium stelle sich heraus, dass die Zielsetzungen vieler Parteien inhaltlich sehr ähnlich und wenig voneinander abgegrenzt seien.¹⁵

Es ist in Indien üblich, bereits vor der Wahl eine Koalitionsaussage zu treffen. Die Parteien schließen sich zu Allianzen zusammen, die im Falle eines Wahlsieges dann eine Vielparteienkoalition bilden. Es existieren zurzeit drei bedeutende Allianzen. Der vom INC geführte Verband, der bis zur Neuwahl aus elf Parteien bestand, *United Progressive Alliance*. Die BJP führt einen Verband mit dem Namen *National Democratic Alliance* (NDA). Daneben hat sich im Wahlkampf 2009 eine dritte Kraft formiert. Die linke *Third Front* besteht aus neun Parteien und wollte den etablierten Bündnissen UPA und NDA die Regierungsbildung streitig machen.

Diese Idee fand auch Nachahmer. So haben weitere politische Kräfte, die der UPA nahestehen und zu einer Koalition mit dem Bündnis tendierten, noch während der Wahlphasen eine *Fourth Front* ausgerufen.

Bei den Nationalwahlen im Jahr 2004 wurde das NDA-Bündnis durch die UPA abgelöst, dabei ergab sich folgendes Kräfteverhältnis: Die von INC geführte UPA-Koalition erzielte 34,6% der abgegebenen Stimmen und erreichte damit 219 Sitze in der *Lok Sabha*. Die NDA, von der BJP geführt, gewann 34,8% der Stimmen. Bedingt durch die Gesetzmäßigkeiten des indischen Wahlsystems und eine ungünstigere Zusammensetzung der Partner, ergaben sich hieraus allerdings nur 185 Abgeordnetenmandate. Im Laufe der Wahlperiode bröckelte die UPA-Koalition und damit auch ihr Vorsprung, so dass Teile der kommunistischen Parteien zur Sicherung der Mehrheitsverhältnisse einbezogen werden mussten.¹⁶

Die Wahlergebnisse vom April/Mai 2009 stellen sich wie folgt dar: der INC hat die Wahlen mit deutlichem Abstand zu allen anderen Parteien gewonnen. Trotz aller Vorhersagen, die von einem Kopf-an-Kopf Rennen mit der BJP ausgingen, erzielte der INC 28,6% der Stimmen und gewann landesweit 206 der 543 Mandate. Dies entspricht einer Steigerung um 61 Mandate und stellt eine komfortable Situation für die bevorstehende Regierungsbildung dar. Der INC wird sich nun sorgfältiger als in der Vergangenheit seine Koalitionspartner aussuchen können. Den Weg in die Opposition geht sicherlich die BJP. Sie erzielte 18,8% und 116 Mandate und verlor im Vergleich zu den letzten Wahlen 22 Sitze. Drittstärkste Kraft ist die Regionalpartei BSP mit 6,2 Prozentpunkten und 21 Sitzen in der Lok Sabha. Demgegenüber stehen die kleineren Parteien, die 36,4% der Wählerstimmen erzielten, aber aufgrund des Mehrheitswahlsystems nicht proportional zu ihrem Stimmenanteil im Parlament vertreten sind.¹⁷

PARTEIENKOOPERATIONEN DER KAS

Eine institutionalisierte Kooperation zwischen der KAS und indischen Parteien gibt es nicht. Für diese Situation gibt es verschiedene Gründe. Zum einen suchen indische Parteien, basierend auf einem starken Selbstverständnis, nicht notwendigerweise die Zusammenarbeit mit ausländischen Stiftungen. Das mag auch damit zusammenhängen, dass man den Verdacht der Beeinflussung aus dem Ausland vermeiden möchte und dass eine Abgrenzung zentraler Politik- und Wirtschaftsbereiche nach außen noch immer im Denken vieler indischer Entscheidungsträger verankert ist. Darüber hinaus fehlen den Parteien die Schnittstellen für Kooperationen und institutionalisierte Zusammenarbeit mit international agierenden Partnern.

Die internationale Arbeit und Organisation der indischen Parteien ist noch unterentwickelt. Entsprechende Organisationsstrukturen fehlen oder sind noch zu wenig ausgeprägt. Beispielsweise existiert die Position des „Internationalen Sekretärs“ bei beiden großen Parteien, sie spielt aber bei der Gestaltung der Parteipolitik und bei der internationalen Arbeit keine Rolle. Hinzu kommt, dass weder der INC noch die BJP Mitglied in einer der großen internationalen Parteienbündnisse sind. Gesprächspartner gehen aber davon aus, dass sich mit einem Generationenwechsel in der Politik, auch diese Situation wandeln wird. In regionalen Parteienbündnissen gibt es jedoch Mitgliedschaften indischer Parteien, z.B. in der *International Conference of Asian Political Parties* (ICAPP). Karan Singh (INC), der derzeitige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des INC und Abgeordneter der *Rajya Sabha*, ist Mitglied des so genannten *standing committee* der ICAPP.

Der KAS ist es darüber hinaus in den letzten Jahren gelungen, ein Netzwerk persönlicher Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern beider großer Parteien und eine fallweise themenspezifische Zusammenarbeit aufzubauen. Für eine institutionalisierte Parteipartnerschaft fehlt es der KAS in Indien jedoch an der passenden Partei. Zwar vertritt beispielsweise die BJP interessante Positionen, etwa im Hinblick auf wirtschaftspolitische Vorstellungen und in Fragen der Liberalisierung der Märkte, allerdings scheint eine vertiefte Kooperation vor dem Hintergrund hindunationalistischen Verdächtigungen problematisch.

Bei der jungen Politikergeneration deutet sich ein Wandel im Politikverständnis an. Regelmäßig ergeben sich Anknüpfungspunkte der Arbeit der KAS zu der jungen indischen Politikszene aus beiden großen Parteien. Darüber hinaus ist es in der Vergangenheit, in Kooperation mit den Partnern der KAS (z.B. *PHD Chamber of Commerce and Industry*, dem Wirtschaftsforschungsinstitut ICRIER, dem Umweltforschungsinstitut TERI und der *Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry*), immer wieder gelungen, den Kontakt in die Führungsspitzen der indischen Politik herzustellen, bis hin zur Staatspräsidentin. Diese hat im Jahr 2008 am gemeinsamen Rechtsstaatsdialog der KAS und des Partners *Confederation of Indian Bar* teilgenommen. Es gelingt also durchaus über Veranstaltungen, gemeinsam mit Partnerorganisationen die Politikvorstellungen und Ziele der KAS in die Parteiapparate zu transportieren. Sehr erfolgreich ist hierbei gerade die Arbeit mit ehemaligen Regierungsmitgliedern. Anders als in anderen Ländern, behalten diese in Indien auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt einen erheblichen Einfluss auf ihre Parteien und ihr politisches Umfeld. Das hat einerseits mit der Bedeutung politischer Dynastien zu tun, in denen gerade ältere und durch politische Ämter auch sehr erfahrene Menschen geschätzt und besonders geehrt werden. Andererseits ist das durchschnittliche Politikeralter in Indien generell höher als in Europa. Der 81-jährige Parteiführer der BJP und ehemalige Kandidat für den Posten des Premierministers, Lal Krishna Advani, stellt keine Ausnahme dar. Insofern ist es in der Vergangenheit gelungen, Entscheidungsträger in die Arbeit der KAS einzubinden, zu Diskussionen im Rahmen wichtiger gesellschaftlicher Reformprozesse anzuregen und die Wertvorstellungen der KAS in den Bereichen Demokratieförderung, soziale Marktwirtschaft und Rechtsstaatspolitik weiterzugeben.

Hierzu zählen beispielsweise der NATO-Indien-Dialog, die bereits erwähnten *All India*-Seminare im Bereich Rechtsstaatspolitik, das *National Interest Project* mit

dem führenden Wirtschaftsforschungsinstitut ICRIER und die Arbeit mit den *Think Tanks* aus den SAARC-Staaten im Bereich der Terrorismusbekämpfung, um nur einige Projekte zu nennen. Neben der Pflege der politischen Beziehungen auf hoher nationalstaatlicher Ebene fördert die KAS mit den Partnern *All India Santal Welfare and Culture Society* (AISWACS) und dem *Centre for Rural Entrepreneurship and Technical Education* (CREATE) auch Modellprojekte auf lokaler, ländlicher Ebene. Dabei werden demokratisch gewählte Ortsräte in ihren politischen Grundkenntnissen und Fähigkeiten geschult. Regelmäßig finden zudem Dialogveranstaltungen mit der Basis und führenden Politikern auf Bundesstaatsebene statt. Auf diese Weise wird der Austausch zwischen den verschiedenen politischen Ebenen gefördert.

AUSBLICK

Die weitere Kooperation zwischen der KAS und indischen Parteien wird von den künftigen Verschiebungen im Parteiensystem beeinflusst werden. Die indische Parteienlandschaft befand sich für längere Zeit in einem volatilen Zustand. Regionale, kastenspezifische Parteien gewannen zunehmend an Einfluss. Das bipolare Parteiensystem war einem multipolaren gewichen. Der deutliche Wahlsieg des INC bei den Wahlen 2009 lässt eine Abkehr von diesem Trend vermuten. Die Wähler haben für eine säkulare Politik und weitgehend gegen die kleinen Parteien gestimmt. Basierend auf diesen Überlegungen erscheint es sinnvoll, die Strategie für künftige Parteienkooperationen zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu strukturieren.

De facto stellen die Wahlen 2009 in Indien eine Zäsur für das politische System dar und bieten der KAS die Chance, einerseits vorhandene politische Netzwerke zu stärken und andererseits neue politische Kontakte – insbesondere zu den jüngeren Abgeordneten und zu den Jugendorganisationen der beiden großen Parteien – auszubauen. Wenn auch der Generationenwechsel bei den beiden großen Parteien nur langfristig vonstatten geht, so gibt es zunehmend jüngere Abgeordnete, die über die Themen von KAS-Konferenzen in die Arbeit einbezogen werden und auch verstärkt Kontakte nach Deutschland suchen.

Die KAS könnte in Zukunft eine wichtige Mittlerrolle bei der Intensivierung der regionalen und internationalen Kontakte (ICAPP und IDU) der beiden großen Parteien spielen – einerseits was regionale und internationale Parteiverbindungen betrifft, andererseits in Bezug auf die Beziehungen zu Entscheidungsträgern in der CDU. Darüber hinaus wird die Fortsetzung der themenspezifischen Zusammenarbeit auf der Grund-

lage der thematischen Schwerpunkte unseres Länderprojekts und in Bezug auf die SAARC-Region mit einzelnen Persönlichkeiten angestrebt. Thematische Schwerpunkte von bilateralem und regionalem Interesse sind Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik und Aspekte der Rechtstaatlichkeit.

Wie in Deutschland die deutsch-indische Parlamentariergruppe, gibt es in Indien die offizielle indisch-deutsche Parlamentariergruppe, zu deren Mitgliedern nun nach den Wahlen die Beziehungen intensiviert werden sollen – ebenso zu den Mitgliedern der deutsch-indischen Beratergruppe. Hinzu kommt der noch zu verstärkende Kontakt zu dem *Indo-German Forum of Parliamentarians* und dem *India-European Union Forum of Parliamentarians* (jeweils inoffizielle Foren) innerhalb der indischen KAS-Partnerorganisation *Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry* (FICCI). Von indischer Seite sollen verstärkt jüngere Abgeordnete in Maßnahmen einbezogen werden. Es wird darüber hinaus angestrebt, das Länderprogramm mit Besucherprogrammen für politische Delegationen aus Indien und der SAARC-Region zu flankieren und politische Entscheidungsträger der Parteien in Regionalmaßnahmen – in Verflechtung mit den Regionalprogrammen der KAS in Asien, aber auch mit/durch Maßnahmen in Berlin oder Brüssel – einzu beziehen.

Dr. Beatrice Gorawantschy
Landesbeauftragte der KAS für Indien und
die Regionalkooperation SAARC

Martin-Maurice Böhme
Trainee im KAS-Auslandsbüro Indien

- 1| Vgl.: Rothermund, Dietmar: *Indien, Aufstieg einer asiatischen Weltmacht*. Bonn 2008, S. 14 ff.
- 2| Vgl.: Wagner, Christian: *Das politische System Indiens*. Wiesbaden 2006, S. 43 ff.
- 3| Vgl.: Wagner, Christian: *Das politische System Indiens*. Wiesbaden 2006, S. 148 f.
- 4| Vgl.: Election Commission of India. <http://www.eci.nic.in>, 29.04.2009.
- 5| Vgl.: Wagner, Christian: *Das politische System Indiens*. Wiesbaden 2006, S. 143 f.
- 6| Vgl.: Wagner, Christian: *Das politische System Indiens*. Wiesbaden 2006, S. 111 f.
- 7| Vgl.: *Hindustan Times*: „Congress toes Rahul youth line“, 26.03.2009, S. 13; *India Today*: „The Official Top Ten“, 16.03.2009, S. 77.
- 8| Vgl.: *Manifesto of the Indian National Congress*. <http://congress.org.in>, 30.04.2009.
- 9| Vgl.: *India Elections*. <http://www.indian-elections.com>, 27.04.2009.
- 10| Vgl.: Swain, Pratab Chandra: *Bharatiya Janata Party, Profile and Performance*. New Delhi 2001, S. 49 f.
- 11| Vgl.: *The Hindu*: „Varun in trouble for inflammatory speeches“, 18.03.2009, S. 1.
- 12| Vgl.: *BJP manifesto for Elections 2009*. <http://www.bjp.org>, 30.04.2009.
- 13| Vgl.: *Hindustan Times*: „That other option“, 26.03.2009, S. 10.
- 14| Vgl.: Mehra, Ajay/Sharma, OP: *Emergence of Regional Parties in India*. New Delhi 2008, S. 27 ff.
- 15| Vgl.: *The Hindu*: „Why manifestos matter“, 09.04.2009, S. 13.
- 16| Vgl.: *India Elections*. <http://www.indian-elections.com>, 27.04.2009.
- 17| Vgl.: Election Commission of India. <http://www.eci.nic.in>, 16.05.2009.

2. PAKISTAN

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Pakistan ist mit rund 170 Millionen Menschen nach Indonesien das zweitgrößte islamische Land der Welt. Die asiatische Nuklearmacht ist gemäß der Verfassung des Jahres 1973, die inzwischen mehrfach geändert wurde, eine Islamische Republik. Das politische System basiert auf einer föderalistischen, semi-präsidentiellen Demokratie. Der Islam ist Staatsreligion. Im Jahr 1999 wurde die Verfassung nach einem Staatsstreich außer Kraft gesetzt und das Parlament aufgelöst. Zwar wurde die Verfassung seit 2002 teilweise wiederhergestellt und 2002 fanden auch wieder Parlamentswahlen statt, doch de facto regierte General Pervez Musharraf, der seit 2001 auch formell das höchste Staatsamt inne hatte, nach diktatorischen Maßstäben. In der Geschichte Pakistans gab es wenige Ereignisse, die wie die Wahlen vom 18. Februar 2008, den politischen Eliten des Landes eine reale Chance zum politischen Neubeginn boten. Im Rückblick auf das Geschehen vor den Wahlen und die Wahlergebnisse, die unter der Bevölkerung und in den Medien eine regelrechte Euphorie über die „Morgenröte eines demokratischen Neubeginns“ ausgelöst hatten, stellt sich die Frage, ob damit tatsächlich schon ausreichende Voraussetzungen für eine politische Wende geschaffen wurden. Zunächst erzeugte die dramatische Wahlniederlage der bisherigen Regierungsparteien PML-Q, MQM und MMA eine Erwartungshaltung, die angesichts der Persönlichkeitsprofile der neuen Machthaber und der vielschichtigen Krisensituation Pakistans kaum zu befriedigen sein wird.

Pakistan ist nach der Verfassung von 1973 ein föderaler Staat, der sich aus den vier Provinzen Belutschistan, Nordwestliche Grenzprovinz (*Northwest Frontier Province*, NWFP), Punjab und Sindh zusammensetzt, die jeweils über eine auf fünf Jahre direkt vom Volk gewählte *Provincial Assembly* verfügen. Die Ministerpräsidenten (*Chief Ministers*) werden von den Provinzversammlungen gewählt und sind in der Regel die Vorsitzenden der Partei, die die stärkste Fraktion bildet. Den *Chief Ministers* stehen vom Präsidenten ernannte Gouverneure vor, die nach Absprache mit dem Präsidenten die Provinzversammlungen auflösen und eine Übergangsregierung bilden können. Dies

war im März 2009 in der Provinz Punjab der Fall und brachte Pakistan an die Grenze eines innenpolitischen Aufruhrs, der nur durch die Rehabilitierung des *Chief Ministers* durch die Regierung verhindert werden konnte. Das Hauptstadttterritorium Islamabad sowie die Stammesgebiete unter Bundesverwaltung an der Grenze zu Afghanistan werden von der pakistanischen Zentralregierung verwaltet, ebenso die pakistanisch besetzten Nordgebiete der von Indien beanspruchten Region Kaschmir. Zu letzterer gehört auch das teilautonome Gebiet Azzad Kaschmir, das über eine eigene gesetzgebende Versammlung, einen Premierminister und einen Präsidenten verfügt. Die Verwaltungseinheiten sind in Distrikte untergliedert. Das Hauptstadttterritorium bildet einen eigenen Distrikt. Insgesamt gibt es in Pakistan 119 Distrikte, davon 14 im besetzten Teil Kaschmirs.

Das Staatsoberhaupt Pakistans ist der Staatspräsident, der laut Verfassung von einem Wahlgremium – bestehend aus den beiden Bundesparlamenten und den Regionalparlamenten der vier Provinzen – auf fünf Jahre gewählt wird. Er muss Muslim und bei Amtsantritt mindestens 45 Jahre alt sein. Seine Aufgaben sind ursprünglich repräsentativer Natur, darüber hinaus verfügt er jedoch wegen der von General Musharraf durchgeführten Verfassungsänderungen über ein starkes Sonderrecht. So kann er beispielsweise die Nationalversammlung auflösen und besitzt den Oberbefehl über die Streitkräfte. Das politische System hat aus diesem Grund auch erkennbare Grundzüge eines Präsidialregimes. Bei der für den 6. September 2008 angesetzten Präsidentschaftswahl traten Senator Mushahid Hussain Sayed (PML-Q), der ehemalige *Chief Justice* Saeduzzaman Siddiqui (PML-N) und Asif Ali Zardari (PPP) als Kandidaten für das höchste Staatsamt an. Erwartungsgemäß gewann Zardari und verbuchte für sich rund 70% der abgegebenen Stimmen aus dem Ober- und Unterhaus sowie den vier Provinzparlamenten. Die PPP kontrolliert somit rund ein halbes Jahr nach den Parlamentswahlen im Februar 2008 die wichtigsten politischen Schaltstellen in Pakistan, kommen doch der Präsident, der Premierminister und der Parlamentssprecher aus ihren Reihen.

Die gesetzgebende Gewalt liegt gemäß der Verfassung beim Parlament (*Majlis-e-Shura*). Es besteht aus zwei Kammern, der Nationalversammlung (Unterhaus) und dem Senat (Oberhaus). Die Nationalversammlung umfasst 342 Abgeordnete, wobei 272 für fünf Jahre nach dem Mehrheitswahlrecht direkt vom Volk gewählt werden. Wahlberechtigt sind alle Staatsbürger ab dem Alter von 18 Jahren. Insgesamt 60 Parlamentssitze sind Frauen, zehn weitere Vertretern religiöser Minderheiten vorbehalten. Die reservierten Mandate werden auf die in der Nationalversammlung vertretenen Parteien entsprechend ihrem Proporz verteilt. Der pakistanische Senat hat 100 Abgeordnete, die von den Parlamenten der vier Provinzen sowie der Stammesgebiete unter Bundesverwaltung gewählt werden. Obwohl der Senat in der Hierarchie über der Nationalversammlung steht, hat die Nationalversammlung weitreichende Befugnisse. Sie wählt den Premierminister, dem laut Verfassung die eigentliche Regierungsgewalt zukommt, und hat die alleinige Entscheidungsbefugnis über den Staatshaushalt und die Finanzgesetzgebung des Landes.

Von den 342 Parlamentssitzen errang bei den Wahlen vom 18. Februar 2008 die PPP der ermordeten Ex-Ministerpräsidentin Benazir Bhutto 86 Sitze. Damit wurde die von vielen vorhergesehene Sympathiewelle für die PPP bei der Stimmabgabe im erwarteten Umfang wirksam. Als Überraschung der Wahlen kann das gute Abschneiden der PML-N des ehemaligen Premierministers Nawaz Sharif angesehen werden, konnte doch die PML-N 65 Sitze für sich verbuchen. Als klarer Verlierer gilt die bisherige Regierungspartei PML-Q Präsident Musharrafs, die nur 37 Sitze errang. Auch im Endergebnis wird sie mit Abstand nur drittstärkste Kraft im Parlament sein. Dies konnte man als politische Absage an Präsident Musharraf bewerten. Die MQM vermochte in Karatschi, Hyderabad und anderen Städten der Provinz Sindh ihre führende Position zu halten und zog mit 19 Sitzen in die Nationalversammlung ein. In der NWFP gelang es der ANP mit zehn Mandaten stärkste Partei zu werden und das Bündnis der Religionsparteien, die lediglich drei Sitze erringen konnten, weitgehend auszuschalten. Eindeutiger Sieger der Parlamentswahlen ist die PPP der ermordeten Benazir Bhutto.

Das pakistanische Rechtswesen beruht größtenteils auf britisch-indischem Recht einschließlich des *Common Law*, umfasst aber seit rund 30 Jahren auch viele Bestandteile des islamischen Rechts auf Grundlage der *Sharia*. Das Familien- und Erbrecht richtet sich ausschließlich nach islamischem Recht, welches unter der Diktatur General Mohammed Zia ul-Haq eingeführt wurde. Dies sorgt für ein enormes Spannungsverhältnis,

da die *Sharia*-Rechtsprechung oftmals sowohl gegen die pakistanische Verfassung¹ als auch gegen internationales Recht verstößt. Oberster Gerichtshof des Landes ist der *Supreme Court*, der seinen Sitz in Islamabad hat. Den Vorsitz führt der vom Präsidenten ernannte *Chief Justice*. Die anderen Richter des *Supreme Courts* sowie alle Richter der ihm untergeordneten *High Courts* der vier Provinzen werden nach Absprache mit dem *Chief Justice* vom Präsidenten ernannt. Der *Supreme Court* ist das höchste Berufungsgericht Pakistans, verfügt aber auch über Entscheidungsgewalt in Streitfragen zwischen der Zentralregierung und den Provinzen bzw. zwischen den Provinzen untereinander. Neben der zivilen Gerichtsbarkeit gibt es einen *Federal Shariat Court* mit acht Richtern. Drei davon sind islamische Glaubensgelehrte (*Ulama*). Die Aufgabe des *Federal Shariat Court* besteht darin, die Vereinbarkeit der Gesetzgebung mit den Geboten des Islam zu prüfen. Widerspricht ein Gesetz der islamischen Rechtsauslegung, so kann das Gericht je nach Zuständigkeit den Präsidenten oder den Gouverneur einer Provinz zur Überarbeitung des entsprechenden Gesetzes zwingen. An niedrigeren Gerichtshöfen gibt es gesonderte Kammern, in denen *Ulama* nach islamischem Recht urteilen.

Regierungsstabilität ist Pakistan derzeit nicht zu bescheinigen. Zeitweilig verdrängt, aber nicht vergessen ist der von den Amerikanern vermittelte Deal zwischen Benazir Bhutto und Pervez Musharraf, der am 6. Oktober 2007 in der präsidentialen „*National Reconciliation Ordinance 2007*“ (NRO) seinen Ausdruck fand. Hauptinhalt der NRO ist die Einstellung aller Gerichtsverfahren, die im Zeitraum zwischen 1985 und dem 12. Oktober 1999 (Tag der Machtübernahme Musharrafs) aus politischen Gründen eingeleitet worden waren. Nutznießer der Verfügung waren vor allem unter dem Verdacht massiver Korruption stehende Politiker wie Benazir Bhutto, ihr Ehemann Asif Ali Zardari, die Brüder Nawaz und Shahbaz Sharif sowie weitere Parteiführer der PPP, PML-N und MQM. Als Gegenleistung für diesen pauschalen Freispruch sollten die genannten Parteien sich nicht gegen eine Wiederwahl von General Musharraf zum Präsidenten stellen. Allerdings steht immer noch die Legitimierung der NRO durch das Oberste Gericht aus. Zunächst aber ermöglichte die NRO den vor der Strafverfolgung ins Ausland geflohenen Politikern die ungehinderte Rückkehr nach Pakistan. Ihr Wiedereinstieg in die Tagespolitik Pakistans weckte im Volk allgemeine Hoffnung auf bessere Zeiten. Mit ihrer Wahlentscheidung brachte die Wählerschaft mehrheitlich ihre Forderung nach Abkehr von einem zivil verbrämten Militärregime und seinen korrupten Politikern zum Ausdruck. Andererseits eröffnete sich die Möglichkeit, mit einer Politik

des nationalen Konsenses die Kraft bisher verfeindeter Parteien in Koalitionen auf nationaler und provinzieller Ebene zu bündeln und die unter Musharraf kriminalisierte und entmündigte Zivilgesellschaft wiederzubeleben und in den demokratischen Prozess einzubinden. Dies erforderte eine gemeinsame, klare Formulierung der nationalen Interessen und darauf gegründet eine Politik, die nachhaltig wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung sowie die Festigung der politischen Einheit und Souveränität des Landes gewährleistet. In dieser komplizierten Situation erwartet Pakistan politisch-moralische sowie wirtschaftliche Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft, allerdings ohne Einmischung in seine inneren Angelegenheiten.

PARTEIENSYSTEM

Die Parteienlandschaft Pakistans gleicht einem Regenbogen. Es sind alle Farben vertreten, jedoch dominieren die Primärfarben. In Pakistan gibt es rund 150 politische Parteien, aber lediglich fünf bis sechs spielen wirklich eine übergeordnete Rolle. Manche Parteien bestehen nur aus ihrem Gründer und seinen Angehörigen. Bei den Parlamentswahlen am 18. Februar 2008 traten dementsprechend nur rund 50 Parteien an. In Pakistan orientieren sich fast alle Parteien an ihren Führern und weniger an Parteiprogrammen. Autoritäre Denk- und Handlungsmuster der führenden Politiker verhindern zudem, dass sich innerhalb der Parteien innerparteiliche Demokratie etablieren kann. Parteispaltungen und kurzfristige Koalitionen, die eher Pfründe verteilenden Machtbündnissen gleichen, sind oftmals die Ergebnisse. Hierbei gilt es zu vermerken, dass speziell für kleinere politische Parteien aufgrund des in Pakistan verankerten Mehrheitswahlrechtes das Eingehen von Machtbündnissen für den politischen Überlebenskampf notwendig erscheint. Generell kann man die Parteienlandschaft in nichtreligiöse und religiöse Parteien unterteilen. Eine öffentlich vom Staat subventionierte Parteienfinanzierung gibt es nicht. Es kann in machen Fällen auch davon ausgegangen werden, dass sich Parteien durch Korruption und Ämterverkauf finanzieren.

Die *Pakistan Peoples Party* (PPP) wurde 1967 vom früheren Präsidenten und Premierminister Zulficar Ali Bhutto gegründet. Die PPP kann als eine gemäßigte sozialistische Volkspartei beschrieben werden, die als demokratische Alternative zur damaligen Militärdiktatur unter General Ayub Khan entstand. Sie ist historisch betrachtet die älteste unter den nichtreligiösen Parteien Pakistans und war von 1972 bis 1977 und 1989 bis 1990 sowie 1993 bis 1996 Regierungspartei. Zwar verfügt das gegenwärtige Parteiprogramm nur noch über undeutliche Konturen, richtet

sich aber größtenteils vor allem an die unterprivilegierten Schichten.² Der Slogan der PPP lautet: „Unsere Religion ist der Islam, unsere politische Ordnung ist die Demokratie, unser Wirtschaftssystem ist der Sozialismus.“ Die PPP ist die einzige Volkspartei Pakistans, die es in der Vergangenheit vermochte, in allen vier Flächenprovinzen Abgeordnetensitze zu gewinnen. Nach der Ermordung Benazir Bhuttos wurde ihr damals erst 19-jähriger Sohn Bilal Bhutto Zardari Parteivorsitzender und ihr Witwer Asif Ali Zardari stellvertretender Parteivorsitzender. Asif Zardari gilt als höchstkorrupt und droht damit der PPP nachhaltigen politischen Schaden zuzufügen. Bei den nächsten Wahlen wird die Partei vermutlich mit einer Abstrafung durch ihr klassisches Stammwählerklientel rechnen müssen.

Die PML-N ging als ein von Nawaz Sharif geführter Mehrheitsflügel aus der *Pakistan Muslim League* (PML) hervor. Als Gründungsdatum der PML kann das Jahr 1985 genannt werden, als nach Aufhebung des 1977 verhängten Parteienverbots von Premierminister Mohammed Kahn Junejo ein Wahlverein etabliert wurde. Das „N“ wurde im Jahr 1993 hinzugefügt und steht für den Führer Nawaz Sharif. Der durch General Musharraf arrangierte Militärputsch im November 1999 zwang Nawaz Sharif ins Exil nach Saudi-Arabien. Als Parteivorsitzender fungiert derzeit der auch deutschsprachige Shabaz Sharif, gegenwärtiger *Chief Minister* der Provinz Punjab, da sein Bruder Nawaz nach seiner Rückkehr aus dem Exil Dezember 2007 von der Wahlkommission nicht als Kandidat zugelassen wurde. Nawaz Sharif gilt derzeit als Pakistans populärster Politiker. Speziell in der strategisch sehr wichtigen Provinz Punjab hat die PML-N viele Stammwähler.

Die PML-Q, eine Abspaltung der PML-N, ist aus einem internen Flügelkampf hervorgegangen, der sich Ende der neunziger Jahre gegen den autoritären Führungsstil von Nawaz Sharif unter der Führung von Chaudhry Shujat Hussain herausbildete. Unter dem Namen PML-Q trat die Partei erstmals bei den Kommunalwahlen 2001 an und ging später eine Partnerschaft mit der Militärdiktatur Musharraf ein, die ihr den spöttischen Zusatznamen „Königspartei“ verschaffte.

Das *Mohajir Qaumi Movement* (MQM) wurde von Altaf Hussain im Jahr 1984 gegründet. Sie setzt sich für die Interessenvertretung der nach der Teilung aus Indien eingewanderten Mohajirs ein. Die Partei hat ihre Stammwähler größtenteils in der Provinz Sindh. Die Hochburgen stellen hierbei Hyderabad und Karachi dar.

Die *Muttahida Majlis-e-Amal* (MMA) ist ein Wahlbündnis der größten islamistischen Parteien Pakistans und wurde im Vorfeld der Wahlen 2002 gegründet. Die MMA profitiert von der im Land herrschenden anti-amerikanischen Stimmung und den damit verbundenen Ressentiments gegenüber der pakistanischen Regierung im Kampf gegen den Terrorismus.

PARTEIENKOOPERATION DER KAS

Gegenwärtig besteht keine institutionalisierte Kooperation zwischen der KAS und den pakistanischen Parteien. Dies hat verschiedene Gründe: Zum einen ist die KAS erst seit kurzer Zeit wieder mit einem Länderbüro in Pakistan vertreten und erst noch dabei, ein politisches Netzwerk zu etablieren. Unterstützt wird die Stiftung hierbei von ihrem pakistanischen Partner, dem kürzlich gegründeten *Pakistan Institute for Parliamentary Services* (PIPS). Zum anderen basieren viele pakistanische Parteien, ähnlich wie in Afghanistan und Indien, auf einem starken, nationalen oder religiösen Selbstverständnis, das nicht notwendigerweise die Zusammenarbeit mit westlichen Stiftungen erforderlich macht bzw. dies erst gar nicht zulässt. Darüber hinaus fällt es westlichen Institutionen in vielen Fällen schwer, manche Parteiziele – vorausgesetzt bekannt – vieler pakistanischer Parteien als unterstützenswert zu befinden. Oftmals verfügen die Parteien über keine klaren Ziele, sondern dienen lediglich dem Nepotismus oder dem Klientelismus. Es gibt zudem keine mögliche Partnerpartei der CDU in Pakistan. Die PPP ist auf Betreiben von Willy Brandt in die sozialistische Internationale aufgenommen worden und verfügt über einen Status als Vollmitglied. Die KAS ist daher bestrebt, eine vorsichtige Kooperation mit der PML-N aufzubauen, die mit einem Politikdialog der Parteien in Pakistan und Deutschland beginnen sollte. Ferner hat die Stiftung an der Etablierung einer Deutsch-Pakistanischen Parlamentarischen Freundschaftsgruppe im pakistanischen Parlament mitgewirkt.

- 1| Hier ganz speziell gegen Chapter 1, Fundamental Rights, Article 25 (Equality of citizens: (1) All citizens are equal before law and are entitled to equal protection of law; (2) There shall be no discrimination on the basis of sex alone; (3) Nothing in this Article shall prevent the State from making any special provision for the protection of women and children.
- 2| Die jeweiligen Parteiprogramme können unter dem folgenden Link eingesehen werden:
<http://www.ppp.org.pk/manifestos.html>.

Dr. Babak Khalatbari
Landesbeauftragter der KAS für Afghanistan und Pakistan

3. DIE SOUTH ASIAN ASSOCIATION FOR REGIONAL COOPERATION (SAARC)

KURZINFORMATIONEN ZU DEN LÄNDERN DER SAARC UND ZUR KAS-REGIONALKOOPERATION¹

BANGLADESCH

- Staatsform: Parlamentarische Demokratie
- Einwohnerzahl: 156 Millionen
- Parteiensystem: Mehrparteiensystem
- Wichtigste Parteien:
 - a) *Bangladesh Awami League* (Regierungspartei)
 - b) *Bangladesh Nationalist Party* (Oppositionspartei)
- Letzte Nationalwahlen: 2008

Bangladesch ist nach drei Jahren einer Militärregierung im Dezember 2008 durch Wahlen zu einer parlamentarischen Demokratie zurückgekehrt. Die Parlamentswahlen vom 29.12.2008 führten zu einem klaren Sieg der *Awami League*. Mit knapp der Hälfte aller abgegebenen Stimmen verfügt diese nunmehr aufgrund des Mehrheitswahlrechts über mehr als Dreiviertel der Parlamentssitze. Sheikh Hasina, die Parteiführerin der *Awami League*, wurde am 6. Januar 2009 als neue Premierministerin vereidigt. Die in der vergangenen Legislaturperiode bis Oktober 2006 regierende *Bangladesh National Party* (BNP) unter der Führung von Begum Khaleda Zia, musste eine herbe Niederlage hinnehmen und errang mit etwa einem Drittel der abgegebenen Stimmen 29 Mandate. Die BNP hat angekündigt, konstruktiv als Oppositionspartei im Parlament wirken zu wollen.

Die jüngsten Wahlen waren dank einer vom Militär durchgesetzten Wahlreform sehr viel freier und fairer als frühere Urnengänge. Auch internationale Wahlbeobachter – darunter eine EU-Beobachtermission – sprachen von einem weitgehend reibungslosen, korrekten und professionellen Verlauf der Abstimmung. Die Wahlbeteiligung erreichte mit 87,16% eine Rekordhöhe in der Geschichte Bangladeschs. Mit 18 gewählten weiblichen Abgeordneten liegt der Frauenanteil im Parlament höher als bei allen früheren Wahlen.

BHUTAN

- Staatsform: Konstitutionelle Monarchie
- Einwohnerzahl: 670.000
- Parteiensystem: Zweiparteiensystem
- Wichtigste Parteien:
 - a) *Bhutan Peace and Prosperity Party*
 - b) *People's Democratic Party*
- Letzte Nationalwahlen: 2008

Bhutan hat in den letzten beiden Jahren auf Initiative des Königs die Wandlung von einer absoluten zu einer konstitutionellen Monarchie vollzogen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung (Unterhaus) im vergangenen Jahr stimmten die Bhutaner in überwältigendem Maße für die Friedens- und Wohlstandspartei DPT (45 von 47 Sitzen) bei einer Wahlbeteiligung von knapp 80%. Die *People's Democratic Party* (PDP) erhielt nur zwei Sitze im Parlament. Die Wahlen verliefen nach Auskunft aller Beobachter frei und fair und waren vorbildlich organisiert. Jigme Yoezer Thinley, Vorsitzender der Partei DPT, wurde von König Jigme Khesar Namgyel zum Premierminister berufen und ist damit der erste frei gewählte Regierungschef Bhutans.

MALEDIVEN

- Staatsform: Präsidentialrepublik
- Einwohnerzahl: 400.000
- Parteiensystem: Mehrparteiensystem
- Wichtigste Partei: *Maldivian Democratic Party*
- Letzte Nationalwahlen: 2008

Die Republik Malediven hat mit der Wahl des Staatspräsidenten im Oktober vergangenen Jahres, bei der sich die Wähler erstmals für einen von mehreren Kandidaten entscheiden konnten, einen wichtigen Schritt zur Etablierung demokratischer Verhältnisse getan. Grundlage ist die im August 2008 vom damaligen Präsidenten Maumoon Abdul Gayoom ratifizierte neue Verfassung. Wahlbeobachterdelegationen aus der EU und dem Commonwealth haben die Wahlen als

frei und fair bezeichnet. Politische Parteien entstanden auf den Malediven erst im Jahr 2005. Gayoom stützte sich auf die Maledivische Volkspartei (DRP). Die Gründung der *Maldivian Democratic Party* (MDP) war 2001 zunächst von ihm unterbunden worden, worauf sie vor allem von Colombo aus agierte. Bei den Parlamentswahlen im Januar 2005 konnten von der MDP unterstützte oppositionelle Kräfte knapp 40% der Parlamentssitze auf sich vereinigen.

NEPAL

- Staatsform: Parlamentarische Demokratie
- Einwohnerzahl: 28,5 Millionen
- Parteiensystem: Mehrparteiensystem
- Wichtigste Parteien:
 - a) *Communist Party of Nepal* (Maoist)
 - b) *Nepali Congress*
 - c) *Communist Party of Nepal (Unified Marxist-Leninist)*
- Letzte Nationalwahlen: 2008

Nepal steht nach der Wahl der neuen verfassungsgebenden Versammlung (*Constituent Assembly, CA*) vom April 2008, der Abschaffung der Monarchie (Mai 2008) und der Bildung einer neuen Regierung (August 2008 und März 2009) vor einer umfassenden politischen Neuorientierung. In diesem Prozess kommt der Schaffung einer neuen Verfassung eine zentrale Bedeutung zu, die Mitte 2010 in Kraft treten soll. Bei der Wahl zur CA (601 Sitze), die als erste und wichtige Etappe des vor zweieinhalb Jahren eingeleiteten Friedensprozesses bezeichnet wird, erhielten die Maoisten (CPN-Maoist) 228 Sitze, die Kongresspartei (NC) 110 Sitze und die Linkspartei (CPN-UML) 103 Sitze. Die restlichen Sitze verteilen sich auf neue Klein- und Kleinstparteien. Der Vorsitzende der CPN-UML, Madhav Kumar Nepal, ist international im *Standing Committee der International Conference of Asian Political Parties* (ICAPP) organisiert und Ministerpräsident der sich gegenwärtig an der Macht befindlichen Vielparteienkoalition.

SRI LANKA

- Staatsform: Präsidialrepublik
- Einwohnerzahl: 21,3 Millionen
- Parteiensystem: Mehrparteiensystem
- Wichtigste Parteien:
 - a) *United People's Freedom Alliance*
 - b) *United National Party* (Mitglied in APDU/IDU)
- Letzte Nationalwahlen: 2005

Das Sri Lanka immanente Problem ist der seit Jahrzehnten schwelende Bürgerkrieg. De facto seit 1983 steht die demokratisch gewählte Regierung in einem bewaffneten Kampf gegen die tamilische Separatistenorganisation „Befreiungstiger von Tamil Eelam“ (LTTE), die im Norden und Osten des Landes einen unabhängigen Staat der Tamilen anstrebte. Zu Beginn des Jahres war die sri-lankische Armee mit militärischer Gewalt gegen die LTTE vorgegangen. Formal besteht die Organisation nicht mehr, wobei jedoch sicher von Untergrundaktivitäten ausgegangen werden kann. Das harte Vorgehen der Armee wurde wegen der Opfer unter der Zivilbevölkerung international kritisiert. Ein wichtiger Ansprechpartner der KAS in Sri Lanka ist der ehemalige Ministerpräsident und Oppositionsführer der Vereinten Nationalpartei (UNP) und Vorsitzender der *Asia Pacific Democrat Union* (APDU), Ranil Wickremasinghe.

In den genannten Ländern der SAARC-Region gibt es ebenfalls keine institutionalisierte Parteienkooperation, dafür aber eine fallweise themenspezifische Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern und Projektpartnern. So sind zum Beispiel im Bereich der Verfassungsberatung die Zusammenarbeit mit der *Constituent Assembly* in Nepal und die Gründung des COSATT (*Consortium of South Asian Think Tanks*), der Zusammenschluss führender Think Tanks der Region zur Politikberatung in den einzelnen Ländern, als herausragende Projekte zu erwähnen.

Dr. Beatrice Gorawantschy
Landesbeauftragte der KAS für Indien und die Regional Kooperation SAARC

Martin-Maurice Böhme
Trainee im KAS-Auslandsbüro Indien

1| Ohne Pakistan und Afghanistan, s. dazu die entsprechenden Länderberichte.

III. SÜDOSTASIEN

1. INDONESIAIEN

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

In der Präsidentialrepublik Indonesien werden der Präsident und sein Stellvertreter seit 2004 direkt vom Volk gewählt. Das Parlament besteht aus drei Kammern: dem Abgeordnetenhaus DPR (*Dewan Perwakilan Rakyat*) mit 560 Abgeordneten, der Regionalversammlung DPD (*Dewan Perwakilan Daerah*), die mit 128 Abgeordneten eine Beratungs- und Kontrollfunktion ausübt sowie der verfassungsgebenden Vollversammlung MPR (*Majelis Perwakilan Rakyat*), bestehend aus den Abgeordneten von DPR und DPD. Verglichen mit anderen Präsidentsystemen verfügt das Parlament über umfangreiche Machtbefugnisse bis hin zum Recht, den Präsidenten abzusetzen. Diese parlamentarische Gewichtung des Präsidentsystems stärkt nicht zuletzt die Bedeutung von Parteien im Rahmen von politischen Willensbildungs- und Personalentscheidungsprozessen.

Mit dem unfreiwilligen Rücktritt des autokratischen Herrschers Suharto im Jahr 1998 begann ein neues, *reformasi* genanntes politisches Zeitalter in Indonesien. Neben der grundlegenden Demokratisierung des Staatswesens waren die ersten Jahre der *reformasi* von einer tiefgreifenden Dezentralisierung gekennzeichnet. Heute umfasst die aus 17805 Inseln bestehende Republik 33 Provinzen und 471 kommunale Gebietskörperschaften. Die ersten Direktwahlen des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters im Jahr 2004 gingen einher mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus DPR und zur Regionalversammlung DPD. Aufgrund der Wahlperiode von fünf Jahren fanden im April 2009 zunächst die Parlamentswahlen auf allen Ebenen (nationale, Provinz- und kommunale Ebene) und drei Monate später die Präsidentschaftswahlen statt. Mit den Wahlen in der Autonomen Provinz Aceh (*Nanggroe Aceh Darussalam*) im Dezember 2006 startete auch der erste Direktwahlzyklus der 34 Provinzgouverneure und ihrer Stellvertreter, der im Frühjahr 2009 abgeschlossen wurde.

Nach einer ersten „Orientierungsphase“ von 1998 bis 2004, die von den drei aufeinanderfolgenden Staatspräsidenten Jusuf Habibie, Abdurrahman Wahid und

Megawati Sukarnoputri auf unterschiedliche Weise beeinflusst worden war, wurde bei den ersten direkten Präsidentschaftswahlen 2004 der ehemalige Vier-Sterne-General und Vorsitzende der Demokratischen Partei (PD), Susilo Bambang Yudhoyono (SBY), zum Staatspräsidenten gewählt. Seine Partei erhielt 7,45% bzw. 56 der 550 Parlamentssitze. Die wichtigste Stütze der Regierungskoalition bildete GOLKAR, die Partei des früheren Staatspräsidenten Suharto, die 128 Sitze bzw. 21,58% erzielte. Ihr Vorsitzender, der aus Südsulawesi stammende Unternehmer Jusuf Kalla, trat gemeinsam mit SBY an und wurde zum Vizepräsident gewählt. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass sich als ein wichtiges Ergebnis der Wahlen 2004 erstmals eine parlamentarische Opposition bildete. Nachdem in den ersten 50 Jahren der indonesischen Geschichte Opposition verpönt oder gar verboten war, ist die konstruktive Rolle der Opposition im politischen System vielen Indonesiern noch heute schwer vermittelbar.

Für den Wahlprozess 2009 hatte das Parlament Revisionen des Wahl- sowie des bereits 2002 verabschiedeten Parteiengesetzes vorgenommen. Das Wahlsystem sieht nun ein 77 Wahlkreise umfassendes, offenes Listensystem vor, das sich an das System der Landeslisten im Rahmen deutscher Bundestagswahlen anlehnt, zugleich allerdings dem Wähler die Möglichkeit eröffnet, bestimmte Kandidaten innerhalb einer Liste zu unterstützen und „nach vorne“ zu wählen. Panaschieren sowie weitergehende mehrheitswahlrechtliche Aspekte, z.B. in Form direkter Wahlkreise, sieht das indonesische Wahlsystem jedoch nicht vor. Am bedeutendsten für die weitere Entwicklung des Parteiensystems ist die Einführung einer 2-Prozent-Hürde für den Einzug ins nationale Parlament. Die Parlamentswahlen im Jahr 2009 haben so bereits die weitere Entwicklung der Parteienlandschaft in Indonesien beeinflusst, nachdem nur noch 9 anstatt 17 Parteien den Einzug ins Parlament schafften. Allerdings erzeugte die neue 2-Prozent-Hürde noch keinen Fusionsdruck auf die vielen kleinen Parteien, die das Abdriften in die politische Bedeutungslosigkeit anscheinend bewusst in Kauf genommen hatten: Für die Wahlen 2009 haben 38 Parteien die Kriterien zur

Zulassung durch die Nationale Wahlbehörde erfüllt (gegenüber 24 im Jahr 2004).

Die Parteienfinanzierung ist durch die Rahmengesetzgebung klar geregelt: Politische Parteien finanzieren sich über Beiträge ihrer Mitglieder, Spenden und Zuwendungen der öffentlichen Hand. Darüber hinaus können Parteien besondere Beiträge ihrer Mandatsträger einfordern. In der Praxis lässt die Beitragsmoral bei allen Parteien außer der PKS deutlich zu wünschen übrig. Parteien dürfen Spenden von natürlichen Personen in einer Höhe von bis zu 200 Millionen Indonesische Rupiah (IDR) (ca. 14.000 Euro), von juristischen Personen über bis zu 800 Millionen IDR (ca. 56.000 Euro) annehmen. Für jede Wählerstimme erhält eine Partei 1.000 IDR (ca. 7 Cent) von Seiten des Staates. Zudem fordern die Parteien von ihren Mandatsträgern Abgaben ein, die sich zwischen 15 und 35% des Grundgehalts eines Abgeordneten bewegen. Trotz einer klaren Gesetzgebung bestehen bis jetzt aber keine Mechanismen, die Verstöße gegen das Parteienfinanzierungsgesetz sanktionieren.

PARTEIENSYSTEM

Da die Parlamentswahlen 2004 noch keine Beschränkungen für den Einzug in das Parlament vorsahen, konnten insgesamt 17 der 24 zugelassenen Parteien den Sprung ins Parlament schaffen. Der aus sieben Parteien bestehenden Regierungskoalition stand als größte Oppositionskraft die PDI-P, die Partei der ehemaligen Präsidentin Megawati und Tochter des Staatsgründers Sukarono, mit 109 Sitzen bzw. 18,53% gegenüber. Die sieben kleinsten der 17 im Parlament vertretenen Parteien verfügten nur über 12 der 550 Parlamentssitze.

Die Wahlen 2009 sind zwar schon im April und Juli durchgeführt worden, jedoch nimmt das Parlament seine Arbeit erst im Dezember 2009 auf. Zum momentanen Zeitpunkt¹ zeichnet sich eine All-Parteien-Regierungskoalition um Staatspräsident Yudhoyono und seine *Partai Demokrat* (PD) ab, in der auch die Parteien der unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Kalla (GOLKAR) und Megawati (PDI-P) Regierungspositionen übernehmen. Dies kann als besonderer Ausdruck der politischen Kultur eines sozialen Systems gewertet werden, das sich durch sein stetes Streben nach Harmonie als dem natürlichen Gleichgewichtszustand definiert. Zugleich wird damit auch das immer noch bestehende tiefe Misstrauen gegenüber einer wie auch immer gearteten Oppositionen deutlich.

Tabelle 1: Wahlergebnisse und Sitzverteilung im indonesischen Parlament

	2009	2004	Sitze 2009-2014**
PD	20,85%	7,5%	145
GOLKAR	14,45%	21,6%	103
PDI-P	14,03%	18,5%	93
PKS*	7,88%	7,3%	57
PAN*	6,01%	6,4%	44
PPP*	5,32%	8,1%	36
PKB*	4,94%	10,6%	27
Gerindra	4,45%	---	24
Hanura	3,77%	---	17

* religiöse Parteien

** 14 der 560 Sitze sind zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vergeben²

Die wichtigsten Parteien im Kurzprofil

Die Parteienlandschaft Indonesiens ist schwer in links, Mitte oder rechts, geschweige denn in konservativ, liberal, ökologisch oder sozialistisch einteilbar. Die Trennungslinie verläuft vielmehr zwischen nationalistischen und religiösen Parteien.

Fast alle politischen Parteien werden in wenig transparenter Weise von ihren Zentralen in Jakarta dominiert und zeigen deutliche programmatische Schwächen. Grundsätzlich teilt sich die Parteienlandschaft in zwei große Blöcke: den nationalistischen Block einerseits und den islamischen Block andererseits, wobei auch die drei großen Vertreter der *pancasila* genannten Nationaldoktrin – PD, PDI-P und GOLKAR – vor allem muslimische Wähler und Aktivisten in ihren Reihen haben und sich keinesfalls vom Islam distanzieren. Im Gegensatz zu PD und GOLKAR vermeidet aber die PDI-P, die viele Wähler unter den religiösen Minderheiten hat (insbesondere Christen und balinesische Hinduisten), jegliche Politisierung der Religion. Bei PD und GOLKAR ist diese Distanzierung nicht so deutlich, da es in beiden Parteien starke islamisch-konservative Flügel gibt. GOLKAR und vor allem die PD sind deshalb auch eher zu Koalitionen mit islamischen Parteien in der Lage als die PDI-P.

Partai Demokrat, PD (Demokratische Partei)

Die PD wurde am 10. September 2001 gegründet. Ihr erster Vorsitzender war Subur Budhisantoso. Die Initiative zur Parteigründung ging jedoch von Susilo Bambang Yuhoyono (SBY) aus, der damals im Kabinett Megawatis als Sicherheitsminister fungierte. Schon vor der offiziellen Gründung der PD veröffentlichte SBY das Rahmenprogramm der Partei, die ihm als Wahlkampfmaschine für die Präsidentschaftswahlen 2004 dienen sollte. Die PD erreichte dann auch bei den Parlamentswahlen 2004 überraschende 7,5% der Stimmen und sicherte SBY zumindest einen kleinen Rückhalt im Parlament. Mit der Unterstützung mehrerer kleiner Parteien (PBB, PKS, PKP) konnte er schließlich die Wahlen für sich entscheiden. Später gelang es ihm mit der Unterstützung von Jusuf Kalla, der als Vizepräsident kandidiert hatte, auch GOLKAR in die Regierungskoalition einzubeziehen.

Die Wahlen 2009 katapultierten die PD mit 20,85% und 145 Sitzen an die Spitze des Parteienspektrums. Dies verdankt die Partei in erster Linie ihrer Führungsfigur SBY. Die PD hat neben der PDI-P ebenfalls ihr Interesse an einer Mitgliedschaft im *Council of Asian Liberal and Democrats* (CALD) bekundet, hat aber noch keinen Status inne.

Partai Golongan Karya, GOLKAR (Partei der funktionellen Gruppen)

GOLKAR wurde am 20. Oktober 1964 unter dem Namen *Sekber GOLKAR (Sekretariat Bersama Golongan Karya – Gemeinsames Büro der funktionellen Gruppen)* auf Initiative des Militärs als Dachverband verschiedener Interessengruppen gegründet, um den zunehmenden Einfluss der kommunistischen Partei Indonesiens zurückzudrängen. Der eigentliche Wandel zur politischen Partei erfolgte jedoch erst Anfang der 1970er Jahre auf Betreiben des autokratischen Herrschers Suharto (1966-98), der eine politische Plattform zur Festigung und äußeren Legitimierung seiner Macht benötigte. Als Regierungsapparat ohne ernsthaft zugelassene Konkurrenz erzielte GOLKAR regelmäßig Wahlergebnisse von 62 bis 74%.

Seit Suhartos Sturz ist die Partei bemüht, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen und ihre vom Wähler zugewiesene Rolle als wichtigste politische Kraft in der indonesischen Demokratie (zumindest bis zu den Parlamentswahlen im April 2009) auszufüllen. Die Fähigkeit und Bereitschaft der Partei zu grundlegenden internen Reformen nimmt dabei jährlich zu, die jungen Reformkräfte beginnen sich durchzusetzen. Zugleich versucht GOLKAR, sich programmatisch als politische Kraft der Mitte zu etablieren. Nach außen hin hat die Partei diese politische Positionierung zu Beginn des Jahres 2008 in Form der Aufnahme in den Kreis der *CDI Asien-Pazifik* demonstriert. GOLKAR bemüht sich nun auch um die Vollmitgliedschaft im weltweiten Dachverband CDI.

Partai Demokrasi Indonesia – Perjuangan, PDI-P (wörtlich: „Demokratische Partei Indonesiens – Kampf“)

Die PDI-P entstand 1996 aus einer Spaltung der alten Blockpartei PDI des Staatsgründers Sukarno. Die PDI hatte die Tochter Sukarnos und spätere Präsidentin Megawati Sukarnoputri aus der Partei gedrängt, der es aber gelang, eine große Zahl von PDI-Mitgliedern mit in ihre neue Partei zu nehmen. Megawati ist noch immer Vorsitzende der PDI-P. Bei den Parlamentswahlen 2004 erzielte die PDI-P aufgrund parteiinterner Korruption sowie unpopulärer Maßnahmen wie drastischen Benzinpreiserhöhungen nur noch 18,5% der Stimmen und 109 von 550 Sitzen und konnte dieses Ergebnis im Jahr 2009 nicht mehr halten (14,03% und 93 von 560 Sitzen). Auch bei den Präsidentschaftswahlen 2004 und 2009 erlitt die PDI-P Niederlagen. Megawati verlor 2004 im zweiten Wahlgang mit nur 39% der Stimmen gegen ihren Herausforderer Susilo Bambang Yudhoyono von der Demokratischen

Partei und musste das Präsidentenamt, das sie seit 2002 innehatte, abgeben. 2009 erhielt sie nur noch 28,57%. Trotz der Niederlagen wurde Megawati 2005 zum dritten Mal zur Parteivorsitzenden (bis 2010) gewählt.

Die Anhänger der PDI-P stammen mehrheitlich aus den Teilen der javanischen Bevölkerung, die eher säkular orientiert sind und sich mehr auf ihre javanische Identität und die *pancasila* als Doktrin des indonesischen Staates berufen als auf islamische Vorstellungen. Außerhalb Javas findet sie Unterstützung durch moderate Muslime und Angehörige anderer Religionen, so z.B. den Hindus auf der Insel Bali. Die PDI-P bildet heute zusammen mit der moderat-islamischen PKB (s.u.) den Kern der Opposition im Parlament, nachdem Yudhoyono neben islamischen Parteien auch GOLKAR hinter sich bringen konnte. Zur Wahl 2004 ging die PDI-P ein Bündnis mit dem Vorsitzenden der größten Moslembewegung Indonesiens, der moderaten *Nahlatul Ulama* (NU) ein, um nationalistische wie auch islamische Wähler anzusprechen. Die politische Ausrichtung der PDI-P ist zum einen nationalistisch und trägt zum anderen sozialdemokratische Züge. Erstaunlich mutet daher der Beobachterstatus der PDI-P im CALD an.

Partai Keadilan Sejahtera, PKS
(Partei für Gerechtigkeit und Wohlstand)

Die PKS gründete sich mit dem Beginn der *reformasi* 1998 aus der islamischen Bewegung *Tarbiah* heraus, die sich konzeptionell auf den ägyptischen Reformier Hasan Al-Banna (1906-1949, Gründer der Muslimbruderschaft) beruft. Sie strebt den Aufbau einer starken islamischen Gesellschaft von unten nach oben an, um diese so vor externen Einflüssen zu feien.

Die PKS definiert sich vorrangig durch einen „moderaten Islamismus“, was einen Widerspruch in sich darstellt. Ziel der PKS ist es einerseits, sich durch eine klare, schlanke und effiziente Organisationsstruktur sowie durch eine saubere, korruptionsfreie Politikgestaltung von den anderen Parteien klar abzuheben, was ihr – mit einigen Abstrichen – durchaus auch gelingt. Das andere, programmatische Ziel wird zwar seitens der PKS aus taktischen Erwägungen nicht an die große Glocke gehängt, jedoch gilt es nicht als Geheimnis, dass die PKS mittelfristig die „Islamische Republik Indonesien“ etablieren will. Zugleich sind sich die Strategen in der PKS durchaus der Tatsache bewusst, dass der politische Islam bisher nie auf eine mehrheitliche Unterstützung in der indonesischen Bevölkerung bauen konnte. Im Gegensatz zu den säkularen Parteien, die mit religiös motivierten populis-

tischen Maßnahmen die islamischen Wählerschichten an sich binden wollen, dreht die PKS den Spieß um und generiert sich zusehends weltlicher, um auch für moderate Kräfte eine wählbare Alternative darzustellen. 2009 konnte sie als einzige religiöse Partei Stimmengewinne verzeichnen und stellt nun die größte religiöse Fraktion im Parlament. (7,88% und 57 Sitze).

Partai Amanat Nasional, PAN
(Partei des nationalen Mandats)

Die PAN wurde als politischer Arm der zweitgrößten islamischen Organisation Indonesiens, der *Muhammadiyah*, gegründet. Obwohl sie sich als offene Partei definiert und auch Nicht-Muslime aufnimmt, wird sie mehrheitlich von Mitgliedern der *Muhammadiyah* dominiert, die einen unverfälschten, den ursprünglichen Werten und Traditionen verpflichteten Islam propagiert. Damit ist auch die Tendenz in der PAN hin zu einem weniger pluralistischen Islam erklärbar, weswegen die wenigen moderaten Muslime und Christen die Partei bereits 2001 verlassen hatten. Der Vorsitzende der PAN, Amien Rais, versuchte trotz dieser Tatsache, die Partei nicht als eine auf den Islam beschränkte politische Kraft zu etablieren, da er erkannte, dass sie sonst nicht zu Koalitionen mit nationalistischen Parteien fähig wäre. Amien Rais zeigte im Gegensatz zu Hamzah Haz (PPP) und Hasyim Muzad (PKB, s.u.) kein Interesse am Amt des Vizepräsidenten. Im Wahlkampf 2004 stellte er sich und damit die PAN hinter Susilo Bambang Yudhoyono. 2009 konnte die PAN ihr Ergebnis von 2004 knapp halten.

Partai Persatuan Pembangunan, PPP
(Partei für den vereinten Aufschwung)

Die PPP besteht aus einem starken moderat-islamischen und aus einem ebenso starken islamistischen Flügel. Sie war zusammen mit der PDI und der GOLKAR eine der drei zugelassenen Blockparteien im *New Order*-Regime Suhartos. Ihren Anfang nahm sie als Zwangszusammenschluss mehrerer muslimischer Parteien unterschiedlicher Prägung (NU, PSII, Perti, Parmusi) und hatte deshalb stets Schwierigkeiten, zu einer einheitlichen Linie und Programmatik zu finden. Allerdings hatte sie – im Gegensatz zu GOLKAR und PDI – zumindest die Religion als gemeinsame Grundlage und konnte sich zumindest auf diese Weise ihr spezifisches Profil bewahren. Als die PPP jedoch 1977 einen Wahlgang zu gewinnen drohte, rückte Suharto sie in die Nähe einer gewalttätigen islamistischen Gruppe (*Komando Jihad*), was viele Wähler davon abhielt, die PPP weiter zu unterstützen. Später versuchte Suharto die PPP stärker einzubinden und schwenkte auf einen Islam-freundlichen Kurs ein.

Während die PDI nach dem Ausscheiden der Megawati-Fraktion in der Bedeutungslosigkeit verschwand, konnte sich die PPP auch in der Post-Suharto-Zeit etablieren. 1998 wurde Hamzah Haz Vorsitzender der Partei. Im Wahlkampf 1999 rief er die Muslime Indonesiens auf, nicht für Megawati zu stimmen (da sie eine Frau ist). Im Jahr 2001 wurde er nach der Abwahl von Präsident Abdurrahman Wahid zum Vizepräsidenten unter Megawati, die die PPP aber nicht wegen deren großen politischen Einflusses unterstützte, sondern weil sie die PPP nicht als Bedrohung für ihre Position ansah. Bis heute spielen sich in der PPP tiefgreifende programmatische Auseinandersetzungen ab. Beispielsweise spaltete sich 2002 ein Teil der PPP unter dem Prediger Zainuddin MZ ab und gründete die „Stern Reform Partei“ (*Partei Bintang Reformasi*). Bei den Wahlen 2004 musste die Partei Verluste hinnehmen, wurde aber dennoch drittstärkste Kraft hinter GOLKAR und PDI-P (1999: 10,7%; 2004: 8,1%). 2009 erhielt sie nur noch 5,32%, wurde von PD, PKS und PAN eingeholt und bildet nun mit 36 Abgeordneten die sechstgrößte Koalition im Parlament.

Partai Kebangkitan Bangsa, PKB
(Partei der nationalen Erweckung)

Die PKB gründete sich im Jahre 1998 als politische Organisation der größten Muslimbewegung Indonesiens, der *Nahdatul Ulama* (NU). Die NU versteht sich als Trägerin des moderaten Islams indonesischer Prägung und ist mit ca. 40 Millionen Mitgliedern zugleich die größte islamische Organisation der Welt. Ebenso wie die *Muhammadiyah* unterhält die NU ein eigenes riesiges Netz von religiösen Schulen (*pesantren*) und Lehrern (*kiai*). Unter dem späteren Staatspräsidenten Abdurrahman Wahid (genannt Gus Dur), der ab den frühen 80ern die NU leitete, hatte die NU eine eher tolerante und pluralistische Position entwickelt und lehnte stets die Einführung der Scharia als Rechtsgrundlage ab. Nach dem Fall Suhartos formten Mitglieder der NU die PKB. Obwohl die Partei größtenteils aus Muslimen besteht, sind auch einige Christen als führende Mitglieder in einigen Regionen wie im eher christlich geprägten Nord-Sulawesi in der Partei vertreten. Die PKB wird aber nicht zwangsläufig durch alle Mitglieder der NU unterstützt. Diese finden sich vielfach auch in der PDI-P, der GOLKAR sowie in der PPP (allen voran deren Parteiführer Hamza Haz). Die viel kritisierte Amtsführung Gus Durs als Staatspräsident (von 1999 bis 2002) haben der PKB bei den Wahlen 2004 ein eher bescheidenes Ergebnis eingebracht. Hasyim Muzad, der Gus Dur als Vorsitzender der NU nachfolgte, wurde von der PKB als Vizepräsidentenkandidat im Tandem mit Megawati eingefolgt ins Rennen geschickt. War die PKB 2004 mit

10,6% noch die stärkste religiöse Kraft im Parlament, so stellt sie seit den Wahlen 2009 die kleinste der vier religiösen Fraktionen (4,94% und 27 Sitze). Ebenso wie die PDI-P ist sie Observer im CALD.

Partai Gerakan Indonesia Raya, Gerindra
(Partei Bewegung Groß-Indonesien)

Die im Februar 2008 auf Initiative von Prabowo Subianto, Ex-Brigadegeneral und Schwiegersohn Suhartos, gegründete *Gerindra* gehört zu den nationalistischen Parteien, die explizit eine Politik für die ärmeren Bevölkerungsschichten vertritt. Prabowo, der als Vizepräsidentenkandidat zusammen mit Megawati in einer Zweckgemeinschaft antrat, versprach während des Wahlkampfes Subventionen für landwirtschaftliche Produkte und Dinge des täglichen Bedarfs. Mit seinen Anti-Privatisierungs-Reden wandte er sich vor allem an die „kleinen Leute“, die sich durch die liberale Wirtschaftspolitik der Regierung Yudhoyono benachteiligt fühlten. Gerindra trat 2009 erstmals an und schaffte mit 4,45% und 24 Sitzen sofort den Einzug ins nationale Parlament.

Partai Hati Nurani Rakyat, Hanura
(Partei des Volksgewissens)

Hanura wurde im Dezember 2006 von prominenten Militärs und Politikern unter der Führung des ehemaligen Oberbefehlshabers und GOLKAR-Funktionärs Wiranto gegründet. *Hanura* wirbt ebenso wie *Gerindra* – wenn auch weniger erfolgreich – um die Stimmen nationalistisch orientierter Wähler, die von den etablierten Parteien enttäuscht sind. Wiroanto, der als Vizepräsidentenkandidat zusammen mit Jusuf Kalla ins Rennen ging, betonte im Wahlkampf vor allem die Notwendigkeit der territorialen Einheit und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Indonesiens. *Hanura* ist neben *Gerindra* die zweite Newcomer-Partei, die mit 3,77% und 17 Sitzen direkt ins Nationalparlament gewählt wurde.

PARTEIENKOOPERATIONEN DER KAS

Die ersten zehn Jahre der demokratischen Reform Indonesiens haben keine klar erkennbaren exklusiven Kooperationen zwischen deutschen politischen Stiftungen und indonesischen Parteien hervorgebracht. Hierfür sind zum einen das Parteiensystem zu instabil und die inhaltlichen Ausrichtungen der Parteien zu weit von den Kooperationsgrundlagen der Stiftungen entfernt gewesen. Allerdings konnten die oben genannten Parteien seit 2004 ihre Positionen soweit festigen, dass sie auch nach den Parlamentswahlen 2009 zu den politischen Akteuren zählen. Dies hat in

jüngster Zeit den politischen Stiftungen die Möglichkeit eröffnet, über den *multi-party*-Ansatz hinaus in engere Verbindungen mit einzelnen Parteien zu treten. Durch ihre zu Beginn des Jahres 2008 erfolgte Einbindung in die CDI Asien-Pazifik ist GOLKAR Teil eines internationalen Parteienzusammenschlusses geworden, der die politische Mitte repräsentiert und auf Weltverbandsebene auch die CDU zu seinen Mitgliedern zählt.

Seit dem Ende der Suharto-Ära versuchen zukunftsorientierte Kräfte, GOLKAR zu modernisieren und als Partei der politischen Mitte zu etablieren. Diese umfassende Reform stellt wohl die größte Herausforderung dar, mit der sich GOLKAR in ihrer über 40-jährigen Geschichte konfrontiert sieht. Der Erneuerungsprozess gestaltet sich ausgesprochen schwierig und ist aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen der wichtigen Akteure noch lange nicht abgeschlossen. Die ehemalige Regierungspartei Suhartos stützt sich auf ein landesweites Netz von Provinz-, Distrikt- und lokalen Organisationseinheiten und ist damit flächendeckend in Indonesien vertreten. GOLKAR unterscheidet drei Formen der Mitgliedschaft: normale Mitglieder, Funktionäre und eingeschriebene Sympathisanten, insgesamt ca. 20 Millionen Bürger. Neben dieser vertikalen ist aber auch die horizontale Organisationsstruktur bis ins Detail ausgebaut: So stützt sich GOLKAR im Bereich des Nachwuchses neben den zwei integrierten auf weitere 16 unabhängige, aber mit der Partei affilierte Jugendorganisationen, die wiederum alle landesweit aktiv sind. Hier zeigen sich noch immer die Ursprünge GOLKARs als Zusammenschluss beruflicher Interessenvertretungen.

Oberstes Gremium der GOLKAR ist das *Central Board*, eine Mischung aus Vorstand und programmatischem Gremium, das neben den klassischen Mitgliedern eines Parteivorstandes (Vorsitzender, Stellvertreter, 16 Beisitzer, Generalsekretär, acht stellvertretende Generalsekretäre, Schatzmeister, sieben stellvertretende Schatzmeister) auch 14 programmatische Abteilungen mit jeweils vier zuständigen Personen umfasst (z.B. Abteilung für religiöse Angelegenheiten, Energie und Bodenschätze, Infrastruktur und Wohnungsbau, Interne Angelegenheiten und Wahlsiege).

Dieses *Central Board* wird allerdings nicht vom in der Regel jährlich stattfindenden Parteitag gewählt. Das Verfahren ist bedeutend diffiziler und zugleich ein aussagekräftiges Beispiel für innerparteilichen Entscheidungsmechanismen, das an dieser Stelle in aller Kürze dargestellt werden soll: Ein Parteivorsitzender muss von den 33 Provinzparteivorsitzenden einstimmig (!) auf fünf Jahre gewählt werden. Aufgabe des

Parteitages ist es dann, drei Vertreter in ein Auswahlgremium zu entsenden, dem auch der neu gewählte bzw. bestätigte Parteivorsitzende sowie zwei weitere Repräsentanten der Gliederungen der Partei (Jugend-, Frauenorganisation etc.) angehören. Diese sechs Mitglieder des Auswahlgremiums bestimmen nun die personelle Zusammensetzung des gesamten *Central Boards* auf fünf Jahre. Eine Legitimation durch den Parteitag ist nicht vorgesehen.

Inhaltlich betrachtet sieht sich GOLKAR als die Hauptvertreterin der *pancasila*-Doktrin, die noch heute das wesentliche geistige Fundament des indonesischen Staatswesens darstellt. Ihre grundlegende Parteidoktrin *karya siaga gatra praja*, vom Sinn her am besten zu übersetzen mit „Stete Bereitschaft, die Nation zu entwickeln“, bildet die zentrale Direktive für alle parteilichen Aktivitäten, seien sie nun programmatischer, legislativer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Natur. Das Programm definiert drei „Erfolgslinien“:

- „Parteikonsolidierung und -entwicklung“; hierbei wird in ideologische, konzeptionelle und organisatorische Konsolidierung unterschieden,
- „Nationale Entwicklungsreformen“ (mit den Untertiteln A: Politik und Demokratie, B: Menschenrechte, Verteidigung und Sicherheit, C: Wirtschaft und sozialer Wohlstand, D: Religion, Erziehung und Entwicklung menschlicher Ressourcen sowie E: Good Governance) und
- „Wahlerfolge auf allen Ebenen“ (für GOLKAR ist es offensichtlich noch immer schwer, sich die Rolle einer Oppositionspartei überhaupt nur vorzustellen).

Die Kandidatenaufstellung stellt eines der großen innerparteilichen Reformvorhaben dar. Erfolgte diese früher rein zentralistisch, sind es mittlerweile die Parteiorganisationen in den 77 Wahlbezirken, die Vorschlagslisten erstellen, welche jedoch noch immer vom nationalen Vorstand abgesegnet werden müssen. Eine Kandidatur ohne Zustimmung durch die Zentrale ist unmöglich. Zugleich müssen alle Kandidaten an einem umfangreichen parteiinternen Aus- und Weiterbildungsprogramm teilnehmen. So will GOLKAR einen gewissen Mindeststandard an politischer Bildung bei ihren künftigen Mandatsträgern gewährleisten. Die Finanzierung der Partei erfolgt einerseits über staatliche Zuschüsse, deren Höhe sich aus den erzielten Wählerstimmen ergibt, sowie aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, wobei im Parteiengesetz eine Höchstgrenze für Parteispenden festgelegt ist, um den Einkauf einer Partei durch eine bestimmte Person oder Gruppe zu verhindern.

Kooperation der KAS

Die Zusammenarbeit mit demokratisch orientierten Reformkräften der GOLKAR stellt eine relativ neue Entwicklung dar, die ihren Anfang nahm, als die Partei die Mitgliedschaft in der CDI Asien-Pazifik anzustreben begann. Trotz eines positiven Starts steckt die Zusammenarbeit mit der Partei noch in den Kinderschuhen. Sie hat bisher in Form zweier Konferenzen und eines Studien- und Dialogprogramms in Deutschland ihren Ausdruck gefunden. Die beiden internationalen Konferenzen standen im Zusammenhang mit dem neuen Engagement GOLKARs in der CDI Asien-Pazifik. Das Deutschlandprogramm wiederum gab jungen Kandidaten zum Nationalen Parlament die Gelegenheit, das parlamentarische und föderale System in Deutschland kennenzulernen und sich ausführlich über das Parteienwesen, die Ausgestaltung innerparteilicher demokratischer Entscheidungsmechanismen und die Regelungen zur Parteienfinanzierung informieren zu können.

Als ehemaliger Teil des Staatsapparats ist GOLKAR keine schwache Partei, weder in organisatorischer noch in finanzieller Hinsicht und schon gar nicht in Bezug auf die Mitgliederstruktur. Diese Perzeption bildet die Grundlage für die sich im Aufbau befindliche Zusammenarbeit der KAS mit Reformkräften in der GOLKAR. Diese Reformkräfte sind bestrebt, ihrer Partei programmatisches Profil zu geben und als die bestimmende politische Kraft der Mitte zu etablieren sowie innerparteilich demokratische Strukturen zu implementieren. Hierzu kann die KAS in Form von Beratungs- und Fortbildungsmaßnahmen wichtige *inputs* geben, die bereits jetzt von GOLKAR nachgefragt werden. GOLKAR ist stark an bilateralen Kontakten mit anderen großen Parteien weltweit interessiert (z.B. Deutschland, Japan, Australien). Interessant ist aber auch die seit zwei Jahren existierende Kooperation zwischen GOLKAR und der norwegischen konservativen Hoyre-Partei, die Weiterbildungsseminare für Frauen und Nachwuchskräfte durchführt.

Die Annäherung zwischen KAS und GOLKAR schließt die punktuelle Kooperation mit anderen Parteien in keiner Weise aus. Nach den Wahlen im Jahr 2009 hat die KAS zusammen mit verschiedenen Partnern die neu gewählten Abgeordneten der größten Fraktionen im nationalen Parlament zu jeweils mehrtägigen Einführungsseminaren eingeladen. Dieser spezialisierte *multi-party*-Ansatz fand bereits nach den letzten Wahlen 2004 erfolgreich Anwendung, erfordert aber auch, dass politische Stiftungen wie die KAS sich zwar flexibel, aber ohne Preisgabe der eigenen politischen Überzeugungen und entwicklungspolitischen

Ziele den indonesischen Parteien als Kooperationspartner anbieten.

Winfried Weck

Landesbeauftragter der KAS für Indonesien und Ost-Timor

- 1| *Berichtsverfassung im September 2009.*
- 2| *Dabei handelt es sich um 10 Sitze der Provinz West-Papua aufgrund einer Revision der Auszählung am 21. August 2009 sowie um 4 gewählte Kandidaten, bei welchen die Wahlbehörde anzweifelt, dass sie die Voraussetzungen zur Aufnahme ins Parlament erfüllen.*

2. KAMBODSCHA

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Kambodscha ist eine konstitutionelle Monarchie. 1993 fanden die ersten freien Wahlen in dem vom Bürgerkrieg geschundenen Land statt. Der Wiederaufbau des Landes und die Entwicklung der Demokratie in Kambodscha erfolgt seither – vor dem Hintergrund seiner blutigen Geschichte – unter erschwerten Bedingungen. Gemäß der Verfassung, die sich zur pluralistischen Demokratie bekennt, unterliegt den Bürgern formal die Macht, welche durch das Parlament, den Senat, die Justiz und die königliche Regierung ausgeübt wird. Der König agiert als Staatsoberhaupt. Das Parlament wird von den Bürgern frei und direkt im Vierjahresturnus gewählt. Das Wahlgesetz regelt das Wahlsystem, die Durchführung der Wahlen, die Registrierung der Parteien und ihrer Kandidaten, die Registrierung der Wähler sowie die Sitzverteilung im Parlament. Im Jahre 2006 wurde das Verfassungsgebot der Zweidrittelmehrheit für die Regierungsbildung aufgehoben. Nunmehr genügt die absolute Mehrheit.

Die Parteien Kambodschas entstanden aus Bürgerkriegsarmeen. Die politischen Protagonisten standen sich in Feindschaft gegenüber. Gewalt gehörte zum Alltag. Friedliche Konfliktlösung oder Konsensbildung mussten neu gelernt werden. Die Roten Khmer schieden 1993 aus der Parteienlandschaft aus. Sie zogen sich bewaffnet in die nördlichen Provinzen Kambodschas zurück und überzogen das Land für weitere sieben Jahre mit Terrorattacken, die erst im Jahr 2000 ganz aufhörten.

Die Wahlen von 1993 gewann die royalistische FUNCINPEC. Der Name steht für **Front Uni National pour un Cambodge Indépendant, Neutre, Pacifique, et Coopératif** (auf Deutsch: Nationale Einheitsfront für ein unabhängiges, neutrales, friedliches und kooperatives Kambodscha). Die Partei verwies die ehemalige sozialistische Einheitspartei, heute die postkommunistische Kambodschanische Volkspartei (*Cambodian People's Party*, CPP), auf den zweiten Platz. Es kam zu einer labilen Koalition und 1997 zu einer letzten kurzen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den militärischen Kräften der Parteien. Die

CPP obsiegte und ihr Wiederaufstieg zur dominierenden politischen Kraft begann. Der aktuelle Premierminister Hun Sen war bereits Premier im sozialistischen Kambodscha der 1980er Jahre. Die CPP-FUNCINPEC Koalition hat auch über die Wahlen von 1998 und 2003 hinaus Bestand. Die Gewichte aber verschoben sich. Die CPP gewann deutlich über die absolute Mehrheit hinaus an Stimmen, ohne eine Zweidrittelmehrheit zu erreichen, die gemäß der damals gültigen Verfassung zur Regierungsbildung erforderlich war.

In den Nationalwahlen 2008 wurde die Zweidrittelmehrheit der CPP schließlich erreicht, auch wenn diese, wie oben skizziert, zur Regierungsbildung nicht mehr notwendig war. Der erwartete Wahlsieg hat jedoch das Machtbestreben von Premierminister Hun Sen weiter zementiert. Die Wahlen wurden von der internationalen Gemeinschaft als „weitgehend“ frei und fair bezeichnet, obwohl kambodschanische wie auch internationale Wahlbeobachter von unzähligen Mängeln berichteten. Von acht Millionen wahlberechtigten Kambodschanern gaben am 27. Juli 2008 über sechs Millionen ihre Stimmen ab.

Die nach ihrem Vorsitzenden benannte Sam Rainsy Partei (SRP) hat die Wahlergebnisse bisher nicht anerkannt, denn nach ihren Einschätzungen waren weit über 200.000 Wähler besonders in der Hauptstadt und größeren Städten an der Ausübung ihres demokratischen Grundrechtes gehindert: durch manipulierte Wählerlisten, Zugangsverbote, ja sogar Gewaltandrohung. Mit Ausnahme der FUNCINPEC reichten alle Oppositionsparteien offizielle Beschwerde gegen die vorläufigen Wahlergebnisse bei König Sihamoni ein. Die Beschwerde wurde abgelehnt. Nach dem im September 2009 offiziell bestätigten Ergebnis errang die CPP 90 von 123 Sitzen, die Oppositionspartei Sam Rainsy 26 und die neu gegründete *Human Rights Party* immerhin 3 Sitze. Die *Human Rights Party* wurde 2007 von Khem Sokha gegründet, dem ehemaligen Präsidenten der Nichtregierungsorganisation *Cambodian Center for Human Rights*. Wahlziele der Partei waren folglich Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie. Besonders in den ländlichen Gebieten wurde die HRP schnell populär. Auf die FUNCINPEC

sowie auf die Ranariddh Party entfielen jeweils 2 Sitze. Im Vergleich zu den Wahlen 2003 hat die CPP 17 Sitze gewonnen, FUNCINPEC jedoch 24 Sitze verloren. Das aktuelle Kabinett Hun Sens besteht aus neun stellvertretenden Premierministern, 32 Ministern, von denen lediglich 28 ein Ministerium führen, und 190 Staatssekretären. Da die CPP keine erneute Koalition mit der FUNCINPEC eingegangen ist, sind der Partei lediglich wenige einflussarme Unterstaatssekretärsposten geblieben.

Im Oktober 2006 entmachtete FUNCINPEC ihren Führer Prinz Norodom Ranariddh und klagte ihn wegen illegalen Landverkäufen und Betrugs an. Ranariddh verließ Kambodscha und lebt seitdem im Exil in Malaysia. 2007 wurde er in Abwesenheit zu 18 Monaten Haft verurteilt, seine Berufung wurde abgelehnt. Der Fall soll vor dem Obersten Gericht erst in diesem Jahr neu gehört werden. Ranariddhs Bestrebungen nach einer Allianz der Oppositionsparteien im Wahlkampf 2008 wurden nicht erhört. Beide royalistischen Parteien nähern sich nach dem Wahldebakel wieder an und planen, sich auch für die Zeit nach den Wahlen der lokalen Regierungsebenen im Mai 2009 erneut zusammenzuschließen.

Die SRP gewann im Vergleich zu 2003 zwei Sitze hinzu. Noch im April 2008, als Ergebnis einer Rede in der Sam Rainsy Mitglieder der kambodschanischen Regierung als ehemalige Khmer Rouge-Kader bezeichnete, wurde seine parlamentarische Immunität aufgehoben. Bereits 2005 wurde er in Abwesenheit aus ähnlichen Gründen zu 18 Monate Gefängnis verurteilt. Auf Bitten des Premierministers Hun Sen begnadigte König Sihamoni den Oppositionsführer, 2006 kehrte Sam Rainsy nach Kambodscha zurück.

Mit der SRP sowie der *Human Rights Party* sind nun zwei Parteien im Parlament vertreten, die sich vordergründig für mehr Demokratie, Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung einsetzen. Im Januar 2009 haben beide eine Allianz besiegelt, die ihnen in den kommenden Wahlen der Kommunal-, Kreis- und Provinzräte mehr Wählerstimmen einbringen soll, vermutlich auch wird. Die SRP als stärkste Oppositionspartei forderte den Vorsitz in mehreren Ausschüssen und Kommissionen, dies wurde von der CPP jedoch abgelehnt. Es muss befürchtet werden, dass sich auf Grund der Machtkonsolidierung der CPP Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit, Menschenrechte und politischer Pluralismus nicht weiter entwickeln werden.

Eine Einschätzung der politischen Lage in Kambodscha wäre unvollständig ohne einen Blick auf Charakteristika und politische Präferenzen der Bevölkerung. In einer 2007 veröffentlichten und vielzitierten Studie des *International Republican Institute* (IRI) wurde das Wählerverhalten der Kambodschaner untersucht. In einem Land, in dem 78% der Bevölkerung weniger als 2 US-Dollar pro Tag zum Leben haben, spielen politische Ideologien oder demokratische Werte bei den Wählern kaum eine Rolle, sondern die Themen, die ihr tägliches Leben beeinflussen. Für die Mehrheit der Wähler war die Verbesserung der Infrastruktur der entscheidende Faktor. Sie verbinden die Verbesserung ihres Lebensstandards und den ökonomischen Aufschwung mit der CPP. Hieran wird deutlich, dass der Bevölkerung eine Trennung zwischen Regierung und Mehrheitspartei schwerfällt. Andere Parteien, die sich nicht mit wirtschaftlichen Erfolgen identifizieren können, haben es mit Blick auf die Wahlergebnisse 2008 immer schwerer, Wähler an sich zu binden.

Andere Gründe für die breite Unterstützung der CPP ist der Wunsch nach Stabilität und Frieden. Besonders die älteren Bevölkerungsgruppen denen die Schrecken der Khmer Rouge-Zeit noch in Erinnerung ist, verbinden mit der CPP die Befreiung des Landes und das Ende der Gewalt. Allerdings hat im letzten Jahr zum ersten Mal eine Generation an den Wahlen teilgenommen, die den Terror der Khmer Rouge nicht mehr erlebt haben. Sie sind von diesen Erinnerungen nicht abhängig, stehen offen für den politischen Wandel in Kambodscha. Das Wahldebakel der FUNCINPEC ist nicht auf den schwindenden Glauben an die Monarchie zurückzuführen, sondern liegt in der Führungsschwäche der langjährigen CPP-Koalitionspartei begründet.

PARTEIENSYSTEM

Die Parteien in Kambodscha unterscheiden sich deutlich von westeuropäischen Parteien. Dafür sind außer der historischen und kulturellen Prägung auch die gesetzlichen Grundlagen verantwortlich. Zwar findet sich in Artikel 2 des kambodschanischen Parteiengesetzes eine dem Art. 21 Abs. 2 des deutschen Grundgesetzes entsprechende Regelung: Eine politische Partei muss mit der demokratischen und pluralistischen Ordnung in Einklang stehen. Andere rechtliche Grundlagen, die in Deutschland in Art. 21 des Grundgesetzes und im Parteiengesetz geregelt sind, fehlen jedoch. Nach dem deutschen Parteiengesetz (§ 6) muss eine Partei eine schriftliche Satzung und ein Programm haben. Eine solche Regelung besteht in Kambodscha nicht. Entsprechend sind auch programmorientierte politische Willensbildung und Auswahl des politischen Personals durch festgelegte innerparteiliche demokratische Ab-

läufe unterentwickelt. Kambodschanische Parteien haben nur ansatzweise eine verlässliche innere Ordnung, die demokratischen Grundsätzen entspricht.

Die SRP hat erst in jüngster Zeit das innerparteiliche Delegiertenprinzip erprobt. Auch die CPP hat die Popularität ihrer örtlichen Kader durch Abstimmungen erkundet. Bisher bleibt die letzte Entscheidung über die Kandidatenaufstellung zentralistisch. Insgesamt spielt bei der CPP die Tradition einer ehemals sozialistischen Kaderpartei noch deutlich in die Organisations- und Entscheidungsprinzipien hinein. Parteien in Kambodscha legen nicht über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft ab, wie es das Grundgesetz von deutschen Parteien verlangt. Auf informellem Weg erzielte Einnahmen stehen daher im Vordergrund der Parteienfinanzierung.

Kambodschanische Parteien basieren auf den Funktionsmerkmalen des in Südostasien dominierenden Patronageprinzips. Persönliche Loyalitätsbeziehungen und informeller materieller Austausch zwischen politischen Protagonisten und zwischen politischer Klasse und Bevölkerung stehen im Vordergrund. Positionen in Politik und Verwaltung werden von hierarchisch höher stehenden Patronen gegen erhebliche „Eintrittsgelder“ an Gefolgsleute vergeben. Öffentliche Ämter bieten protegierte Gelegenheiten zum Erzielen von Korruptionseinnahmen und anderen wirtschaftlichen Vorteilen, die die Aufwendungen für die Amtsübernahme kompensieren und die Pflege eines Gefolgschaftsnetzes auf hierarchisch niedrigerer Ebene ebenso ermöglichen wie – wichtiger – die fortgesetzte Zahlung an den jeweiligen Patron. Gefolgschaft ist ein Geschäft auf Gegenseitigkeit, bei dem der Potentat Protektion bei Machtmissbrauch gewährleistet, wofür er im Gegenzug Unterstützung erwarten kann. Korruption ist in diesem System konstitutives Element funktionierender Herrschaft: je korrupter die Basis, umso sicherer ist die Position der Führung und umgekehrt. Machtmissbrauch wird in Kambodscha nicht verfolgt (sog. „*culture of impunity*“).

Das Patronagesystem macht die politischen Parteien zur Fassade. Sie bilden lediglich einen Rahmen, in dem die Klientelnetze funktionieren und Partikularinteressen verfolgt werden. Die politischen Parteien konkurrieren bei Wahlen um die Zustimmung der Bevölkerung, die den Zugang zu Staatsämtern und den Ressourcen ebnet, die das Patronagesystem speisen. Trotz dieser deutlich anderen Gewichtung von Funktionsmerkmalen haben sich die Parteien in Kambodscha grundsätzlich mit einigen für politische Parteien weltweit herausfordernden Dichotomien auseinander-

zusetzen. Beispielsweise müssen auch sie mit der Dialektik zwischen Interessenartikulation und Interessenaggregation bzw. -integration umgehen. Denn einerseits geht es in einer politischen Partei darum, die Partikularinteressen bestimmter Wählergruppen und Anhänger zu artikulieren und zu repräsentieren, andererseits die Interessen möglichst vieler Mitglieder und Anhänger zu integrieren, um ein möglichst breites Meinungsspektrum um eine erkennbare Identität stiftende Grunddeterminante herum abzubilden. Die CPP stützt sich dabei in erster Linie auf die ländlichen Massen und empfiehlt sich durch öffentliche Leistungen und als Garant für Frieden und Sicherheit. Die Grenze zwischen Partei und Staat wird dabei gewollt unscharf.

Die SRP spricht mit ihrer Demokratie- und Menschenrechtszentrierung besser gebildete und „westlicher“ orientierte städtische Gruppen an. Im ländlichen Raum scheint sie eher auf eine mittel- bis langfristig orientierte Überzeugungsarbeit zu setzen. Dabei kann sie der CPP die verbreiteten illegitimen Machenschaften vorwerfen, die die Bevölkerung zu erdulden hat: illegale Landnahme, Raubbau an den natürlichen Ressourcen, Menschenhandel oder das Schaffen einer Atmosphäre der Angst.

Das royalistische Lager hat ihr Potential zur Interessenartikulation und -aggregation bisher wenig genutzt. Es könnte sich beispielsweise durch ihre Nähe zum König ein nationalistisch-traditionalistisch orientiertes Profil geben und damit starke patriotische Gefühle ansprechen. Dass sie sich bisher einseitig auf die Wirkungskraft weniger Persönlichkeiten verlassen hat, spiegelt sich im abnehmenden Wählerzuspruch ebenso wider wie in der Zersplitterung.

Ein weiteres Spannungsfeld besteht zwischen der Repräsentation von Wählerinteressen und den manifesten Interessen der Parteikader. Zum einen muss es der Partei um die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder und Anhänger gehen, damit sie als Wahlalternative attraktiv bleibt. Zum anderen erstrebt sie Eigeninteressen für ihre Funktionäre. Diese Funktionen haben bei den kambodschanischen regierenden Parteien eine im Patronagesystem verwurzelte Ausprägung gefunden. Sie führt zum Missbrauch von Machtpositionen. Die Interessen der Wählerschaft werden durch geringfügige Belohnung für ihre Unterstützung honoriert. Wer sich als zur Mehrheit zugehörig präsentiert, ist „drin“ und hat Zugang zu Verteilungsvorteilen. Wer sich als oppositionell eingestellt darstellt, ist „draußen“ und kann keine Vorteile in Anspruch nehmen und muss mit Nachteilen oder gar Repressionen rechnen.

PARTEIENKOOPERATION DER KAS

Politische Parteien stellen unverzichtbare Vermittler zwischen Gesellschaft und den staatlichen Entscheidungsinstanzen dar, ohne die eine moderne Demokratie kaum denkbar ist. Sie sind die Hauptakteure politischer Repräsentation und bieten oft die einzige Zugangsmöglichkeiten zu gewählten Positionen in einem demokratischen System. Die Art der Parteien und des Parteiensystems beeinflusst die Aussichten, ob sich eine stabile Demokratie überhaupt entwickeln wird und ob daraus effektive Politikgestaltung entspringt.

In der kambodschanischen Geschichte hat es diese Form der gesellschaftlichen Organisation nie gegeben. Opposition war bis 1993 immer illegitim. Deshalb ist es für Kambodscha heute wichtig, dass die Parteien friedliche und geregelte Mechanismen zur politischen Willensbildung und zur demokratischen Mehrheitsbildung und Konfliktlösung innerhalb von Parteien und zwischen ihnen finden. Die KAS hat sich dafür entschieden, mit allen in der Nationalversammlung vertretenen Parteien in Äquidistanz zusammenzuarbeiten. Vor dem Hintergrund einer fast ungebrochenen Geschichte absolutistischer Herrschaft ist der Bestand einer Mehrzahl von Parteien vorrangig vor der alternativ möglichen Option der Förderung einer Partei, die den Grundsätzen christlich-demokratischer Politik eventuell näher stünde als andere.

In der neuen Legislaturperiode wird die KAS auch den beiden neuen Parteien, *Human Rights Party* und *Ranarridh Party*, ihre Zusammenarbeit anbieten. Es ist anzunehmen, dass die *Ranarridh* Partei über kurz oder lang mit der *FUNCINPEC* erneut verschmilzt, so dass sich die Kooperationsbemühungen auf die *Human Rights Party* konzentrieren. Diese Partei ist aufgrund ihrer programmatischen Ausrichtung und ihrer Gründungsgeschichte näher als alle anderen Parteien mit der Zivilgesellschaft verbunden, so dass sich neue Ebenen und Ansätze der Unterstützung ergeben könnten.

Ziel der Parteienarbeit in Kambodscha ist die Konsolidierung demokratischer Prinzipien innerhalb von und zwischen den Parteien. Die Parteienförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung will einen Beitrag leisten, die Demokratiedefizite abzubauen: Mehr Programmorientierung und weniger Patronage, mehr innerparteiliche Willensbildung von unten und weniger Befehl und Gehorsam, mehr horizontale und vertikale Teilung von Macht. Dabei werden vier Schwerpunkte gesetzt: die Förderung der Kommunalpolitiker, die Förderung

der Frauenverbände, der politische Dialog zum Aufbau demokratischer Parteistrukturen und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Parteien und ihren Parlamentsabgeordneten als Vorstufe zur Fraktionsorganisation. Regelmäßig werden dazu Workshops, Seminare, Konferenzen veranstaltet und Gespräche mit Spitzenpolitikern geführt. Dabei werden häufig erfahrene deutsche Politiker eingesetzt: Parlamentarier, Bürgermeister oder Parteimanager. Es hat sich als förderlich erwiesen, Politiker mehrmals einzusetzen, wodurch Vertrauen zu den Parteivorsitzenden und Generalsekretären aufgebaut werden konnte. Dies stärkt auch eine aktive Partizipation der Teilnehmer. Das Verhältnis der KAS zu den Parteien Kambodschas wird geprägt durch Kommunikation und Kooperation. Alle Parteien respektieren die Entscheidung der Stiftung zur Zusammenarbeit auch mit den politischen Wettbewerbern. Voraussetzung dafür ist das Einhalten strikter Überparteilichkeit und Diskretion.

Rabea Brauer

Landesbeauftragte der KAS für Kambodscha

3. MALAYSIA

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Malaysia ist seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1957 eine konstitutionelle, parlamentarisch-demokratische Wahlmonarchie. An der Spitze des Staates steht der Oberste Herrscher (König), der alle fünf Jahre aus den Reihen der Herrscher der neun Sultanate nach dem Rotationsprinzip ausgewählt wird – ein System, das weltweit wohl nur in Malaysia praktiziert wird. Der König ist Staatsoberhaupt, Oberbefehlshaber über die Streitkräfte, ernennt und entlässt den Premierminister, konstituiert und löst das Parlament auf und hat weitreichende Befugnisse im kulturellen und vor allem religiösen Bereich. Sultane sind die oberste muslimische Instanz in den Sultanaten. Malaysia ist föderal gegliedert, besteht aus 13 Bundesländern sowie drei Bundesterritorien, die teilweise auch als ein Gebiet ausgewiesen werden.

Die malaysische Legislative folgt dem Westminster-Modell und besteht aus zwei Kammern, dem Repräsentantenhaus und dem Senat. Der Senat, das Oberhaus, hat 70 Mitglieder, von denen jeweils zwei Vertreter der 13 Bundesländerparlamente gewählt und 44 vom König auf Vorschlag des Premierministers ernannt werden. Die Zweite Kammer ist das Repräsentantenhaus mit derzeit 222 Mitgliedern. Wahlen finden sowohl für das Repräsentantenhaus als auch die Parlamente der 13 Bundesländer statt, in der Regel alle fünf Jahre. Wahlen auf kommunaler Ebene werden seit den späten 1960er Jahren nicht mehr durchgeführt. Wegen der konstanten Zweidrittelmehrheit der Regierungskoalition während der letzten Dekaden sind beide Kammern zu Akklamationsinstanzen der Exekutive geworden, und nehmen ihre Rolle als Kontrollorgane der Regierung nur unzureichend wahr.

Das Wahlsystem folgt dem britischen Mehrheitswahlprinzip. Ein Kandidat zieht in das Parlament ein, wenn er in seinem Wahlkreis die einfache Mehrheit der Stimmen gewinnen konnte. Die Partei oder Koalition, die im Parlament die Mehrheit erreicht, bildet die Regierung. Die relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen hat ähnlich wie in Großbritannien die Ausbildung eines dualistischen Wahlsystems gefördert. Aller-

dings stehen sich in Malaysia nicht zwei traditionsreiche Volksparteien gegenüber, sondern zwei Parteienbündnisse: die Nationale Front, *Barisan Nasional* (BN), und der Bund der Bürger, *Pakatan Rakyat* (PKR).

Die Wahlen werden durch die Wahlkommission organisiert und überwacht, die zwar formell unabhängig ist, aber faktisch regierungsnah arbeitet. Die Hauptkritik an der Wahlkommission gilt vornehmlich ihrer Rolle bei der Einteilung von Wahlbezirken, da durch ständige Änderungen deren Grenzen so zugeschnitten wurden, dass sie der Regierungskoalition zu den erforderlichen Mehrheiten verhelfen. Dies sei an den Wahlen 2004 kurz exemplarisch illustriert: Brauchte die Regierungskoalition in einem bestimmten Wahlkreis nur 16.000 Stimmen, so waren dies in Hochburgen der Opposition 150.000 Stimmen. Auch werden der verstärkte Einsatz der Regierungsmedien durch die Wahlkommission sowie die sehr kurze Wahlkampfphase (ca. zehn Tage) kritisiert. Die tatsächliche Durchführung der Wahlen erfolgt in der Regel jedoch reibungslos und unkritisch.

Politische Parteien finden in der Verfassung Malaysias keine Erwähnung, folglich wird ihnen keine besondere Rolle zugeschrieben. Die Gründung und Registrierung von Parteien erfolgt über den *Societies Act*, dem Gesetz zur Gründung bürgerlicher Gesellschaften. Die Hürden hierzu sind denkbar gering, es bedarf letztlich eines Antrags, bis zu dessen Zustimmung jedoch eine lange Zeit vergehen kann. Auch die Modalitäten eines Parteienverbots sind unter diesem Gesetz geregelt.

Die Finanzierung politischer Parteien unterliegt keiner gesetzlichen Regelungen, was die Frage nach dem Ursprung der Parteifinanzien undurchsichtig werden lässt. Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen, privaten Spenden und Erträgen aus Firmenbeteiligungen, gerade im Lager der Regierungskoalition, dürften jedoch vorwiegend für die Ausgaben der Parteien aufkommen. Ob bei der Regierungskoalition auch Gelder der Exekutive und von Staatsunternehmen in die Kassen der Parteien fließen, wird zwar von Kritikern vermutet, lässt sich jedoch nicht klar nachweisen. Eindeutige Aussagen lassen sich zur Parteienfinanzierung in

Malaysia daher nicht machen, dennoch ist der Ausdruck *moneypolitics* in Malaysia eine gängige Vokabel zur Beschreibung der Finanzierung politischer Parteien.

Parteien und Nichtregierungsorganisationen dürfen sich zwar bilden, und de jure werden die Assoziations- und die Versammlungsfreiheit auch anerkannt, aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Gerade die Arbeit von Oppositionsparteien ist durch die ubiquitäre Präsenz des Sicherheitsapparates, der mit dem drakonischen *Internal Security Act* (ISA) und anderen Gesetzen über außerordentlich wirksame Unterdrückungsmechanismen verfügt, und durch die Beschränkung der Pressefreiheit erheblich eingeschränkt. Malaysia wird deshalb in der Forschung auch als hybrides Regime, häufiger noch als Semidemokratie bezeichnet. Einem Regime, das dadurch gekennzeichnet ist, dass typische Merkmale autoritärer und demokratischer Systeme gleichermaßen auszumachen sind.

PARTEIENSYSTEM

Für das Parteiensystem und die Wahlen in Malaysia bedeutet diese Hybridität, dass Oppositionsparteien sich zwar konstituieren und zu den Wahlen antreten können, die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Oppositionsparteien aber so ungünstig und die Wahlen in vielerlei Hinsicht derart unfair sind, dass selbst ein Ausdruck wie „elektorale Demokratie“ unangemessen ist.

Die Parteienlandschaft in Malaysia lässt sich grob in Regierung und Opposition aufteilen, da die Machtverhältnisse bisher sehr konstant waren, denn seit fast 50 Jahren und bis zu den Wahlen vom 8. März 2008 regierte das Regierungsbündnis *Barisan Nasional* mit Zweidrittelmehrheit im Bundesparlament.

Fast alle Parteien konstituieren sich entlang der dominierenden ethnischen Gruppen des Landes. Über die Hälfte der Malaysier sind ethnisch Malaien, die ausnahmslos muslimisch sind. Ein weiteres Viertel ist chinesischer Abstammung, etwa zehn Prozent gehören zu den Ureinwohnern, und eine Minderheit von rund sieben Prozent sind ursprünglich Inder. Im Gegensatz zu anderen südostasiatischen Ländern, mit Ausnahme Indonesiens, gibt es „eingefrorene“, also traditionell beständige Konfliktlinien, entlang derer die Wählerschaft mobilisiert werden und sich die Profile der Parteien orientieren. Diese Konfliktlinien verlaufen primär entlang der ethnischen Linien, allerdings können die Parteien nach einem von Andreas Ufen¹ entwickelten Modell zugleich auf einem Spektrum platziert werden,

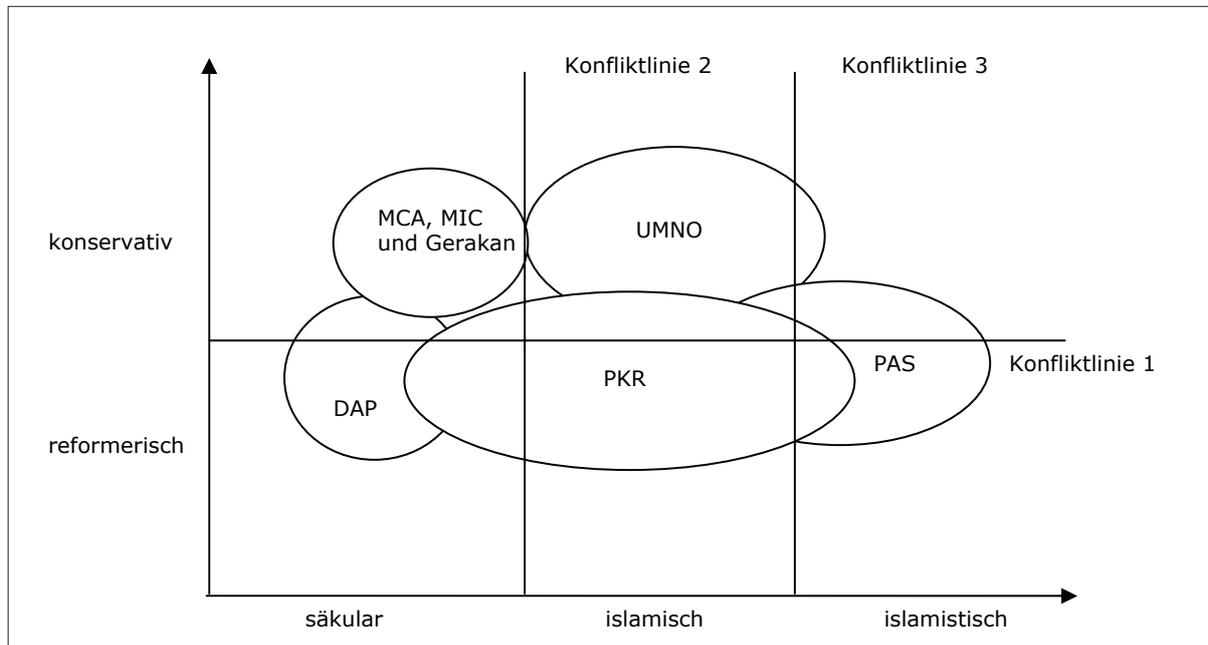
das von einer säkularistischen über eine islamische hin zu einer islamistischen Orientierung reicht.

Die *Barisan Nasional*, die Regierungskoalition, umfasst die *United Malays National Organisation* (UMNO) als stärkste und die malaiisch-islamische Bevölkerung ansprechende Partei neben 13 weiteren Koalitionsmitgliedern. Die wichtigsten unter ihnen sind gegenwärtig die *Malaysian Chinese Association* (MCA) und die *United Traditional Bumiputera Party* (PBB), die größte Partei im Bundesland Sarawak, die sich an die indigenen Einwohner des ländlichen Sarawak richtet. Des Weiteren ist der *Malaysian Indian Congress* (MIC) als Gründungsmitglied der BN sowie als Partei der indischen Bevölkerung ein bedeutender Teil der Koalition. Die Partei GERAKAN, der größtenteils Chinesen, aber auch Inder angehören, spielte in der Vergangenheit eine relativ wichtige Rolle in der BN, erlitt jedoch bei den letzten Wahlen 2008 eine vernichtende Niederlage.

Die Opposition, die sich als Koalition unter dem Namen *Barisan Alternatif* (Alternative Front) im Jahre 2001 auflöste und erst vor den Wahlen 2008 wieder als geschlossenes politisches Gegengewicht zur BN mit dem Namen *Pakatan Rakyat* (Bund der Bürger) auftrat, besteht aus der *Democratic Action Party* (DAP), der Alternative für die Chinesen neben der MCA, und der islamischen *Parti Islam Se-Malaysia* (PAS) sowie der *People's Justice Party* oder *Keadilan* (PKR), die versucht, eine möglichst breite Wählerschicht anzusprechen.

Eine Gliederung der politischen Parteien Malaysias nach einem im Westen gängigen Links-Mitte-Rechts-Schema nach ideologisch-programmatischen Ausrichtungen der Parteien ist nur bedingt möglich, da sich die Positionen der Parteien, wie oben erwähnt, vornehmlich an ethnischen Gruppen und deren Belange orientieren, weniger an grundsätzlichen ideologischen Positionen – von der PAS vielleicht abgesehen. Jedoch sehen sich die PKR und GERAKAN in der liberalen Tradition stehend, die DAP im sozialdemokratischen Lager, während sich die PAS als religiöse Partei und UMNO, MCA, MIC und PBB als ethnische Regionalparteien verstehen. Die DAP ist Mitglied der Sozialistischen Internationale, GERAKAN beobachtendes Mitglied der *Liberal International*.

Der von Andreas Ufen bereits beschriebene Ansatz bietet daher die beste Übersicht und Form der Beschreibung der Parteienprofile Malaysias:



In der Abbildung sind die wichtigsten Parteien in Bezug auf ihre Haltung zum Islam und zur Reform des politischen Systems in einem Koordinatensystem eingetragen. Außerdem sind die drei das Parteiensystem im Wesentlichen prägende Konfliktlinien eingezeichnet. Konfliktlinie 1 trennt Konservative von pro-demokratischen Reformern, Konfliktlinie 2 Säkularisten von Muslimen (und damit im Wesentlichen auch Chinesen und Inder von Malaien), die eine Islamisierung der Gesellschaft unterstützen, schließlich Konfliktlinie 3 die Letztgenannte von den Islamisten, die die *Scharia* (einschließlich des Strafrechts) einführen und einen Islamstaat errichten wollen. Da die Parteien in der Regel aus verschiedenen Flügeln bestehen, durchschneiden manche Konfliktlinien die Ellipsen.

Die drei Oppositionsparteien DAP, PKR und PAS sind reformatorisch ausgerichtet, es stehen sich jedoch intern verschiedene Flügel gegenüber. Die DAP tritt als säkulare Partei für eine Trennung von Religion und Politik ein und wendet sich gegen die konservative Islamisierungspolitik der Regierung. Die PKR zeigt sich in der Frage ambivalent. In ihr finden sich säkulare, orthodox-muslimische und islamistische Kräfte. Bei der PAS schließlich überwiegt deutlich der islamistische Flügel.

Aufbau und Organisation der politischen Parteien in Malaysia verlaufen bei allen ähnlich. Sie unterscheiden sich auch nicht von den Strukturen in anderen Ländern und folgen der administrativen Gliederung des

Landes, in Orts-, Landes- und Bundesebene. Höchstes Parteiorgan ist der Bundesvorstand (*Central Committee, Supreme Council*). Die Mitglieder aller Gremien werden in der Regel auf Parteitagen gewählt, wobei für die Besetzungen im Bundesvorstand bei den Parteien unterschiedliche Regelungen gelten. Die höchsten Hürden setzt die UMNO. Dort erfordert die Nominierung für Vorstandsämter eine jeweils nach Amt gestaffelte Zahl von Stimmen aus den lokalen Gliederungen. Die Parteien haben jeweils Jugend- und Frauenorganisationen, die nach ähnlichen Strukturen aufgebaut sind.

Die Ergebnisse der Wahlen vom 8. März 2008 könnten langfristig zu einer Veränderung des Parteiensystems führen. Das Oppositionsbündnis feierte einen völlig unerwarteten Wahlerfolg, bei dem sie die regierende BN um ihre komfortable Zweidrittelmehrheit im Bundesparlament und um die Kontrolle von fünf Bundesländern brachte. Während die BN nach den Wahlen 2004 noch 91,4% der Sitze errang, gewann sie 2008 nur noch 63,1%. Die derzeitige Sitzverteilung im Bundesparlament ist wie folgt: BN 140, PKR 31, DAP 28, PAS 23 (Opposition gesamt: 82, Regierung gesamt: 140). Die Einheit des Regierungslagers ist nach der Wahl gefährdet, die Rede von massiven Parteiübertritten zur Opposition ist für die Regierung eine ernsthafte Bedrohung. Aber auch das Oppositionsbündnis ist in Gefahr, an den radikalen Positionen der PAS zu scheitern. Diese Entwicklungen könnten letztlich zu einer Neukonfiguration der Parteienlandschaft führen und neue Mehrheitsakteure entstehen lassen.

PARTEIENKOOPERATION DER KAS

Es gibt keine direkte Parteienkooperation der KAS in Malaysia. Dies hat unterschiedliche Gründe:

- Das hybride System Malaysias, eine Mischung aus Autokratie und Demokratie, steht der Arbeit der KAS in Malaysia sehr kritisch gegenüber. Insgesamt stößt das „Demokratieengagement“ westlicher Institutionen im stark islamisch geprägten Malaysia bei der Regierung auf große Vorbehalte. Eine einseitige Parteinahme würde daher die Existenz der KAS in Malaysia gefährden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde bereits des Landes verwiesen.
- Keine der Parteien Malaysias hat derzeit eine wirklich große inhaltlich-programmatische Deckungsgleichheit mit den Werten christlich-demokratischer Parteien oder nahestehender Stiftungen.
- Jene Parteien in Malaysia, die dennoch grundsätzlich für eine Kooperation in Frage kämen, da sie auf eine Öffnung des Systems hinarbeiten und einen multi-ethnischen und multi-religiösen Politikansatz verfolgen, haben bereits Kooperationsvereinbarungen mit weiteren politischen Stiftungen geschlossen: Friedrich-Ebert-Stiftung (DAP), Friedrich-Naumann-Stiftung (PKR, GERAKAN). Allerdings unterhalten weder die FES noch die FNS offizielle Vertretungen in Malaysia. Daher können beide in diesem Punkt freier agieren (s.o.).

Die KAS hat sich daher im Bereich der Parteienkooperation für eine indirekte Zusammenarbeit mit grundsätzlich demokratisch orientierten Oppositionsparteien entschieden. Seit den 1990er Jahren besteht eine Partnerkooperation mit dem *Institute for Policy Research* (IPR), einem Think Tank, der vom ehemaligen stellvertretenden Premierminister, Anwar Ibrahim, gegründet wurde. Als dieser 1998 verhaftet wurde, hatte dies auch weitreichende Konsequenzen für IPR. Der KAS wurde von Regierungsseite nahegelegt, die Kooperation zu beenden, was jedoch nicht geschah. IPR wurde weiter, jedoch in geringerem Umfang unterstützt, und diente dem neu entstehenden Oppositionsbündnis *Barisan Alternatif* gewissermaßen als inhaltliche und organisatorische Vorfeldorganisation im Bereich der politischen Bildung ihrer Anhänger. Auch die damit dokumentierte Solidarität zu Anwar Ibrahim, seit 2008 neuer Oppositionsführer im Bundesparlament, zahlt sich für die KAS derzeit aus. Über IPR wurde im Jahr 2009 eine Serie von mehrtätigen Workshops zur Politikformulierung organisiert und im Anschluss entsprechende *policy documents* angefertigt. Diese werden PKR, deren De-facto-

Vorsitzender Anwar Ibrahim ist, zur inhaltlich-programmatischen Profilschärfung und verbesserten Öffentlichkeitsarbeit verhelfen, und auch der Opposition insgesamt Diskussionsstoff für die parlamentarische Arbeit bieten.

Dieser indirekte Ansatz der Politikberatung und der Zusammenarbeit mit politischen Parteien ist nicht nur angesichts der Rahmenbedingungen, unter denen die KAS in Malaysia tätig ist, adäquat, er füllt gewissermaßen auch ein Vakuum bei der Arbeit mit Oppositionsparteien in Malaysia, deren Schwächen im programmatisch-inhaltlichen Bereich eindeutig erkennbar sind. Dieser Umstand ist auch der Tatsache geschuldet, dass die Parlamente in Malaysia keine wissenschaftlichen Dienste unterhalten, aus denen Oppositionsparteien ihre Expertise speisen könnten. Daher bietet sich neben der mittelbaren Parteienförderung in Zukunft auch die verstärkte Zusammenarbeit mit Parlamentariern sowie auch die institutionelle Parlamentsförderung auf Bundes- und Landesebene an.

Dr. Thomas S. Knirsch

Landesbeauftragter der KAS für Malaysia

1| *Andreas Ufen, Konfliktlinien und Wählermobilisierung in Südostasien: Indonesien und Malaysia im Vergleich, in: Südostasien Aktuell, 1 (2008), S. 75.*

4. OST-TIMOR

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Seit dem 20. Mai 2002 ist Ost-Timor ein unabhängiger Staat. Die staatliche Souveränität beendete zugleich eine fast 500 Jahre währende Fremdherrschaft; zuerst durch die portugiesischen Kolonialherren, danach durch die indonesische Zentralregierung, die 1975 in Ost-Timor einmarschierte und bis 1999 die ehemalige Kolonie annektiert hatte. Nach einem von der UNO initiierten Unabhängigkeitsreferendum kam es 1999 zu verheerenden Unruhen zwischen pro-indonesischen Milizen und den indonesischen Streitkräften einerseits und der ost-timoresischen Unabhängigkeitsbewegung andererseits, die mehrere Tausend Menschenleben gekostet und das Land verwüstet haben. In der Folge bereitete die UNO das Land mit seinen ca. 900.000 Einwohnern in einer zweieinhalbjährigen Transitionsperiode auf die staatliche Eigenständigkeit vor.

Die Verfassung des Landes lehnt sich stark an das portugiesische Vorbild an. Das politische System weist starke Züge einer parlamentarischen Demokratie auf, obwohl der Präsident auf fünf Jahre direkt vom Volk gewählt wird. Seine Machtbefugnisse beschränken sich allerdings auf das Vetorecht im Gesetzgebungsverfahren sowie auf die Übertragung des Auftrages zur Regierungsbildung nach den ebenfalls alle fünf Jahre stattfindenden Parlamentswahlen. Die eigentliche politische Macht liegt beim Premierminister, der zur Regierungsbildung die Mehrheit der momentan 65 Sitze im Parlament benötigt.

Aus den ersten Wahlen 2001 ging erwartungsgemäß die ehemalige Freiheitsbewegung *Frente Revolucionária do Timor-Leste Independente* (FRETILIN) als unumstrittene Siegerin hervor und erreichte 43 der damals 75 Parlamentssitze. Zum Staatspräsidenten wurde der als Volksheld verehrte ehemalige FRETILIN-Chef Xanana Gusmão gewählt. Die übrigen 32 Parla-

mentssitze teilten sich 12 kleinere Parteien. Diese Situation änderte sich allerdings bei den Wahlen im Jahr 2007, nachdem sich die FRETILIN nach jahrelangen ideologischen Diskussionen in zwei konkurrierende Flügel gespalten hatte. Als neue politische Kraft konnte sich dabei der Flügel um Xanana Gusmão mit der Bezeichnung *Conselho Nacional de Resistencia Timorese* (CNRT) etablieren. Verglichen mit der links-ideologischen FRETILIN steht die CNRT für eine deutlich pragmatischere Politikgestaltung.

Nach den Parlamentswahlen im Juni 2007, bei denen die CNRT mit 18 Parlamentssitzen zweitstärkste Kraft wurde, herrschte wochenlang Unklarheit über die politische Zukunft Ost-Timors. Gusmão, der die CNRT – kurz nach der Wahl von Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta zum Staatspräsidenten im Mai 2007 – gegründet hatte, schmiedete schon im Vorfeld an einer Koalition gegen FRETILIN.

Zusammen mit dem Parteienbündnis ASDT-PSD (11 Sitze, bestehend aus der *Associação Social-Democrata Timorese* [ASDT] und der *Partido Social Democrata* [PSD]) und der mit 8 Sitzen ins Parlament eingezogenen *Partido Democrático* (PD) bildete Gusmão nach den Wahlen die offizielle Regierungskoalition *Aliança da Maioria Parlamentar* (AMP). Die FRETILIN, die trotz eines Verlustes von über 50 Prozent der Stimmen mit 21 errungenen Parlamentssitzen die numerische Wahlsiegerin war, protestierte gegen Gusmãos Machtanspruch und hat die Koalitionsregierung bis heute formal nicht anerkannt (sie beruft sich dabei auf den Paragraphen 106 der ost-timoresischen Verfassung, der den Präsidenten bevollmächtigt, die Partei mit den meisten Parlamentssitzen mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Gleiches gilt laut Verfassung aber auch für Parteienbündnisse wie die AMP. Im Juli 2007 wurde das amtliche Endergebnis veröffentlicht:

Tabelle 1: Wahlergebnis und Sitzverteilung im Parlament Ost-Timors

Partei	Stimmen	Stimmenanteil in Prozent	Gewinne/Verluste in Prozent	Sitze
UNDERTIM	13.247	3,19	+3,19	2
CNRT*	100.175	24,10	+24,10	18
PD*	46.946	11,30	+2,58	8
<i>Coligação</i> ASDT/PSD *	65.358	15,73	-0,29	11
Aliança Democrática KOTA/PPT	13.294	3,20	-0,94	2
FRETILIN	120.592	29,02	-28,35	21
PUN	18.896	4,55	+4,55	3
Sonstige	37.096	8,91		0
Gesamt (Wahlbeteiligung: 80,5 %)	426.210	-	-	65

* Parteien der Regierungskoalition AMP (*Allianca da Maioria Parlamentar*)

Am 25. März 2004 trat das Parteiengesetz Ost-Timors in Kraft. Es enthält klare Aussagen zu Definition, Aufgaben, Zielsetzungen, Mitgliedschaft, Transparenz, Gründungsvoraussetzungen, Rechten und Pflichten, internen Strukturen, innerparteilicher Demokratie und zur Finanzierung von Parteien. Zu diesem Punkt heißt es eindeutig, dass sich Parteien aus eigenen Mitteln (Mitgliedsbeiträge, Mitgliederpenden, Einkünfte aus Parteibesitz, Zinserträge) oder privaten Einnahmen (Spenden, Vermächtnisse) finanzieren müssen und keine Gelder von Staatsunternehmen (auch Aktiengesellschaften, die sich mehrheitlich in Staatsbesitz befinden), öffentlichen Dienstleistern, juristischen Personen aus dem religiösen oder philanthropen Bereich, Berufsgenossenschaften, Arbeitnehmer- bzw. Arbeitgeberverbänden sowie von Stiftungen, Regierungen oder juristischen Personen aus dem Ausland annehmen dürfen. Eine zusätzliche Finanzierung von Parteien durch den Staat erfolgt auf der Basis von Wahlergebnissen. Für jeden Parlamentssitz erhält eine Partei jährlich 15.000 US-Dollar.

PARTEIENSYSTEM

Im Gegensatz zum großen Nachbarn Indonesien hat sich in Ost-Timor in nur wenigen Jahren ein Parteiensystem entwickelt, das trotz der ursprünglichen Übermacht der linksgerichteten FRETILIN durchaus das Parteienspektrum europäischer Demokratien widerspiegelt. Dies hängt zum einen mit der portugiesischen Kolonialgeschichte zusammen, die hinsichtlich ihrer religiösen und kulturellen Ausprägung eine vergleichsweise homogene Bevölkerung geformt hat, die sich zu 96% zum katholischen Glauben bekennt. Zum anderen wirkte sich auch der jahrzehntelange Freiheitskampf gegen die indonesische Besatzungsmacht und seine Manifestation in der FRETILIN prägend aus. Das Parteienspektrum umfasst daher vor allem sozialistische und sozialdemokratische Parteien

auf der einen sowie – in deutlich geringerem Umfang – christdemokratische und konservative Parteien auf der anderen Seite, wohingegen liberales Gedankengut wenig Widerhall in der Bevölkerung findet. Eine echte Besonderheit stellt die Regelung des ost-timoresischen Parteiengesetzes dar, wonach sich nach jeder nationalen Wahl all diejenigen Parteien auflösen müssen, die den Einzug ins Parlament nicht erreicht haben.

Parteien im Kurzprofil

Frente Revolucionária do Timor Leste Independente (FRETILIN – Revolutionäre Front für ein unabhängiges Ost-Timor)

FRETILIN, gegründet im Jahr 1974, hatte von Beginn an die vollständige Unabhängigkeit Ost-Timors zum Ziel. Kurz vor der indonesischen Invasion erklärte sie einseitig die Unabhängigkeit von Portugal und entwickelte sich während der indonesischen Besetzung zur Haupt-Widerstandsbewegung. Die FRETILIN gründete im August 1975 ihren bewaffneten Arm *FALINTIL (Forças Armadas de Libertacao Nacional de Timor Leste)*. Bis 1987 war FRETILIN das Rückgrat des diplomatischen und militärischen Widerstandes, danach nahm die Bewegung im Rahmen der Gründung des nationalen Widerstandsrates CNRT (*Conselho Nacional de Resistencia Timorese*), initiiert 1988 durch Xanana Gusmão, eine breitere Strategie der nationalen Einheit an. Im Jahr 2000 verließ FRETILIN die Dachorganisation CNRT jedoch wieder, um sich der eigenen Parteiarbeit zu widmen. Die Mitgliederzahl der Partei wird mit rund 150.000 angegeben, mit breitem Zulauf vor allem in ländlichen Gebieten. FRETILIN unterhält enge internationale Kontakte und wird beispielsweise vom australischen *Council of Trade Unions* und der Sozialistischen Internationalen unterstützt.

**Conselho Nacional de Resistência Timorense
(CNRT) – Nationaler Widerstandsrat**

Der Nationale Widerstandsrat in seiner seit 2007 bestehenden Form ist nicht zu vergleichen mit der 1988 gegründeten Organisation gleichen Namens. Die heutige CNRT setzt sich aus den Gefolgsleuten und Unterstützern des ehemaligen Staatspräsidenten Xanana Gusmão zusammen, die sich vor den Parlamentswahlen 2007 geschlossen von der FRETILIN abspalteten. CNRT hat sich von der Linksideologie der FRETILIN distanziert und verfolgt eine Politik, die von Pragmatismus geprägt ist und effizienzorientierte Problemlösungen anstrebt. Die Abspaltung von FRETILIN vollzog sich nicht nur bei den Parteimitgliedern, sondern auch in der Wählerschaft, so dass die CNRT heute die zweitstärkste Partei stellt; zwar deutlich hinter FRETILIN, jedoch ebenso klar vor der Demokratischen Partei (PD).

**Partido Democrático (PD) –
Demokratische Partei**

Die 2001 aus der Studentenorganisation RENETIL hervorgegangene PD ist bereits im gleichen Jahr mit 8,7% als zweitgrößte Fraktion ins Parlament eingezogen und konnte ihre Position bei den Wahlen 2007 mit einem Stimmenanteil von 11,3% ausbauen. Sie ist heute Partner in der Regierungskoalition AMP.

Die PD spricht vor allem junge Menschen an, die im In- oder Ausland studiert oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und damit zur Bildungselite des kleinen Landes zählen. Dennoch ist sie keine elitäre Partei, sondern spricht viele Wähler an, die eine ernsthafte Alternative der politischen Mitte unterstützen.

Coligação ASDT/PSD, bestehend aus

a) Associação Social-Democrata de Timor (ASDT)

Die ASDT wurde 2001 gegründet. Allerdings gab es in den frühen 1970er Jahren bereits eine Organisation gleichen Namens, aus der sich 1974 die FRETILIN entwickelte. Sie ist eine von mehreren sozialdemokratischen Parteien und sticht vor allem durch die Tatsache hervor, dass ihr Gründer Francisco Xavier do Amaral erster Präsident Ost-Timors in der kurzen Periode der Unabhängigkeit nach dem Abzug der Portugiesen und vor der indonesischen Besetzung 1975 war.

b) Partido Social Democrata (PSD)

PSD wurde im Jahr 2000 gegründet. Sie lehnt sich an die portugiesische PSD an und repräsentiert nach ihrer Selbsteinschätzung die politische Mitte zwischen Rechts- und Linksparteien. Analog zur portugiesischen PSD (die ja ebenfalls nicht dem sozialdemokratischen Lager angehört, sondern Mitglied in der EVP ist) ist die Parteifarbe orange, das Parteimotto „Solidarität, Gleichheit, Freiheit“. Ihr wird eine Nähe zu Xanana Gusmão und José Ramos-Horta zugesprochen. Zusammen mit ASDT, PD und CNRT bildet sie die Regierungskoalition AMP.

Aliança Democrática, bestehend aus

*a) Klibur Oan Timor Asuwain (KOTA – Söhne der
Kriegshunde aus den Bergen)*

Ebenfalls 1974 gegründet, besaß die Partei jedoch nie einen großen Rückhalt in der Bevölkerung. Vorläufer der KOTA war die *Associação Popular Monarquia de Timor* (APMT), eine Monarchistenpartei, die von einigen *Liurais* (lokalen Fürsten) gegründet worden war. Sie wurde von den Portugiesen nicht als offizielle Partei anerkannt, da ihr Anhang zu gering war. Ihr ProIntegrationsstandpunkt diente Indonesien jedoch dazu, die Behauptung zu untermauern, die Mehrheit der timoresischen Parteien befürworte die Integration. Am 11. August 1998 wies KOTA gemeinsam mit der UDT (*União Democrática Timorense*), FRETILIN, APO-DETI (*Associação Popular Democrática Timorense*) und dem PT (*Partido Trabalhista Timorense*) das indonesische Autonomie-Angebot zurück, forderte die Freilassung von Gusmão und ein Referendum in Ost-Timor. KOTA sieht sich heute der Förderung der timoresischen Kultur und Traditionen verpflichtet. Die Partei ist in erster Linie eine Vereinigung von *Liurai*-Familien. Noch auf dem Parteikongress im Jahr 2000 wurde die Forderung nach einer konstitutionellen Monarchie erhoben.

*b) Partido do Povo de Timor (PPT) –
Partei des timoresischen Volkes*

PPT wurde im Jahr 2000 gegründet und unterstützt ebenfalls die Fürstenhäuser Ost-Timors (*Liurai*). Viele ihrer Unterstützer traten früher für eine endgültige Angliederung an Indonesien ein. Heute unterstützt PPT die timoresische Republik. Das Bündnis KOTA/PPT erhielt 2007 nur 3,2% der Stimmen und ist damit politisch nicht relevant.

União Nacional Democrática de Resistencia Timorese (UNDERTIM) – Demokratische Nationale Union des Timorischen Widerstands

Die Demokratische Nationale Union des Timorischen Widerstands wurde 2005 vom früheren FALINTIL-Kommandanten Cornelio Gama ins Leben gerufen. Sie hat ihren regionalen Schwerpunkt im Osten des Landes, wird aber landesweit von vielen Veteranen des Widerstands gegen die indonesische Besatzung unterstützt und schaffte 2007 als eine von drei neuen Parteien den direkten Einzug ins Parlament. Die Partei unterstützte zwar die Präsidentschaftskandidatur Ramos-Hortas, ist aber nicht Teil der Regierungskoalition.

Partido Unidade Nacional (PUN) – Partei der Nationalen Einheit

Die PUN ist eine christlich-demokratische Partei, die sich aus der 2005 von Fernanda Borges gegründeten *Partido Nacional* heraus entwickelt hat. Sie wurde erst im Januar 2007 nach einer Entscheidung des Berufungsgerichtes offiziell registriert, nachdem es vorher zu Differenzen mit dem Justizministerium gekommen war. Nicht zuletzt weil die PUN eng mit der katholischen Kirche verbunden ist, schaffte sie 2007 auf Anhieb den Einzug ins Parlament, allerdings nur mit 18.896 Wählerstimmen bzw. einem Stimmenanteil von 4,55%; kein wirklich befriedigendes Ergebnis angesichts des Umstandes, dass die führenden Vertreter der Partei schon vor der offiziellen Gründung verlauten ließen, die Partei hätte 100.000 eingeschriebene Mitglieder (was ca. 20 Prozent aller Wahlberechtigten entspräche). Obwohl auch andere Parteien für sich in Anspruch nehmen, christdemokratische Werte zu vertreten, ist die PUN seit den Wahlen 2007 die einzig ernstzunehmende christdemokratische Alternative in Ost-Timor.

PARTNERPARTEIEN

Bis zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keine Kooperation oder Partnerschaft zwischen der KAS und Parteien in Ost-Timor. Die Gründe hierfür liegen zum einen an der prekären Sicherheitslage, die bis in die zweite Jahreshälfte 2008 hinein einem vertieften Engagement der KAS von Jakarta aus entgegen stand. Zum anderen ist die Situation aller Parteien in Ost-Timor dergestalt, dass auch politische Stiftungen anderer Länder, die über Vertretungen in Dili verfügen (z.B. das *National Democratic Institute*, NDI und das *International Republican Institute*, IRI), bis jetzt einen Multi-Party-Ansatz verfolgt haben und diesen auch fortsetzen wollen. Im Rahmen der politischen Bildungsarbeit für

Parteimitglieder beginnt die KAS ab dem zweiten Quartal 2009 eine Kooperation mit dem IRI.

Nachdem sich Exekutive und Legislative vom Schock über die Anschläge auf Präsident Ramos-Horta und Premierminister Gusmão im Februar 2008 erholt haben und sich die bis dahin fragilen Machtverhältnisse im Parlament im zweiten Halbjahr 2008 festigen konnten, sollte nun überlegt werden, ob und welche Partei bzw. Parteien für eine Mitarbeit in regionalen Parteizusammenschlüssen infrage kämen. Folgende Parteien bieten sich im Rahmen der Kooperation des demokratischen Zentrums an:

- *Partido Unidade Nacional (PUN)*,
- *Partido Democrático (PD)*,
- *Partido Social Democrata (PSD)*.

Winfried Weck

Landesbeauftragter der KAS für Indonesien und Ost-Timor

5. PHILIPPINEN

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Philippinen sind eine Präsidialdemokratie. Nach der Verfassung von 1987 wird der Präsident – oder die Präsidentin – alle sechs Jahre direkt vom Volk gewählt. Ihm steht ein Vize-Präsident zur Seite, der zeitgleich in einem getrennten Wahlverfahren ermittelt wird. Eine Wiederwahl des Präsidenten ist nicht möglich. Der Präsident ist Staatsoberhaupt und Regierungschef zugleich. Er/sie hat alle exekutiven Befugnisse und ernennt – neben den Mitgliedern des Kabinetts – bis zu 14.000 politische Funktionsträger, darunter die höheren Richter, die Inhaber der sechs ranghöchsten Positionen in den Ministerien und die Vorstände der staatseigenen Unternehmen. Amtsinhaberin ist derzeit Gloria Macapagal-Arroyo. Sie war unter Joseph Estrada zunächst Vize-Präsidentin und wurde nach dem Rücktritt ihres Vorgängers im Januar 2001 ins Amt berufen. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2004 gewann sie mit 40% der Stimmen vor ihrem Herausforderer Fernando Poe Jr. die Wahl.

Alle Wahlen – mit Ausnahme der Wahlen in den 42.000 Gemeinden – finden zur selben Zeit statt und haben den Charakter von Persönlichkeitswahlen (Ausnahme: Parteilistenwahl für das Repräsentantenhaus). Nach derzeitigem Wahlrecht tragen die Wähler handschriftlich alle Namen der Personen auf dem Wahlzettel ein, die sie wählen wollen: Präsident, Vize-Präsident, Wahlkreisabgeordneter, Parteiliste, bis zu 12 Senatoren, Gouverneur, Vize-Gouverneur, im Regelfall sechs Mitglieder eines Provinzrates, Bürgermeister, Vize-Bürgermeister, im Regelfall sechs Stadträte.

Der philippinische Kongress besteht aus zwei Kammern, die in der Gesetzgebung identische Aufgaben wahrnehmen. Das Repräsentantenhaus setzt sich zunächst aus 190 Abgeordneten zusammen, die nach dem Prinzip der einfachen Mehrheit in Wahlkreisen gewählt werden sowie aus bis zu 40 weiteren Abgeordneten, die im Rahmen einer Parteilistenwahl bestimmt werden. Hierbei kann jede Partei maximal drei Sitze erreichen.

Der Senat hat 24 Mitglieder, die landesweit gewählt werden. Hieraus wird ein nationales Mandat für die Senatoren abgeleitet, während die Mitglieder des Repräsentantenhauses als Vertreter ihrer Wahlkreise angesehen werden. Die Senatoren werden für sechs Jahre gewählt. Wechselweise stehen je 12 Senatoren alle drei Jahre zur Abstimmung. Senatoren können einmal wiedergewählt werden. Alle anderen Mandate werden für drei Jahre vergeben, wobei drei direkt aufeinander folgende Wahlperioden erlaubt sind. Nach einmaligem Aussetzen ist eine Kandidatur für dieselbe Position wieder möglich. Die Sitze im Senat gehen üblicherweise an landesweit bekannte Persönlichkeiten (auch Showgeschäft, Sport und Militär) sowie an Vertreter der Oberschicht. Das Repräsentantenhaus wird von Vertretern politischer Familien aus den Provinzen dominiert.

Mitglieder beider Kammern erhalten sogenannte *pork barrel* zur Finanzierung von wohltätigen Aktivitäten, aber auch für quasi-exekutive Aufgaben (Bau von Straßen, Gemeindezentren, Schulen usw.). Die Freigabe dieser Mittel erfolgt vom Haushaltministerium, das vom Präsidenten kontrolliert wird. In diesem System verfügt der Staats- und Regierungschef naturgemäß über eine gesicherte Machtbasis. Die Vertreter des Repräsentantenhauses haben ein Interesse daran, dem Präsidenten nahe zu stehen und nehmen dafür auch Parteiübertritte in Kauf.

Die Eröffnung eines Amtsenthebungsverfahrens gegen den Präsidenten kann nur vom Repräsentantenhaus mit den Stimmen eines Drittels seiner Mitglieder beschlossen werden. Allerdings obliegt es dem Senat, das Verfahren durchzuführen. Bei den gegebenen Rahmenbedingungen ist die ordnungsgemäße Eröffnung und Durchführung eines Amtsenthebungsverfahrens eher unwahrscheinlich. Die Amtsenthebung von Präsident Joseph Estrada im Jahre 2000 ist eher das Ergebnis des Aufstandes der Bevölkerung als eines formalen Verfahrens. Die Stabilität der Regierung hängt auch in erheblichem Maße von Kirche und Militär ab, da die Kirche wesentlich zur Mobilisierung der Massen beitragen kann und der Erfolg dieser Bewegungen auch von der Haltung des Militärs abhängt.

In einem derartigen Umfeld ist die Rolle von Parteien naturgemäß gering. In vielen Fällen dienen sie als Kampagnen-Maschinerie für führende Politiker. Die Emanzipation philippinischer Parteien wird auch dadurch erschwert, dass es keinerlei öffentliche Parteienfinanzierung gibt. Die Einnahmen der Parteien kommen überwiegend aus Zuschüssen und Spenden der Parteiführer sowie von deren Verbündeten. Mitgliedsbeiträge oder Beiträge von Mandatsträgern werden nicht konsequent erhoben. Dort wo es sie gibt, spielen sie eine untergeordnete Rolle.

PARTEIENSYSTEM

Bei der Wahlbehörde sind derzeit 46 Parteien registriert, davon können 15 als landesweit bedeutsam angesehen werden. Mit Ausnahme der kommunistischen Partei und wenigen kleineren Parteien handelt es sich meist um „Politikerparteien“ ohne nennenswerte Mitgliederbasis, die stark mit ihrem Führungspersonal identifiziert werden. Ideologische Unterschiede sind gering.

Dies bestätigte auch eine von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Auftrag gegebene Umfrage zu den Profilen und Images politischer Parteien im Jahre 2006. Danach verbindet die philippinische Bevölkerung kaum inhaltliche Positionen mit politischen Parteien. Gleichzeitig vertritt eine Mehrheit der Befragten die Auffassung, dass die politischen Parteien eine wichtigere Rolle spielen sollten. Insbesondere werden mehr Anstrengungen für politische Bildung eingefordert. Ansätze eines Parteiprofils werden lediglich der kommunistischen Partei, PMP (Partei Josef Estradas), der regierenden Partei LAKAS-CMD (*Christian Muslim Democrats*) – seit dem Zusammenschluss mit der *Kabalikat ng Malayang Pilipino (Partner of the Free Filipino, kurz: Kampi)* im Mai 2009 LAKAS-KAMPI-CMD – sowie mit Einschränkungen der Liberalen Partei zugestanden.

1946 starteten die Philippinen mit einem Zwei-Parteien-System nach amerikanischem Vorbild in die Unabhängigkeit. Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal zwischen der Liberalen Partei und der Partei *Nacionalista* waren die parteitragenden politischen Familien. Ideologische Unterschiede gab es nicht. Dies war der wesentliche Grund für den Politiker Raul Manglapus, in den sechziger Jahren eine dritte politische Kraft aufzubauen. Er kritisierte das damals bestehende Zwei-Parteien-System als ein im Kern Ein-Parteien-System, das der Elite die Macht im Staat garantiert. Sein 1967 gegründetes *Christian Socialist Movement (CSM)* entwickelte sich rasch zu einer ernsthaften politischen Bewegung mit großer Anhän-

gerschaft vor allem unter der Jugend und der Landbevölkerung. CSM setzte sich für einen „christlichen Sozialismus“ zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ein. Später wurde das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft in das Programm aufgenommen. Manglapus wollte die Macht des Zentralstaates durch den Übergang zu einem föderalen Staatsaufbau brechen. Im Jahre 1972 legte das *Christian Muslim Manifesto* die Grundlage für eine erfolgreiche politische Zusammenarbeit von Christen und Muslimen. Manglapus' politischer Aufstieg führte ihn 1966 zur Präsidentschaftskandidatur und machte ihn damit zu einem Gegenspieler von Ferdinand Marcos, der die Wahl gewann. Nach der Ausrufung des Kriegsrechtes 1972 lebte Manglapus in den USA im Exil. Von 1986 bis 1992 diente er als Außenminister in der Regierung Aquino.

Im Jahre 1984 gründete Manglapus die Partei *United Union of Christian Democrats (NUCD)*, die über vorpolitische Organisationen wie z.B. die *Federation of Free Farmers* oder die *Federation of Free Workers* verfügte. NUCD verstand sich als dritter Weg zwischen den von der philippinischen Elite dominierten traditionellen Parteien sowie der kommunistischen Partei, die als einzige Partei über eine Massenbewegung verfügte. Vor der Wahl 1992 erfolgte der Zusammenschluss mit der politischen Bewegung LAKAS um Fidel V. Ramos zu LAKAS-NUCD. Ramos gewann die Wahl. Die Partei, die sich zwischenzeitlich zunächst in LAKAS-CMD (*Christian Muslim Democrats*) umbenannte und seit dem Zusammenschluss im Mai 2009 mit der Partei der Präsidentin als LAKAS-KAMPI-CMD firmiert, ist seither, mit Ausnahme der kurzen Unterbrechung durch die Regierung Joseph Estrada (1998-2000), die dominante Partei in die Regierungskoalition. Sie verfügte über die Mehrheit der Abgeordneten im Repräsentantenhaus und stellt die überwiegende Mehrheit der Kommunalpolitiker (rund 40%).

PARTNERPARTEIEN

Die Partei, mit der die KAS seit Jahren in enger Verbindung steht, ist LAKAS-CMD. Am 28. Mai 2009 haben sich die Parteien LAKAS-CMD und KAMPI zur LAKAS-KAMPI-CMD zusammengeschlossen. LAKAS-CMD entstand 1992 aus der Verbindung dreier politischer Kräfte: der politischen Bewegung LAKAS um den ehemaligen Präsidenten Fidel V. Ramos (1992-1998), der von Raul Manglapus gegründeten *National Union of Christian Democrats (NUCD)* und der *National Union of Muslim Democrats*. KAMPI wurde 1998 gegründet, um die Kampagne von Gloria Macapagal-Arroyo zur Wahl als Vize-Präsidentin zu unterstützen. Macapagal-Arroyo war gleichzeitig aber auch Kandidatin von LAKAS-CMD.

LAKAS-CMD ist, wie beschrieben, Nachfolgepartei der *National Union of Christian Democrats* und eine von zwei asiatischen Mitgliedsparteien in der Internationale der Parteien der politischen Mitte und christlich-demokratischer Parteien, CDI International.

Eine detaillierte Parteiprogrammatik gibt es nicht. Die Summe der Wahlprogramme der Präsidentschaftskandidaten (Ramos, de Venecia, Macapagal-Arroyo) seit 1992 sowie einige ältere Dokumente von NUCD und das *Christian Muslim Manifesto* werden als Parteiprogramm verstanden. Diese Schriften enthalten das Bekenntnis zu einer weitgehend liberalen Wirtschaftsordnung mit offenem Welthandel und verstärkter regionaler Zusammenarbeit (ASEAN). Die Verbesserung der sozialen Lage soll durch wirtschaftliche Entwicklung stattfinden. Der Entwicklung des ländlichen Raumes wird hoher Stellenwert beigemessen. Die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates werden unterstrichen. Ein besonderes Charakteristikum ist das *Christian Muslim Manifesto* aus dem Jahre 1972, das eine wertebezogene Basis für die politische Zusammenarbeit von Christen und Muslimen beschreibt. Dabei werden das Subsidiaritätsprinzip, die Grundzüge einer Sozialen Marktwirtschaft sowie die Grundprinzipien von sozialer Gerechtigkeit und regionalem Ausgleich betont.

Die Partei verfügt über ein Präsidium, einen Vorstand, einen Generalsekretär sowie regionale Gliederungen auf Provinzebene und der Ebene der Städte und Landkreise. Die Gremienarbeit hängt stark vom jeweiligen Parteivorsitzenden ab. Im Regelfall werden die Gremien ad hoc einberufen, meist um Personalentscheidungen zu treffen. Parteitage finden nur sporadisch statt. Ausnahmen finden sich auf der kommunalen Ebene.

Nach einem ungeschriebenen Gesetz fällt der Parteivorsitz auf nationaler Ebene dem Präsidenten zu, von dem erwartet wird, dass er die Partei finanziert. Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo war jedoch auch gleichzeitig die Ehrenpräsidentin der Liberalen Partei sowie der Partei KAMPI, die im Wesentlichen von ihrer Familie beherrscht wird. Der Parteipräsident, der nach philippinischem Verständnis für die politische Führung der Partei zuständig ist, fällt üblicherweise dem „Speaker“ des Repräsentantenhauses zu. LAKAS-CMD allein verfügte bis zur Fusion mit KAMPI über zehn Vize-Präsidenten.

Während der 1990er Jahre hatte die Partei bis zu zwei Millionen registrierte Mitglieder (damalige Gesamtbevölkerung: 70 bis 75 Millionen). In der Zwischenzeit ließ sich eine genaue Mitgliederzeit nicht mehr ermit-

teln, auch weil es die zentrale Mitgliederdatei nicht mehr gibt. Auf nationaler Ebene wird die Partei als ein Instrument zur Absicherung der Macht des Präsidenten gesehen. Die politische Willensbildung erfolgt außerhalb der Parteigremien.

Da sich die Kandidaten selbst um die Finanzierung des Wahlkampfes kümmern müssen, alle Wahlen Persönlichkeitswahlen sind und gleichzeitig stattfinden, sind Kandidaturen meist das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses. Kandidaturen von Unabhängigen sind möglich, registrierte Parteien haben allerdings einen Vorteil bei der Einreichung von Bewerbungen bei der zentralen Wahlbehörde. Parteibeschlüsse können durch wenige Unterschriften im „Umlaufverfahren“ getroffen werden. Nominierungs-Parteitage sind nicht üblich.

Im Jahre 1969 wurde NUCD Mitglied von CDI International. LAKAS-CMD ist die Nachfolgepartei. Nach dem Tode von Raul Manglapus im Jahre 1999 hat der langjährige *Speaker* des Repräsentantenhauses, Jose de Venecia Jr. II. dessen Funktion in der CDI übernommen. Er ist derzeit stellvertretender Vorsitzender von CDI International und seit 2006 Präsident des neu gegründeten Parteienverbandes CDI Asia Pacific. Jose de Venecia ist ferner einer der Aktivposten der *International Conference of Asian Political Parties* (ICAPP), die im zweijährigen Rhythmus – mit Unterstützung der KAS – alle asiatischen Parteien zu Konferenzen einlädt. Diese Initiativen verleihen der Partei Profil und Reputation. Sie sind ferner von diplomatischem Nutzen, da neben der Regierungstätigkeit ein zweiter Kommunikationskanal entsteht. Sie haben außerdem dabei geholfen, de Venecia seinem Platz in der Partei zu sichern, nachdem sich dieser mit Präsidentin Arroyo überworfen hatte und im Februar 2008 sein Amt als *Speaker* des Repräsentantenhauses verlor.

LAKAS-CMD war auch bei den Wahlen 2007 die erfolgreichste Partei. Gemessen an der Zahl der Funktions- und Mandatsträger ist sie die größte Partei in der bestehenden Regierungskoalition. LAKAS-KAMPI-CMD gehören rund 75% aller Abgeordneten im Repräsentantenhaus und rund 70% aller Gouverneure und Bürgermeister an. Etwa zwei Drittel aller Funktions- und Mandatsträger werden von LAKAS-CMD eingebracht. Die Satzung entspricht im Wesentlichen der Satzung von LAKAS-CMD. Die christdemokratischen Wurzeln werden betont. Die Partei steht für eine Politik der Mitte („Centrist“). Weitere wichtige Parteien dieser Koalition sind die *National People's Coalition* (NPC), eine Partei um den Geschäftsmann und Aquino Cousin Danding Cojuangco; KAMPI, eine Partei die im Wesentlichen zur Balance von LAKAS-CMD innerhalb der Regierungskoalition dient und vom Ehemann und

den Kindern der Präsidentin gesteuert wird. Die Liberale Partei und *Nacionalista*, die zu den Gründungsmitgliedern der Koalition zählen, sind mittlerweile gespalten und verstehen sich mehrheitlich als Opposition, zu der sich auch die Mehrheit der kleineren Parteien, sowie der politische Arm der kommunistischen Partei, zählen, die einige Landesteile mit Hilfe ihres bewaffneten Armes, der *National People's Army*, kontrolliert.

KOOPERATION DER KAS

Wie beschrieben pflegt die KAS seit vielen Jahren eine engere Zusammenarbeit mit einer Partei. Gleichzeitig werden aber auch in Zusammenarbeit mit anderen Parteien und reformorientierten Mitgliedern des Kongresses Initiativen gestartet, um die Rahmenbedingungen für politische Parteien insgesamt zu verbessern. Die KAS hat ferner Führungsseminare für junge Politiker entwickelt, bei denen die Parteizugehörigkeit nicht das entscheidende Auswahl- bzw. Teilnahme-kriterium ist. Die Auswahl der Teilnehmer für diese Seminare erfolgt auch nach den Erfahrungen im vorkommunistischen Raum, Verpflichtung auf gute Regierungsführung, nachgewiesene Glaubwürdigkeit sowie die „Nicht-Zugehörigkeit“ zur philippinischen Oligarchie.

Aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen für die volle Etablierung eines demokratischen Parteiensystems verfolgt die KAS in den Philippinen eine Dreifachstrategie: Zum einen werden Beiträge zur politischen Bildung von Funktions- und Mandatsträgern der Partnerpartei LAKAS-CMD erbracht. Hierbei geht es vor allem darum, die Grundsätze christlich-demokratischer Politik zu vermitteln und diese als wesentliches Identifikationsmerkmal innerhalb der Partei herauszustellen. Das Angebot richtet sich vor allem an jüngere Funktions- und Mandatsträger. Sie erfolgt in Zusammenarbeit mit dem *Center for Christian Muslim Democracy* und dem neu gegründeten *Centrist Policy Center*.

Unter den derzeit gegebenen Umständen ist es allerdings unsicher, ob die Partei überleben kann, sollte sie die Präsidentschaft im Jahre 2010 verlieren. Die KAS geht jedoch davon aus, dass der christlich-demokratische Kern der Partei entweder alleine oder in einem Zusammenschluss mit einer anderen gemäßigten Partei weiter existieren wird.

Auch wenn die Zusammenarbeit mit der Partnerpartei und der ihr nahe stehenden Organisationen gut entwickelt ist, muss angemerkt werden, dass die Unterstützung der Bildungsarbeit durch die Partei oft von den persönlichen Interessen der Parteiführung ab-

hängt, was den systematischen Aufbau eines parteinahen Bildungsinstitutes erschwert. Auch werden für die politische Bildung keinerlei öffentliche Mittel bereitgestellt.

Aufgrund der hohen Personalisierung des Wahlvorganges und der hohen Personenorientierung innerhalb von Parteien richtet die KAS ihr Angebot zum anderen an jüngere reformorientierte Politiker mit zivilgesellschaftlichem Hintergrund aus dem gesamten gemäßigten Parteienspektrum (s.o.). Dieses Angebot, das in Zusammenarbeit mit der von Jesuiten geführten Ateneo Universität in Manila erfolgt, zielt vor allem darauf ab, junge Reformkräfte mit Erfahrung im kommunalpolitischen oder vorkommunistischen Raum in die Lage zu versetzen, eine politische Plattform zu entwickeln und einen Wahlkampf zu führen. *How To Win An Election* ist ein erprobtes und erfolgreiches KAS-Projekt, das talentierten jungen Politikern Chancengleichheit im Wahlprozess ermöglicht.

Schließlich organisiert die KAS regelmäßig Konferenzen und Foren mit Vertretern gemäßigter Parteien sowie Abgeordneten des philippinischen Kongresses, um das Projekt einer staatlichen Wahlkampffinanzierung, die Einführung eines Parteiengesetzes sowie eine Wahlrechtsreform voranzutreiben. Die KAS schafft Anlass für Diskussionen zu diesen Themen, in dem sie Studien zur Beobachtung und Bewertung des Wahlvorganges sowie zur Führung von Wahlkampagnen in Zusammenarbeit mit kritischen Journalisten und der Ateneo-Universität durchführt. Auf diese Weise können gewählte Politiker, Parteimanager, Medienschaffende und Public Relations-Experten für gemeinsame Aktivitäten gewonnen werden, was die Glaubwürdigkeit des Anliegens erhöht und seine Publizität sicherstellt.

Während der erste Aspekt dieser Strategie in Kontinuität mit einer mehr als 40-jährigen Verbundenheit mit der christlich-demokratischen Bewegung in den Philippinen steht, handelt es sich bei dem zweiten und dritten Aspekt um neue Ansätze, die in den vergangenen fünf Jahren Eingang in das Programm der KAS fanden. Mit dieser Strategie trägt die Konrad-Adenauer-Stiftung dem Umstand Rechnung, dass das Parteiensystem in den Philippinen durch wechselnde Koalitionen von einigen wenigen Personen dominiert wird.

Klaus Preschle

Landesbeauftragter der KAS für die Philippinen

6. SINGAPUR

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Singapur ist ein Stadtstaat in Südostasien. Es handelt sich bei diesem Vielvölkerstaat mit zurzeit etwa 4,8 Millionen Einwohnern um den einzigen Tigerstaat Südostasiens. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist etwa gleich hoch wie jenes in Japan. Singapur ist eine parlamentarische Republik mit einem Einkammersystem. Staatsoberhaupt ist der Präsident, Regierungschef der Premierminister. Der Präsident, der seit einer entsprechenden Verfassungsänderung neben seinen repräsentativen Aufgaben über Veto-Rechte in einigen Schlüsselbereichen verfügt und die Obersten Richter des Landes benennt, wird gemäß Verfassung seit 1993 direkt vom Volk gewählt. Der Premierminister wird laut Verfassung vom Präsidenten aus den Reihen der Parlamentsabgeordneten bestimmt, de facto ist dies stets der Parteichef der stärksten Fraktion im Parlament, also der *People's Action Party* (PAP). Das Parlament besteht aus 84 Sitzen. Es wird nach spätestens fünf Jahren vom Präsidenten auf Vorschlag des Premierministers aufgelöst, danach müssen in einem Abstand von maximal drei Monaten Neuwahlen stattfinden.

Das Wahlsystem ist durch eine einfache Mehrheitswahl gekennzeichnet. Dabei werden die Abgeordneten des Parlaments aus neun Einzelpersonenwahlkreisen und 14 Mehrpersonenwahlkreisen in das Parlament entsandt. Letztere bestehen aus drei bis sechs Personen, wobei laut Verfassung die ethnische Zugehörigkeit der einzelnen Mitglieder in einem Verteilungsschlüssel festgelegt ist. Aufgrund des Mehrheitswahlsystems gilt bei Parlamentswahlen das für so genannte Westminster-Systeme charakteristische *winner takes all*-Prinzip, was in vergangenen Jahren dazu geführt hat, dass die PAP mit nur zwei Drittel der Wählerstimmen 82 der 84 Parlamentssitze besetzen konnte. Zu den 84 gewählten Abgeordneten kommen ein Mitglied ohne Wahlkreis sowie neun ernannte Mitglieder hinzu, um eine gleichmäßige Repräsentation aller Volksgruppen zu gewährleisten. Die Wahlbeteiligung liegt in Singapur regelmäßig bei über 90% – eine Folge der Wahlpflicht, die sämtliche Staatsbürger Singapurs einschließt, die älter als 21 Jahre sind und keine Haftstrafe verbüßen.

Im politischen System Singapurs wird die Regierung bisweilen als „Management“ des Landes charakterisiert. Politiker sind angehalten, nach wirtschaftlichen Erwägungen die besten Entscheidungen für das Land zu treffen. Unter anderem findet dies seinen Niederschlag in den Löhnen für Politiker, die zu den höchsten weltweit gehören. Diese werden damit gerechtfertigt, dass sie der Einschränkung der in Südostasien weit verbreiteten Korruption dienen. Der Erfolg gibt dieser Vorgehensweise recht. Singapur gehört nach diversen Analysen zu den Ländern weltweit, die am wenigsten von Korruption betroffen sind. Allerdings steht dieser Managementanspruch auch Pate für die zuweilen in der Politologie zu vernehmende Charakterisierung des Landes als „Demokratie“.

In westlichen Ländern wird vor allem über die sehr rigiden Körperstrafen in Singapur diskutiert. Insbesondere vor Parlamentswahlen versucht die Regierung immer wieder, oppositionelle Politiker durch gezielte Verleumdungsklagen unschädlich zu machen und mit Politiksperrn zu belegen. Hierbei werden oftmals Bagatelldelikte als Begründung für Haftstrafen herangezogen, die automatisch zu einem Ausschluss aus der Politik führen. Menschenansammlungen mit mehr als fünf Personen sind ohne vorherige polizeiliche Anmeldung untersagt, zumindest theoretisch. Andere Mittel, derer sich die PAP bedient, um weiterhin ihre Dominanz innerhalb des politischen Systems Singapurs beizubehalten, ist die Zusammenlegung von Einzelpersonenwahlkreisen zu Mehrpersonenwahlkreisen sowie damit in Zusammenhang stehend die strikte Beibehaltung des Mehrheitswahlrechts. Die Presse ist größtenteils in staatlicher Hand und damit durch einen vorauseilenden Gehorsam charakterisiert. Ausländische Presse, die kritisch über Umstände in Singapur berichtet, wird teilweise mit Geldstrafen belegt, zuletzt im Jahr 2008, als das renommierte *Wallstreet Journal* über eine teilweise zu beobachtende Befangenheit der singapurischen Justiz berichtet hatte.

Ein wichtiger Schritt in Richtung einer freieren Meinungsäußerung ist im Jahr 2008 getan worden, als erstmals politische Demonstrationen ohne vorherige Anmeldung zugelassen wurden. Diese sind allerdings weiterhin an nur einem Ort in Singapur, dem soge-

nannten *speaker's corner* möglich und zudem zahlreichen Einschränkungen unterworfen. So dürfen politische Demonstrationen keine Themen berühren, die das multikulturelle Zusammenleben im Stadtstaat beschädigen könnten. Unmittelbare Auswirkungen auf das politische System in Singapur erscheinen daher

kurzfristig unwahrscheinlich. Daneben wurde Ende 2008 das Verbot politischer Filme teilweise aufgehoben, was in der Zukunft auf eine freiere Medienlandschaft hoffen lässt. Auch hier wird allerdings abzuwarten sein, inwiefern es sich bei dieser Liberalisierung nicht um ein bloßes Lippenbekenntnis handelte.

Tabelle 1: Sitzverteilung im Parlament

Partei	Mandate	Stimmenanteil Parlamentswahl 2006
<i>People's Action Party (PAP)</i>	82	66,6%
<i>Singapore Democratic Alliance</i>	1	12,99%
<i>Singapore Democratic Party</i>	0	4,07%
<i>Workers' Party</i>	1	16,34%

PARTEIENSYSTEM

Das Parteiensystem in Singapur ist seit dem Entstehen der Republik im Jahr 1965 von der PAP dominiert. Diese hielt lange Zeit 100% der Mandate, derzeit kann die Opposition zwei Sitze auf sich vereinigen. Das Mehrheitswahlssystem britischen Modells begünstigt dabei die Regierungspartei immens. Auch wenn die Opposition regelmäßig ein Drittel der Stimmen bei den Wahlen erringt, schlägt sich das nicht in einer entsprechenden Anzahl an Parlamentssitzen nieder (vgl. Tabelle 1). Die singapurischen Medienanstalten und Telekommunikationsunternehmen sind quasi monopolisiert. Dieses Monopol impliziert trotz der herrschenden Wahlfreiheit einen wichtigen Vorteil für die PAP. Zudem werden regelmäßig zu den Wahlen seitens der PAP beträchtliche Geldsummen an alle Einwohner Singapurs überwiesen, freilich ohne hiermit explizit eine politische Forderung zu verbinden.

In Singapur gibt es keine öffentlichen Zuwendungen für Parteien. Sie finanzieren sich ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und private Spenden. Auch haben Parteien in Singapur keinen speziellen Steuerstatus. Parteispenden sind daher steuerlich nicht absetzbar. Spenden sind zwar grundsätzlich keiner Höchstgrenze unterworfen, müssen ab einer Höhe von Sing-\$ 10.000 aber veröffentlicht werden. Anonyme Spenden sind nur bis zu einer Höhe von Sing-\$ 5.000 möglich. Parteienunterstützung findet von staatlicher Seite vor allem durch die Bereitstellung von Werbezeit in den öffentlichen Rundfunkanstalten statt.

Parteien im Kurzprofil

People's Action Party (PAP)

Die dominierende Partei der singapurischen Politik wurde 1954 gegründet und hielt eine Mehrheit erstmals 1959, als Singapur noch selbstregierte Kronkolonie Großbritanniens war. Der damalige Vorsitzende Lee Kuan Yew wurde erster Premierminister des Landes. Die politische Ausrichtung der PAP ist heute als Mitte-Rechts zu klassifizieren. Ihre Linie wird dabei hauptsächlich bestimmt durch drei grundlegende Prinzipien: Pragmatismus, Meritokratie sowie Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien. Zentral ist auch die Betonung der außergewöhnlichen Situation Singapurs, die eine spezielle Herangehensweise notwendig mache. Der Übervater der Partei, Lee Kuan Yew, gab seinen Premierministerposten im Jahr 1990 auf und wurde in den Folgejahren zunächst zum *Senior Minister* und mit der Nachfolge seines Sohnes Lee Hsien Loong schließlich zum *Minister Mentor* gemacht. Die politische Elite innerhalb der PAP rekrutiert sich aus den sogenannten Kadern, deren Anzahl auf ca. 1.000 geschätzt wird. Diese können in das sogenannte *Central Executive Committee*, dem zentralen politischen Entscheidungszentrum der Partei, gewählt werden. Die PAP verfügt über eine Jugendorganisation, die sogenannte *Young PAP*.

Singapore Democratic Alliance

Die *Singapore Democratic Alliance* ist eine im Jahr 2001 gegründete Allianz vierer Oppositionsparteien. Sie hat während der letzten Parlamentswahlen knapp 13% der Wählerstimmen auf sich vereinigen können und erlangte damit einen Sitz im Parlament. Konstituierendes Element der Allianz ist die Schaffung einer liberalen Demokratie in Singapur.

Singapore Democratic Party

Die *Singapore Democratic Party* ist eine liberale Partei, die 1980 gegründet wurde. Sie ist Mitglied der Liberalen Internationale und dem *Council of Asian Liberals and Democrats* (CALD). Sie war die erste singapurische Partei, die über eine eigene Jugendorganisation verfügte. Bei den vergangenen Wahlen von 2006 konnte sie insgesamt 4,07% erreichen. Ihr Wahlkampf verläuft zu großen Teilen im Internet und über die Verwendung der Blogosphäre. Damit könnte sie zu einem der Nutznießer der aktuellen Liberalisierung im politischen Sektor werden.

Workers' Party (WP)

Die zweitgrößte Partei in Singapur, die *Workers' Party*, wurde 1957 gegründet. Bei den Wahlen im Jahr 2006 konnte die WP insgesamt 16,34% der Stimmen auf sich vereinigen und erreichte damit einen Parlamentssitz. Zudem hält die aktuelle Parteivorsitzende Sylvia Lim einen Sitz im Kreis der ernannten Abgeordneten (*nominated members of Parliament*). Die Mitte-Links-Partei, die als die wichtigste Oppositionspartei in der singapurischen Parteienlandschaft zu charakterisieren ist, ist vor allem deshalb bekannt, weil sie unter ihrem im Jahr 2008 verstorbenen Vorsitzenden J.B. Jeyaretnam erstmals das Monopol der PAP sprengte und im Jahr 1981 einen Parlamentssitz errang. 1986 musste dieser Sitz allerdings infolge einer Verurteilung von Jeyaretnam wieder abgegeben werden. Der Wahlkreis Anson, in dem Jeyaretnam seinen Sitz erlangt hatte, ging kurze Zeit später in einem Mehrpersonenwahlkreis auf. Eine Wiederwahl wurde damit unmöglich.

PARTEIENKOOPERATION DER KAS

Die KAS hat keine Partnerparteien in Singapur. Dies ist aufgrund der derzeitigen innenpolitischen Lage nicht möglich. Allerdings werden sämtliche Parteien z.B. zu den ICAPP-Konferenzen eingeladen und haben an den vergangenen Veranstaltungen auch teilgenommen. Außerdem werden Parteienvertreter aus Singapur zu den KAS/CDI *Asia-Pacific* Parteienworkshops

eingeladen. Regelmäßig nehmen Vertreter der PAP auch an Seminarveranstaltungen des KAS-Partners *Institute of Southeast Asian Studies* (ISEAS) teil.

Auch wenn eine direkte Kooperation mit politischen Parteien in Singapur bisher noch nicht stattgefunden hat, konnte sich doch im Lauf der Jahre eine sehr enge Kooperation mit mehreren wichtigsten *Think Tanks* des Landes, wie etwa dem *Institute of Southeast Asian Studies* (ISEAS), dem *Institute of Defence and Strategic Studies* (IDSS) und dem *Singapore Institute for International Studies* (SIIA) herausbilden. Über die gemeinsamen Veranstaltungen mit diesen Instituten werden regelmäßig auch Regierungsmitglieder und Parlamentsabgeordnete sowie Führungspersonlichkeiten aus diversen Sektoren des Landes erreicht – im Rahmen des *Singapore Forum on Politics* auch Abgeordnete der Regierung und Opposition.

Dr. Colin Dürkop

*Landesbeauftragter der KAS für Korea und Japan
(bis August 2009 Regionalbeauftragter der KAS für Ost- und Südostasien, Singapur)*

7. THAILAND

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Offiziell ist Thailand zwar eine konstitutionelle Monarchie, in der König Bhumibol Adulyadej rein repräsentative Funktionen wahrnimmt, doch zeigt das politische System einige Besonderheiten, die absolutistische Züge erkennen lassen. Die Krone und das Militär haben bislang ihren Anspruch nicht aufgegeben, in den demokratischen Prozess einzugreifen, wenn sie die selbstdefinierten „nationalen Interessen“ durch gewählte Amtsträger und Parteien gefährdet sehen.

Thailand galt seit der Zurückdrängung des Militärs aus der Politik im Jahre 1992 als konsolidierte Demokratie, fiel aber durch den Putsch im September 2006 in den alten Kreislauf zurück, der die Geschichte des Landes prägt: Auf einen Putsch folgt die Aufhebung der Verfassung und mit dem Versprechen der Demokratisierung wird eine neue Verfassung entworfen. Schließlich werden Wahlen abgehalten, um bald in einem neuen Putsch zu münden. Die aktuelle – von den Putschisten auf den Weg gebrachte – Verfassung ist die achtzehnte seit 1932. In ihr wurden zahlreiche demokratische Errungenschaften der vorigen Verfassung rückgängig gemacht. Deutlich wird dies vor allem an den geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen für das Wahlverfahren sowie den Funktionen der parlamentarischen Institutionen.

Die Nationalversammlung, die thailändische Legislative, besteht aus dem parteiunabhängigen Senat und dem Repräsentantenhaus. Während die Mitglieder des Senats zur Hälfte ernannt und zur Hälfte auf sechs Jahre gewählt werden, wird das Repräsentantenhaus mit seinen 480 gewählten Mitgliedern alle vier Jahre erneuert. Dabei verfügt der Senat über weitreichende Kompetenzen. Dazu gehört die Möglichkeit, Politiker des Amtes zu entheben und ein Vetorecht gegenüber jeglichen Gesetzesentwürfen des Repräsentantenhauses. Somit kann der Senat die Handlungsfähigkeit einer unerwünschten Regierung massiv einschränken.

Grundsätzlich wird durch die Verfassung von 2007 die Exekutive geschwächt. So wurde die Amtszeit des Premiers auf maximal zwei Legislaturperioden

beschränkt, das Amtsenthebungsverfahren gegenüber dem Premierminister und anderen Ministern wesentlich erleichtert sowie die Kontrollfunktionen der unabhängigen Organe ausgeweitet.

Dazu gehört auch die Schwächung des Parteiensystems, um die Wiederholung einer faktischen Alleinherrschaft einer einzigen Partei, wie mit der *Thai-Rak-Thai* (TRT) unter Thaksin geschehen, zu verhindern. Während die Verfassung von 1997 auf die Förderung der Institutionalisierung von Parteien zielte, brachten die Änderungen im Partei- und Wahlrecht in der Verfassung von 2007 eine Marginalisierung der Parteien mit sich. In Thailand wird ein kompliziertes Mischwahlsystem angewandt, das Mehrheits- und Verhältniswahlsysteme kombiniert. Dabei dürfen die Parteien nicht mehr mit landesweiten Parteilisten zur Wahl antreten, sondern müssen auf der Grundlage der willkürlichen Aufteilung des Landes in acht Provinzen regionale Parteilisten aufstellen. Die Aufhebung der Fünf-Prozent-Sperrklausel gehört ebenfalls zu den Neuheiten im Wahlsystem. Somit wurde einer Stimm- und Parteiensplitterung Tür und Tor geöffnet, so dass nun im Parlament auch eine Reihe von landesweit bedeutungslosen Parteien vertreten ist. Darüber hinaus erleichtert die neue Verfassung Parteiverbote. Die neue Regelung führte zum Verbot der Regierungspartei sowie von zwei weiteren Koalitionsparteien am 2. Dezember 2008. Das Verbot basierte auf §237, wonach eine Partei aufgelöst werden kann, sobald ein Führungsmitglied aktiv oder passiv durch Nicht-Eingreifen an Wahlbetrug Teil hatte.

In der Geschichte Thailands gab es vor 2001 noch nie ein Parlament und eine Regierung, die von der Bevölkerung mit einer Mehrheit gewählt wurde. Vielmehr mussten sich verschiedene Parteien eine Koalition bilden, um im Land regieren zu können. Immer wieder aufkommender Wettbewerb und Machtkämpfe innerhalb der kleinen Parteien über den Zugang und die Verwendung von öffentlichen Finanzmitteln war die Folge. Dadurch wurde die Korruption gestärkt und politische Reformen blockiert. In den Folgejahren konnte sich die *Thai Rak Thai*-Partei des Multimilliardärs Thaksin Shinawatra bei allen Wahlen als die

stärkste politische Partei durchsetzen. Dabei konnte sie sich auf das Stimmpotential der verarmten ländlichen Bevölkerung vor allem im Norden und Nordosten Thailands stützen. Diese Kontinuität ist bisher einmalig in der politischen Geschichte des südostasiatischen Landes. Das alte Establishment des Landes war nicht willens, die Thaksin-Herrschaft hinzunehmen. Nach einem Militärputsch, einer neuen Verfassung und mehreren Parteiverboten ist Thailand wieder zurückgefallen in die Zeit der chronisch unstablen Koalitionen.

Während parlamentarische Institutionen und Wahlen im Grundsatz Anerkennung finden, hat der Militärputsch sowie die politischen Eingriffe des Militärs, die zum Regierungswechsel im Dezember 2008 führten, deutlich gemacht, dass noch immer kein Konsens unter den Eliten über die Anerkennung der demokratischen Spielregeln besteht. Insofern bleibt die politische Entwicklung überschattet von der geringen Akzeptanz demokratischer Institutionen durch wichtige Teile der politischen Eliten. Dabei konkurrieren drei Konzepte der demokratischen Entwicklung: das populistische und zentralisierte Modell nach Thaksin, eine von den Mittelschichten und Unternehmern bevorzugte Elitendemokratie, sowie eine „gelenkte Demokratie“, in der Krone und Militär jenseits demokratischer Prozesse als unparteiische Hüter über das „nationale Interesse“ wachen.

Insgesamt gesehen waren die letzten Jahre geprägt von einer schwerwiegenden und umfassenden Krise der thailändischen Demokratie, was verheerende Folgen für das ohnehin nicht sehr ausgeprägte Parteiensystem hatte. Keine der politischen Parteien war in der Lage, zur demokratischen Regulierung der Krise beizutragen. Schließlich führten Parteienverbote sowie die Marginalisierung der Oppositionsparteien durch außerparlamentarische Eingriffe zum Kollaps des Parteiensystems.

PARTEIENSYSTEM

Die Ursprünge des thailändischen Parteienwesens reichen zwar in die 1950er Jahre zurück, doch wurden politische Aktivitäten der Parteien durch die zahlreichen Militärcoups immer wieder verboten. Eine Entfaltung parteipolitischer Aktivitäten erfolgte im Rahmen der Demokratisierung des Landes in den 1990er Jahren. Inzwischen gibt es in Thailand mehr als 70 Parteien, von denen die meisten in den letzten zwei Jahren gegründet wurden.

Charakteristisch für das Parteiensystem ist vor allem die hohe Dynamik bei Parteiengründungen und -auflösungen. Thailand verfügt nicht über ein organisatorisch stabiles, gesellschaftlich verankertes Parteiensystem. Parteien werden vor allem als Plattformparteien verstanden, die hauptsächlich im Wahlkampf aktiv werden. Dies führt zu Parteiensterben nach Wahlen und zu Parteineugründungen im Vorfeld.

Die Parteienlandschaft Thailands ist fragmentiert, historisch unbeständig und verfügt über geringe programmatische Kapazitäten. Betrachtet man die Parteiprogramme, so finden sich überall mehr oder weniger austauschbare floskelhafte Phrasen, die wenig ideologische Standfestigkeit erkennen lassen. Dies entspricht dem Selbstverständnis der thailändischen Parteien, in denen ideologische Grundsätze keine bedeutende Rolle spielen, sondern das Renommee der führenden Persönlichkeit entscheidend ist.

Ein zentrales Merkmal des thailändischen Parteiensystems ist somit die mangelnde Kontinuität. Exemplarisch dafür ist die Tatsache, dass die *Democrat Party* (DP) sich als einzige Partei seit Beginn der Demokratie nach dem 2. Weltkrieg halten konnte, während alle anderen Parteien aufgelöst wurden, zersplittert sind oder verboten wurden. Ein wesentlicher Grund dafür waren die zahlreichen Putsche, welche die Demokratieentwicklung immer wieder unterbrachen. Durch diese fehlende Kontinuität hat sich niemals ein fester Wählerstamm herausbilden können, was ein wesentlicher Faktor für die mangelnde demokratische Manifestierung innerhalb der Bevölkerung ist.

Charakteristisch ist für die Parteien Thailands auch, dass sie sich kaum an bestimmten Milieus oder Konfliktlinien, den so genannten *cleavages* orientieren. Erst mit der Regierungsübernahme von Thaksin Shinawatra im Februar 2001 zeichnete sich eine Orientierung an gesellschaftlichen Gruppen bzw. *cleavages* ab. Thaksin konnte mit Sozialprogrammen das Stimmpotential der verarmten ländlichen Bevölkerung vor allem im Norden und Nordosten für sich gewinnen. Damit wurde ein Prozess der gesellschaftlichen Polarisierung in Gang gesetzt, der die politische Situation des Landes auch in den kommenden Jahren prägen wird. Auf der einen Seite steht das alte Establishment – Monarchisten, Militärs und der Mittelstand –, die unter anderem die *Democrat Party* unterstützen. Auf der anderen Seite stehen Emporkömmlinge, die Vertreter der Bauern und des armen Nordens, die die Thaksin-Bewegung ausmachen und die materiellen Ergebnisse der Politik bewerten.

Vor allem aufgrund der Beliebigkeit, fehlendem festen Wahlprogramm und mangelnder historischer Manifestierung der Parteien orientieren sich die Wähler nahezu ausschließlich an Personen. Die Parteien, der diese Personen angehören, treten dabei nahezu völlig in den Hintergrund. Ausdruck findet diese Marginalisierung der Parteien auch in häufigen Parteienwechsel der Politiker zur Machterlangung. Nahezu der gesamte Parteiapparat wird regionalen oder lokalen Führungspersönlichkeiten untergeordnet, deren partikulare Interessen ein festes, beständiges Parteiprogramm verhindern.

Ein wesentlicher Grund für die geringe Institutionalisierung der thailändischen Parteien und ihre mangelnde Kontinuität liegt in der Finanzierung. Wie das gesamte Regierungssystem wird auch das Parteiensystem vornehmlich von Eliten kontrolliert, was einen zentralen Faktor für die oben genannten Schwächen des Parteiensystems darstellt.

So werden die Parteien nicht nur größtenteils von einigen wenigen reichen Spendern finanziert, sondern diese Geldgeber sind zudem auch noch meist die machthabenden Politiker, Minister oder Parlamentsmitglieder. So finanzierte beispielsweise Thaksin Shinawatra den Erfolg seiner Partei TRT größtenteils aus seinem eigenen Vermögen. Den einzigen Unterschied macht hier die *Democrat Party*, jedoch lediglich in der Hinsicht, dass die Parteispenden eine größere Regelmäßigkeit aufweisen und etwas breiter gestreut sind, was ein wesentlicher Faktor für die kontinuierliche Existenz der Partei sein dürfte.

Neben der privaten Finanzierung gibt es Parteispenden von Wirtschaftsunternehmen und Firmen sowie eine staatliche Förderung, die jedoch nur einen geringen

Anteil an der Gesamtfinanzierung ausmacht. Da sich die Parteien somit nahezu ausschließlich durch eine Wirtschaftselite finanzieren und das Volk auch finanziell nicht beteiligt ist, kann eine Autonomie der Parteien und ihrer Interessen nicht bestehen, und es folgt der Finanzmonopolisierung nahezu zwangsläufig auch ein Interessenmonopol. Ohne großen Rückhalt im Volk können Parteien in Thailand als institutionelle Vertreter einer wohlhabenden gesellschaftlichen Elite angesehen werden, was die ursprüngliche Idee einer demokratisch gewählten Regierung als Volksvertretung unterläuft.

Eine besonders große Rolle spielen Finanzen verständlicherweise im Wahlkampf. In Thailand kommt hinzu, dass Stimmenkauf ein weit verbreitetes Phänomen zur Mobilisierung von (ländlichen wie urbanen) Wählern ist und daher auch enorme finanzielle Ressourcen erfordert. Stimmenkauf findet verständlicherweise im Verborgenen statt und ist schwer zu belegen. So lässt sich auch die Reichweite des Stimmenkaufes bei den Wahlen schwer abschätzen. Der Stimmenkauf bei den letzten Wahlen im Dezember 2007 führte zur Auflösung der Regierungspartei *People's Power Party* (PPP) und von zwei kleinen Koalitionsparteien.

Die Wahlen vom 23. Dezember 2007, die nach 15 Monaten Militärregierung die Rückkehr zur Demokratie markierten, waren weitgehend frei, allerdings wurde der politische Wettbewerb durch mangelnde Medienvielfalt, weit verbreiteten Stimmenkauf sowie offene und verdeckte Eingriffe des Militärs eingeschränkt. Als Sieger setzte sich die erst kurz vor den Wahlen gegründete *People Power Party* (PPP) durch, in der sich die Anhänger von Thaksin Shinawatra nach der Auflösung der früheren Regierungspartei TRT reorganisiert hatten.

Tabelle 1: Sitzverteilung im Repräsentantenhaus nach den Wahlen 2007

Partei	Sitze
<i>People Power Party</i> (PPP)	233 (34/199)*
<i>Democrat Party</i> (DP)	165 (33/132) *
<i>Chartthai Party</i>	37 (4/33)*
<i>Puea Pandin Party</i> (PP)	24 (17/24)*
<i>Rum Jai Thai Chart Pattana Party</i> (RC)	9 (1/8)*
<i>Matchimathipataya Party</i> (MCM)	7 (0/7)*
<i>Pracharaj Party</i> (PRP)	5 (1/4)*

* Direktwahl/Parteilisten

Die Koalitionsregierung unter der Führung der PPP konnte sich nur knapp ein Jahr halten. Die Regierung stand unter enormem Druck durch die militärisch-bürokratische Elite, die Medien und Straßendemonstrationen. Schließlich haben die Auflösung der PPP und zwei weiterer Regierungsparteien sowie das Politikverbot für einige ihrer Mitglieder die Kräfteverhältnisse im Parlament verschoben.

Es wurden keine Neuwahlen ausgerufen, sondern eine Regierung unter der Führung der *Democrat Party* gebildet. Die meisten PPP-Mitglieder sind zwar in die neu gegründete *Puea Thai Party* eingetreten, jedoch hat sich eine bedeutende Fraktion abgespalten. Mit Hilfe dieser Fraktion, ehemaligen PPP-Koalitionspartnern sowie unter maßgeblicher Hilfe und mit Druck von Militär und gesellschaftlichen sowie politischen Eliten gelang es der DP, eine Koalitionsregierung zu bilden und erstmals seit 2001 wieder eine Regierung zu stellen.

Die wichtigsten Parteien im Kurzprofil

Aufgrund der Unbeständigkeit des Parteiensystems sind in der thailändischen Politik der vergangenen Jahre lediglich zwei Parteien von entscheidender Relevanz, während alle anderen Parteien angesichts ihrer geringen Stimmanteile nur als Koalitionspartner zur Regierungsbildung Bedeutung haben. Klassische Charakteristika westlicher Parteien wie rechts/links lassen sich auf die thailändischen Parteien kaum anwenden, lediglich ihre Orientierung anhand der Wählerbasis ist genauer zu bestimmen.

Die *Democrat Party* (DP) ist die älteste noch existierende Partei Thailands. Sie wurde 1946 gegründet und schaffte aber bisher nur ein einziges Mal, eine gesamte Legislaturperiode ohne Unterbrechung zu regieren. Die DP ist die am besten institutionalisierte Partei des Landes. Sie definiert sich als liberal, de facto verfolgt sie jedoch eine royalistische, konservative und etatistische Ideologie.

Mit dem neuen Parteiführer Abhisit Vejjajiva hielten auch populistische Themen Einzug, um der sehr beliebten ehemaligen *Thai Rak Thai*-Partei und heutigen Nachfolgepartei *Puea Thai* entgegen zu wirken. Die DP war unter der Regierung von Taksins *Thai Rak Thai*-Partei die größte Oppositionspartei. Sie wird hauptsächlich von der Mittel- und Oberklasse in Bangkok und von den Wählern im Süden Thailands unterstützt bzw. gewählt.

Die DP ist Mitglied im *Council of Asian Liberals and Democrats*, einem internationalen Zusammenschluss von acht asiatischen liberal-demokratischen Parteien. Die *Puea Thai Party* (PT) wurde im September 2008, als das im Dezember durchgesetzte Verbot der *People's Power Party* (PPP) bereits abzusehen war, als eine *backup*-Partei gegründet und erfüllt damit dieselbe Aufgabe wie zuvor bereits die *People's Power Party*, die wiederum die Nachfolgepartei der 1998 von Thaksin Shinawatra gegründeten *Thai Rak Thai* ist. Diese gewann die Wahlen 2001 und 2005 und wurde 2007 mit Wahlbetrugsvorwürfen durch das vom Militär eingesetzte Verfassungstribunal aufgelöst. Ihre Aufgabe übernahm bis Anfang Dezember 2008 die PPP.

Die TRT wurde ad hoc gegründet, war stark zentralisiert und verfolgte eine populistisch orientierte Politik. Als erste Partei mit klar definierten Zielen und Versprechen, vor allem gegenüber der verarmten Landbevölkerung, schaffte sie es erstmals das Wählerpotential der ländlichen Gebiete, primär in Nord- und Nordostthailand, zu bündeln und zu nutzen.

Die heutige Nachfolgepartei *Puea Thai* besteht aus verschiedenen Fraktionen. Nach dem Wegfall Thaksins als Integrationsfigur wurden die Differenzen zwischen den Gruppen immer deutlicher. Die derzeitige von der *Democrat Party* geführte Fünfer-Koalition konnte nur durch den Seitenwechsel einer mächtigen Fraktion aus den Reihen der PPP zustande kommen.

PARTEIENKOOPERATION DER KAS

Angesichts der oben beschriebenen Probleme ist die Zusammenarbeit der KAS mit den Parteien in Thailand derzeit zurückhaltend. Die hohe Dynamik bei Parteigründungen bzw. -auflösungen, die mangelnde gesellschaftliche Verankerung und das fehlende demokratische Selbstverständnis erschweren eine direkte Zusammenarbeit mit Parteien. Außerdem muss die Stiftung vermeiden, in der tief polarisierten politischen Landschaft einem bestimmten Lager zugeordnet zu werden.

Vor diesem Hintergrund verfolgt die KAS einen vorsichtigen Ansatz, indem sie Maßnahmen zur überparteilichen Parteienförderung durchführt, die einen Beitrag zur Etablierung eines stabilen Mehrparteiensystems leisten sollen. Dabei arbeitet die Stiftung mit wissenschaftlichen Einrichtungen, wie der Politikwissenschaftlichen Fakultät der Chulalongkorn-Universität, zusammen. Im Vordergrund stehen Themen wie Funktionen von Parteien in parlamentarischen Demokratien und Grundnormen für leistungsfähige demokratische Parteien.

Die KAS verfügt darüber hinaus über gut entwickelte Kontakte zu demokratischen Entscheidungsträgern im Land. Die Dialogmaßnahmen bieten die Möglichkeit, informelle Kontakte zu demokratischen Machthabern in Regierung und Opposition zu knüpfen. Dazu gehört auch der Einsatz von Kurzzeitexperten, die Beratungsaufgaben übernehmen.

Die KAS wird die mittelbare Parteienförderung in Form von Förderung eines demokratischen und parteifreundlichen Kontextes durch Bildungs- und Beratungsprogramme weiter ausbauen.

Aufgrund der umstrittenen Rolle von politischen Parteien erscheint es notwendig, die Maßnahmen insbesondere auf die Vermittlung elementarer Funktionen von politischen Parteien in demokratischen Systemen zu konzentrieren. Interessenaggregation und -artikulation, Partizipationsförderung und Programmorientierung sind in den thailändischen Parteien kein Selbstverständnis. Förderungspotenzial besteht darüber hinaus im Bereich der politischen Kommunikation sowie in der parlamentarischen Beratung.

Dr. Canan Atilgan
Landesbeauftragte der KAS für Thailand

8. VIETNAM

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Sozialistische Republik Vietnam (bis 1975 Demokratische Republik Vietnam) wurde, nach der vom späteren Präsidenten Ho Chi Minh angeführten Revolution, am 2. September 1945 als unabhängiger Staat proklamiert. Nach dem Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen mit Frankreich (1946-1954) und den USA (bis 1975) wurde 1976 der Süden mit dem sozialistischen Norden des Landes unter einem sozialistischen Staatsaufbau wiedervereinigt.

Vietnam ist eine sozialistische Republik mit einem Einparteiensystem. Mit ihrem Reformkurs verfolgt die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) seit 1986 jedoch eine Politik der Umgestaltung und Erneuerung, die im ökonomischen Bereich die Einführung der sogenannten „sozialistischen Marktwirtschaft“ brachte und auch im politischen Bereich eine deutliche Bereitschaft zur Öffnung von Politik und Gesellschaft hin zu mehr Demokratie und Rechtsstaat zeigt.

Die wirtschaftlichen Neuorientierungen und die Politik der internationalen Öffnung unter dem Namen *Doi Moi* führten in den letzten fünfzehn Jahren auch zu gravierenden Veränderungen des politischen Systems und der politischen Machtverteilung. Die Dominanz der Politik (vor allem die Dominanz der KPV und die der Regierung) über die Wirtschaft wurde erkennbar verringert, ist aber immer noch sehr stark ausgeprägt. Die zuletzt im Jahr 2002 geänderte 5. Verfassung von 1992 hält zwar weiterhin am politischen Primat der Kommunistischen Partei fest, allerdings mit dem expliziten Auftrag, einen Rechtsstaat zu entwickeln und demokratische Strukturen entstehen zu lassen. Ob im Zuge dieser Entwicklung auch der Aufbau eines Mehrparteiensystems angestrebt werden soll, ist derzeit allerdings ungewiss und aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich.

Die Sonderrolle und der Führungsanspruch der KPV als Lenkerin von Staat und Gesellschaft sind verfassungsrechtlich festgeschrieben. Beschlüsse der alle fünf Jahre stattfindenden Parteitage sowie Beschlüsse des KPV-Politbüros sind für Regierungsstellen (Ministe-

rien, Behörden, Verwaltung und auch für Gerichte) bindend, auch wenn diese zunehmend vom Parlament, das dabei ist, eine wichtigere Rolle zu spielen, diskutiert und in Frage gestellt werden. Allerdings reicht die Macht der KPV im Wesentlichen nur auf die zentrale staatliche Ebene, während Provinzautoritäten und insbesondere lokale Parteigrößen einen relativ großen Entscheidungs- und Handlungsspielraum besitzen. Im Zuge des Aufbaus von rechtsstaatlichen Strukturen wird zudem auch den Gerichten eine zunehmend größere Unabhängigkeit zugestanden.

Die Toleranz gegenüber parteiinterner Kritik ist in jüngste Vergangenheit erheblich gewachsen und nimmt zu. Dies gilt weniger für Opposition außerhalb des Staats- und Parteiapparats, auch wenn diese nun vernehmlich lauter wird. Kritik darf insbesondere in den Gremien der Partei, den Ministerien, den staatlichen Stellen und in Verbänden geäußert werden, wenn sie als konstruktiv angesehen wird. Vereinzelt geäußerte Forderungen nach einem Mehrparteiensystem und der Aufhebung von Zensur und Kontrolle werden allerdings noch immer kategorisch zurückgewiesen.

Die kommunistischen Massenorganisationen, wie die Einheitsgewerkschaft und der Bauernverband in der Vaterländischen Front, gelten noch immer als Rückgrat des politischen Systems. Diesen Organisationen wurde in der Vergangenheit des öfteren gestattet, relativ fortschrittlich und demokratisch anmutende Gesetzesvorlagen in die innerparteilichen und gesellschaftlichen Diskussionen einzubringen. Zudem werden in oder mit diesen Organisationen Parteitagebeschlüsse weiter diskutiert, um geeignete Vorlagen für das Parlament zu erarbeiten. Einige der KPV untergeordneten Verbände, wie die Frauenunion, bringen eigene Vorschläge für Gesetzentwürfe ein, z.B. zu Themen wie Gleichberechtigung oder häusliche Gewalt, und beleben so die politischen Diskussionen in der Partei und ihrem Umfeld. Das ist vom Ideal der innerparteilichen Demokratie zwar noch weit entfernt, aber die Offenheit der Auseinandersetzung nimmt stark zu.

Oppositionsparteien, unabhängige Gewerkschaften und parteipolitisch agierende Verbände sind in Vietnam allerdings noch immer verboten. Lediglich die in der Vaterländischen Front vereinigten Gewerkschaften, Bauernverbände sowie Frauen- und Jugendverbände, allesamt von der KPV protegiert (die wichtigen Führer der Gruppierungen gehören der KPV an), dürfen relativ frei agieren. Zivilgesellschaftliche Gruppen und andere Verbände oder Institute können dann aktiv und tätig werden, wenn sie nicht explizit das Herrschaftsmonopol der KPV in Frage stellen.

Im Fünf-Jahres-Turnus veranstaltet die KPV nationale Parteitage in der Hauptstadt Hanoi, die in der Regel eine Woche dauern. Diese Parteitage stellen die politischen Weichen und gelten nach dem Selbstverständnis der KPV zur Legitimation der personalpolitischen Entscheidungen für die gesamte politische Führungsriege Vietnams. So wird auf den Parteitagen bestimmt, welche Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten, des Premierministers, seiner Stellvertreter und zum Amt des Präsidenten der Nationalversammlung empfohlen werden. Auf dem 10. Parteitag der KPV im April 2006 wurde Nguyen Minh Triet zum Präsidenten der Republik vorgeschlagen und am 27. Juni 2006 von 94% der Abgeordneten der Nationalversammlung offiziell bestätigt.

Zu den konstitutionellen Befugnissen des Staatspräsidenten zählt neben repräsentativen Aufgaben auch die Ernennung des Regierungschefs. Dieser wird jedoch zunächst – wie auch der Präsident selbst – auf dem Parteitag der KPV nominiert. Die Nationalversammlung hat im Anschluss über diesen Kandidaten, der noch nie in der Geschichte Vietnams gegen einen Konkurrenten antreten musste, abzustimmen. Nach dieser Wahl hat der Staatspräsident den Premierminister dann formell zu ernennen. Darüber hinaus bestimmt die KPV auf ihren Parteitagen die weiteren Kabinettsmitglieder. Diese werden daraufhin vom Premierminister der Nationalversammlung zur Abstimmung vorgeschlagen und in einem letzten Akt vom Staatspräsidenten ernannt. Ferner ist der Präsident Oberkommandierender des vietnamesischen Militärs und der Vorsitzende des Nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrates.

Die Nationalversammlung wird jeweils für fünf Jahre gewählt. Allmählich entwickelt sich das Parlament zu einem immer bedeutenderen Part im politischen System Vietnams. Zwar steht nach wie vor die durch Artikel 4 der Verfassung festgeschriebene Vorherrschaft der KPV nicht zur Disposition, doch die Nationalversammlung begnügt sich seit längerer Zeit nicht mehr damit, als bloßes Organ zur Absegnung von

Vorgaben der KPV zu dienen. So obliegt der Nationalversammlung mittlerweile die Aufgabe, Gesetze und Verordnungen auf Verfassungskonformität zu überprüfen, bevor über sie abgestimmt wird. Ferner ist es der Nationalversammlung möglich, Vertrauensvoten auszusprechen. In quasi-öffentlichen Befragungen werden alle von der KPV vorgeschlagenen Kandidaten für das Kabinett geprüft. 2006 wurden so nur knapp 60% der vorgeschlagenen Minister von den Abgeordneten bestätigt.

Die Wahl zur aktuellen Nationalversammlung fand am 20. Mai 2007 statt. Im Vorfeld propagierte die KPV über Lautsprecher, die im gesamten Land aufgestellt sind, „wählen ist das Recht und die Pflicht eines jeden Bürgers“. Nach Angaben der KPV ist es diesem Umstand zu verdanken, dass die Wahlbeteiligung bei 99,6% lag. Das Wahlprozedere ist zwar geheim, die Auswahl der Kandidaten ist jedoch nicht frei, gleich, allgemein und direkt, und somit nach westlichem Wahlverständnis nicht demokratisch. Zwar kann sich grundsätzlich jeder, der das passive Wahlrecht besitzt, zur Kandidatur anmelden, de facto jedoch bestimmt die KPV die Kandidaten. Nach verschiedenen regionalen und inhaltlichen Quoten (Nord-, Süd-, Zentralvietnam; Landwirte, Industrielle, Intellektuelle, Frauen, Gewerkschaftler etc.) werden die Kandidaten für die Sitze in der Nationalversammlung festgelegt. Die von der KPV nominierten Kandidaten sind Parteimitglieder. Hinzu kommt die Aufgabe der Vaterländischen Front (VF), als größter Dachverband Vietnams, Nicht-KPV-Mitglieder vorzuschlagen. Dafür prüft die VF deren formale Eignung, wobei die Nachbarschaft am Wohnort und Arbeitskollegen die Kandidatur mehrheitlich befürworten müssen. Besteht ein Kandidat diesen Auswahlprozess, wird er einem Wahlkreis zugeordnet.

Insgesamt ist Vietnam in 182 Wahlkreise aufgeteilt. In diesen ist (bis auf eine Ausnahme) die Wahl mehrerer Kandidaten möglich, was für kommunistische Einparteiensysteme eher die Ausnahme als die Regel ist. Tatsächlich bewarben sich bei der Wahl zur 12. Nationalversammlung im Schnitt 1,75 Kandidaten pro Wahlkreis für die insgesamt 500 zu vergebenden Mandate. Durch die Wahlmöglichkeit hatten die Wähler die Möglichkeit, auf die Zusammensetzung des Parlaments Einfluss zu nehmen und sie nutzen diese Möglichkeit auch. Nur 493 der 500 Sitze wurden vergeben. In sieben der 182 Wahlkreise erhielten nicht ausreichend viele Kandidaten die notwendige absolute Mehrheit. Zudem nutzen die Wähler die letzte Wahl auch zur mehrheitlichen Abwahl der bisherigen Abgeordneten. Nur 28% der aktuellen Abgeordneten waren bereits in der vorigen Nationalversammlung vertreten.

Das mächtigste Amt im politischen System Vietnams ist nach wie vor das des Generalsekretärs der KPV, welches derzeit von Nong Duc Manh ausgeübt wird. In der Machthierarchie folgt ein Triumvirat aus Premierminister (aktuell Nguyen Tan Dung), Staatspräsident (Nguyen Minh Triet) und Vorsitzender der Nationalversammlung (Nguyen Phu Trong). Seit dem letzten Parteitag 2006 fällt auf, dass der Generalsekretär der KPV eine eher zurückgezogene Rolle ausübt. Er verkündigt die politischen Leitlinien und gibt somit die Rahmenbedingung für die politische Gestaltung des Landes vor. Doch die Bestimmung der tagespolitischen Agenda hat der Premierminister übernommen. Er erscheint täglich in den Medien, zeigt Präsenz bei Naturkatastrophen, vertritt Vietnam im Ausland und fordert Reformbemühungen ein.

Die vietnamesischen Regierungen sind traditionell relativ stabil, was sich auch auf das ganze politische System auswirkt. Interne Konfrontationen werden selten an die Öffentlichkeit getragen, Verfehlungen einzelner Kabinettsmitglieder werden normalerweise nicht publik gemacht. Doch auch diese Politik der „Unfehlbarkeit“ befindet sich im Wandel. Als der schwere Taifun „Lekima“ 2007 große Teile Vietnams verwüstete und etliche Tote hinterließ, wurde die Unfähigkeit der Regierung, wirksame Prognosen und Vorbereitungen zu treffen, öffentlich derart kritisiert, dass der zuständige Minister zurücktrat.

Die Kabinettsgröße wurde 2007 auf Empfehlung der KPV von 26 auf 23 Posten verringert. Innerhalb der KPV hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, eine schlankere Verwaltungs- und Organisationsstruktur einzuführen. Augenscheinliche Veränderung der aktuellen zu vorigen Regierungen ist der besser ausgewiesene fachliche Hintergrund der meisten der Führungspersönlichkeiten. Viele Kabinettsmitglieder haben einen wirtschaftlichen Background und sind als erfahrene Technokraten aufgefallen.

Lange Zeit waren militärische Experten und Vertreter des Sicherheitsapparates maßgeblich an der Ausgestaltung von Vietnams Politik verantwortlich. Polizei und Militär sind zwar zentrale Stützen des politischen Systems. In der Führungsriege sind sie nun jedoch nicht mehr sichtbar vorhanden.

PARTEIENSYSTEM

Im Jahr 2005 feierte die KPV ihr 75jähriges Bestehen. 1930 wurde die Kommunistische Partei Indochinas, ein Vorläufer der KPV, von Ho Chi Minh in Hong Kong gegründet. Wie bereits erwähnt ist Vietnam ein Einparteiensstaat. Die geänderte Verfassung von 2002

hält weiterhin in Artikel 4 an der Vorherrschaft und Sonderrolle der Kommunistischen Partei mit ihrer „Politik des dreifachen Neins“ fest:

- kein ideologischer Pluralismus,
- keine formelle Opposition und
- keine Parteien außerhalb der KPV.

Die KPV war und bleibt gleichermaßen Motor und Bremser der politischen und gesellschaftlichen Reformen in Vietnam. Sie gibt die Richtung der Reformen vor. Was auf den Parteitagen beschlossen wird und Niederschlag im Fünfjahresplan findet, wird dann auch (durch Parlament und Regierung) nach einem Diskussionsprozess in die Realität umgesetzt. Parteitagsbeschlüsse sind oft das Ergebnis des kleinsten gemeinsamen Nenners. Während die Wirtschaft und Gesellschaft sich in dramatischem Tempo ändert, hat die Partei häufig Probleme, Schritt zu halten und muss zwischen Machtsicherung und Problemlösung balancieren.

Die KPV wird auch durch die Festschreibung in der Verfassung noch auf absehbare Zeit die dominierende Kraft in Vietnam sein. Diese Dominanz ist von außen auch wenig gefährdet, da es keine ernstzunehmenden oppositionellen Gruppen gibt. Gefahr droht eher durch eine grassierende Korruption, in welche zahlreiche Parteifunktionäre verstrickt sind. Ein freiwilliger Verzicht der KPV auf das Herrschaftsmonopol ist in einem überschaubaren Zeithorizont eher unwahrscheinlich. Die im Vergleich mit anderen kommunistischen Parteien relativ kleine Mitgliederbasis (3,1 Millionen Mitglieder bei rund 86 Millionen Einwohnern) und ein schon seit einigen Jahren anhaltendes Rekrutierungsproblem sind jedoch Faktoren, die eher gegen eine langfristige Absicherung des Macht- und Herrschaftsmonopols der KPV sprechen.

Über die Frage, ob die KPV durch ihre Sonderrolle über den Gesetzen steht und über die zukünftige Rolle der KPV generell, wird derzeit heftig diskutiert. Die Meinungen gehen übereinstimmend dahin, dass auch dann, wenn die Sonderrolle der KPV in der Verfassung beibehalten wird, die KPV die Verfassung als grundsätzliches Gesetzeswerk anerkennen sollte. Die Verfassung soll jedenfalls über der KPV stehen und nicht umgekehrt und der Partei deren künftige Rolle zuweisen.

Auch die Massenorganisationen in der Vaterländischen Front sind zugleich Triebkräfte und Bremser von Reformen. Die angestrebten politischen Reformen sollen möglichst systemkonform sein. Die Massenorganisationen könnten in Zukunft ein wichtiges Zwischenglied

zwischen KPV und der Regierung auf der einen Seite und der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite werden. Es ist nicht auszuschließen, dass die Massenorganisationen (mangels pluralistischer Parteien) in Zukunft verstärkt die vorhandenen und größer werden unterschiedlichen Interessen der Bevölkerungsgruppen (Frauen, Jugend, Gewerkschaften, Bauern, Unternehmer, Minoritäten) in den politischen Diskussions- und Entscheidungsprozess einspeisen.

Massenorganisationen in der Vaterländischen Front sind:

- Frauen Union mit 12 Mio. Mitgliedern,
- Bauernverband mit 8 Mio. Mitgliedern,
- Jugendverband mit 5 Mio. Mitgliedern,
- Gewerkschaften mit 4,2 Mio. Mitgliedern,
- Veteranen mit 2 Mio. Mitgliedern.

Staatssicherheit, Polizei und Militär sind noch immer zentrale Stützen der Partei und des Herrschaftssystems. Dem Reformbestreben und Reformeifer der Parteikader oder der Massenorganisationen sind allerdings feste Grenzen vorgegeben: Die wichtigste Grenze besteht darin, dass die KPV bei allen Veränderungen und Reformbestrebungen die politische Macht behalten möchte.

Langsam bilden sich erste Schritte in Richtung einer innerparteilichen Demokratie heraus: Die 1178 Delegierten des Parteitag von 2006 konnten in geheimer Wahl aus einer Liste von 207 Kandidaten die 160 Mitglieder des Zentralkomitees wählen. 73 Kandidaten zogen als Ergebnis dieser Wahl neu in das Gremium ein. Ein quantitativer Wechsel, den es so bislang nicht gab.

Die KPV war Mitglied der Kommunistischen Internationalen (dominiert von der KPdSU), die sich 1943 auflöste. Seitdem hat die KPV nur noch bilaterale Beziehungen zu anderen Parteien. Als eng werden die Beziehungen zur KP Chinas und zur KP Kubas bezeichnet. Mit der kommunistischen Partei der Arbeit Nordkoreas (PdAK) gibt es allerdings keinen intensiven Kontakt. Grund dafür war die Unterstützung Nordkoreas für das Rote-Khmer-Regime Pol Pots sowie die guten bilateralen Beziehungen Vietnams zur Republik Korea.

In Vietnam gibt es, wie bereits mehrfach betont, keinen Parteienpluralismus. Bemerkenswert ist allerdings der zunehmende Binnenpluralismus innerhalb der KPV. Neben verschiedenen inhaltlichen und regionalen Flügeln (s.o.) verschärft sich seit einigen Jahren besonders der in der historischen Genese stets existierende

Interessenkonflikt zwischen Nord- und Südvietnam wieder deutlicher. Spannungen zwischen diesen beiden Teilen Vietnams werden auf Parteitag oder anderen Foren mehr und mehr spürbar. Beim Parteitag 2006 haben sich die südvietnamesischen Interessengruppen durchgesetzt und die proportionale Zusammensetzung des Politbüros zugunsten Südvietnams verändert. Doch ausländische wie auch einheimische Analysten sind sich einig: Vietnam kann sich momentan glücklich schätzen, die KPV als Integrationskraft zur gesellschaftlichen Stabilisierung zu haben. Die Spannungen zwischen Nord- und Südvietnam würden in einem Parteienpluralismus offen ausgetragen werden und das Land destabilisieren. Derzeit werden sie noch innerhalb der KPV entspannt. Diese relative Stabilität benötigt Vietnam in einer Phase von wirtschaftlichen und politischen Reformen. Ein offen ausgetragener inner-vietnamesischer Disput würde das Investitionsklima gefährden und damit Reformern und Modernisierern das Fundament für ihre Bestrebungen rauben.

PARTEIENKOOPERATION DER KAS

Wie in den vorhergehenden Punkten dargestellt, hat Vietnam ein Einparteiensystem mit der Sonderrolle der KPV. Das politische System befindet sich jedoch in einem tiefgreifenden Wandlungsprozess, in dessen Verlauf die Sonderrolle der KPV betroffen sein könnte. Andere politische Kräfte und Institutionen, wie das Parlament, gewinnen zunehmend an Bedeutung. Die Sonderrolle der KPV wird ernsthaft diskutiert und in vielen politischen Diskussionen wird zunehmend befürwortet, dass Parteimitglieder z.B. keinen Einfluss mehr auf die Zusammensetzung von Gerichten oder auf die Urteilsfindung der Gerichte nehmen sollen (verstärkte Gewaltenteilung).

Der Ansatz der KAS ist bisher, den Wandlungsprozess des politischen Systems zu unterstützen. Der Aufbau eines Rechtsstaates (das Binden von Akteuren – auch der KPV – an Recht und Verfassung) spielt dabei eine zentrale Rolle. Die Professionalisierung des Parlaments (Programm wurde 2009 begonnen) und die Stärkung der lokalen Ebene sind weitere zentrale Ansatzpunkte.

Die direkte Kooperation mit der KPV wird seitens der KAS nicht ausgeschlossen und von der KPV von Fall zu Fall auch gesucht. Auf Wunsch des Innenausschusses der KPV hat die KAS den Leiter und Mitglieder dieses wichtigen Ausschusses nach Deutschland eingeladen, um das Justizsystem und das Gerichtswesen zu studieren. Im Anschluss an dieses Besuchsprogramm hat der Innenausschuss der KPV Empfehlungen für eine Reform des Gerichtsaufbaues in Vietnam vorgelegt. Es

empfiehlt sich durchaus, solche von sachlichen Erwägungen geprägte Kooperationsmöglichkeiten zu nutzen und das gewachsene Vertrauen in die KAS als Berater bei politischen Fragestellungen auch der KPV zugute kommen zu lassen.

Eine enge Zusammenarbeit in ideologischen Fragestellungen ist derzeit zwischen KAS und KPV nicht möglich und wird derzeit von vietnamesischer Seite auch nicht nachgefragt. In derartigen Fragestellungen arbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung eng mit der Parteihochschule der KPV zusammen. Sie berät sowohl die Hochschule als auch die Partei.

Alternative politische Gruppierungen haben sich als Ansprechpartner in Vietnam für die KAS bisher nicht herausgebildet. Und es wäre ein Affront allen bisherigen Partnern gegenüber, sogenannten „umstürzlerischen“ Kräften beizustehen. Für die Arbeit der KAS sollte deshalb auf absehbare Zeit das Ziel sein, Unterstützung in folgenden Bereichen zu geben:

- Demokratisierung des politischen Systems,
- Unterstützung beim Aufbau rechtsstaatlicher Grundsätze und Verfahren,
- Unabhängigkeit des Gerichtswesens,
- Professionalisierung des Parlaments,
- Stärkung der lokalen Ebene (Dezentralisierung, Demokratisierung).

Die KPV als Dreh- und Angelpunkt des politischen Systems sollte allerdings genau beobachtet werden. Kontakte zwischen KAS und KPV (und ihren Unter- und Massenorganisationen) sollten gepflegt werden. Vertreter vieler Massenorganisationen nehmen auch heute schon an den regelmäßigen Seminaren der KAS teil. Vorschlägen der KPV zur Beratung bei Sachfragen (Gerichtswesen, Verfassung, Parlament, etc.) sollte die KAS offen gegenüberstehen. Oftmals werden solche Anfragen seitens der KPV an die Partner der KAS weitergeleitet und dann in gemeinsamen Seminaren beantwortet. Reformkräfte in der KPV und in den Massenorganisationen sollten von der KAS unterstützt, Reformprogramme gefördert werden.

Auch wenn die KAS bisher nur in wenigen Fällen mit der KPV direkt zusammenarbeitet, bestehen vielfältige Kontakte und Kooperationen mit wichtigen Vertretern des politischen Systems, die selbstverständlich Mitglieder der KPV sind. Werden Seminare mit folgenden Institutionen durchgeführt, so sind zumindest die politischen Führungskräfte dieser Organisationen auch in höheren Positionen der KPV:

- Justizministerium,
- Innenministerium,
- Parlament,
- Juristenvereinigung,
- Institut für Staat und Recht,
- Städteverband.

Zu diesen Institutionen konnte in der Vergangenheit eine gute Vertrauensbasis aufgebaut werden, so dass die KAS auch bei politisch brisanten Themen und Fragestellungen (Verfassungsreform, Todesstrafe) als gefragter Ansprechpartner und Berater herangezogen wurde.

*Dr. Willibald Frehner
bis März 2009 Landesbeauftragter der KAS für
Vietnam, seit Juni 2009 Landesbeauftragter für
Albanien*

9. PARTEIENFÖRDERUNG IM RAHMEN DES RECHTSSTAATSPROGRAMMS ASIEN

KONZEPTION DES RECHTSSTAATS-PROGRAMMS

Das weltweite Rechtsstaatsprogramm (RSP) der KAS konzentriert sich als Sektorprogramm auf die Kernelemente der Rechtsstaatlichkeit. Nach allgemeiner Auffassung setzt ein Rechtsstaat zunächst voraus, dass das Prinzip der Gewaltenteilung gilt und ein System horizontaler politischer und rechtlicher Kontrolle existiert, in dem die Funktionsfähigkeit und Unabhängigkeit von Justiz und Parlament gewährleistet ist. Des Weiteren muss die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung gegeben sein, was insbesondere durch die (wiederum unabhängige) Verwaltungsgerichtsbarkeit oder andere unabhängige Gerichte garantiert werden kann. Alle drei staatlichen Gewalten (einschließlich der vom Parlament erlassenen Gesetze) müssen sich der Verfassung als oberster Rechtsquelle unterordnen und nicht zuletzt muss die Achtung der Menschenrechte gesichert sein, die sowohl als Abwehr-, aber auch als Teilhaberechte zu verstehen sind.

Dementsprechend werden im RSP folgende Themenbereiche behandelt:

- Strukturen und institutionelle Hauptelemente des Rechtsstaats, insbesondere die Anerkennung der Verfassung als höchster Norm sowie eine funktionsfähige Verwaltungsgerichtsbarkeit;
- Gewaltenteilung, vor allem eine durchsetzungsstarke unabhängige Justiz sowie eine gesetzmäßig handelnde öffentliche Verwaltung;
- die Gewährleistung der Menschenrechte sowohl in materiell-rechtlicher als auch verfahrensrechtlicher Dimension.

Diese sehr spezielle thematische Fokussierung hat ganz wesentlich mit Objektivitätskriterien und parteipolitischer Neutralität zu tun. Eine Zusammenarbeit mit Verfassungsgerichten und anderen Gerichtshöfen beispielsweise ist nur ohne Ansehung der parteipolitischen Zugehörigkeit der Richter möglich. Ausschlusskriterium für eine Kooperation ist selbstverständlich

eine politische Haltung, die erkennbar gegen den Rechtsstaat gerichtet ist. Im Übrigen kommt es nur auf die Position der Akteure an.

Demzufolge findet im Rahmen des RSP keine direkte Zusammenarbeit mit oder Förderung von Parteien statt.

Was jedoch nach den eingangs genannten Kriterien eines Rechtsstaats und den daraus abgeleiteten Themenbereichen des RSP in Betracht kommt, ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Existenz eines Parteienpluralismus, Chancengleichheit im politischen Wettbewerb und Transparenz bei der Finanzierung von politischen Parteien und Wahlkämpfen.

PARTEIENLANDSCHAFT IN ASIEN

Parteien in Asien agieren in aller Regel nicht auf der Grundlage prinzipieller inhaltlicher Überzeugungen, sondern als Zweckbündnisse, die einflussreiche, eloquente und charismatische Personen um sich scharen. Über derartige Parteien werden politische Ämter angestrebt, um dadurch persönliche Vorteile oder solche für die eigene Klientel zu erlangen. Das Motto könnte lauten: Patronage statt Programmatik.

In vielen Ländern wechseln Parteien des Öfteren ihre Namen bei weitgehender Beibehaltung des Führungspersonals. Dies konnte in den beiden letzten Jahren beispielsweise in Thailand beobachtet werden, wo die Partei des ehemaligen Premiers Thaksin (*Thai Rak Thai*) nach dessen Sturz verboten wurde, seine politischen Freunde aber sogleich eine Nachfolgepartei gründeten. Diese ging aus den Wahlen vom Dezember 2007 zwar als die mit Abstand stärkste Fraktion hervor, wurde aber erneut vom Verfassungsgericht verboten. Und wiederum wurde eine Nachfolgepartei gegründet. Schon die Bezeichnung der früheren Partei Thaksins „*Thai Rak Thai* = Thais lieben Thai“ deutet an, dass es nicht so sehr um inhaltliche Programmatik geht, sondern eher darum, mit plakativen Aussagen Unterstützer zu finden. Auch die Bezeichnungen der

Nachfolgeorganisationen verblieben auf diesem Niveau.

Ein anderes beredtes Beispiel ist die Sam Rainsy-Partei in Kambodscha, die sich der Einfachheit halber nur den Namen ihres Vorsitzenden gegeben hat. Die Person ist das Programm, nicht ein bestimmter Inhalt.

In einigen Ländern wie z.B. Malaysia bestimmen religiöse Überzeugungen das Wirken von politischen Parteien – und dominieren darüber hinaus auch noch Staatsverwaltung und Justiz.

Symptomatisch ist auch der regionale Zusammenschluss der CDI (*Centrist Democrat International*). In der Asien-Pazifik Gruppe der CDI sind nicht nur die *Christian-Muslim Democrats* aus den Philippinen, sondern auch die Partei des früheren indonesischen Diktators Suharto (GOLKAR), die kambodschanische Volkspartei (ehemalige kommunistische Partei!) wie auch nationalistische Parteien anderer Länder Mitglied. Mit dem Verband von bürgerlich-konservativen Volksparteien wie der EVP und ihren Mitgliedsparteien hat die CDI *Asia Pacific* damit nicht mehr so viel zu tun.

Entsprechend dem typisch asiatischen Streben nach Konsens sollen möglichst viele oder gar alle politischen Kräfte zu einer Familie werden. So beschrieb auch der Gründungsvater dieser Gruppe, der ehemalige philippinische Parlamentspräsident Jose de Venecia die Etablierung einer Asiatischen Volkspartei als Mission dieser Vereinigung.

Die einzigen Parteien in Asien, bei denen man noch von Grundzügen einer Programmatik oder besser Ideologie sprechen kann, sind die kommunistischen Parteien, die in China und Vietnam die einzigen Parteien sind. In Indien regieren Kommunisten zumindest in einigen Bundesstaaten, in Nepal führen Maoisten die Regierung an, während sie in anderen Ländern teils verboten sind, teils nur geringere Bedeutung haben.

PARTEIENBEZOGENE AKTIVITÄTEN DES RECHTSSTAATSPROGRAMMS

Angesichts dieser Gegebenheiten – thematische Fokussierung des RSP und inhaltlich kaum zuordenbare Parteien – können sinnvollerweise nur die Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer pluralistischen Parteienlandschaft als Zielsetzung des RSP in Frage kommen. Dazu gehören hauptsächlich die verfassungsmäßige Existenzgarantie für unterschiedliche politische Parteien, ausgewogene Wahlverfahren, die Chancengleichheit gewähren und Regelungen, die

innerparteiliche Demokratie und Transparenz bei der Finanzierung von Parteien und Wahlkämpfen garantieren.

In dem seit 2005 laufenden Projekt wurden diese Aspekte in verschiedener Weise aufgegriffen. Im Rahmen einer Maßnahmenreihe zum Konstitutionalismus wurden Wahlsysteme verschiedener Länder vergleichend untersucht und die Rolle von Parteien im politischen System erörtert (Konferenz an der *National University of Singapore* im März 2008, Publikation *Constitutionalism in Southeast Asia*).

In den meisten Verfassungen sind die Existenzgrundlagen für politische Parteien mehr oder weniger klar verankert (bis auf China und Vietnam, wo Einparteiensysteme in der Verfassung festgeschrieben sind). Allerdings führt das nicht automatisch dazu, dass sich die Parteien dann auch inhaltlich definieren. Dies ist eine Frage der politischen Bildung und Aufklärung, die jedoch nicht Gegenstand des RSP sein können.

Ein weiteres Beispiel aus der Arbeit des RSP ist eine Feldstudie, die von *Transparency International – Malaysia* (TI Malaysia) zusammen mit der KAS durchgeführt wird. Dabei werden die vorhandenen Rechtsnormen in Bezug auf Parteienfinanzierung und ihre tatsächliche Praxis analysiert. Mit einem umfassenden Fragebogen, der eigens dafür entwickelt wurde, werden sowohl verantwortliche Personen in den Parteiführungen als auch einfache Mitglieder und Außenstehende (Geschäftsleute und Interessengruppen, die Politikern oder den Parteien Spenden zuwenden) zu den Praktiken befragt. Aus den Ergebnissen werden Vorschläge für verbesserte gesetzliche Regelungen entwickelt, die den Parteien dann unterbreitet werden.

Die wichtigsten der im Parlament vertretenen Parteien haben dieser Untersuchung zugestimmt und ihre Kooperationsbereitschaft gegenüber TI Malaysia bekundet. Dieses Projekt wurde Mitte 2008 begonnen und soll bis Herbst 2009 abgeschlossen sein. Es ist vorgesehen, ähnliche Studien auch in anderen Ländern wie etwa Indonesien durchzuführen, um eine größere Sensibilität für diese Fragen zu schaffen.

Auch Normen zum Wahlverfahren in Verfassungen und Wahlgesetzen haben in vielen Fällen – wenn sie überhaupt hinreichend konkret ausgestaltet sind – wenig praktische Wirkung, weil es keine objektive und unabhängige Instanz gibt, ihre Einhaltung zu überwachen. Wahlkommissionen stehen weithin unter dem nicht ganz unberechtigten Generalverdacht, korrupt zu sein. Nur selten gibt es couragierte Gerichtshöfe, die dagegen vorgehen, wie auch sonst die Justiz nur selten als

verlässliche Institution zur Einhaltung von Wahlrechtsvorschriften angesehen werden kann. Dieser Thematik wird sich das RSP in naher Zukunft annehmen.

Clauspeter Hill

Leiter Rechtsstaatsprogramm Asien

IV. OSTASIEN

1. VR CHINA

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Am 01.10.1949 wurde die Volksrepublik China von Mao Zedong auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking ausgerufen. Die sozialistische Volksrepublik China ist gekennzeichnet durch einen autoritären, zentralistisch verwalteten Staatsapparat unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas (KPC).

Die Verflechtung von Partei und Staat wird bereits an der Position des durch das chinesische Parlament gewählten Staatsoberhauptes deutlich, der das Amt des Staatspräsidenten und des Generalsekretärs der KPC auf sich vereinigt und gleichzeitig als Vorsitzender der mächtigen Zentralen Militärkommission fungiert. Derzeitiges Staatsoberhaupt ist seit 2003 Präsident Hu Jintao; er wurde 2008 für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt. Zu seinen Aufgaben zählen der Erlass aller vom Nationalen Volkskongress (NVK) verabschiedeten Gesetze, die Benennung des Ministerpräsidenten, dessen Stellvertreter, der Staatskommissare und der Minister sowie die Ratifizierung von Verträgen und Abkommen mit anderen Staaten. Außerdem erklärt er als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission ggf. den Kriegszustand und erteilt Erlasse zur Mobilisierung.

Wahlverfahren und Bedeutung des Parlaments

Der NVK ist ein aus einer Kammer bestehendes Parlament mit rund 3000 Abgeordneten, der alle fünf Jahre (zuletzt im Jahr 2008) von den Volkskongressen der Provinzen gewählt wird. Vorsitzender ist derzeit Wu Bangguo. Der NVK wählt den Staats-, den Vizepräsidenten und den Ministerpräsidenten sowie weitere Mitglieder der Staatsorgane. Da er lediglich einmal im Jahr tagt, kommt dem sog. Ständigen Ausschuss des NVK als „Ersatzparlament“ große Bedeutung zu, da er die Mehrheit der Gesetze und eine Vielzahl von internationalen Abkommen verabschiedet bzw. ratifiziert. Der Ständige Ausschuss kann von der Regierung eingebrachte Gesetzesvorlagen und Verordnungen als nichtig erklären. Zur Umsetzung seiner Aufgaben setzt der NVK Fachausschüsse ein.

Regierungsbildung und -stabilität

Der Staatsrat ist die vom Parlament gewählte chinesische Zentralregierung, also das „Exekutivorgan“. Der Ministerpräsident der VR China leitet den Staatsrat als Vorsitzender. Mit seiner Gesamtkonferenz von 70 bis 100 Mitgliedern ist er nur bedingt handlungsfähig. Innerhalb des Staatsrates dient die Ständige Konferenz deswegen als eigentliches „Kabinett“ („Inneres Kabinett“), das sich aus den zehn ranghöchsten Regierungsmitgliedern zusammensetzt.

Dazu kommt das sog. „Äußere Kabinett“, bestehend aus den Leitern der 28 Organe des Staatsrats auf Ministerialebene (Ministerien, Kommissionen, Zentralbank und Rechnungskontrollamt). Der Staatsrat bringt den Großteil an Gesetzesvorlagen ein und verabschiedet Verordnungen.

Regierungschef ist seit 2003 (2008 erneut für weitere fünf Jahre im Amt bestätigt) der Ministerpräsident des Staatsrats und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der KPC, Wen Jiabao.

Wahlsystem

Gemäß dem Prinzip des demokratischen Zentralismus erfolgen Wahlen von unten nach oben und ergehen Weisungen von oben nach unten. Die Auswahl und Benennung aller Führungspositionen in der Regierung erfolgt durch die KPC, wobei die formale Zustimmung des NVK erforderlich ist.

Das Regierungs- und Verwaltungssystem der VR China lässt sich in sechs Hauptebenen unterteilen: Nationale Ebene, Provinzebene, Bezirksebene, Kreisebene, Gemeindeebene und die Ebene der Komitees in den rund eine Millionen Dörfern und städtischen Straßenzügen des Landes.

Die Kompetenzen der lokalen Volkskongresse und Volksregierungen auf den jeweiligen Verwaltungsebenen stimmen dabei mit denen des Nationalen Volkskongresses überein. Eine Besonderheit ist die

Direktwahl der Abgeordneten der Volkskongresse auf Kreis- und Gemeindeebene seit der Revidierung des Wahlgesetzes 1998. Die am zentralistischen Staatsaufbau festhaltende Zentralregierung behält sich die Aufhebung lokal getroffener Entscheidungen vor und verordnet die Kontrolle örtlicher Regierungsvertretungen durch die KPC (sog. Nationale Inspektionsgruppen reisen zu diesem Zweck regelmäßig in alle Provinzen des Landes und überprüfen die laufende Regierungs- und Parteiarbeit).

Rolle der Parteien

In der VR China gibt es neben der kommunistischen acht demokratischen Parteien, die allerdings über keine politische Gestaltungsmacht verfügen. Diese obliegt allein der KPC, die landesweit derzeit etwa 74 Millionen Mitglieder (5% der Bevölkerung) zählt und auf allen Ebenen der Verwaltung durch 3,5 Millionen Parteiororganisationen vertreten ist.

Alle fünf Jahre tagt der Nationale Parteitag der KPC. Diese Mitgliederversammlung ist formell das höchste Führungsorgan. Hier werden u.a. die ideologische Ausrichtung der Partei revidiert, das Parteiprogramm geändert und der engere Führungskreis – auf Vorschlag des Parteipräsidiums – gewählt: das Zentralkomitee (ZK) mit 166 alternierenden und nichtstimmberechtigten Mitgliedern sowie 204 Vollmitgliedern. Es muss die Zustimmung geben für politische Grundsatzzfragen oder Vorschläge für die Postenbesetzung höchster Parteiämter. Alle Provinzen sind dabei im ZK vertreten.

Während das Parteiprogramm nur alle fünf Jahre auf dem Parteitag geändert werden kann (in der Praxis geschieht das äußerst selten), gelten die Reden der höchsten Kader zwischen den Parteitagen, etwa auf den Volkskongressen, als Grundlage für neue Beschlüsse. Dabei wird die schriftliche Fassung einer Rede etwa 70 bis 80 Mal geändert, bis der Status eines endgültigen Dekrets erreicht wird.

Das Politbüro besteht aus 25 Mitgliedern und trifft zwischen den Plenarsitzungen des einmal jährlich tagenden ZK politische Grundsatz- sowie wichtige Personalentscheidungen und ist zuständig für Fragen nationaler Sicherheit. Es kontrolliert die Geheimdienste und die Polizei sowie das Rechtswesen und ist zuständig für die ideologische Arbeit.

Höchstes tagespolitisches Entscheidungs- und Führungsorgan des Politbüros ist der Ständige Ausschuss des ZK, dem das ZK-Sekretariat (7 Mitglieder) und die ZK-Abteilungen unterstehen; das Sekretariat bereitet

die Entscheidungen des Politbüros vor und führt sie aus. Der Ausschuss ist das eigentliche Machzentrum der KPC, seine Sitzungen sind nicht öffentlich.

Eine besondere Stellung im Staats- und Parteaufbau kommt der Funktion der (auf allen Ebenen existierenden) Kommissionen für Entwicklung und Reform der National- und Lokalregierungen zu. Sie sind für die Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprozesse in den entsprechenden Landesteilen verantwortlich.

Parteienfinanzierung

Die KPC finanziert sich in erster Linie aus staatlichen Zuschüssen und Mitgliederbeiträgen (je nach Gehaltsstufe beträgt der Monatsbeitrag zwischen 0,5% und 1% des monatlichen Nettoeinkommens, Bauern zahlen umgerechnet zwischen 0,02 und 0,11 Euro, Studenten und Arbeitslose 0,02 Euro).

PARTEIENSYSTEM

Neben der KPC existieren acht weitere „demokratische“ Parteien, denen in der Praxis aber keine Bedeutung zukommt, so dass faktisch von einem Einparteiensystem ohne parlamentarische Opposition gesprochen werden kann: Die „Demokratischen Parteien“ unterstehen direkt der Führung der KPC und sind, ebenso wie die Vertreter der chinesischen Minderheiten und Massenorganisationen, unter Vorsitz des Staatspräsidenten Hu Jintao, in der „Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes“ als sog. „Einheitsfront“ zusammengefasst.

Chinesische Intellektuelle schreiben Mitgliedschaften der KPC in internationalen Parteibündnissen wie der *International Conference of Asian Political Parties* (ICAPP / Gründung 2000) und den freundschaftlichen Beziehungen zwischen der KPC und kommunistischen sowie nicht-kommunistischen Parteien weltweit einen geringen Einfluss auf eine etwaige parteiliche Umstrukturierung zu, von einer Legimitation pluralistischer Interessen kann nicht die Rede sein.

Vielmehr stärken die im Rahmen entsprechender Parteien-Kooperationen durchgeführten gegenseitigen Delegationsbesuche, Studienreisen und Konferenzen in erster Linie die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Akteuren. Die KPC pflegt heute Kontakte zu politischen Parteien auf allen Kontinenten, etwa mit denen anderer sozialistischer Länder wie Nordkorea, Vietnam und Kuba, aber auch mit Parteien afrikanischer Staaten und westeuropäischer Länder.

Auf europäischer Ebene organisierte die KPC im Jahr 2004 die Konferenz *WTO-Forum on China-Europe Economic and Trade Relations* in Kooperation mit dem Europäischen Parlament.

Die Kommunistische Einheitsgewerkschaft „Allchinesischer Gewerkschaftsverband“ untersteht ebenfalls der KP. Zur Bildung unabhängiger Gewerkschaften, so chinesische Politologen, werde es in naher Zukunft nicht kommen.

Einfluss Shanghais auf die Politik in Peking

Nachdem Jiang Zemin, Shanghais einstiger Bürgermeister und Hu Jintaos Vorgänger im Amt des Staatspräsidenten, diesem seit 2002 langsam die Führungspositionen in Staat und Partei übertrug, ist der Einfluss der sog. „Shanghai-Clique“ (der Kreis der Vertrauten um Jiang), auf national-politische Entscheidungen zurückgegangen. Insbesondere im Vorfeld des 17. Parteitages 2007 wurde dies deutlich: Hu Jintao nutzte unterschiedliche gegen Korruption gerichtete Kampagnen dazu, hohe politische – ehemals von Mitgliedern der „Shanghai-Clique“ besetzte – Posten neu zu vergeben.

Bei der Neubesetzung derartiger Positionen rekrutierte Hu weniger aus dem Umfeld der „Shanghai Clique“, sondern setzte stattdessen vermehrt auf Mitglieder der früheren Führungsriege der Kommunistischen Jugendliga (Jugendverband der KPC), so zum Beispiel auf Li Keqiang, heute Vize-Premierminister, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KPC und Mitglied des Staatsrates.

Trotz steigender Bedeutung dieser Gruppe ist sich Staatschef Hu darüber im Klaren, dass er sich gegenüber den verschiedenen Flügeln innerhalb der Partei kooperativ zeigen muss, um effizient regieren zu können. Innerhalb der KP ist der Einfluss von Jiang Zemins „Shanghai-Clique“ deswegen bis heute allgegenwärtig. Insbesondere bei wirtschaftspolitischen Fragestellungen haben ihre Vertreter die Fäden noch immer in der Hand. Auch haben mittlerweile viele Söhne und Töchter „großer“ Politiker von einst Führungspositionen im Staats- und Regierungsapparat eingenommen.

Der Balanceakt, innerparteiliche Differenzen im Sinne der eigenen Machterhaltung zu überwinden, scheint Hu Jintao und seinen engsten Vertrauten bis dato relativ gut zu gelingen, auch wenn es immer wieder Personen gibt, die von einem langsam schwindenden Vertrauen zu Premier Wen Jiabao berichten.

Diese Tendenzen werden insbesondere von Journalisten und Wissenschaftlern aus Hongkong gemeldet. Andere chinesische Intellektuelle auf dem Festland halten jedoch dagegen und warnen davor, die Vorhersagen aus Hongkong allzu ernst zu nehmen. Die fehlende Nähe zum Festland würde eine richtige Beurteilung der Gegebenheiten nicht erlauben. Vielmehr beschreiben Politologen das Verhältnis von Wen Jiabao und Hu Jintao als gut und beständig; etwaige bestehende Konflikte würden nicht nach außen getragen.

Für die Zentralregierung ist die Stadt Shanghai ein geeigneter „Versuchsplatz“ zur Erprobung struktureller Umgestaltungen der Organisation von Regierung und Partei auf Stadt- und Bezirksebene. Ziel der vor einigen Monaten eingeleiteten Reformmaßnahmen in der Ostküstenmetropole ist die bessere Kontrolle von Führungspersonen in staatlichen und parteilichen Institutionen. In der Vergangenheit war es insbesondere bei Regierungsbeamten, die gleichzeitig hohe Stellen innerhalb der Partei innehatten, immer wieder zu Machtmissbrauch gekommen. Ein deswegen von einer Arbeitsgruppe in Shanghai entworfenes Reformprogramm wurde anschließend vom ZK in Peking abgesegnet und findet mittlerweile Anwendung in den Städten Tianjin und Peking.

Ideologische Ausrichtung

Die KPC versucht zunehmend, dem Image einer „verkrusteten“ und korrupten Partei zu entrinnen und ihre modernisierte Seite zu präsentieren. So gestaltete Staatspräsident Hu aus der ehemaligen Kampagne der „Wirtschaftlichen Entwicklung“ seines Vorgängers Jiang Zemin die Weisungslinie der „Wissenschaftlichen Entwicklung“. Ergänzt werden diese Richtlinien durch das Konzept der „Harmonischen Gesellschaft“ – denn ein allein auf Wirtschaftswachstum ausgerichtetes Konzept schafft nicht automatisch auch soziale Stabilität. Die unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen der einzelnen Regionen Chinas und damit einhergehende Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen der chinesischen Gesellschaft sollen überwunden und ein harmonisches, sprich befriedetes, Miteinander aller Akteure innerhalb der vielschichtigen Gesellschaft ermöglicht werden.

Die Entwicklung der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) seit dem 17. Parteitag 2007

Auch zu Zeiten der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise wächst die chinesische Wirtschaft und so rangierte die Volksrepublik im Jahr 2008 gemeinsam mit Japan und den USA unter den drei größten Volks-

wirtschaften der Welt. Der wirtschaftliche Aufschwung gelingt allerdings vorrangig auf Kosten der Umwelt.

Gleichzeitig klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer deutlicher auseinander. Wo in Großstädten wie Peking oder Shanghai bereits eine breite Mittelschicht entstanden ist, hat sich die Lage der Landbevölkerung, besonders für die Bauern, in jüngster Vergangenheit kaum verbessert. Entsprechend sorgt zunehmende Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung für sozialen Sprengstoff.

Vor diesem Hintergrund geriet die KPC unter steigenden Druck schnellstmöglicher Entscheidungsfindung, um große Unruhen von vornherein zu verhindern. Entsprechend setzten sich bereits auf dem vom 15.-21. Oktober 2007 abgehaltenen 17. Parteitag in Peking die anwesenden Delegierten unter Vorsitz von Staatspräsident Hu Jintao mit den negativen Folgen des Wirtschaftsbooms auseinander. Auf dem Parteitag wurden die von Deng Xiaoping postulierten dreistufigen Entwicklungstheorien zur konzeptionellen Basis für die Regierungs- und Parteiarbeit der VR China. Die Theorien setzen sich die Schaffung einer „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ und eine Vervielfachung des BIP pro Kopf bis 2010 auf der Basis des Jahres 2000 zum Ziel. Unter der Prämisse des reduzierten Ressourcenverbrauchs sollen diese Zielsetzungen verwirklicht werden. Der Einsatz energiesparender Produktionsmethoden soll dabei in den Vordergrund rücken.

Schon im Herbst 2002 leitete Hu Jintao einen Paradigmenwechsel zu einem starken, sozial und ökologisch nachhaltigen Wachstum ein. Im 11. Fünfjahresplan wurde das „wissenschaftliche Entwicklungskonzept“ dann zum Leitprinzip erhoben. Es beinhaltet die Implementierung verpflichtender Maßnahmen zum Energiesparen und zur Reduzierung von Abgasen, welche jedoch am Widerstand der lokalen Machthaber immer wieder scheitern.

Um mehr Menschen an Prozessen politischer Entscheidungsfindungen teilnehmen zu lassen, kündigte Hu Jintao außerdem die Ausweitung der politischen Beteiligung der Bürger und die Erhöhung der Transparenz von Entscheidungsprozessen an. Weiterhin wolle die KPC verstärkt für eine Eindämmung der Korruption eintreten und Überwachungsinstrumente für politische Kader verstärken.

Bereits vor der Tagung existierten heftige Debatten innerhalb der KP über die durch Umweltschäden, Einkommensdisparitäten und Korruption hervorgerufenen Problemfelder. Viele der Delegierten führten in diesen

Diskussionen die Ausmaße der Korruption, die Ausbeutung der Arbeitnehmer und die Zerstörung der Natur auf kapitalistische Verhältnisse zurück. Infolgedessen legte Hu Jintao in seinem Rechenschaftsbericht neben den großen Errungenschaften der Armutsbekämpfung und Reformen auch die Differenzen zwischen der Arbeit der Partei und den Erwartungen der Menschen dar und unterstrich vor diesem Hintergrund erneut das Ziel einer „Harmonischen Gesellschaft“.

Größere Kontroversen entstanden auch bei der Zusammenkunft der 3000 Abgeordneten des 11. NVK vom 4. bis zum 13. März 2009 in Peking. Im Vorfeld dieser Tagung berief sich Hu Jintao auf eine Konzentration der „wissenschaftlichen Sicht der Entwicklung“ und die Durchsetzung der „Entscheidungen der zentralen Führung auf kreative Weise“. Auf der Tagung standen Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise im Mittelpunkt. Die Ausweitung des 2008 auferlegten 470 Milliarden Euro schweren Konjunkturpakets wurde beschlossen. Neue Gelder sollen vermehrt in das Gesundheits- und Bildungssystem sowie in den weiteren Ausbau der Infrastruktur fließen, um von starker Exportabhängigkeit loszukommen und die eigene Binnenwirtschaft anzukurbeln. Premier Wen Jiabao kritisierte den zu hohen Ressourcen- und Energieverbrauch sowie die damit verbundene starke Umweltverschmutzung. Eine effektive Ressourceneinsparung und die Entwicklung neuer Technologien seien erforderlich.

Die größte Herausforderung bleibt jedoch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Durch die Einführung des Konjunkturpakets sollen insgesamt neun Millionen neue Jobs in den Städten geschaffen werden und die Arbeitslosenquote bei 4,6% zum Stillstand gebracht werden.

Das Jahr 2009 ist aufgrund einiger kritischer Jubiläen politisch besonders brisant (u.a. 50. Gedenktag des Aufstandes in Tibet / 20. März; 20. Jahrestag der Niederschlagung der Studentenbewegung in Peking / 4. Juni) und chinesische Intellektuelle vermuten „sehr harte Gegenmaßnahmen“ seitens der chinesischen Führung, sollte es im Verlauf des Jahres zu gesellschaftspolitisch motivierten Unruhen kommen.

Allerdings hätten jüngeren Generationen den Bezug zu politischen Ereignissen vergangener Jahrzehnte längst verloren und seien mit der Bewältigung alltäglicher Probleme (z.B. Jobsuche und Wohnungskauf) beschäftigt. Auch Chinas Intellektuelle von heute seien immer mehr verstrickt in den wirtschaftlichen Aufschwung der Volksrepublik, so dass die von diesen Gruppen ausgehende Gefahr zur Unruhestiftung als

gering einzustufen sei. Die Furcht vor einem Stabilitäts- und Legitimationsverlust gerade im Jahr 2009 bleibt stärker denn je bestehen, denn niemand kann abschätzen, wann durch subjektives Ungerechtigkeitsempfinden entstandene Demonstrationen in *politisch motivierte* Protestbewegungen umschlagen wird.

PARTEIENKOOPERATION DER KAS

Im Bereich der Parteienkooperation arbeitet die KAS mit der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) zusammen.

Schwerpunkthemen und Instrumente in der Parteienkooperation

Kernelement der Zusammenarbeit im Bereich der Parteienkooperation ist der jährlich stattfindende Parteiendialog zwischen CDU und KPC, zu der in jedem Jahr eine Gruppe von Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Peking reist.

Der Parteiendialog findet seit 2002 regelmäßig im jährlichen Turnus statt; lediglich im Jahr 2007 wurde er von chinesischer Seite kurzfristig aus „terminlichen Gründen“ verschoben. Hintergrund dürfte die chinesische Verstimmung in Folge des Empfangs des Dalai Lama durch Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie die kurz zuvor erfolgte Veröffentlichung der Asienstrategie der Bundestagsfraktion gewesen sein.

Themen des Parteiendialoges waren unter anderem „Neue Herausforderungen für die Arbeit politischer Parteien in China und Deutschland“ (2003), „Jugend und Gesellschaft im Wandel“ (2004), „Parteien und Interessenverbände“ (2005), „Umsetzung von Reformen und Regierungsfähigkeit von Parteien“ (2006), „China, Deutschland und Europa – Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit“ (2008). 2009 wird der Parteiendialog auf mehrfachen Wunsch der chinesischen Seite zum ersten Mal in Deutschland stattfinden.

Neben dem Forum des Parteiendialoges ist die Internationale Abteilung des ZK für die KAS in China der erste Ansprechpartner, wenn es um die Vermittlung politischer Gesprächstermine für Politiker geht.

Mit Ausnahme des Jahres 2007, als die Stiftungsarbeit von den Verstimmungen im bilateralen Verhältnis nicht unbeeinträchtigt blieb, hat sich über die Jahre ein Vertrauensverhältnis zwischen der KAS und der Internationalen Abteilung des ZK der KPC aufgebaut, das angesichts der historischen Unterschiede beider Parteien bemerkenswert ist.

War zu Beginn der Zusammenarbeit die Themenwahl der Dialogforen noch sehr vorsichtig formuliert (z.B. „Jugend und Gesellschaft im Wandel“, 2004), lässt sich nun beobachten, dass die Dialoge von Jahr zu Jahr offener werden und zunehmend auch die „heißen“ Fragen im bilateralen Verhältnis zur Sprache kommen.

Vorläufiger Höhepunkt war der Parteiendialog im Dezember 2008, auf dem sowohl die Diskussion über den Umgang mit Tibet als auch die Rezeption der Asienstrategie der Fraktion breiten Raum einnahmen.

Defizite und Potenziale in der Kooperation

Parteienkooperation stößt in der VR China natürlicherweise schnell an enge Grenzen, die angesichts des politischen Systems des Landes und der unterschiedlichen Struktur von Parteien in Deutschland und China offenkundig sind.

Auch wenn sich in China in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Diskussionsräumen eröffnet haben und heute über etliche Themen offen gesprochen werden kann: Die Stellung der KPC im Einparteiensystem der VR China ist nicht verhandelbar; damit muss die KAS in ihrer Arbeit zur Parteienkooperation „als Konstante“ weiterhin umgehen. Grundsätzlich scheint sich der Parteiendialog zu einem Forum zur Diskussion strittiger Fragen im bilateralen Verhältnis zu entwickeln. Fragen der Parteiorganisation gerieten dabei in jüngster Zeit leicht in den Hintergrund. Für das bilaterale Verhältnis zwischen Deutschland und China hat sich die Zusammenarbeit der KAS mit der KPC als ein wichtiger stabilisierender Faktor entwickelt. Es gibt zwischen beiden Staaten kaum andere Foren, in denen über politische Streitpunkte im bilateralen Verhältnis in derart offener Weise diskutiert werden kann.

Jenseits des Parteiendialoges kann die KAS auch bei Besuchen deutscher Politiker – u.a. Eckart von Klæden (März 2008) und Volker Kauder (April 2009) – auf die etablierten Kontakte zur Internationalen Abteilung des ZK der KPC zurückgreifen. Das entstandene Vertrauensverhältnis ermöglichte es bei entsprechenden Gesprächen, in einer offenen und konstruktiven Atmosphäre auch sensible Themen, wie den Umgang mit Tibet oder die Menschenrechtssituation im Lande, zu erörtern.

Gerade beim Besuch Herrn von Klædens wurde das Potential dieser Beziehung deutlich: konnten doch bei diesem Besuch Vorbehalte, die nach der Veröffentlichung der Asienstrategie auf chinesischer Seite

gegenüber der CDU entstanden waren, ausgeräumt und somit maßgeblich zur Wiederbelebung der deutsch-chinesischen Beziehungen zu Beginn des Jahres 2008 beigetragen werden.

Die zunehmende Berücksichtigung auch schwieriger Themenfelder kann als ein Erfolg gewertet werden. Insbesondere seit Herbst 2007 werden die Diskussionen jedoch zunehmend von der chinesischen Tibetpolitik und der Frage nach dem richtigen Umgang mit dem Dalai Lama dominiert. Hier sind kaum Annäherungen zu verzeichnen; beiden Seiten sind die jeweiligen Argumentationsmuster mittlerweile hinlänglich bekannt.

Eine künftige Herausforderung an die Arbeit der KAS wird es daher sein, diese Fragen bei weiteren Gesprächen nicht auszuklammern und gleichzeitig zu vermeiden, dass die eingefahrenen Standpunkte zu Frustration und Gesprächsverweigerung auf beiden Seiten führen.

Ausblick

Eine Partei(en)-Zusammenarbeit mit der KPC und ihren Unterorganisationen bleibt u.a. aufgrund der heterogenen Struktur des Bündnisses ein hochgradig sensibles Unterfangen, das gleichermaßen ideologische Distanz und Einfühlungsvermögen in die Erwartungen der chinesischen Partner erfordert. Denn bei nahezu allen politischen Themen (Eigen- und Partnermaßnahmen) spielt die KP eine mal mehr, mal weniger sicht- und spürbare Rolle, die zu unterschiedlichem Gelingen der Projekte entscheidend beiträgt. Der ungleichzeitig und asymmetrische Transformations- und Entwicklungsprozess der VR China hat auch deren Staatspartei durchdrungen und verändert. Diese Metamorphose dauert an und erfordert ein ständiges Monitoring der (eventuell) möglichen Kooperationsmechanismen bei steter Wahrung des Anspruches der KAS als demokratische, politische Stiftung innerhalb des deutschen *Mehrparteiensystems* und der damit verkörperten pluralistischen Interessenartikulation. Die Parteienkooperation in China verlangt das Denken in langen Zeiträumen und setzt auf *evolutionäre* Prozesse; die Katalysatorfunktion der von der KAS angestoßenen Programme und Projekte „mit“ der KPC wird umso wichtiger, je poröser die Parteienstruktur zerfasert und je länger die Partei überzeugende Antworten auf politische Partizipationsbegehren schuldig bleibt.

Thomas Awe
Leiter des KAS-Auslandsbüros in Shanghai

2. JAPAN

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Japan ist eine demokratisch-parlamentarische Monarchie, an deren Spitze der Kaiser als Staatsoberhaupt und der Premierminister als Regierungschef stehen. Dem *Tenno* kommen jedoch fast ausschließlich repräsentative Aufgaben zu. Das Parlament setzt sich aus zwei Kammern, dem Unterhaus und dem Oberhaus, zusammen. Dabei werden politische Entscheidungen durch das Unterhaus getroffen, dem Oberhaus kommt eine größtenteils beratende Funktion zu. Laut Verfassung dauert eine Legislaturperiode vier Jahre. Diese wurde jedoch erst einmal in der Geschichte Japans, nämlich von 1972-1976, voll ausgeschöpft, in allen anderen Fällen machte der Premierminister von seinem Recht Gebrauch, das Parlament vorzeitig aufzulösen. Das Oberhaus hat eine Legislaturperiode von sechs Jahren, wobei Wahlen jeweils alle drei Jahre stattfinden und die Hälfte der Sitze im Oberhaus neu besetzt wird. Daher kann das Oberhaus auch nicht aufgelöst werden.

Das Wahlsystem ist seit 1994 durch eine Mischung aus Direktmandaten und Listenplätzen geprägt. Von den 480 Sitzen im Unter- und 242 Sitzen im Oberhaus werden dabei 300 respektive 146 durch Mehrheitswahl, die restlichen Sitze per Verhältniswahl in einem Listenwahlsystem bestimmt. Japan ist in insgesamt 47 substaatliche Präfekturen unterteilt. Zwar gibt es in diesen Präfekturen auch den deutschen Landtagen vergleichbare präfekturelle Parlamente, die über Verordnungen und Haushalt der entsprechenden Gebiete entscheiden. Die Hauptstadt bleibt allerdings die Steuerungszentrale.

PARTEIENSYSTEM

Es gibt in Japan eine Vielzahl von Parteien, die sich jedoch einer Einordnung nach westlichem Beispiel entziehen. Teilweise bis heute definieren sie sich mehr über ihre politische Opposition zu der lange Zeit dominierenden Liberal-Demokratische Partei (LDP), als durch eigene Programme. Politische Parteien können dabei gleichwohl auf eine lange Geschichte zurückblicken.

Bereits 1874 wurde eine Vorgängerpartei der *Liberalen Partei*, 1882 eine Vorgängerpartei der *Demokratischen Partei* gegründet, die beide im Jahr 1955 zur heutigen LDP fusionierten. Bis auf die *New Komeito Party* (NKP) können auch die anderen bedeutenden Parteien in Japan ihre Ursprünge auf die Zeit vor Beginn des Zweiten Weltkrieges zurückführen. Heute sind die fünf größten Parteien in Japan die *Liberal-Demokratische Partei*, die *Demokratische Partei* (DPJ), die *New Komeito Party* (NKP), die *Kommunistische Partei* (JCP) und die *Sozialdemokratische Partei* (SDP). Verfassungsrechtlich ist politischen Parteien, bis auf die sehr allgemein gehaltene Versammlungsfreiheit, kein Platz eingeräumt. Einzige Zweckbestimmung politischer Parteien im weitesten Sinne findet sich im Gesetz zur Regulierung politischer Gelder und dem Gesetz zur Parteienfinanzierung.

Aufgrund der Dominanz der LDP, die seit 1955 nahezu ununterbrochen an der Macht war, wird das Parteiensystem mitunter auch als Dominanz-Parteien-System oder als Ein-Parteien-Demokratie bezeichnet, wobei die überragende Dominanz der LDP seit den Wahlen von 2003 jedoch schrittweise abgenommen hat. Nachdem die LDP bis zuletzt noch mit einer Minderheitskoalition gemeinsam mit der NKP regierte, wird seit den Wahlen vom August 2009 die Regierung von einer Drei-Parteien-Koalition aus *Demokratischer Partei Japans* (DPJ), *Sozialdemokratischer Partei* (SDP) und *Neuer Volkspartei* (PNP) gebildet.

Tabelle 1: Sitzverteilung in den beiden Kammern der Legislative

Partei	Oberhaus		Unterhaus	
	2004	2007 (letzte Wahl: 29.07.07)	2005	2009 (letzte Wahl: 20.08.09)
LDP	110	83	303	119
NKP	23	20	31	21
DPJ	81	109	112	308
SDP	6	5	7	7
PNP	4	4	5	3
JCP	9	7	9	9
Ihre Partei	-	-	-	5
Unabhängige	7	13	9	6

Bezeichnend für japanische Parteien ist zudem, dass es sich traditionell weniger um Programm- oder Mitgliederparteien handelt, sondern vielmehr um ein sehr stark vom sogenannten Fakkionalismus geprägtes „Club-System“. Dies gilt heute in besonderem Maß in stark institutionalisierter Form für die LDP, aber auch für alle anderen Parteien mit nennenswerten Mitgliederzahlen. Die Partei, der traditionell eine von Parteitagen gewählte Doppelspitze aus Vorsitzendem und Generalsekretär vorsteht, wird hierbei nicht so sehr als Sammelbecken Gleichgesinnter, sondern vielmehr als eine aus Faktionen bestehende Dachorganisation betrachtet. Eine Partei wird demnach als eine Koalition von Faktionen verstanden. Die politikwissenschaftliche Definition von Faktionen fasst diese als „innerparteiliche Vereinigung, *Clique* oder Gruppierung, deren Mitglieder einen Sinn von gemeinsamer Identität und gemeinsame Ziele teilen und organisiert sind, um zusammen – als eigenständiger Block innerhalb einer Partei – zur Verwirklichung ihrer Ziele zu handeln“.¹

Vorteile des Faktionensystems liegen insbesondere für jüngere Politiker in einem raschen Einstieg in bestehende Strukturen und damit verbundenen Aufstiegsmöglichkeiten. Faktionen bauen in der Regel auf einem System auf, in dem einzelne, starke Führungspersonlichkeiten eine Gefolgschaft um sich scharen. Die Tatsache, dass sich Politiker weniger mit ihrer Partei, als vielmehr mit ihren Faktionen identifizieren, resultiert zum Teil auch aus einer Eigenart des japanischen Wahlsystems. In japanischen Wahlen wird der Name des Kandidaten auf einer Liste nicht angekreuzt, sondern muss vielmehr vom Wähler auf den Wahlzettel handschriftlich eingetragen werden. Daher wird in Japan traditionell ein sehr stark personenzentrierter und weniger ein auf Inhalte bezogener Wahlkampf betrieben.

Für den Wahlerfolg ist ausschlaggebend, dass sich Wähler während des Wahlvorgangs an den richtigen Namen des Kandidaten und an seine richtige Schreibweise erinnern. Trotz dieses Systems, welches sich aus Faktionen und einem individualisierten Wahlkampf zusammensetzt, konnte sich in Japan eine erstaunliche Parteidisziplin herausbilden. So wird in Parlamentsabstimmungen zumeist nicht individuell, sondern gemäß der vorgeschriebenen Parteilinie abgestimmt. Dies ist wiederum auf zahlreiche Sanktionsmöglichkeiten innerhalb der Faktionen zurückzuführen, indem „Querulanten“ ein weiterer politischer und beruflicher Aufstieg verwehrt werden kann.

Die große Bedeutung persönlicher Beziehungen hat in der Vergangenheit zur Herausbildung zahlreicher informeller Beziehungen zwischen Parteien und der Wirtschaft geführt. Dies hat eine Vielzahl an Antikorruptionsmaßnahmen zur Folge gehabt. Zuletzt widmete sich Ex-Premier *Koizumi* sehr stark der Bekämpfung der Korruption in der japanischen Politik. Im Rahmen dieser Maßnahmen setzte er auch erstmalig unabhängig von den bestehenden Faktionen einzelne Minister ein.

Die öffentliche Parteienfinanzierung gehört nach einer entsprechenden Reform im Jahr 1994 zu den höchsten der Welt. Der Staat stellt hierbei pro Einwohner eine Summe in Höhe von 250 Yen (ca. 2 Euro) bereit. Die Verteilung dieser Mittel erfolgt anschließend entsprechend der Mandatsverteilung im Parlament. Qualifiziert für den Erhalt der staatlichen Parteienfinanzierung sind sämtliche Parteien mit mindestens fünf Abgeordneten im Ober- oder Unterhaus sowie Parteien, die bei nationalen Wahlen einen Stimmenanteil von über 2 Prozent auf sich vereinigen konnten.

Insgesamt wurden so im Jahr 2006 über 180 Millionen Euro Wahlkampfhilfe ausgeschüttet. Diese hohe Summe wurde mit der Reform von 1994 eingeführt, um der zu dieser Zeit grassierenden Korruption Einhalt zu gebieten. Neben dem bestehenden System der staatlichen Parteienfinanzierung treiben die Parteien allerdings auch weiterhin Spenden von Privatpersonen und aus der Wirtschaft ein. Daneben stellen Mitgliederbeiträge eine wichtige Einnahmequelle dar. Auch werden regelmäßig Veranstaltungen zur Eintreibung von Geldmitteln, sogenannte *Fundraiser*, abgehalten.

Der Wahlkampf in Japan kann grob in drei Phasen unterteilt werden, wobei der eigentliche Wahlkampf, also das gezielte Anwerben von Wählerstimmen, nur in einem sehr begrenzten Zeitrahmen zulässig ist. So darf bei Unterhauswahlen der Wahlkampf maximal 12 Tage, bei Oberhauswahlen indes maximal 17 Tage vor der Wahl beginnen, wobei am eigentlichen Wahltag kein Wahlkampf mehr zulässig ist. Weiterhin ist die Zahl der Druckerzeugnisse, die während des Wahlkampfes verteilt werden dürfen, streng limitiert. Auch die Aktualisierung politischer Webseiten während des Wahlkampfes ist nicht zulässig. Selbst die Zahl der Mitarbeiter, die von Politikern während des Wahlkampfes eingesetzt werden dürfen, ist an enge staatliche Vorschriften gekoppelt.

Parteien im Kurzprofil

Liberaldemokratische Partei (LDP) (Jimintō):

Die LDP, die von 1955 bis Sommer 2009 mit einer lediglich zweijährigen Unterbrechung in den Jahren 1993-94 die Regierung stellte, gilt als gemäßigt konservativ, wirtschaftsnah und proamerikanisch. Die Angaben zu den Mitgliederzahlen schwanken stark – zwischen einer und fünf Millionen zahlenden Mitgliedern, weil die Grenzen zwischen formalen Mitgliedern und Spendern nicht eindeutig geklärt sind. Durch ihre nahezu ununterbrochene Beteiligung an der Regierung haben sich insbesondere in der LDP die bereits angesprochenen informellen Bindungen zwischen Politik und Wirtschaft sehr stark herausbilden können, was in der Wirtschaftsnähe der Politik der LDP einen starken Ausdruck findet. Die LDP entstand im Jahr 1955 als Ergebnis der „Konservativen Fusion“ zwischen der *Demokratischen Partei* und der *Liberalen Partei*. Die Basis der LDP befindet sich vornehmlich in den ländlichen Regionen Japans. Wichtigste Persönlichkeit der LDP war bis zu seiner Wahlniederlage im August 2009 der Parteivorsitzende und Premierminister Taro Aso.

Demokratische Partei (DPJ) (Minshutō):

Die *Demokratische Partei*, die erst 1998 als Zusammenschluss aus vier kleineren Oppositionsparteien und übergetretenen LDP-Abgeordneten gegründet wurde, ist seither ein Knotenpunkt für weite Teile der Opposition. Aufgrund der großen Diversität ihrer Mitglieder lässt sich eine politische Stoßrichtung nicht genau eingrenzen, ist auf dem politischen Spektrum aber eher als „Mitte-links“ einzuordnen. Die DPJ ist die größte Oppositionspartei in Japan und rekrutiert ihre Wählerstimmen vornehmlich in den städtischen Ballungszentren des Landes. Die Faktionen innerhalb der Partei stützen sich größtenteils auf die Parteizugehörigkeit der einzelnen Mitglieder vor der Fusion im Jahr 1998. Aus der Oberhauswahl im Jahr 2007 und der Wahl zum Unterhaus im August 2009 ging die DPJ als stärkste Kraft hervor. Damit ist sie einem ihrer politischen Hauptziele, Japan zu einem Zweiparteiensystem zu machen, ein Stück näher gekommen.

New Komeito Party (NKP)

Die *New Komeito Party*, wörtlich übersetzt Gerechtigkeitspartei, war bis Sommer 2009 als Juniorpartner an der Regierung beteiligt. Es handelt sich hierbei um eine gemäßigt-konservative Partei, die 1998 aus einer bereits im Jahr 1964 von Mitgliedern der buddhistischen Vereinigung *Soka Gakkai* gegründeten Partei hervorging. Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerpartei ist ihr politisches Programm sehr viel weniger eindeutig und in seiner Ausrichtung stärker auf das Programm der LDP zugeschnitten, mit der sie seit 1999 in Koalitionen zusammenarbeitet. Derzeit besteht die Partei nach eigenen Angaben aus etwa 400.000 zahlenden Mitgliedern.

Sozialdemokratische Partei (SDP) (Shamintō)

Die SDP war bis Mitte der 1990er Jahre die größte Oppositionspartei in Japan, ist aber seit der Gründung der DP, in die zahlreiche ihrer ursprünglichen Mitglieder eingetreten sind, nur noch als kleine Partei einzuordnen. Ihre Politik ist gemäßigt, ihre politischen Hauptforderungen liegen innenpolitisch in der Einführung einer besseren Sozialfürsorge, außenpolitisch insbesondere in der Beibehaltung des Artikel 9 der Verfassung, der einen Einsatz japanischer Streitkräfte außer zur Selbstverteidigung ausdrücklich verbietet. Die SDP ist die einzige japanische Partei, die momentan Mitglied einer internationalen Parteienorganisation, nämlich der Sozialistischen Internationale, ist. Sie ist die Nachfolgepartei der Sozialistischen Partei Japans und besteht unter dem derzeitigen Namen seit dem Jahr 1996. 1994 stellte ihre Vorgängerpartei SDP

den japanischen Premierminister in ihrer Funktion als größte Oppositionspartei innerhalb des damaligen Acht-Parteien-Bündnisses.

Kommunistische Partei Japans (JCP)

Mit etwa 400.000 eingetragenen Mitgliedern in über 25.000 Ortsverbänden ist die JCP die größte kommunistische Partei der Welt, die nicht an einer Regierung beteiligt ist. Ihre Ziele liegen in der Schaffung einer Gesellschaft, die auf den ideologischen Werten des Sozialismus fußt, sowie in der Abschaffung von Marktwirtschaft. Ein anderer wichtiger Bestandteil ihres Programms ist die Aufhebung des amerikanisch-japanischen Militärbündnisses, welches sie als Hindernis für die japanische Souveränität erachtet. Die Stimmzahl, die die JCP in den vergangenen Jahren auf sich vereinigen konnte, ist rückläufig. Bei den Parlamentswahlen 2003 verbuchte die JCP noch 8,2% der Stimmen. Im Jahr 2005 erreichte sie nur noch 7,3%, bei den Unterhauswahlen 2009 7,0% der Stimmen. Beobachtern zufolge kommt der JCP allerdings eine besondere Rolle als Oppositionspartei zu, da sie die einzige Partei ist, die bisher noch nicht von den konservativen Parteien kooptiert wurde.

People's New Party (PNP)

Die *People's New Party* ist eine erst im August 2005 gegründete konservative Partei. Sie entstand aus Protest einer postnahen Faktion innerhalb der LDP gegen ein Postgesetz der Regierung *Koizumi*. Aufsehen erregte die Partei lediglich im Jahr 2007, als sie dem mittlerweile in Peru unter Arrest stehenden ehemaligen Präsidenten Perus, *Alberto Fujimori*, eine Kandidatur für einen Sitz im Oberhaus antrug.

PARTNERPARTEIEN UND KOOPERATION DER KAS

Eine institutionalisierte Parteienkooperation in Japan gibt es seitens der Konrad-Adenauer-Stiftung bisher nicht, denn exklusive Partnerschaften mit einer politischen Stiftung aus dem Ausland sind aufgrund der rechtlichen Lage in Japan schwer möglich. Daher verfolgt die KAS den alternativen Ansatz, mit gesellschaftspolitischen Instituten und *Think Tanks* zu kooperieren, die sich im vorpolitischen Raum engagieren.

Allerdings haben sich in der Vergangenheit zahlreiche Kontakte zu Vertretern politischer Parteien ergeben. Aspekte der Zusammenarbeit sind u.a. Einladungen von Repräsentanten aus Partei und Fraktion zu in Deutschland stattfindenden Studienprogrammen, zu

von der KAS und CDI *Asia-Pacific* veranstalteten Workshops, zur Teilnahme an ICAPP und an der ASEAN *People Assembly* (APA). Insbesondere die Einbindung von Parlamentariern in die Foren der regionalen Parteienkooperation und die Förderung des politischen Dialogs über CDI *Asia-Pacific* sowie die Zusammenarbeit zwischen der KAS und ost- bzw. südostasiatischen *Think Tanks* bei der Organisation gemeinsamer Seminare stehen in der künftigen Parteienkooperation mit japanischen Partnern im Vordergrund.

Dr. Colin Dürkop

Landesbeauftragter der KAS für Korea und Japan

- 1) *Zariski, Raphael. 1960. „Party Factions and Comparative Politics: Some Preliminary Observations“, in: Midwest Journal of Political Science 4, 1, S. 26-51, S. 33.*

2. REPUBLIK KOREA

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Republik Korea ist eine präsidentiale Republik. Das Staatsoberhaupt, der Präsident, wird vom Volk durch Direktwahl für eine einmalige Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Er ernennt das Kabinett, welches sich aus dem Präsidenten, dem Premierminister und bis zu 30 Ministern zusammensetzt. Die Kabinettsmitglieder sind in der Regel keine Mitglieder der Nationalversammlung. Die Exekutive wird durch die Legislative, welche formell unabhängig von Präsidenten ist, kontrolliert. Die politische und administrative Gewalt liegt beim Präsidenten, während die Nationalversammlung dazu berechtigt ist, eine parlamentarische Untersuchung gegen die Regierung zu initiieren sowie das Kabinett zu entlassen. Der Präsident wiederum hat laut Gesetz die Macht das Parlament aufzulösen. Hiervon wurde bisher jedoch erst einmal, im Jahre 1972, Gebrauch gemacht.

Vor der Demokratisierung Südkoreas hatte der Präsident die vollkommene Kontrolle über die Nationalversammlung und war befugt, die Repräsentanten der Regierungspartei selbst auszuwählen. Mit dem Einzug der Demokratie im Jahre 1987 hat die Einflussnahme des Präsidenten zwar abgenommen, im internationalen Vergleich verfügt der koreanische Staatspräsident jedoch weiterhin über eine relativ machtvolle Stellung. Er verfügt über den Kabinettsvorsitz und somit die Möglichkeit der Ernennung und Entlassung des Premierministers und der übrigen Kabinettsmitglieder. Des Weiteren verfügt er über indirekte Vollmachten zur Gesetzinitiierung sowie ein allgemeines parlamentarisches Vetorecht. Durch die starke politische Zentralisierung Südkoreas wird die Macht des Präsidenten ebenfalls gestützt. Hieran konnten auch die bislang durchgeführten Dezentralisierungsmaßnahmen nicht viel ändern, obwohl durch die seit dem Jahre 1995 etablierten Wahlen der Provinzregierungen auch Oppositionspolitiker an Einfluss und Macht gewinnen konnten.

Die koreanische Nationalversammlung ist ein Einkammerparlament, welches sich aus mindestens 200 (derzeit 299, inklusive Parlamentssprecher)

Abgeordneten zusammensetzt. Die Parlamentswahlen finden alle vier Jahre statt. Der Großteil der Abgeordneten wird durch Mehrheitswahl direkt bestimmt, während 56 Sitze nach dem Zweitstimmenanteil vergeben werden. Es existiert keine prozentuale Hürde, um einen Sitz in der Nationalversammlung zu erlangen, so dass die Kandidaten auch unabhängig vom Abschneiden ihrer Partei einen Sitz erlangen können. Es ziehen daher auch viele parteiunabhängige Kandidaten ins Rennen. Dies ist vor allem dann häufig zu beachten, wenn diese von der Partei nicht nominiert wurden oder sich als unabhängiger Kandidat mehr Chancen erhoffen. Bei den letzten Parlamentswahlen im April 2008 wurden 245 Sitze durch Direktwahl vergeben. 54 Sitze wurden proportional nach Wahlergebnis an die Parteien verteilt. Die Präsidentschaftswahlen sowie die Wahlen zur Nationalversammlung sind die beiden wichtigsten Wahlen im südkoreanischen politischen System. Die Wahlen sind allgemein, frei, gleich und geheim und erfüllen somit demokratische Standards. Gewählt werden darf ab dem 19 Lebensjahr.

Die Finanzierung der südkoreanischen Parteien wird durch den *Political Fund Act* festgelegt, welcher seit Februar 1965 besteht, und Transparenz und gleiche Voraussetzungen gewährleisten sollten. Laut dem *Political Fund Act* sind die Finanzierungsmöglichkeiten politischer Parteien auf die folgenden Einnahmequellen beschränkt: Mitgliedsbeiträge, Spenden, staatliche Subventionen sowie sonstige Einnahmen durch Darlehen oder den Verkauf von Publikationen oder Vermögensgegenständen. Spenden und Mitgliedsbeiträge stellen jedoch nur geringe und relative unsichere Einnahmequelle für die Parteien dar, so dass die Parteien sehr stark von staatlichen Subventionen abhängig sind. Die staatlichen Subventionen machen somit den Großteil der Parteienfinanzierung aus und werden proportional nach der Anzahl der erreichten Sitze in der Nationalversammlung vergeben. Zudem hat jeder Abgeordnete die Möglichkeit, über eigene Unterstützerguppen Geld für den Wahlkampf zu sammeln. In der Vergangenheit konnten auch Unternehmen Geld für einzelne Abgeordnete oder die Partei spenden. Dies ist jetzt jedoch nicht mehr gestattet und es

werden nur noch Spenden durch Individuen zugelassen. Die Höhe der Spenden, welche ein solcher Unterstützerkreis jährlich erhalten darf ist ebenfalls reglementiert. Die Überprüfung der Vorgaben und deren Einhaltung erfolgt durch die Nationale Wahlkommission. Exemplarisch machten die staatlichen Subventionen für die beiden größten Parteien im Jahre 2006 42,9% (*Grand National Party*) bzw. 61,8% (*Uri Party*, jetzige *Democratic Party*) des Gesamtbudgets aus. Staatliche Subventionen wurden in den 1980er Jahren ursprünglich zur Kontrolle der Parteien durch die Regierung eingeführt und sind bis 2004 stetig angestiegen. Zu den allgemeinen Subventionen, welche vor allem die operativen Ausgaben der Partei abdecken, kommen seit 1991 noch die staatlichen Subventionen für den Wahlkampf hinzu. Seit 2004 zeichnet sich der Trend ab, dass die staatlichen Subventionen durch die Regierung zugunsten von mehr politischer Autonomie für die Parteien zurückgefahren werden. Zudem ist die südkoreanische Regierung darum bemüht, den Grad an Transparenz stetig zu erhöhen. Der höhere Grad von Restriktionen bei den Parteispenden sowie die Reduzierung der staatlichen Subventionen stellt alle Parteien gleichermaßen vor Finanzierungsprobleme.

PARTEIENSYSTEM

In der noch jungen Demokratie Südkoreas sind die politischen Parteien zwar bereits die wichtigsten Träger der politischen Willensbildung. Die letzten beiden Wahlen (Präsidentschafts- (2007) und Parlamentswahlen (2008)) haben aber nochmals deutlich die Schwächen des koreanischen Parteiensystems offenbart. Politische Parteien verfolgten immer noch primär konfliktorientierte Strategien und eine an Personen ausgerichtete Politik zum Nachteil von gefestigten, mit der Partei identifizierbaren Parteiprogrammen und Zielen. Für den Wähler erschweren sich hierdurch die inhaltliche Abgrenzung und der Meinungsbildungsprozess. Verdeutlicht wird dies beispielsweise an der historisch niedrigen Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen im April 2008, bei welchen lediglich 46% der 37,8 Millionen Wahlberechtigten (2003: 61%) ihre Stimme abgaben.

Südkoreanische Parteien haben durchschnittlich eine Lebenserwartung von drei Jahren und sind in der Regel Zweckbündnisse mit starkem regionalem Bezug, welche sich an charismatischen Führungspersönlichkeiten orientieren. Als solche verfügen sie häufig über keine solide Partei- und Wählerbasis und lösen sich bei Nichterfolg auch wieder auf, nur um wenig später mit nur geringen Änderungen und unter neuem Namen neu gegründet zu werden. Dies hat zur Folge, dass

Abgeordnete häufig auch einmal die Partei wechseln oder als Unabhängige antreten, um so bessere Chancen für die Wiederwahl zu erlangen. Exemplarisch hierfür sind die aktuellen Nachwahlen (April 2009) zu den Parlamentswahlen von 2008. Als der ehemalige Parteivorsitzende und Präsidentschaftskandidat der jetzigen *Democratic Party*, Chung Dong-young, durch die eigene Partei nicht als Kandidat aufgestellt wurde, verließ dieser kurzerhand die Partei und trat als Unabhängiger mit dem Versprechen an, nach dem Sieg wieder zur Partei zurückkehren zu wollen.

Südkoreas Parteienspektrum lässt sich grundsätzlich in ein progressives und konservatives Lager unterteilen. Dabei dominieren die beiden größten Parteien, die regierende *Grand National Party* sowie die oppositionelle *Democratic Party*. Inhaltlich unterscheiden sie sich vor allem in ihrer Wohlfahrts- und Wirtschaftspolitik sowie in ihrer Außen- und Nordkoreapolitik.

In der Nationalversammlung sind derzeit sechs Parteien vertreten, welche sich wie folgt charakterisieren lassen.

Parlamentswahlen			
Jahr	Partei	Stimmen (%)	Sitze
1996	Grand National Party (GNP) – Regierungspartei	34,5	122
	Millennium Democratic Party (MDP)	25,3	98
	United Liberal Democrats (ULD)	16,2	50
Total			270
2000	Grand National Party (GNP) – Regierungspartei	39,0	133
	Millennium Democratic Party (MDP)	35,9	115
	Democratic Labor Party (DLP)		0
	Sonstige		17
Total			265
2004	Uri Party – Regierungspartei	38,3	152
	Grand National Party (GNP)	35,8	121
	Democratic Labor Party (DLP)	13,0	10
	Millennium Democratic Party (MDP)	7,0	4
	Sonstige		12
Total			299
2008	Grand National Party (GNP) – Regierungspartei	51,2	153
	Democratic Party (DP)	27,1	81
	Liberty Forward Party (LFP)	6,0	18
	Pro-Park Geun-hye Alliance	4,7	14
	Democratic Labor Party (DLP)	1,7	5
	Creative Korea Party (CKP)	1,0	3
	Sonstige	8,4	25
Summe			299

Quelle: National Election Commission

Die konservative *Grand National Party* (GNP) ist seit April 2008 südkoreanische Regierungspartei. Die Wurzeln der Partei liegen in den Anfängen der Militärdiktatur unter Park Chung-hee und der *Democratic Republican Party* (1963). Unter neuer Führung erfolgten mehrere Umbenennungen: *Democratic Justice Party* (1980), *Democratic Liberal Party* (1993), *New Korea Party* (1995), aus der dann nach Fusion mit der kleineren *Democratic Party* im Jahre 1997 die *Grand National Party* hervorging. Nach 37 Jahren verlor die Partei 1998 mit dem Wahlsieg von Kim Dae-jung von der *Centrist Reformists Democratic Party* ihre Macht und musste erstmals in ihrer Geschichte in die Opposition gehen. Seit 2008 ist die GNP nun wieder Regierungspartei. Die GNP steht für die folgenden Ansichten: Die GNP ist Befürworterin einer Freien Marktwirtschaft und neoliberalen Wirtschaftspolitik, gegenüber Nordkorea betont die GNP die Wichtigkeit der Reziprozität der Beziehungen und legt großen Wert auf die Allianz mit den USA sowie gute Beziehungen mit Japan. Gegenüber China und Russland nimmt GNP dagegen eine etwas zurückhaltende Position ein. Ihre Wählerschaft kommt vor allem aus der älteren Generation und den gesellschaftlich wohlhabenden Bevölkerung. Regionale Hochburgen bestehen in der Gyeongsang- und Gangwon-Provinzen sowie in Seoul.

Die *Democratic Party* (DP) ist die größte Oppositionspartei und dem progressiven Lager zuzuordnen. Allein in den letzten fünf Jahren hat die Partei zahlreiche Umbenennung, Auflösungen und Fusionen erlebt und trägt den neuen Namen nun seit Juli 2008. Grundsätzlich ist sie aber aus der ehemaligen Uri Party hervorgegangen, welche sich stark mit dem ehemaligen Präsidenten Roh Moo-hyun identifizierte und auch die letzte Regierungspartei stellte. Die *Uri Party* ist wiederum aus der *Millennium Democratic Party* (MDP) (2004) hervorgegangen. Ideologisch steht sie für eine Politik des sozialen Ausgleichs, die friedliche Annäherung und Aussöhnung mit Nordkorea in Form der „Sonnenschein-Politik“ und eine kritische Haltung gegenüber den USA. Regionale Hochburgen befinden sich in der Jeolla-Provinz. Die Partei ist bei Wählern unter 40 Jahren beliebt sowie bei Akteuren der Demokratisierungsbewegung.

Die *Liberty Forward Party* (LFP) stellt derzeit mit 18 Sitzen in der Nationalen Volksversammlung die drittgrößte Partei dar. Vorsitzender und Gründer der Partei ist der ehemalige GNP-Vorsitzende Lee Hoi Chang, der sich 2007 im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes von der GNP distanzieren wollte. Die meisten Abgeordneten wurden in der Chungcheong-Provinz gewählt.

Die *Pro-Park Alliance* wurde am 28. September 2007 von Abgeordneten der GNP gegründet. Sie ist Produkt des bestehenden Fraktionalismus innerhalb der GNP zwischen den Anhängern der ehemaligen Parteivorsitzenden Park Geun-hye und den Anhängern von Präsident Lee Myung-bak. Nachdem zahlreiche Anhänger von Park Geun-hye bei den 18. Parlamentswahlen durch die GNP nicht als Kandidaten aufgestellt wurden, traten diese kurzerhand aus der Partei aus und gründeten die „Pro-Park Alliance“. Anmerkung: Auch aus den Reihen der 25 neu gewählten „unabhängigen“ Abgeordneten wird die Mehrheit dem konservativen Lager von Park Geun-hye, des ehemaligen Parteivorsitzenden der GDP, zugerechnet.

Die *Democratic Labor Party* (DLP) wurde im Januar 2000 gegründet und betont „Demokratie, Gerechtigkeit und Befreiung“ als höchste Werte. Sie wurden mit Hilfe der Gewerkschaften gegründet und bedient das Spektrum links von der Mitte. Sie setzt sich für eine Kooperation mit Nordkorea ein und ist den USA gegenüber kritisch eingestellt. Die Wählerschaft rekrutiert sich aus den jüngeren Generationen und dem Kreis der Intellektuellen. Die DLP hat keine regionale Hochburg, Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2002 hatte ihr Kandidat Kwon, Young Gil 3,9% der Stimmen erhalten und lag nach Roh Moo-hyun und Lee Hoi Chang an dritter Stelle. Derzeit ist die DLP mit fünf Sitzen in der Nationalversammlung vertreten.

Die *Creative Korea Party* (CKP) wurde im Oktober 2007 von Moon Kook Hyun gegründet. Sie ist als progressiv einzustufen und aus der ehemaligen Uri-Partei entstanden. Moon ist CEO von Yuhan Kimberly, einer koreanischen Hygienefirma, gewesen und neu in der Politik. Die CKP ist vor allem bei der jungen Generation populär und rekrutiert ihre Wählerschaft aus Seoul und Umgebung.

PARTNERPARTEIEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Die KAS Korea hat in der Vergangenheit mit keiner Partei exklusiv zusammengearbeitet. Seit 2006 wird auf Basis gemeinsamer Interessen und Werte vor allem der Austausch mit der GNP intensiviert. Dies geschieht insbesondere durch den Austausch mit dem Parteieninstitut der GNP (Youido Institute), sowie über gute Kontakte zur Parteiführung der GNP.

Die *Grand National Party* hat von allen politischen Parteien Südkoreas die längste Parteihistorie. Nach zehn Jahren in der Opposition ist die GNP nun wieder an der Macht. Ihr Präsidentschaftskandidat Lee Myung-bak ist 2007 aus den Wahlen siegreich hervorge-

treten und seit den Parlamentswahlen 2008 hat sie mit derzeit 170 von 299 Sitzen (Stand: Mai 2009) die Mehrheit im Parlament. Die Partei stellt zudem 12 der 16 Provinzgouverneure und Oberbürgermeister der Großstädte und ist auch in den Stadt- und Provinzparlamenten mit 529 von 733 Sitzen stark vertreten. Organisatorisch besteht die Partei aus einer zentralen Partei und 16 Provinz- und Stadtparteien. Die GNP hat circa 1,8 Millionen Parteimitglieder (Stand: Mai 2009) und finanziert ihre Parteiaktivitäten in erster Linie über staatliche Subventionen, gefolgt von Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Seit Juni 1989 ist die GNP Mitglied der IDU und zudem Gründungsmitglied der ICAPP (2000).

Die GNP ist eine konservative Partei, welche sich den Ideen einer freien Marktwirtschaft und neoliberalen Wirtschaftspolitik verpflichtet fühlt. Hierdurch unterscheidet sie sich von den progressiven Parteien, welche sich der Überwindung sozialer Disparitäten und Ansätzen einer Sozialen Marktwirtschaft verschrieben haben. Innenpolitisch setzt sich die GNP vor allem für die Wiederbelebung der Wirtschaft, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Reform des Bildungssystems ein. In der Außenpolitik betont die GNP die Wichtigkeit der Allianz zu den USA und guter Beziehungen mit Japan. Charakteristisch für die GNP ist auch ihre Nordkoreapolitik, in welcher sie die Wichtigkeit von Reziprozität in den Beziehungen betont und die Denuklearisierung Nordkoreas als Voraussetzung für eine Kooperation sieht.

Aufgrund ihrer harten Haltung ist die Beziehung zu den meisten Nichtregierungsorganisationen (NRO), welche in der Regel ihren Ursprung in der Demokratisierungsbewegung haben und traditionell dem progressiven Lager zuzuordnen sind, eher schlecht. Zahlreiche NROs mussten beispielsweise aufgrund von Demonstrationsteilnahmen gegen den Rindfleischimport aus den USA im Rahmen des geplanten gemeinsamen Freihandelsabkommens einen Rückgang bzw. Ausfall staatlicher Subventionen hinnehmen. Es gibt aber auch einige konservative NROs, welche gute Kontakte zu der GNP pflegen.

Innerhalb der GNP existieren zwei große Fraktionen. Den Anhängern des amtierenden Präsidenten Lee Myung-bak stehen die Sympathisanten der ehemaligen Parteivorsitzenden Park Geun-hye gegenüber, welche in den parteiinternen Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur Ende 2007 Präsident Lee Myung-bak nur knapp unterlegen war. Trotz Bemühungen des Präsidenten ist es bisher noch nicht gelungen beide Gruppierungen zu einen und die internen Machtkämpfe zu unterbinden. Die Spaltung der Partei spie-

gelt sich unter anderem in den letzten Parlamentswahlen wieder, in deren Vorlauf darum gestritten wurde, ob und welche Kandidaten der jeweiligen Lager offiziell für die Partei aufgestellt werden sollten. Wie bereits beschrieben resultiert dies unter anderem in kurzfristigen Parteiaustritten.

Wie alle südkoreanischen Parteien, welche Empfänger staatlicher Zuwendung sind, ist auch die GNP seit 2004 laut Parteiengesetz dazu verpflichtet, ein eigenes Parteiinstitut für politische Bildung und Politikanalyse zu unterhalten. Die Entwicklung und Erforschung einer bestimmten Parteienpolitik und ihre programmatische Legitimation wird im Parteiengesetz als Sinn und Zweck der Parteieninstitute festgelegt. Die Parteieninstitute in Korea sind teilautonome Instrumente der Parteien mit der Aufgabe, unabhängig von der Partei, langfristige politische Forschung zu betreiben und auf der Basis wissenschaftlicher Analysen mit Ideen und Anregungen auf die politische Arbeit der Partei einzuwirken. Zudem sollen sie an der politischen demokratischen Bildung der Bürger mitwirken, die es über wichtige neue politische Ideen und Anschauungen zu informieren gilt. Dadurch sollen sie den Bürgern eine aktive Teilnahme an der Willensbildung in den Parteien ermöglichen. In der Realität ist das politische Bildungsangebot jedoch noch sehr eingeschränkt und auch nicht jedermann zugänglich, so dass es hier noch sehr viel Entwicklungsbedarf gibt. Neben dem Parteiinstitut existieren noch weitere Einrichtungen, welche zum einen politischen Nachwuchs und zum anderen weibliche Führungskräfte in der Partei heranbilden sollen.

Zu den wichtigsten Entscheidungsorganen der GNP gehören:

- **Parteikonvent (*Party Convention*):** höchstes legislatives Organ der Partei. Er setzt sich aus circa 10.000 Parteimitgliedern zusammen, welche unterschiedliche Organisationen innerhalb der Partei repräsentieren. Zu den Aufgaben gehören die Formulierung und Verabschiedung der Parteiverfassung, die Entscheidung über die Auflösung und Fusion der Partei, die Wahl des Vorsitzenden des *Supreme Council*, die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten und die Verabschiedung der wichtigen Parteientscheidungen.
- **Nationalkomitee (*GNP National Committee*):** es besteht aus höchstens 1.000 Delegierten und hat beratende Funktion. Unter anderem entscheidet es über die Ausrichtung der Parteipolitik und die Wahl der Mitglieder des Obersten Rates (*Supreme Council*).

- **Oberster Rat (*Supreme Council*)** ist das höchste beratende Organ. Den Vorsitz über den Obersten Rat hat der Parteivorsitzende, welcher offiziell das wichtigste Amt in der Partei bekleidet.

KOOPERATION DER KAS

Seit 2006 hat die KAS unter Einbeziehung der Parteieninstitute der koreanischen Parteien mehrere Workshops sowie zwei Konferenzen zum Thema Parteidemokratie und der Rolle von politischen Stiftungen durchgeführt. Dies mit dem Ziel, die Rolle der Parteieninstitute in Korea insbesondere im Bereich der Politischen Bildung weiter auszubauen. Der Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und koreanischen Parteien und Experten wurde dabei einerseits durch Deutschlandreisen und andererseits durch die Durchführung von Expertenseminaren in Korea unterstützt. Zu einem Gedankenaustausch zwischen der Führungsebene der CDU und GNP kam es Dank des Engagements der KAS ebenfalls mehrfach in den letzten Jahren. Mit dem Parteiinstitut des GNP sollen zudem öffentliche Bildungsmaßnahmen zu aktuellen Themen organisiert und die Kooperation weiter ausgebaut werden. Daneben kooperiert die KAS 2009 erstmals in der parteilichen Nachwuchsförderung direkt mit der GNP. Diese soll auf kommunaler und nationaler Ebene unterstützt werden. Die GNP hat großes Interesse signalisiert, diese Kooperation weiter auszubauen und auch politischen Nachwuchs zur Ausbildung nach Deutschland zu schicken. Letztendlich ist die Kooperation mit der Partei und dem Parteiinstitut sehr stark von einzelnen Persönlichkeiten abhängig, was den Aufbau von Programmen und Partnerschaften – bedingt durch ständige Personalwechsel – stark erschwert.

*Marc Ziemek
Landesbeauftragter der KAS für Korea
(bis 31. August 2009)*

3. MONGOLEI

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Als Ausgangspunkt für diese Kurzanalyse bietet sich aus faktischen und historischen Erwägungen das Jahr 1990 an. Von da an durchläuft die Mongolei in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht einen umfassenden Transformationsprozess. Das Land gehörte seit 1921 bzw. 1924 (offizielle Gründung der Mongolischen Volksrepublik MVR) bis Ende 1989 zum kommunistischen Staatenblock. Vorher war es für ca. 300 Jahre Teil des chinesischen Kaiserreichs. Somit war bis 1989 eine selbstständige und insbesondere unabhängige Außen- und Innenpolitik faktisch nicht möglich. Im 20. Jahrhundert war die Mongolei ein „klassischer“ Satellitenstaat der Sowjetunion und im Vergleich zu den anderen „Ostblockländern“ sicherlich dasjenige mit dem höchsten Grad an Abhängigkeit. Dies ergab sich auch aus der Rolle der ehemaligen Sowjetunion als „Schutzmacht“ für die Mongolei gegenüber den chinesischen Ansprüchen. Das politische System war geprägt durch die eng an die sowjetischen Vorgaben gebundene Einparteienherrschaft der Mongolischen Revolutionären Volkspartei (MRVP). Das kommunistische System in der Mongolei war somit überwiegend extern stabilisiert und im Grunde genommen durch die Gegnerschaft zwischen den kommunistischen „Supermächten“ Sowjetunion und VR China determiniert.

Im Zuge der „Perestroika“ zog die Sowjetunion bereits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre den Großteil der militärischen Truppenverbände aus der Mongolei ab, welche in erster Linie gegen China gerichtet waren. Gleichzeitig wurde die wirtschaftliche Unterstützung des Landes erheblich reduziert, wodurch die oben beschriebene externe Stabilisierung der Mongolei schwand. Erste oppositionelle Gruppen und Parteien entstanden bereits Ende 1989, die auf die Etablierung eines pluralistischen Mehrparteiensystems insistierten. Im Juli 1990 wurden erste Mehrparteiwahlen zum so genannten Kleinen Staatskhural abgehalten, in dem Abgeordnete oppositioneller Parteien immerhin 22 von 53 Sitzen inne hatten. Das wohl wichtigste Ergebnis der oppositionellen Aktivitäten in diesem Zeitraum war die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die im Januar 1992 in Kraft trat und in der

ein parlamentarisch-präsidentielles System festgeschrieben wurde. Künftige Regierungen sollen von einem Ministerpräsidenten geführt werden, der auf der Basis der Mehrheitsverhältnisse im Parlament bestimmt wird. Staatsoberhaupt ist ein Präsident, der direkt vom Volk gewählt wird. Dieser muss von Parlament bestätigt werden. Der Staatspräsident hat Vetorecht gegenüber allen vom Parlament verabschiedeten Gesetzen. Dessen Veto wiederum kann nur durch eine Zweidrittelmehrheit des Parlaments außer Kraft gesetzt werden.

Ein letzter, wesentlicher Schritt zur Konstituierung der jetzigen politischen Verfasstheit des Landes wurde im April 1992 mit dem Inkrafttreten eines Mehrheitswahlrechts etabliert. Seither existiert auf nationaler Ebene ein Einkammernparlament. Höchste Volksvertretung ist der so genannte „Große Staatskhural“. Auf der Basis dieses Wahlrechts, das in den folgenden Jahren lediglich einige Modifizierungen, beispielsweise bei der Aufteilung der Wahlbezirke, erfuhr, wurden bisher fünf demokratische Wahlen zum nationalen Parlament abgehalten, zuletzt im Juni 2008. Es ist zu konstatieren, dass im Rahmen des parlamentarisch-präsidentiellen Systems der Mongolei dem nationalen Parlament die wesentlichen Befugnisse zukommen lässt. Gleichwohl gibt es seit einigen Jahren Tendenzen, ein System zu etablieren, das dem Staatspräsidenten mehr Befugnisse zukommen lässt. Bisher konnten allerdings die parlamentarischen Mehrheiten entsprechende Vorstöße für Verfassungsänderungen „abwehren“. Die Parteien und deren Vertreter im nationalen Parlament sind als Träger des „Volkswillens“ anerkannt.

Ein großes Defizit stellt immer noch die äußerst mangelhafte Transparenz bei der Parteienfinanzierung dar. Zum einen gibt es insbesondere bei den im Zuge der politischen Transformation entstandenen oppositionellen bzw. „neuen“ Parteien kein effizientes Erhebungssystem für Mitgliederbeiträge. Die innerparteiliche Finanzierung wird faktisch von einigen wenigen ökonomisch starken Gruppierungen oder Einzelpersonen getragen. Zum anderen kommt bei der seit 1992 größtenteils regierenden MRVP hinzu, dass eine klare Trennung zwischen Regierungsaufgaben und Partei-

arbeit in vielen Fällen nicht deutlich gemacht wird. Somit ist keineswegs auszuschließen, dass Teile der Parteiarbeit aus dem Staatshaushalt bezahlt werden. Wahlkämpfe werden zu einem hohen Maß mit privaten Geldern der Kandidaten bestritten. Zwar gibt es jeweils gesetzlich festgelegte Obergrenzen bezüglich des Mitteleinsatzes. Gleichwohl ist damit die „Grauzone“ im Bereich direkter und persönlicher Zuwendungen zum Zwecke der Wählerwerbung besonders groß. Hinzu kommt, dass die Chancen finanziell geringer ausgestatteter Kandidaten stark eingeschränkt sind. Dies trifft auf die Kandidaten beider großer politischer Parteien zu.

PARTEIENSYSTEM

Das endgültig seit 1992 etablierte Mehrparteiensystem ist zwar im Einzelnen durch ständige Veränderungen, Neugründungen bzw. sich wandelnde Bündnisse geprägt. Aber im Wesentlichen wurde der bisherige Transformationsprozess durch zwei große parteipolitische Gruppierungen bestimmt, auch wenn insgesamt mehr als 20 Parteien offiziell registriert sind. Diese beiden Gruppen werden durch folgende Parteien repräsentiert:

MRVP

Die ehemalige kommunistische Staatspartei MRVP, die sich freilich schon in den 1990er Jahren zu einer international anerkannten, demokratischen Partei entwickelt hat und seit 2001 Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, regierte von 1992-1996 sowie von 2000-2004 mit jeweils absoluter Mehrheit, von 2004-2008 mit parlamentarischen Mehrheiten, jedoch in wechselnden Regierungen unter Beteiligung der Demokratischen Partei (im Folgenden: DP) und seit Juni 2008 in einer „Großen Koalition“ zusammen mit der DP. Diese erhebliche Dominanz bei den Regierungsbeteiligungen seitens der ehemaligen Staatspartei MRVP führte während der gesamten Phase der Transformation aber nicht dazu, dass der Prozess der Demokratisierung des Landes aufgehalten oder gar rückgängig gemacht wurde. Im Gegenteil, bei der Einführung marktwirtschaftlicher Strukturen als Grundlage der Demokratie hat die MRVP große Verdienste. Ganz wesentliche Entscheidungen für die demokratische Weiterentwicklung des Landes und dessen marktwirtschaftliche Ausrichtung traf die MRVP in der Zeit von 2000 bis 2004, als sie 72 der insgesamt 76 Sitze im Parlament inne hatte und ihr faktisch keine spürbare oder ernstzunehmende Opposition gegenüberstand. Die MRVP, obwohl beispielsweise in Wahlkämpfen zuweilen immer noch als ehemalige kommunistische Staatspartei gebrandmarkt, ist

ein ganz wesentlicher Bestandteil der demokratischen Entwicklung der Mongolei geworden. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass seitens dieser Partei der 1990 eingeschlagene Weg rückgängig gemacht werden soll. Wesentlichen Anteil an diesem Wandlungsprozess der MRVP hatte beispielsweise der jetzt amtierende Staatspräsident *N. Enkhbayar*, der es in den 1990er Jahren als junger Reformler verstand, andere reformorientierte Kräfte innerhalb der Partei wesentlich zu stärken. Die MRVP konnte durch diesen Wandlungsprozess internationale Anerkennung erlangen und ist seit 2001 ordentliches Mitglied der Sozialistischen Internationale. Im Rahmen der Parteienzusammenarbeit ist sie über ihr Forschungsinstitut „Prognos“ Partner der Friedrich-Ebert-Stiftung. In der laufenden Legislaturperiode verfügt die MRVP über 45 Sitze im Großen Staatskhural, ist die führende Kraft als Regierungspartei in einer „Großen Koalition“ und stellt mit *S. Bayar* den Ministerpräsidenten.

Eine grundsätzliche „ideologische“ Ausrichtung der MRVP ist kaum festzustellen. Mit Sicherheit steht die Partei für die Fortsetzung und Stärkung der Demokratie sowie für marktwirtschaftliche Verhältnisse. Man mag die Verortung und Mitgliedschaft der MRVP in der „Sozialistischen Internationale“ als Hinweis sehen, dass sich die Partei generell an einer Programmatik nach dem Vorbild europäischer Sozialdemokratien orientiert. Gleichwohl ist zu bedenken, dass es aus historischen und kulturellen Gründen keine diesbezüglichen Traditionen in der Mongolei gibt. Es ist schwer festzustellen, was in einer sich im kompletten Umbruch befindlichen Nomadenkultur „sozialdemokratisch“ bedeuten könnte.

DP

Unter dem Label „Demokratische Partei“ existiert diese Partei formell erst seit 2003. Faktisch und vor allem personell handelt es sich aber im Kern um die Aktivistinnen der Demokratiebewegung, die sich in Opposition zur MRVP seit Ende der 80er Jahre etablierte. Bis zu Beginn des 21. Jahrhunderts war es im Grunde genommen eine Sammlungsbewegung mit unterschiedlichen Namen, die als „Demokratische Union“ (DU) 1996 einen sensationellen Wahlsieg errang und damals eine Zweidrittelmehrheit im Großen Staatskhural nur ganz knapp verfehlte. Die DU konnte in ihrer ersten Regierungszeit der Entwicklung dieser jungen Demokratie wesentliche Impulse verleihen. Mit zahlreichen Gesetzen schuf sie die Voraussetzung zur Entwicklung marktwirtschaftlicher Verhältnisse. Trotzdem steht – übrigens auch in der Wahrnehmung der damaligen Akteure – diese Zeit im Schatten eines parteipolitischen Debakels. Mangelnde Bindekräfte, die

Unfähigkeit, sich auf ein gemeinsames politisches Programm zu verständigen und ein hohes Maß an Unerfahrenheit im politischen Tagesgeschäft führten dazu, dass die DU in der Legislaturperiode 1996 bis 2000 insgesamt vier Ministerpräsidenten einsetzte und sich das Bündnis zum Schluss vollkommen zerrissen und in innerparteilichen Grabenkämpfen wieder fand. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Fähigkeiten der „Demokraten“ erreichte zwangsläufig einen Tiefpunkt. Bei den folgenden Parlamentswahlen vom Juni 2000 errang die MRVP 72 der insgesamt 76 Sitze im Parlament. Viele Aktivisten der mongolischen Demokratiebewegung waren somit als Regierungsverantwortliche nahezu vollkommen gescheitert. Im Grunde genommen wirkt dieses Trauma der demokratischen Bewegung bis heute fort. Zwar gab es 2003 einen nochmaligen parteipolitischen Zusammenschluss führender Vertreter der Demokratiebewegung in der dann offiziell gegründeten DP. Aber auch diese steht permanent in der Gefahr, in mindestens drei unterschiedliche Gruppierungen zu zerfallen, was gegenüber der äußerlich geschlossen wirkenden MRVP das größte Defizit ist. Aktuell verfügt die DP über 27 Sitze im nationalen Parlament. Nach den letzten Parlamentswahlen nahm die Parteiführung das Angebot der MRVP an, sich an der Regierung zu beteiligen, obwohl die MRVP über eine absolute Mehrheit im Parlament verfügt. Faktisch gibt es damit wieder eine ähnliche Situation wie in der Legislaturperiode zwischen 2000 und 2004: 72 der 76 Abgeordneten gehören zur Regierungsfraktion.¹ Ein weiteres Defizit der Partei besteht darin, dass sie seit mindestens acht Jahren über kein profiliertes und von ihrem Hauptkonkurrenten MRVP deutlich unterscheidbares Programm mehr verfügt. Außer dem Ziel, marktwirtschaftliche Strukturen und – allerdings nicht weiter beschriebene – „demokratische“ Verhältnisse einzuführen, ist eine etwaige „ideologische“ Ausrichtung der Partei kaum auszumachen. Für Marktwirtschaft und Demokratie steht – glaubhaft – auch die MRVP, nur verfügt letztere über mehr Regierungserfahrung. Der DP scheint „das“ Thema zu fehlen, mittels dessen der Wähler überzeugt werden könnte, dass politische Verantwortung bei ihr zu besseren Ergebnissen führen würde. Eine fassbare ideologische Ausrichtung ist derzeit nicht zu erkennen.

CWRP

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts etablierte sich eine dritte parteipolitische Kraft, die auch aus der Demokratiebewegung hervorgegangen ist. Die so genannte „Civil Will Republican Party“ (CWRP) gehört als selbstständige politische Kraft zu den zahlreichen kleinen Parteien. Allerdings ist diese im Gegensatz zu den meisten anderen der mehr als 20 registrierten Par-

teien seit zwei Legislaturperioden durch Abgeordnete im nationalen Parlament vertreten. Zurzeit wird die Partei allerdings nur durch Frau S. Ouyn im Parlament vertreten. Frau Ouyn war im letzten Viertel der vorherigen Legislaturperiode Außenministerin und verfügt über ein hohes Ansehen in der mongolischen Bevölkerung. Allerdings hat die CWRP ausgesprochen fragile und schwache Organisationsstrukturen. Die Partei versucht sich als Interessensvertreter der intellektuellen Mittelschicht und bürgerrechtlich engagierten Mongolen zu profilieren. International will sich die Partei an liberalen Strömungen orientieren und mit diesen Kontakte aufzunehmen. Jedoch sind gerade Angehörige der für die CWRP interessanten Teile der Bevölkerung, wie die vormals in hohem Ansehen stehenden Universitätsprofessoren, Ärzte und Lehrer den sozialen Verwerfungen im Zuge der wirtschaftlichen Transformation besonders ausgesetzt. Und eine neue, intellektuelle Mittelschicht ist nur sehr schwach ausgeprägt. Das Bemühen der Partei um eine wahrnehmbare „ideologische“ Ausrichtung ist zweifellos vorhanden. Aber ein diesbezüglicher durchschlagender Erfolg bei bestimmten Wählergruppen ist noch nicht gegenwärtig. Vor dem Hintergrund einer immer größer werdenden Kritik der Bürgerrechtsbewegungen bzw. auch entsprechender -parteien an den seit fast 20 Jahren tätigen politischen Akteuren von MRVP und DP besteht für die CWRP die Chance, sich als Partei eines „neuen Aufbruchs“ zu profilieren.

Wie bereits erwähnt, weist das offizielle Parteienspektrum mindestens 20 weitere auf. Diese spielen jedoch im parlamentarischen Raum keine Rolle. Auch außerparlamentarisch treten diese als organisierte Partei allenfalls unmittelbar vor Parlamentswahlen öffentlich in Erscheinung. Deshalb kann in diesem Kontext auf eine Beschreibung der verschiedenen Parteien verzichtet werden.

PARTEIENZUSAMMENARBEIT DER KAS

Seit Beginn des Länderprogramms (1993) arbeitet die KAS personell und institutionell mit Vertretern der mongolischen Demokratiebewegung außerhalb der MRVP zusammen. Damit soll nicht ignoriert werden, dass sich die ehemalige Staatspartei im ersten Jahrzehnt nach Beginn der Transformation zu einer veritablen demokratischen Kraft entwickelt hat. Jedoch soll eine Überschneidung mit den Aktivitäten der FES vermieden werden. Die FES hat das MRVP-eigene Forschungsinstitut „Prognos“ zum Partner in der Parteienberatung. Diese Abstimmung berührt allerdings nicht die Zusammenarbeit der KAS mit MRVP-Politikern in ihren Regierungs- oder Verwaltungssämtern, da wichtige KAS-Aktivitäten im Rahmen

des Länderprogramms mit Regierungsvertretern durchgeführt werden.

Augrund der dynamischen und zuweilen schnelllebigen Entwicklungen innerhalb der mongolischen Demokratiebewegung mit Parteineugründungen, -bündnissen und -zusammenschlüssen gibt es in dem Sinne keine direkte „Partnerpartei“ der KAS. In den Anfangsjahren des Länderprojekts war der Partner der „Demokratische Bund“, aus dem dann im Vorfeld der Parlamentswahlen von 1996 und 2000 mehrere Parteien hervorgingen. Seit 2003 gibt es einen stärkeren institutionellen Bezug zur DP und seit 2004 auch zur CWRP, ohne hier Kooperationen beispielsweise über Verträge festgemacht zu haben.

DP

Innere Struktur: Die Großen Parteitage finden in der Regel einmal im Jahr statt und bilden das höchste Gremium der Partei. Dabei wird der Vorstand, bestehend aus dem Parteivorsitzenden, Generalsekretär und ca. 5-7 Sekretären mit inhaltlichem Kompetenzzuschnitt (Anzahl wechselt nach strategischen Bedürfnissen entsprechend der Beschlüsse der „Kleinen Parteitage“) gewählt. Die Sekretäre fungieren gleichzeitig als stellvertretende Parteivorsitzende. Hinzu kommt ein so genanntes „Nationales Beratungskomitee“, dem insgesamt 228 Mitglieder aus allen Provinzen angehören. Dieses Gremium fungiert als „Kleiner Parteitag“ und kann kurzfristig mehrmals im Jahr einberufen werden. Die Mitglieder werden in einem speziellen Rotationssystem innerhalb von vier Jahren personell jeweils einmal ausgetauscht. Zwischen diesen kleinen Parteitagen fungiert das Exekutivkomitee mit insgesamt 29 Mitgliedern – jeweils ein Vertreter aus 21 Aimags (Provinzen) und 8 Stadtbezirken von Ulaanbaatar.

Organisation und innerparteiliche Demokratie: Die Partei ist mit Untergliederungen in allen 21 Provinzen vertreten. Die offiziell bekannt gegebenen Zahlen schwanken zwischen 50.000 und 120.000 Mitgliedern. Es gibt zwar eine Verpflichtung zur Zahlung von Mitgliederbeiträgen. Letztendlich scheint sich die Eigenfinanzierung der Partei überwiegend aus den regelmäßigen Zahlungen der Mandatsträger zu ergeben. Die Aufstellung von Kandidaten für die nationale Parlamentswahl erfolgt über den großen und die kleinen Parteitage. Jedoch ist die Grundvoraussetzung zur Kandidatur die Zahlung einer Summe von umgerechnet ca. 12.000,- €, womit die allermeisten Parteimitglieder von vorn herein ausgeschlossen sind. Dieser Modus ist im Statut der Partei festgelegt. Dieses macht es insbesondere schwierig für junge und durchaus talentierte Politiker, sich zu profilieren. Eine öf-

fentliche Finanzierung der Parteien beispielsweise in Form von Wahlkampfkostenerstattungen gibt es nicht. Die Gefahr der Einflussnahme ökonomisch starker Personen oder Gruppierungen ist damit exorbitant hoch. Es ist davon auszugehen, dass insbesondere vor nationalen Parlamentswahlen die Spenden durch Unternehmer zum Teil sehr hoch sind. Es gibt kein wirksames Parteienspendengesetz, aus dem sich eine transparente Offenlegung der Höhe der Spenden oder die Namen der Spender selbst ergibt. Innerparteiliche Kommunikation erfolgt im Grunde von „oben nach unten“. Zwar sind die Provinzgliederungen der Partei mit Mitgliedern im Nationalen Beratungskomitee bzw. im Exekutivkomitee vertreten. Jedoch ist es aufgrund der komplizierten Infrastruktur für diejenigen aus den von der Hauptstadt besonders entfernt liegenden Gebieten schwierig, regelmäßig an den entscheidenden Sitzungen in Ulaanbaatar teilzunehmen. Die Provinzgliederungen sind jedoch weitestgehend autonom bei der Aufstellung der Kandidaten für die Kommunalwahlen.

Parteiinterne Kohäsion (Flügelkämpfe): Wie oben bereits erwähnt, besteht die DP aus mehreren parteipolitischen Flügeln, was sich aus deren Genesis aus der Demokratiebewegung der 1990er Jahre ergibt. Dies ist insbesondere bei der Führung der Partei problematisch. Faktisch gab es noch nie einen Vorsitzenden, der länger als zwei bis drei Jahre als solcher fungieren konnte. Ein wesentliches Merkmal der sich daraus ergebenden Flügelkämpfe ist die programmatische Nivellierung bzw. vollkommene Indifferenz bei allen Gruppen, sieht man mal davon ab, dass prinzipiell Demokratie und Marktwirtschaft auch für die weitere Zukunft der Mongolei anerkannt sind. Es stehen somit keine politischen Ansichten oder gar programmatische Grundsatzfragen zur Wahl, sondern lediglich Personen. Das mongolische Wahlsystem befördert dies indirekt. Die DP bzw. deren Vorläuferparteien konnten sich in den 1990er Jahren gegenüber der MRVP, dem politischen Hauptgegner, dadurch profilieren, dass sie die „friedliche“ Revolution initiiert hatten. Die Bewegung stand für Demokratie, während die MRVP das alte System repräsentierte. Dieser Nimbus ist seit Jahren in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mehr relevant. Gleichwohl hat sich die Partei kein wahrnehmbares und insbesondere ein von der MRVP unterscheidbares inhaltlich-programmatisches Profil geben können. Die DP gilt in vielen Teilen der erstarkenden Zivilgesellschaft als „etablierte“ Partei, was in der gegenwärtigen politischen Situation nicht nur positiv zu sehen ist.

Entwicklung der letzten fünf Jahre: Im Vergleich zu der schwierigen Situation in der Legislaturperiode von 2000 – 2004, in der die MRVP 72 der insgesamt 76 Parlamentssitze einnahm, errang die DP im Juni 2004 eigentlich einen großen Sieg. Das unter ihrer Führung angetretene Parteienbündnis, zu dem auch die CWRP gehörte, erreichte gegenüber der MRVP im Parlament eine Pattsituation. Jedoch zerbrach das Bündnis wieder einmal an den inneren Flügelkämpfen und löste sich offiziell auf, was dazu führte, dass die DP aufgrund des Parlamentsgesetzes nicht einmal mehr Fraktionsstatus erlangte. Zunächst vereinbarte die DP mit der MRVP eine „geteilte“ Legislaturperiode, in deren erster Hälfte die DP den Premierminister stellt, in der zweiten entsprechend die MRVP. Diese fragile Konstruktion war für die DP von Anfang an mit dem Risiko des Scheiterns behaftet. Letztendlich konnte mitten in der Legislaturperiode die MRVP wieder alle wesentlichen Regierungsämter übernehmen.

Im Ergebnis der Parlamentswahl von 2008 erreichte die MRVP zwar eine absolute Mehrheit. Trotzdem bot sie der DP zahlreiche Ministerposten an. Möglicherweise hängt dieser Umstand damit zusammen, dass man nach dem Schock des 1. Juli 2008, als es in Ulaanbaatar aufgrund von Vorwürfen der Wahlmanipulation und -fälschung zu gewalttätigen Unruhen kam, wie sie das Land vorher noch nie erlebt hatte, einen parteipolitischen, nationalen Konsens demonstrieren wollte. Die Gefahr, dass sich eine durchaus evidente, gewaltbereite außerparlamentarische Situation etablieren könnte, war jedenfalls sehr groß.

(PARTEIEN)KOOPERATION DER KAS

Die KAS arbeitet aktuell sowohl mit Politikern bzw. Gliederungen der DP als auch der CWRP zusammen. Schwerpunkt ist die Förderung von jungen Politikern, um ihnen die Chancen für eine erfolgreiche Kandidatur für nationale oder auch kommunale Wahlen in den nächsten Legislaturperioden zu erhöhen. Daneben liegt ein Schwerpunkt auf der besonderen Förderung von weiblichen Parteimitgliedern, nachdem 2008 von MRVP und DP parteiübergreifend im Großen Staatskhural die vorher verbindlich festgelegte Frauenquote für alle Parteien (mindestens 33% Kandidatinnen) rückgängig gemacht wurde. Schwerpunkte sind Beratungen zur Verbesserung der innerparteilichen Demokratie und Diskussionen um eine deutliche programmatische Profilierung dieser Parteien. Es werden regelmäßig politische Bildungsveranstaltungen mit den Provinzgliederungen der beiden Parteien durchgeführt. In Ulaanbaatar betreut die KAS eine Gruppe von jungen Politikern der CWRP, um diese gezielt auf die nächsten Parlamentswahlen 2012 vorzubereiten.

Vorher unterstützte die KAS darüber hinaus die DP bei der Vorbereitung von Wahlen in Form von politischer Beratung. Neben der Förderung der Kommunikation innerhalb der Partei setzte die KAS externe Berater ein.

Eine Schwierigkeit bei der Zusammenarbeit insbesondere mit der DP besteht in der hohen personellen Diskontinuität im Bereich der Parteiführung. Es war faktisch nicht möglich, über einen längeren Zeitraum mit Personen zusammenzuarbeiten, die die Beratungen dann auch nachhaltig hätten in der Parteiarbeit umsetzen können. Hinzu kommt, dass bei den meisten Aktivitäten im Länderprojekt Regierungsvertreter bzw. Vertreter der Provinzverwaltungen feste Partner sind. Hier erzielt die KAS große Erfolge, was ihr im Übrigen einen guten Ruf als entwicklungspolitischer Partner der Mongolei insgesamt eingebracht hat. Eine einseitige parteipolitische Konzentration entspräche nicht mehr den politischen Gegebenheiten und wäre für andere Projekte eher kontraproduktiv.

Die KAS konzentriert sich deshalb seit geraumer Zeit auf die Förderung der Provinzgliederungen und die Stärkung von deren Organisationsstrukturen.

Dr. Thomas Schrapel

Landesbeauftragter der KAS für die Mongolei

1| *Aktuell ist ein Parlamentssitz nicht besetzt, weil Gerichtsverfahren um die Auszählung der Stimmen in einem der Hauptstadtwahlbezirke anhängig sind. Das Parlament hat derzeit insgesamt 75 Abgeordnete, regulär wären es 76.*

V. PARTEIENZUSAMMENARBEIT DER KAS IN ASIEN: FALLGRUPPEN UND MASSNAHMEN

PARTEIENFÖRDERUNG IN DER INTERNATIONALEN ARBEIT DER KAS

Parteien und ihre (Leitungs)Mitglieder sind grundsätzlich von besonderer Bedeutung für die weltweiten politischen Bildungs- und Beratungsleistungen einer parteinahen politischen Stiftung wie der KAS. Im Rahmen aller Programme, die der Förderung der Demokratie dienen (Rechtsstaats-, Medien- und Dialogprogramme), zählen die Zusammenarbeit mit und die Förderung von demokratischen Parteien zu den Schwerpunkten der internationalen Arbeit. In nahezu allen Auslands- und Verbindungsbüros der KAS werden Maßnahmen durchgeführt, die der Stärkung demokratischer Parteistrukturen und -verfahren sowie der Herausbildung demokratischer Parteiensysteme gewidmet sind. Es zählt zum politischen Grundverständnis der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass die Repräsentation gesellschaftlicher Interessen, aktive Partizipation der Bürgerinnen und Bürger am gesamtgesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozess sowie verantwortungsvolle politische Führung, die der Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt und nicht der Befriedigung individueller Interessen verpflichtet ist, nur durch Parteilichkeit, freie und faire Wahlen, demokratische Parteienkonkurrenz sowie in einer pluralistisch organisierten Zivilgesellschaft erreicht werden können.

Insbesondere in Transformations-, Entwicklungs- und Schwellenländern, in denen die KAS auch als entwicklungspolitischer Akteur aktiv ist, stehen Maßnahmen im Vordergrund, die zur Herausbildung demokratischer Grundregeln, rechtsstaatlicher Institutionen und Verfahren sowie von leistungsfähigen und gemeinwohlorientierten Parteien beitragen. Bei der internationalen Parteienzusammenarbeit und -förderung geht es der Konrad-Adenauer-Stiftung allerdings nicht darum, ein spezielles Parteimodell, z.B. das der Volkspartei deutscher Tradition, zu „exportieren“. Dieser Parteiorganisationstyp setzt Bedingungen voraus, die in den meisten Partnerländern der KAS nicht gegeben sind. Parteienzusammenarbeit und -förderung meint zual-

lererst das Bestreben, gemeinsam mit Partnern vor Ort einen Beitrag zur Entwicklung und Stabilisierung der Demokratie, ihrer Grundwerte, Verfahrensweisen und ihrer Institutionen zu leisten. Das schließt die Förderung politischer Parteien per definitionem ein. Parteienförderung folgt dabei weltweit dem partnerschaftlichen Prinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Mitarbeiter der KAS wirken im Bereich der Parteienförderung begleitend und beratend, sie nehmen aber keinen Einfluss auf unmittelbare innerparteiliche Entscheidungen. Deshalb und v.a. auch aufgrund einer differenzierten und den lokalen Gegebenheiten entsprechenden Herangehensweise genießen die Beratungsleistungen der KAS i.d.R. eine hohe Wertschätzung bei den Kooperationspartnern, was wiederum eine gleichermaßen langfristig angelegte und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit (potentiellen) politischen Entscheidungsträgern erlaubt.

In Asien bedeutet Parteienförderung in vielen Fällen, dass die Maßnahmen auf die Ausgestaltung von politischen und rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen gerichtet sind, innerhalb derer freie Meinungsäußerung, Organisationsfreiheit und organisierte politische Partizipation zu Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger werden. Es geht also um die Schaffung von Voraussetzungen dafür, dass sich demokratische Parteien überhaupt entwickeln können. Bevor die Auswertung der Parteienkooperationen in Asien auf der Grundlage der Länderberichte vorgenommen wird, folgt im nächsten Abschnitt zunächst ein kurzer Blick auf Kriterien und die unterschiedlichen Ansätze der weltweiten Parteienkooperationen der KAS.

ANSÄTZE UND KRITERIEN DER INTERNATIONALEN PARTEIENKOOPERATIONEN DER KAS¹

Die Kooperationen der KAS mit politischen Parteien sind vielschichtig und hängen stark von den politischen und gesellschaftlichen Kontextbedingungen und den Möglichkeiten der effektiven Zusammenarbeit ab. Im Bereich der Parteienkooperationen unterscheiden

wir zum einen zwischen Parteienförderung und Parteienzusammenarbeit und zum anderen zwischen unmittelbaren und mittelbaren Ansätzen (vgl. Tabelle 1).

Im engeren Sinne meint *Parteienförderung* die gezielte organisatorische und programmatische Stärkung demokratischer Parteien durch die Weiterbildungs- und Beratungsleistungen der KAS. Je nach Zahl und programmatischem Profil der Parteien und in Abhängigkeit der Struktur eines Parteiensystems kann sich die Förderung an eine oder mehrere Parteien pro Land richten. Dies ist unmittelbare Förderung von demokratischen Parteien, wenn sie den Förderkriterien der KAS entsprechen. Als förderungswürdig gilt für die KAS eine Partei, wenn sie gleichermaßen

1. die allgemeinen Menschenrechte, Grundwerte der freiheitlichen Demokratie sowie die damit verbundenen politischen Ordnungsprinzipien wie freie und faire Wahlen, Parteienpluralismus und -konkurrenz, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit anerkennt;
2. Politik auf der Grundlage christlicher Werte (in nichtchristlichen Ländern gelten vergleichbare Werte, auch wenn sie anders begründet werden) formuliert. Neben den bereits unter 1. genannten Werten sind dies insbesondere: das Verständnis vom Menschen in seiner Gleichwertigkeit und individueller Verschiedenartigkeit, Subsidiarität und Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und umgekehrt (Solidarität);
3. sich – speziell in islamischen Ländern – zur Trennung von Staat und Religion, insbesondere in Hinblick auf die Legitimation politischer Herrschaft und Rechtssprechung, bekennt. Der demokratische Verfassungsstaat und seine Grundelemente sind mit Herrschaftslegitimation und Rechtssprechung auf der Grundlage religiös-fundamentalistischer Werte nicht vereinbar. Parteien, die diese Trennung nicht anerkennen und für eine fundamentalistische theokratische Herrschaftslegitimation und Rechtssprechung eintreten, kommen daher für eine gezielte Förderung durch die KAS nicht in Frage;
4. ein Mindestmaß an innerparteilicher Demokratie aufweist, d.h. demokratische Entscheidungsstrukturen und -verfahren mit einem Parteitag als oberstem Entscheidungsgremium, demokratische Kandidatenauswahl, Möglichkeit der innerparteilichen Mitbestimmung durch die Parteibasis, demokratische Parteienfinanzierung;
5. sich zur Errichtung marktwirtschaftlicher Institutionen auf der Grundlage von Privateigentum und freier unternehmerischer Initiative bekennt und sozialpolitische wie arbeitsrechtliche Mindeststandards (z.B. Verbot von Zwangs- oder Kinderarbeit) zum Ziel hat.

Idealerweise sollten diese Kriterien gleichermaßen gelten und nicht austauschbar sein. Die Beurteilung, ob es sich in diesen Fragen lediglich um unverbindliche Lippenbekenntnisse handelt oder ob eine Partei tatsächlich bestrebt ist, Politik auf dieser Grundlage zu gestalten, bedarf der kontinuierlichen Beobachtung vor Ort, die vor allem durch die Auslandsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu erbringen ist. Gegebenfalls kann die Entscheidung über die Art und Weise der Kooperation mit Parteien auch mit einfließen, ob eine Partei bereits Mitglied eines internationalen Parteienbündnisses des bürgerlich-konservativen und christlich-demokratischen Spektrums, wie z.B. der Internationale Christlich-Demokratische Parteien und Parteien der politischen Mitte (*CDI International*), der Internationalen Demokratischen Union (IDU) oder ihrer Regionalorganisation in Asien *CDI Asia-Pacific* bzw. *Asia Pacific Democrat Union (APDU)*, ist. Die Einbindung in derartige Parteienbündnisse ersetzt jedoch nicht die eigene Beobachtung und fallweise Entscheidung durch die KAS selbst. Parteien, die in zentralen Punkten den o.g. Kriterien nicht entsprechen, sind für die KAS nicht *förderungswürdig*.

In einem weiteren Verständnis meint Parteienförderung aber auch, dass die Maßnahmen auf das Umfeld politischer Parteien zielen. Diese *mittelbare* Parteienförderung geschieht vornehmlich in Ländern und Regionen, in denen demokratische Grundprinzipien, wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung oder Medienfreiheit schwach entwickelt sind. Mehr als die Förderung einzelner Parteien stehen hier die Entwicklung demokratischer Grundprinzipien sowie Unterstützung zur Entstehung von pluralistischen Parteiensystemen im Vordergrund und sind – neben den Aktivitäten der Länderprogramme – auch Bestandteil der Rechtsstaats-, Medien- und regionalen politischen Dialogprogramme (s. auch Hill i.d.B.). Die Parteienförderung der KAS ist also von den anderen Programmen niemals isoliert zu betrachten. Denn nur dort, wo die politischen Umfeldbedingungen soweit vorangeschritten sind, dass überhaupt demokratische Parteien existieren, können sie gezielt gefördert werden.

Von der unmittelbaren und mittelbaren Parteienförderung ist die *Zusammenarbeit* mit politischen Parteien zu unterscheiden. Auch hier trennen wir nach unmittelbarer und mittelbarer Kooperation. Die *unmittelbare* Parteienzusammenarbeit dient insbesondere in nicht-demokratischen Ländern, in denen (noch) keine Parteien existieren, die für eine direkte Förderung durch die KAS in Frage kommen, dem Meinungsaustausch mit den politischen Machthabern. Dies ist eher ein strategischer Dialog, mit dessen Hilfe die KAS Kontakt zu den politischen Eliten vor Ort knüpft bzw. hält und für ihre Werte und demokratischen Standpunkte wirbt.

Mittelbare Parteienzusammenarbeit wiederum meint, dass die KAS die Zusammenarbeit von Parteien (mit)initiiert. Beispiele hierfür sind in Asien die Regionalorganisationen der CDI und IDU, *CDI Asia-Pacific* und APDU, sowie die *International Conference of Asian Political Parties (ICAPP)*. In Tabelle 1 sind die unterschiedlichen Arten und Intensitätsstufen der Parteienzusammenarbeit und -förderung der KAS zusammengefasst. Welche Maßnahmen oder Kombinationen daraus zum Einsatz kommen, ist, wie erwähnt, von den länderspezifischen Faktoren abhängig.

Tabelle 1: Ebenen der Parteienzusammenarbeit und -förderung der KAS

	Parteienzusammenarbeit	Parteienförderung
unmittelbare	(1) strategischer Dialog mit Parteien und politischen Machthabern, vor allem in Ländern, in denen es (noch) keine förderungsfähigen Parteien gibt	(2) direkte Förderung einzelner Parteien oder parteinaher Bildungsinstitute in Organisations- und Programmfragen durch Bildungsveranstaltungen (Seminare, Workshops) und Beratung
mittelbare	(3) KAS als Initiator von Parteienzusammenarbeit Dritter, z.B. im Rahmen der EVP, der CDI, ihrer Regionalorganisationen (z.B. ODCA in LA oder <i>CDI Asia-Pacific in Asien</i>), der IDU und deren Regionalorganisationen (APDU) sowie der ICAPP	(4) Förderung eines demokratischen und parteien„freundlichen“ Kontexts, z.B. durch Rechtsstaats-, Medien- und politische Dialogprogramme; Vermittlung demokratischer Werte und Normen im Rahmen allgemeiner demokratischer Bildungsveranstaltungen

In Asien überwiegen unmittelbare Parteienzusammenarbeit sowie die mittelbaren Ansätze. Im Rahmen der jeweiligen Länder- und Regionalprogramme steht die mittelbare Parteienförderung (Tabelle 1, Feld 4) im Vordergrund, d.h. Bemühungen, die darauf gerichtet sind, Grundlagen der Parteiendemokratie zu vermitteln und zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Entstehung demokratischer Parteien und Parteiensysteme beizutragen.

In China und in Vietnam, wo die kommunistischen Parteien nach wie vor eine Monopolstellung innehaben, arbeitet die KAS neben anderen Maßnahmen auch direkt mit den KPs und ihren Vertretern zusammen – *als direkte Förderung sind diese Kontakte jedoch keinesfalls zu verstehen*. Die Aktivitäten der KAS sind in beiden Ländern nur möglich, wenn Vertreter der KPs in die Projektarbeit einbezogen werden. Deshalb ist, wie oben beschrieben, die Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien in erster Linie als strategischer Dialog anzusehen, mit dessen Hilfe die KAS den Kontakt zu den politischen Eliten vor Ort

hält, dabei für ihre Werte und demokratischen Standpunkte wirbt und v.a. auch alle weiteren Projektaktivitäten absichert.

Die Gründe dafür, dass es in Asien kaum unmittelbare Parteienförderung (Feld 2) gibt, liegen in den größtenteils fehlenden politischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen für eine engere Kooperation bzw. Förderung mit/von Parteien aus dem christlich-demokratischen Spektrum. Zwar liegt das entwicklungspolitische Ziel der Zusammenarbeit mit politischen Parteien im Allgemeinen nicht darin, ausschließlich christlich-demokratische Parteien zu fördern, sondern zusammen mit den politischen und zivilgesellschaftlichen Partnern vor Ort einen Beitrag zur Festigung demokratischer Institutionen, Verfahren und Normen zu leisten (Grabow, Spengler 2007; Grabow, Hofmeister, Veen u.a. 2008). Dort allerdings, wo es christlich-demokratische Werte, Traditionen, Wählermilieus und Parteien gibt, vornehmlich im postkommunistischen Europa und in Lateinamerika, zählen diese zu den „natürlichen“ Partnern der KAS. Abgesehen von den

nur schwach vorhandenen Voraussetzungen für eine engere Kooperation mit Parteien aus dem bürgerlich-konservativen-christlich-demokratischen Spektrum, erfordern die oben angesprochenen Demokratiedefizite, die überwiegend schwache Institutionalisierung der Parteien in Asien und der ebenfalls schwach ausgeprägte Grad an innerparteilicher Demokratie, die Arbeit an der Verbesserung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für demokratisches Parteien- und gemeinwohlorientiertes Elitenhandeln.

PARTEIENKOOPERATIONEN DER KAS IN ASIEN: FALLGRUPPEN UND MASSNAHMEN

Die Zusammenarbeit der KAS mit politischen Parteien in Asien lässt sich zunächst grob in drei Gruppen einteilen:

- *Länder mit Partnerpartei:* Philippinen (LAKAS-KAMPI-CMD), Republik Korea (GNP);
- *Länder ohne Partnerparteien:* Afghanistan, Armenien, Aserbaidschan, China, Georgien, Indien, Indonesien, Kambodscha, Kasachstan, Malaysia, Mongolei, Ost-Timor, Pakistan, Singapur, Thailand, Vietnam;
- *Sonderfall:* Japan.

Der Begriff „Partnerpartei“ ist inhaltlich definiert, nicht administrativ. Er ist für Parteien reserviert, die zumindest in Ansätzen zentrale Werte und Ziele der KAS teilen. Dazu zählen die grundsätzliche Orientierung – sowohl programmatisch als auch de facto – an demokratischen und rechtsstaatlichen Verfahren und Institutionen, an Grundsätzen einer freien und sozial verpflichteten Wirtschaftsordnung, die Bereitschaft, programmatische Grundlagen zu entwickeln und ein Mindestmaß an innerparteilicher Demokratie und Transparenz. Im Gegensatz zu anderen Partnerorganisationen werden mit Partnerparteien keine Kooperationsverträge abgeschlossen. Eine Partnerpartei entspricht den o.g. Kriterien – oder kommt ihnen realistischermöglichst nahe. Dann werden entweder mit der Partei direkt oder mit parteinahen Bildungseinrichtungen Beratungs- und andere Maßnahmen durchgeführt, die der programmatischen, inhaltlichen und organisatorischen Stärkung der Partei und somit auch der Herausbildung demokratischer Parteiensysteme dienen. Nichtdemokratische Parteien in ebensolchen politischen Systemen (z.B. China, Malaysia, Vietnam) sind keine Partnerparteien der KAS, auch wenn es notwendig und in Einzelfällen auch ratsam ist, mit Vertretern dieser Parteien in Kontakt zu stehen. Dies ist aber ein strategischer und inhaltlicher Dialog, keine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Ziele.

Länder mit Partnerpartei

Auf den Philippinen gibt es bereits seit mehr als 40 Jahren engere Kooperationsbeziehungen zu Parteien aus dem christlich-demokratischen Spektrum. Diese bestanden zunächst mit dem *Christian Socialist Movement* (CSM), später mit der *National Union of Christian Democrats* (NUCD), dann – nach dem Zusammenschluss der NUCD mit der politischen Bewegung LAKAS um Fidel Ramos im Jahr 1992 – mit LAKAS-NUCD, die sich später nochmals in LAKAS-CMD (*Christian Muslim Democrats*) umbenannte. Nach dem Zusammenschluss mit der *Kabalikang ng Malayang Pilipino* (*Partner of the Free Filipino*, kurz: *Kampi*) im Mai 2009, der Partei, mit der die heutige Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo 1998 in den Wahlkampf zog, führt die Partei alle Kürzel im Namen und heißt LAKAS-KAMPI-CMD.

Die NUCD trat bereits 1969 der CDI bei. Als Nachfolgepartei gehört LAKAS-KAMPI-CMD diesem Bündnis auch heute an. Zudem ist die Partei Mitglied in der CDI-Regionalorganisation *CDI Asia-Pacific*. Eine wichtige programmatische Grundlage von LAKAS-CMD ist das *Christian Muslim Manifesto* aus dem Jahre 1972, das eine Wertebasis für die Zusammenarbeit von Christen und Muslimen darlegte. Darin werden Subsidiaritätsprinzip, Grundzüge einer sozial orientierten Marktwirtschaft sowie Grundprinzipien von sozialer Gerechtigkeit betont (Preschle i.d.B.).

Angesichts der (früher stärkeren) Übereinstimmung mit christlich-demokratischen Grundwerten ist LAKAS-KAMPI-CMD zwar Partnerpartei der KAS. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Zusammenarbeit mit der Partei exklusiv ist. Ebenso wenig kann die Kooperation im Sinne des o.g. Schemas als lupenreine Förderung bezeichnet werden. Dafür weicht auch LAKAS-KAMPI-CMD in wichtigen Punkten (innerparteiliche Demokratie, starke Personalisierung/Instrumentalisierung der Parteien durch mächtige Patrone) zu sehr von Förder- und Partnerschaftskriterien der KAS ab. Deshalb handelt es sich eher um eine „engere Zusammenarbeit“, die zum Teil in Richtung Förderung geht, aber eben nicht exklusiv ist.

Die Parteienzusammenarbeit der KAS auf den Philippinen ist vielfältiger. Zum einen werden Beiträge zur politischen Bildung und Beratung von Funktions- und Mandatsträgern der früheren LAKAS-CMD geleistet. Das Angebot richtet sich vor allem an jüngere Politiker der Partei und erfolgt in Zusammenarbeit mit dem *Center for Christian Muslim Democracy* sowie dem neu gegründeten *Centrist Policy Center*. Darüber hinaus richten sich die Maßnahmen an junge Reform-

kräfte mit Erfahrungen im kommunalpolitischen und/oder vorparteilichen Raum aus dem gesamten gemäßigten Parteienspektrum. Dieses Angebot, das in Kooperation mit der Ateneo Universität in Manila erfolgt, zielt vor allem darauf ab, der genannten Zielgruppe Grundlagen der Parteiendemokratie und der (Lokal)Politik zu vermitteln, aber auch, um ihr eine Plattform zur Meinungsbildung und -äußerung zu verschaffen. Schließlich richten sich die Maßnahmen auch an führende Vertreter gemäßigter Parteien und an Kongressabgeordnete, um in Konferenzen und Dialogforen Vorhaben wie Einführung eines demokratischen Parteiengesetzes und staatliche Parteienfinanzierung voranzutreiben. Politische Studien, z.B. zur Bewertung von Wahlen, flankieren die Maßnahmen.

Wie oben dargelegt, weisen auch die Philippinen nach wie vor gravierende Abweichungen von demokratischen und rechtsstaatlichen Normen auf. Einflussreiche Oligarchien bestimmen die Politik, private und wenig transparente Politik- und Parteienfinanzierung sind an der Tagesordnung, demokratisch gesinnte Reformkräfte und auch die parlamentarische Opposition werden häufig behindert und die Formen der politischen Konfliktaustragung sind zum Teil recht martialisch. Politischer Mord gehört noch immer zu den Formen der „Konfliktaustragung“ (vgl. Ufen 2008: 104).

Unter diesen Bedingungen gehen die Aktivitäten der KAS im Bereich der Parteienförderung weit über die engere Zusammenarbeit mit LAKAS-KAMPI-CMD hinaus. Sie richten sich an reformorientierte Politiker aus dem gesamten gemäßigten Parteienspektrum, an Medienvertreter, moderate Religionsführer und Juristen, um Ideen, Werte und Normen der rechtsstaatlichen Demokratie zu verbreiten, d.h. neben den Aktivitäten der unmittelbaren Förderung und Beratung einer langjährigen Partnerpartei gehören auch zahlreiche andere Maßnahmen der mittelbaren Parteienförderung bzw. Aktivitäten der allgemeinen Demokratieberatung und -förderung auf den Philippinen.

In Südkorea gab es bis 2006 keine Partnerpartei. Es überwog die zwar gute, aber äquidistante Zusammenarbeit mit den beiden größten Parteien des Landes, den parteinahen Bildungseinrichtungen und einzelnen Abgeordneten. In den letzten zwei Jahren wurde jedoch der Austausch mit der regierenden *Grand National Party* (GNP) intensiviert, teils auf Nachfrage der GNP, teils aufgrund der Regierungsübernahme der konservativen Partei, deren Bedeutung für den deutsch-koreanischen Politikdialog durch den Sieg bei den Parlamentswahlen 2008 noch weiter zugenommen hat. KAS und GNP sind über gemeinsame Werte

(Demokratie, Marktwirtschaft, freundschaftliche Beziehungen zu den USA, IDU-Mitgliedschaft) und Interessen miteinander verbunden. Auf dieser Grundlage arbeitet die KAS eng mit den Führungsgremien der Partei, aber auch mit dem Parteieninstitut der GNP (*Youido Institute*) zusammen. Über das *Youido Institute* wird insbesondere Nachwuchsförderung in (partei)politischen Fragen durchgeführt.

Allerdings ist auch in Südkorea die Zusammenarbeit mit der GNP nicht exklusiv. Die Parteienzusammenarbeit der KAS in Südkorea schließt auch gemeinsame Veranstaltungen zu allgemeinen Fragen der Parteiendemokratie, der Wirtschafts- und Sozialpolitik oder zur Entwicklung einer aktiven Zivilgesellschaft mit anderen politischen Kräften, z.B. der *Democratic Party* (bis 2008 *Uri Party* des damaligen Präsidenten Roh Moo-hyun), ein. Allerdings hat sich nach dem Verlust von Präsidentschaft und Parlamentsmehrheit auch das parteieigene Institut (*Uri Party Foundation*) quasi aufgelöst, so dass derzeit kaum ein organisatorischer Ansatz für die Zusammenarbeit besteht, die über Pflege individueller Kontakte zu DP-Politikern hinausgeht.

Länder ohne Partnerparteien

Die Gründe dafür, dass die KAS in den meisten Ländern Asiens keine Partnerparteien hat, sind zahlreich. Zu nennen sind zum einen gravierende Demokratiedefizite in einigen Ländern, die eine engere Kooperation mit einer oder mehreren Partei/en von vornherein ausschließen, weil es weder funktionierende, demokratische Parteiensysteme noch entsprechende Rahmenbedingungen wie inneren Frieden (Afghanistan), freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie oder Pluralismus gibt (Aserbaidshan, China, Kambodscha, Kasachstan, Malaysia, Singapur, Vietnam). Auf eine Kurzformel gebracht heißt dies: keine Demokratie; keine Partnerpartei.

In eine zweite Untergruppe fallen demokratische Länder, aber auch Transformationsstaaten und hybride Systeme, in denen zwar zumindest im Ansatz demokratische Grundsätze und Verfahren etabliert sind, dennoch keine Partei den Werten und Förderkriterien der KAS nahe steht bzw. ihnen entspricht. Neben Indien gilt dies z.B. für Armenien, Pakistan und Thailand. Für Indien und Pakistan gilt zudem, dass die Parteien selbst nicht notwendigerweise die Zusammenarbeit mit ausländischen Stiftungen und anderen potentiellen Partnern such(t)en. Das hat u.a. auch damit zu tun, dass die Parteien jeden Verdacht der Beeinflussung aus dem Ausland vermeiden wollen bzw. sich selbst in wichtigen Politik- und Wirtschafts-

bereichen abschotten. In Indien zeigen sich allerdings nach den Parlamentswahlen im Frühjahr 2009 durchaus Tendenzen – v.a. von Seiten der Kongresspartei – den Austausch mit jüngeren Abgeordneten und Parteimitgliedern und der KAS zu stärken.

Als dritte Untergruppe schließlich können Länder gelten, die sich in einem (unsicheren) Übergang zur Demokratie befinden bzw. in denen sich die Demokratie – z.T. auf niedrigem Niveau – stabilisiert hat und in denen Parteien agieren, die nicht nur mit der KAS kooperieren wollen, sondern die auch – zumindest ansatzweise – den gesellschaftspolitischen Grundwerten und Förderkriterien der Stiftung nahekommen. Dies gilt für Georgien, Indonesien, Ost-Timor und die Mongolei.

In Indonesien bestehen seit etwa zwei Jahren engere Beziehungen zur Partei der funktionellen Gruppen (GOLKAR). Obwohl die Zusammenarbeit mit GOLKAR keine direkte Förderung darstellt und auch die punktuelle Kooperation mit anderen Parteien nicht ausschließt, kam es in den letzten Jahren zu einer vorsichtigen Annäherung zwischen der Partei und der KAS, die nicht nur formale Gründe hat (seit 2008 ist GOLKAR Mitglied des CDI-Regionalverband *CDI Asia-Pacific*). Die Partei ist bestrebt, sich programmatisch als Partei der Mitte zu etablieren. Die Fähigkeit und die Bereitschaft zu grundlegenden Reformen und Steigerung der innerparteilichen Demokratie nimmt kontinuierlich zu und jungen, demokratisch orientierten Reformkräften gelingt es zunehmend, sich Gehör zu verschaffen (Weck i.d.B.). Dieser Erneuerungs- und Demokratisierungsversuch gestaltet sich zwar als ausgesprochen schwierig und unsicher, dennoch begleitet die KAS – neben zahlreichen anderen Aktivitäten der mittelbaren Parteienförderung – diesen Prozess in Form von Beratungs- und Fortbildungsmaßnahmen für die jüngeren Reformkräfte.

In Ost-Timor lassen sich – wie oben skizziert – Ansätze eines Parteiensystems erkennen, das strukturelle Ähnlichkeiten mit westeuropäischen Parteiensystemen aufweist. Mit dem *Partido Social Democrata* (PSD) und dem *Partido Unidade Nacional* (PUN) existieren zudem zwei Parteien, die christlich-demokratische Werte repräsentieren, im Begriff sind, Strukturen aufzubauen und auch nicht ohne Erfolg Wähler integrieren. Dennoch haben sich bisher keine engeren Kooperationsformen zwischen beiden Parteien und der KAS entwickelt. Die Gründe hierfür liegen zum einen an der prekären Sicherheitslage, die bis in die zweite Jahreshälfte 2008 hinein einem vertieften Engagement der KAS von Jakarta aus entgegen stand. Zum anderen ist nicht nur das Parteienspektrum, sondern auch

die gesamte politische Lage in Ost-Timor noch zu instabil, um engere Kooperationen mit einer oder mehreren Parteien aufzubauen (Weck i.d.B.). Daher verfolgt die KAS noch einen überparteilichen Ansatz im Bereich der Parteienförderung, der sich mittelfristig in eine engere Kooperation wandeln könnte, derzeit aber vor allem der Vermittlung elementarer demokratischer Spielregeln dient.

In der Mongolei arbeitet die KAS seit Start des Länderprogramms 1993 mit Vertretern der mongolischen Demokratiebewegung außerhalb der ehemaligen kommunistischen Staatspartei MRVP zusammen. Im Laufe der letzten sechs Jahre wurden jedoch die Kontakte zu Parteien verstärkt, ohne dass dabei „Exklusivpartnerschaften“ etabliert wurden, die der weiteren Projektarbeit im Lande u.U. schaden würden. Dennoch bestehen zur Demokratischen Partei (DP) und zur *Civil Will Republican Party* (CWRP) engere Beziehungen. Die DP ist – zunächst unter dem Namen Demokratische Union – aus der Demokratiebewegung hervorgegangen. Sie hat zwischen 1996 und 2000 mit nahezu Zweidrittelmehrheit regiert und dabei dem Land wichtige demokratische Impulse verliehen. Heute ist die Partei, die Beobachterstatus in der IDU genießt, mit 27 Abgeordneten im Parlament vertreten. Nachdem sich die postkommunistische MRVP im Sommer 2008 mit dem Vorwurf der Wahlmanipulation konfrontiert sah, hat sie die DP als Juniorpartner einer Großen Koalition an der Regierung beteiligt, um einen Beitrag für sozialen Frieden im Lande zu leisten. Die CWRP ist hingegen in der Opposition. Die Partei versteht sich als Interessenvertreter der intellektuellen Mittelschicht und bürgerrechtlich engagierten Mongolen. Aufgrund der geringen Stärke dieser Schicht ist die CWRP allerdings selbst recht schwach und ist nur mit einer Abgeordneten im Parlament vertreten. Als Teil der Demokratiebewegung hat sie jedoch Potential, sich als demokratische Partei zu profilieren, da die DP gerade als Koalitionspartner in den Regierungsapparat involviert ist.

In Georgien wiederum sind die Bedingungen für eine engere Zusammenarbeit mit mindestens zwei Parteien, dem regierenden *United National Movement* von Präsident Michail Saakaschwili (UNM) und der Christlich-Demokratischen Bewegung (CDM), relativ günstig, weil es sich um Parteien handelt, die – wie UNM – bereits in internationale Parteienbündnisse des christlich-demokratischen-konservativen Spektrums eingebunden sind² oder aber – wie die CDM – glaubhaft christlich-demokratische Positionen vertreten und mit großem Engagement um den Aufbau von demokratischen Parteistrukturen bemüht sind. Zudem ist die CDM die einzige Oppositionspartei Georgiens, die

sich um gleichermaßen demokratische und konstruktive Oppositionsarbeit bemüht. Mittelfristig könnte sich hier eine engere Kooperation mit der CDM anbahnen. Insbesondere aus strategischen Gründen bevorzugt die KAS derzeit jedoch das Bild von konzentrischen Kreisen, um die Nähe zur KAS und Intensität der Zusammenarbeit zu beschreiben. Demnach liegt die CDM am engsten an den Werten und Förderkriterien der KAS im Bereich der Parteienförderung, die UNM auf einem weiter davon entfernten Kreis und die Neue Rechte auf dem äußeren Kreis (vgl. Anm. 2).

In allen 16 Ländern dieser Gruppe überwiegt die mittelbare Parteienförderung (Tabelle 1, Feld 4). Eine engere Zusammenarbeit oder gar eine direkte Förderung auf der Basis des werteorientierten Partnerprinzips gibt es bisher kaum. Ausnahmen sind Georgien, Indonesien und die Mongolei. Insbesondere in den beiden letztgenannten Ländern ist dies jedoch (noch) keine fest institutionalisierte Förderung, sondern ein Versuch, demokratie- und reformorientierte Kräfte in der GOLKAR-Partei (Indonesien) oder die Parteien der Demokratiebewegung (Mongolei) zu stärken. Die Maßnahmen zielen dabei auf die Schärfung des derzeit wenig entwickelten programmatischen Profils der Parteien, auf die Entwicklung der Organisationsstrukturen, auf die Förderung von Nachwuchskräften und die Entwicklung von demokratischen innerparteilichen Verfahren sowie auf die Heranführung an internationale Parteienbündnisse des christlich-demokratischen-bürgerlich-konservativen Spektrums.

In den anderen Ländern dieser Gruppe richten sich die Aktivitäten der KAS im Bereich der Parteienförderung hingegen ausschließlich auf die breite und überparteiliche Vermittlung demokratischer Normen und Verfahren, auf Vermittlung grundlegender Funktionen politischer Parteien in demokratischen Systemen, auf überparteilich angelegte Elitenkooperation und -beratung, auf allgemeine politische Bildung, die Stärkung einer organisierten Zivilgesellschaft und die Förderung kommunaler Selbstverwaltung, letzteres vor allem in Südostasien. Die Ziele sind hier, demokratische Grundsätze zu vertiefen und die Befolgung elementarer demokratischer Spielregeln durch politische, wirtschaftliche und Verwaltungseliten sowie auch durch die gesamte Bevölkerung zu erreichen. Ergänzt werden diese Maßnahmen der mittelbaren Parteienförderung durch Parlaments- und Abgeordnetenberatung.³ Dabei liegen die Ziele in der Stärkung der Legislative und der Gewaltenteilung, in der Einführung bzw. Verbesserung von parlamentarischen Geschäftsordnungen und in der Einführung bzw. Verbesserung der Parteigesetzgebung, einschließlich der Fragen nach transparenter Finanzierung.

Im Falle Chinas und Vietnams wird zwar eine direkte Kooperation mit den KPs von Seiten der KAS nicht ausgeschlossen und „... von der KPV von Fall zu Fall auch gesucht“ (Frehner i.d.B.). In beiden Fällen ist dies jedoch keinesfalls als Parteienförderung durch die KAS (im oben beschriebenen Sinn der unmittelbaren Parteienförderung, vgl. Tabelle 1, Feld 2) zu verstehen. Diese Art der Kooperation entspricht vielmehr der direkten Parteienzusammenarbeit (Tabelle 1, Feld 1), in diesem Falle mit den KPs. In beiden Ländern ist sie Voraussetzung dafür, dass die KAS überhaupt entwicklungspolitische Beratung und Bildungsmaßnahmen durchführen kann. In Vietnam dienen die Kooperationen mit der KPV zudem dem Ziel, die sich langsam vollziehende rechtsstaatliche Entwicklung im Land zu fördern oder auch demokratische Reformprozesse in der Partei selbst anzustoßen.

Sonderfall Japan

Auftrag der KAS und die Zusammenarbeit mit politischen Parteien in Japan unterscheiden sich grundlegend von denen in den anderen Ländern. Während die BMZ-finanzierten Maßnahmen in allen anderen Ländern Asiens auf die Förderung demokratischer Werte, Verfahren, Institutionen und Akteure gerichtet ist, liegen die Ziele der Arbeit der KAS in Japan in erster Linie im Ausbau des politischen Dialogs zu außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Themen und nicht in entwicklungspolitischen Fragestellungen.

Dass der Landesbeauftragte und andere Repräsentanten einer politischen Stiftung dabei Kontakte zu Vertretern politischer Parteien im Gastland pflegen, ist selbstverständlich. Naturgemäß sind diese Kontakte zu Parteien enger, die mit der KAS gemeinsame Werte teilen. In Japan betrifft dies die Liberal-Demokratische Partei (LDP), die als „gemäßigt konservativ, wirtschaftsnah und proamerikanisch“ (Dürkop 2009: 3) gilt, sowie die „gemäßigt konservative“ Partei „Neue Komeito“ (NKP).

Exklusive Partnerschaften mit einer ausländischen politischen Stiftung werden dabei aufgrund der rechtlichen Lage in Japan eher verhalten umgesetzt werden können. Daher verfolgt die KAS den alternativen Ansatz, mit gesellschaftspolitischen Instituten in Japan und *Think Tanks* zu kooperieren, die sich im vorpolitischen Raum engagieren. Darüber hinaus sind Studien- und Besuchsprogramme von Abgeordneten der LDP nach Deutschland und Brüssel geplant und es besteht die Absicht, die Liberal-Demokratische Partei in die CDI-Regionalorganisation in Asien, *CDI Asia-Pacific*, einzubinden.

INTERNATIONALE PARTEIENBÜNDNISSE

Die internationale Parteienzusammenarbeit im insgesamt schwach ausgeprägten christlich-demokratischen-bürgerlich-konservativen Spektrum Asiens wird über die Ende 2006 gegründete⁴ Regionalorganisation der *Centrist Democrat International* (Internationale der Parteien der politischen Mitte, CDI), *CDI Asia-Pacific*, sowie durch die Regionalorganisation der *International Democrat Union*, die *Asia Pacific Democrat Union* (APDU), organisiert.⁵ Zwischen beiden Allianzen herrscht eine strikte Komplementarität in Fragen der Mitgliedschaft, d.h. eine Partei kann – anders als bei den überregionalen Dachverbänden CDI-IDC und IDU – nur Mitglied in einem Bündnis sein. Während *CDI Asia-Pacific* derzeit 14 Parteien der politischen Mitte aus Südostasien angehören (darunter bspw. GOLKAR/Indonesien; FUNCINPEC/Kambodscha; LAKAS-KAMPICMD/Philippinen), kommen die 13 APDU-Mitglieder aus Australien (*Liberal Party*), Neuseeland (*New Zealand National Party*), Kanada (*Conservative Party*), Chile (*Partido Renovación Nacional*), El Salvador (ARENA), Korea (*Grand National Party*), der Mongolei (*Democratic Party*), Nepal (*Rastriya Prajatantra Party*), Sri Lanka (*United National Party*) u.a. In Zentralasien hat das Bündnis, das von dem ehemaligen Premierminister Sri Lankas und langjährigen Freund und Partner der KAS, Ranil Wickremesinghe, geführt wird, bisher noch keine Partner gewinnen können.

Die Grundwerte und Ziele von APDU und *CDI Asia-Pacific* sind sehr ähnlich. Vornehmlich geht es um die Förderung der Kooperation zwischen Parteien derselben „Familie“ (politische Mitte), um Förderung gemeinsamer Werte, Fragen der regionalen (Demokratie)Entwicklung, Menschenrechtsfragen, Armutsbekämpfung, Terrorabwehr, den Austausch von *best practices* in der Regierungsführung oder die Förderung des internationalen Handels im asiatisch-pazifischen Raum. Aus der thematischen und ideologischen Nähe ergeben sich allerdings – nicht nur in Asien – zwangsläufig Spannungen zwischen den Bündnissen. Obwohl von Spitzenvertretern betont wird, dass beide an einer engeren Kooperation interessiert sind, stehen sie der Bündelung ihrer Ressourcen oder gar einer eventuellen Fusion sehr verhalten gegenüber. Das gilt allerdings auch in anderen Regionen, v.a. in Lateinamerika, wobei die Fronten zwischen beiden Organisationen in Asien nicht so verhärtet sind.

Auch wenn die Kontakte zu APDU erst 2008 aufgenommen wurden⁶, sind beide Allianzen wichtige Partner für die KAS, besonders für den politischen Dialog über Grundfragen der Demokratie. In Fragen evtl. Kooperationen zwischen APDU und *CDI Asia-Pacific*

spielt die KAS die Rolle des Moderators und Mitveranstalters gemeinsamer Bildungs- und Beratungsveranstaltungen (bilateral, künftig evtl. auch stärker trilateral). Problematisch erweist sich derzeit allerdings die recht pragmatisch gehandhabte Mitgliedschaftspolitik von *CDI Asia-Pacific*. Der Verband nahm die Umbenennung des weltweiten Dachverbands christlich-demokratischer Parteien in *Centrist and Christian Democrat International* im Jahre 2001 zum Anlass für eine gewisse Flexibilität in der Mitgliederfrage. Die Aufnahme der post-kommunistischen *Cambodian Peoples Party* (CPP) in *CDI Asia-Pacific* sowie die Einladung an die Partei „Einiges Russland“ der christlich-demokratischen-bürgerlich-konservativen Wertegemeinschaft beizutreten, haben nicht nur in Asien, sondern insbesondere bei der CDI-IDC-Führung in Europa Unverständnis und Verstimmungen hervorgerufen. Die Angebote von *CDI Asia-Pacific* an beide Parteien werden zwar von der Führung des Verbands damit begründet, dass es ratsam sei, Parteien mit „Mitte-Orientierung“ in den gleichnamigen Dachverband aufzunehmen und so evtl. auch einen Beitrag zur Demokratisierung in diesen Parteien zu leisten. Dennoch ist dieses Vorgehen eher dem Hang von Organisationen nach unbedingtem Wachstum geschuldet oder kann als Akt falsch verstandener Loyalitäten aufgefasst werden. Zur Steigerung der Glaubwürdigkeit der Werte-Allianz und zur forcierten Kooperation mit APDU trägt die Mitgliedschaftspolitik von *CDI Asia-Pacific* kaum bei.

Trotz dieser Dissonanzen ist die Allianz als solche Partner der KAS in (Südost)Asien. Über das Regionalprogramm „Politikdialog Asien“ mit Sitz in Singapur arbeitet die KAS eng mit *CDI Asia-Pacific* bei der Organisation gemeinsamer Parteienworkshops für leitende Mandatsträger zusammen. *CDI Asia-Pacific* ist ein wichtiges Instrument des Politikdialogs und der politischen Bildung für die große Mehrheit der Mitgliedsparteien, aber eben nicht für jedes Mitglied. Themen bisheriger Workshops mit *CDI Asia-Pacific* waren u.a. „Grundlagen des demokratischen Parteaufbaus und Parteienfinanzierung“, „Jugend und Politik“ sowie Dialogforen zum Umgang mit politischem Extremismus.

Aktiver als bei der Gründung von *CDI Asia-Pacific* (vgl. Anm. 6) war die Rolle der KAS als Mitinitiator der *International Conference of Asian Political Parties* (ICAPP). ICAPP hat sich seit Gründung im Jahr 2000 als Forum der parteiübergreifenden Kooperation in Asien fest etabliert und bewährt. Es fördert und ermöglicht die Bildung von Netzwerken sowohl zwischen Parteien aus verschiedenen asiatischen Ländern, als auch mit anderen Institutionen. Den asiatische Par-

teien wird dabei ermöglicht, voneinander zu lernen, sich untereinander auszutauschen, globale und regionale Fragen (z.B. Frieden und Entwicklung in Asien, Armutsbekämpfung und gute Regierungsführung, Folgen des globalen Terrorismus) zu erörtern und sich ihrer Bedeutung und Verantwortung bewusst werden. Nicht zu unterschätzen ist dabei der Nebeneffekt, dass die Parteienvertreter bei diesen Zusammenkünften auch mit ausländischen Organisationen der Parteien- und Demokratieförderung direkt in Kontakt treten. Die KAS wird von einigen Ausrichtern der ICAPP (z.B. der ehemaligen Thai-Rak-Thai-Partei und LAKAS) als strategischer Partner bezeichnet und kann dank ihrer Involvierung in die Planung der Konferenzen Einfluss auf inhaltliche Konzeptionen nehmen (bei der ICAPP in Beijing war von Seiten der KAS allerdings keinerlei inhaltlicher oder finanzieller Input erwünscht).

Verglichen mit den teilweise sehr ungünstigen Voraussetzungen für eine engere Zusammenarbeit mit einer oder mehreren Partei(en) aus dem in Asien schwach entwickelten christlich-demokratischen Lager stellt diese Form der mittelbaren Parteienzusammenarbeit, also die Förderung des Dialogs asiatischer Parteien untereinander, einen erfolgversprechenden Ansatz der internationalen politischen (Entwicklungs-)Zusammenarbeit dar. Er trägt zwar nicht zur Ausgestaltung demokratischer Grundrechte und -regeln in den an ICAPP teilnehmenden Ländern bei, da dies realistisch von einer internationalen Konferenz bzw. Konferenzserie auch kaum erwartet werden kann. Dennoch ist es als Erfolg zu verbuchen, wenn auch Vertreter unterschiedlicher Parteien und/oder auch aus nicht-demokratischen Ländern miteinander im Dialog stehen und nach Lösungen gemeinsamer Probleme (Friedenssicherung, Klima- und Umweltfragen, Armutsbekämpfung) suchen. Das ist zwar keine (direkte) Parteienförderung mehr, verspricht aber mittelfristig mehr Wirkung in Richtung Demokratieentwicklung als der u.U. aussichtslose und womöglich nicht ungefährliche Versuch, in einem politisch relativ stabilen aber nicht vollständig oder nur eingeschränkt demokratischen System (wie z.B. in China, Kasachstan, Kambodscha, Malaysia, Vietnam) westliche Demokratievorstellungen und Verfahren, einschließlich westlicher Parteistrukturen und -funktionen, oder (konspirative) Förderung von System-Oppositionsparteien mit Ungeduld etablieren bzw. betreiben zu wollen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Unter den hier skizzierten und in den Länderberichten ausführlicher beschriebenen politischen Rahmenbedingungen ist der Versuch, einen Beitrag zur Etablierung

der Parteiendemokratie (Parteienpluralismus mit intern wie nach außen demokratischen Programmparteien) oder gar der organisatorischen und programmatischen Stärkung einer Partei mit christlich-demokratischem Wertehorizont in einzelnen Ländern des Kontinents erreichen zu wollen, ein schwieriges, letzteres evtl. gar ein aussichtsloses Unterfangen. Aufgrund der historischen Entwicklungspfade der Länder, der Sozialstruktur und der konfessionellen Orientierungen großer Bevölkerungsgruppen, aufgrund der in einigen Ländern anzutreffenden (post)kommunistischen Einparteienherrschaft sowie aufgrund z.T. gravierender Demokratiedefizite haben sich in Asien bis auf wenige Ausnahmen (Philippinen, Korea, mit Abstrichen auch Georgien, Indonesien und die Mongolei, mittelfristig evtl. auch Ost-Timor) kaum „natürliche“ Partnerparteien für die Konrad-Adenauer-Stiftung herausbilden können – anders als beispielsweise in Lateinamerika oder im postkommunistischen Europa. In einigen Fällen wird eine nähere Kooperation mit der KAS von den Parteien selbst nicht gewünscht, um den Eindruck der Beeinflussung von außen zu vermeiden (Indien, Pakistan). In anderen Fällen wiederum wird die Arbeit der KAS – allerdings nicht nur im Bereich der Parteienkooperation – von den staatlichen Sicherheitsorganen der Gastländer mit Argwohn betrachtet und die Zusammenarbeit mit nur ein, zwei Parteien pro Land gälte als Affront gegenüber den Machhabern, vor allem, wenn sie sich an demokratisch gesinnte (System)Oppositionsparteien richten würde (wiederum in China, Kambodscha, Malaysia, Vietnam). In einem Fall schließlich (Kasachstan) ist die Kooperation politischer Parteien mit Organisationen der politischen EZ aus dem Ausland gesetzlich verboten.

Deshalb stehen im Bereich der Parteienzusammenarbeit sowohl in den Länder- als auch den Regionalprogrammen in den meisten Fällen Maßnahmen im Vordergrund, die auf die Entwicklung von Rahmenbedingungen zielen, unter denen sich überhaupt demokratischer Parteienwettbewerb und demokratische Parteien entwickeln können. Dazu zählen:

- Dialogveranstaltungen mit Spitzenpolitikern über Grundlagen der Demokratie (z.B. Rechtsstaatsdialog) und des Parlamentarismus sowie die Förderung bzw. Unterstützung des internationalen Parlamentarierdialogs (v.a. in Indien, z.T. auch in China),
- direkte Parlaments- und Parlamentarierberatung, teilweise auch mit Hilfe parlamentseigener oder -naher Institute (Indien, Malaysia, Pakistan),

- Konferenzen/Seminare mit führenden Vertretern mehrerer demokratisch orientierter Parteien zur Bedeutung politischer Parteien und den Grundlagen der Parteiendemokratie (Mongolei, Kambodscha, Korea),
- Veranstaltungen mit derselben Zielgruppe zu Fragen der innerparteilichen Demokratie, der Entwicklung von leistungsfähigen Parteistrukturen und – allgemein – zur Bedeutung der programmatischen Profilierung (Armenien, Georgien, Indonesien, Kambodscha, Kasachstan, Korea, Malaysia, Mongolei, Philippinen, Thailand, Vietnam),
- Seminare zur Förderung und Weiterbildung politischer Nachwuchskräfte (Philippinen, Korea, Georgien),
- vereinzelt auch die Zusammenarbeit mit bzw. Beratung von unabhängigen Kandidaten der demokratischen Mitte, auch mit der Perspektive einer evtl. Parteigründung (Afghanistan),
- Seminare zur Schulung/Weiterbildung von Verwaltungsbeamten zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung (z.B. in Vietnam und Kasachstan),
- Zusammenarbeit mit partei- und/oder politiknahen *Think Tanks* (Indien, Korea, Malaysia, Pakistan, Singapur).

Dies nennen wir mittelbare Parteienförderung. Sie dient der Vermittlung von demokratischen Normen und Verfahren, dem internationalen Politik- und Wertedialog und auch der konkreten Politikentwicklung, z.B. in Mitwirkung und/oder Beratung bei der Erarbeitung von nationalen Parteien- und Wahlgesetzen, einschließlich der Frage nach transparenter Parteienfinanzierung.

Dabei steht die KAS auch in nicht-demokratischen Ländern in direktem Kontakt zu Vertretern der herrschenden Parteien, einerseits um für den eigenen Standpunkt zu werben, andererseits, um überhaupt Projektarbeit durchführen zu können (unmittelbare/direkte Parteienzusammenarbeit), und sie betreibt, wie oben skizziert, die Förderung von Dialog und Vernetzung der asiatischen Parteien (mittelbare Parteienzusammenarbeit). In nur wenigen Ländern richten sich die Aktivitäten der KAS stärker – aber auch hier nicht ausschließlich – an Vertreter von Parteien, die den Grundwerten der Stiftung – Freiheit (Demokratie), Solidarität, Gerechtigkeit (Soziale Marktwirtschaft) – nahe stehen. Prinzipiell ähneln die Aktivitäten den be-

reits oben genannten Maßnahmen, nur dass sich aufgrund des gemeinsamen Wertehorizonts und der z.T. seit Jahrzehnten bestehenden Zusammenarbeit – wie im Falle von LAKAS-(KAMPI)-CMD – ein Vertrauensverhältnis hat entwickeln können, auf dessen Grundlage die Zusammenarbeit und Förderung demokratischer (Nachwuchs)Kräfte enger ist als in den meisten anderen Fällen.

Obwohl der KAS in Asien in der Mehrzahl der Länder Partnerparteien fehlen, ist die Parteienzusammenarbeit der Stiftung in Asien durchaus werteorientierte Parteienzusammenarbeit und ggf. auch -förderung, nur dass sich die Aktivitäten in lediglich in Ausnahmefällen stärker, aber auch hier nicht ausschließlich, an eine Partei pro Land richten. Darüber hinaus sind sie eher überparteilich und auf Herausbildung und Verstärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze und Verfahren gerichtet.

Die Arbeit internationaler (EZ)Organisationen muss den lokalen oder regionalen Gegebenheiten Rechnung tragen. Will eine politische Stiftung im jeweiligen Projektland, auch in Diktaturen oder Einparteiensystemen, Einfluss nehmen auf die gesellschaftspolitischen Diskussionen oder gar auf demokratische Öffnung und Wandlungsprozesse, dann müssen auch Kontakte zu den Machthabern hergestellt werden, um ihnen gegenüber den eigenen, demokratischen Standpunkt zu vertreten. Ebenso gilt, dass realitäts-,blinde“ Vermittlung eigener Werte und Institutionen ebenso schnell negative Folgen (Ausweisung) nach sich ziehen könnte wie falsch verstandene Partnerschaften, wenn keine Partei anzutreffen ist, mit denen die KAS gemeinsame Werte teilt („lieber Kooperation/Förderung mit/von Partei X als mit keiner Partei“). Dies würde erstens unseren eigenen Grundsätzen zuwiderlaufen und zweitens zu ernsthaften Glaubwürdigkeitsproblemen führen. Auch das Nichtvorhandensein von engen politischen Partnerschaftsbeziehungen in manchen Fällen ist werteorientierte Parteienzusammenarbeit. Das ist keineswegs opportunistisch (im negativen Sinne), sondern Real-(EZ-)Politik.

Zusammenarbeit mit mehreren demokratisch orientierten Parteien, überparteiliche Kooperationen und mittelbare Parteienförderung haben sich in Asien bisher als der am besten geeignete Ansatz erwiesen, um langfristig mit den Partnern vor Ort einen Beitrag zur Vermittlung und Förderung demokratischer Normen und Verfahren leisten zu können. Die EZ-Forschung zeigt, dass die lokale und regionale Projektarbeit dabei in der Regel größere Erfolge verzeichnen kann, als die staatliche Global-EZ, die in vielen Fällen

entweder die falschen Akteure gefördert, zum Anwachsen der Bürokratie und zur dauerhaften Abhängigkeit von Transfers geführt hat (Faust und Leiderer 2008).

Dr. Karsten Grabow

Projektreferent für internationale Parteienzusammenarbeit

in Zusammenarbeit mit

Dr. Colin Dürkop

Landesbeauftragter der KAS für Korea und Japan (bis August 2009 Regionalbeauftragter der KAS für Ost- und Südostasien, Singapur)

Winfried Weck

Landesbeauftragter der KAS für Indonesien und Ost-Timor

LITERATURVERZEICHNIS

- Bertelsmann Stiftung. 2008. *Bertelsmann Transformationsindex 2008. Political Management in International Comparison*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
 - Faust, Jörg und Stefan Leiderer. 2008. „Zur Effektivität und politischen Ökonomie der Entwicklungszusammenarbeit“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 49. Jg., Heft 1, S.129-152.
 - Grabow, Karsten und Frank Spengler. 2007. „Party cooperation of KAS: principles, goals and activities“, in: *Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Parties and Democracy. The KAS Democracy Report 2007*. Bonn: Bouvier-Verlag, S. 371-382.
 - Grabow, Karsten, Wilhelm Hofmeister, Hans-Joachim Veen u.a. 2008. *Parteienzusammenarbeit und Parteienförderung der KAS. Leitfaden für die internationale Zusammenarbeit*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
 - Khanna, Parag. 2009. *Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung*. Berlin: Berlin-Verlag.
 - Köllner, Patrick. 2006. *Die Institutionalisierung politischer Parteien in außereuropäischen Regionen*. in: *KAS Auslandsinformationen 11/06*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 6-24.
 - Merkel, Wolfgang et al. 2003. *Defekte Demokratie*. Opladen: Leske & Budrich.
 - Ufen, Andreas. 2008. „Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung in Südostasien“, in: *Karsten Grabow und Patrick Köllner (Hrsg.). Parteien und ihre Wähler. Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung im internationalen Vergleich*. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 103-122.
- 1| Dieser Abschnitt enthält Teile eines Leitfadens für die internationale Parteienzusammenarbeit der KAS (Grabow, Hofmeister, Veen u.a. 2008), der weitere normative Kriterien sowie regionalspezifische Ansätze der Parteienzusammenarbeit und -förderung benennt.
 - 2| Kompliziert wird die Lage dadurch, dass die Jugendorganisation einer weiteren Partei, der Neuen Rechten (NR), auch der Jugendorganisation der EVP (YEPP) angehört. Die NR hat sich jedoch durch die Ablehnung ihrer 2008 gewonnenen Parlamentssitze und die Unterstützung der militanten außerparlamentarischen Opposition selbst marginalisiert und vertritt außerdem marktliberale Positionen, die nur sehr bedingt mit den wirtschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der KAS vereinbar sind.
 - 3| Zu diesem Zweck wurde im Mai 2009 beispielsweise ein Memorandum of Understanding mit dem Pakistan Institute for Parliamentary Services (PIPS) unterzeichnet. Darüber hinaus unterstützt die KAS die Gründung einer deutsch-pakistanischen Parlamentariengruppe, um den Politikerdiallog zwischen beiden Ländern zu fördern.
 - 4| Im Jahre 1995 eröffnete der CDI-Weltverband in Manila bereits ein Sekretariat. Als Regionalorganisation für die Region Asien-Pazifik konstituierte sich CDI Asia-Pacific erst 2006, s. auch Anm. 6.
 - 5| Die georgischen Parteien orientieren sich allerdings eher westwärts und streben – sofern nicht bereits geschehen – Mitgliedschaften in der EVP und ihren Subverbänden wie YEPP an.
 - 6| An der Gründung von CDI Asia-Pacific im Dezember 2006 war die KAS nicht beteiligt. Hierbei handelte es sich um eine Initiative des damaligen Vorsitzenden des CDI-Weltverbandes, José Maria Aznar, des CDI-Vizepräsidenten José de Venecia, des EVP-Präsidenten Wilfried Martens, des EVP-Generalsekretärs Antonio Lopez-Isturiz und anderer hochrangiger europäischer Politiker. CDI Asia-Pacific hat seinen Sitz in Manila und wird von Francis Manglapus, dem Sohn des ehemaligen Außenministers der Philippinen, Raul Manglapus, geführt.

ANHANG

KOMMENTIERTES ABKÜRZUNGS- VERZEICHNIS

- AA, Auswärtiges Amt,
<http://www.diplo.de>.
- APDU, *Asia Pacific Democrat Union*, Regionalorganisation der Internationalen Demokratischen Union (IDU) im asiatisch-pazifischen Raum. APDU wurde 1982 in Tokio gegründet. Derzeit gehören dem Bündnis 14 Parteien an. Vorsitzender ist z.Zt. der frühere Premierminister Sri Lankas, Ranil Wickremesinghe (*United National Party*); Generalsekretär ist Bruce Edwards von der *Liberal Party*, Australiens.
http://www.idu.org/regional_list.aspx.
- ASEAN, *Association of Southeast Asian Nations*/Verband Südostasiatischer Nationen. ASEAN ist eine internationale Organisation südostasiatischer Staaten mit Sitz in Jakarta (Indonesien). Sie wurde 1967 von Thailand, Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Singapur gegründet. Ziel war die Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs, des sozialen Fortschritts und der politischen Stabilität. Heute hat die ASEAN zehn Mitgliedstaaten mit rund 575 Millionen Einwohnern. Im November 2007 einigten sich die Regierungschefs der ASEAN auf den Entwurf einer grundlegenden Charta, die die einzelnen Mitgliedstaaten zur Wahrung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten verpflichten soll.
- BMZ, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,
<http://www.bmz.de>.
- BTI, Bertelsmann-Transformationsindex. Der von der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Münchner Centrum für angewandte Politikforschung jährlich erstellte BTI bewertet anhand von standardisierten Ländergutachten Zustand und Entwicklungsfortschritt in 125 Entwicklungs- und Transformationsländern.
<http://www.bertelsmann-transformation-index.de>.
- CDI-IDC, *Centrist Democrat International-Internationale Démocrate-Chrétienne*; 1961 in Santiago de Chile gegründeter Weltverband christlich-demokratischer, zentristischer und christlich-sozialer Parteien. Aktuell hat das Bündnis 100 Mitgliedsparteien. Präsidenten des Verbands sind der ehemalige Staatspräsident Mexikos, Vicente Fox Quesada, sowie der ehemalige Präsident der italienischen Abgeordnetenversammlung, Pier Ferdinando Casini. Generalsekretär ist Antonio López-Istúriz aus Spanien.
<http://www.cdi-idc.com>.
- *CDI-Asia Pacific* ist die Regionalorganisation der CDI-IDC im asiatisch-pazifischen Raum. Nachdem der Weltverband bereits im Jahre 1995 ein Regionalbüro in Manila eröffnete, wurde *CDI-Asia Pacific* als CDI-Regionalorganisation Ende 2006 in der philippinischen Hauptstadt gegründet. Das Sekretariat von CDI Asia-Pacific wird von Francis Manglapus/Philippinen geführt.
<http://www.cdi-idc.com/memberparties.php>.
- FES, Friedrich-Ebert-Stiftung, ist die älteste politische Stiftung Deutschlands (gegr. 1925). Sie steht der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) nahe.
<http://www.fes.de>.
- HSS, Hanns-Seidel-Stiftung, 1967 gegründete und der Christlich-Sozialen Union (CSU) nahestehende politische Stiftung.
<http://www.hss.de>.
- ICAPP, *International Conference of Asian Political Parties*. Die ICAPP wurde im Jahr 2000 erstmals mit Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung in Manila abgehalten. An deren Zustandekommen war maßgeblich der damalige CDI-Vizepräsident José de Venecia/Philippinen beteiligt. ICAPP wurde ins Leben gerufen, um die politische Kooperation in Asien auch auf der Parteebene fortzusetzen. Die seit Gründung regelmäßig stattfindende Konferenz ist ein Forum der parteiübergreifenden politischen Kooperation in Asien.
<http://www.theicapp.org>.

- IDU, *International Democrat Union*/Internationale Demokratische Union, 1983 gegründete Arbeitsgemeinschaft von 45 konservativen und christlich-demokratischen Parteien aus 34 Ländern. Mitgliedsverbände sind *Americas Democrat Union* (ADU); *The Asia Pacific Democrat Union* (APDU); *The Caribbean Democrat Union* (CDU); *The Democrat Union of Africa/African Dialogue Group* (DUA/ADG) und die *European Democrat Union*, zu der auch die Europäische Volkspartei (EVP) gehört. Vorsitzender ist gegenwärtig der ehemalige australische Premierminister John Howard.
<http://www.idu.org>.
- IRI, *International Republican Institute*, 1983, im Rahmen der Gründung des *National Endowment for Democracy* (NED) in den USA entstandenes politisches Bildungs- und Beratungsinstitut der Republikanischen Partei. Es ist weltweit in mehr als 70 Ländern tätig ist.
<http://www.iri.org>.
- NDI, *National Democratic Institute for International Affairs*, politisches Bildungs- und Beratungsinstitut der Demokratischen Partei der USA. Das NDI entstand 1983 im Zuge der Gründung des *National Endowment for Democracy* (NED). Weltweit ist das NDI in mehr als 70 Ländern tätig.
<http://www.ndi.org>.
- SAARC, *South Asian Association for Regional Cooperation*/Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation. Die SAARC wurde im Dezember 1985 in Bangladesch gegründet. Das Ziel liegt in der Vertiefung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere in der Koordination des grenzüberschreitenden Handels. Mitgliedsländer sind Bangladesch, Bhutan, Indien, die Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka und Afghanistan; Beobachterstatus haben China, Japan, Südkorea, Iran, die USA sowie die Europäische Union.
<http://www.saarc-sec.org>.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR UND MATERIALIEN (AUSWAHL)

- Asshiddiqie, Jimly, Ernst Benda, Norbert Eschborn und Dieter C. Umbach. 2006. *Tugas dan Tantangan Mahkamah Konstitusi di Negara-Negara Transformasi Dengan Contoh Indonesia (Aufgaben und Herausforderungen der Verfassungsgerichte in Transformationsländern am Beispiel Indonesiens)*. Jakarta: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Atilgan, Canan. 2008. „Wahlen in Thailand: Machtkampf zwischen Thaksin und dem Militär“, in: *KAS Auslandsinformationen 1/2008*, S. 89-104.
- Betz, Joachim. 2008. „Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung in Indien“, in: *Karsten Grabow und Patrick Köllner (Hrsg.). Parteien und ihre Wähler: Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung im internationalen Vergleich*. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 123-148.
- Carlos, Clarita. 2007. *Electoral Reform in the Philippines: Issues and Challenges*. Manila: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- *Center for Social Policy at the Ateneo School of Government*. 2007. *How To Win an Election: Lessons from the Experts*. Manila: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Djojosoekarto, Agung. 2005. *Dinamika dan Kapasitas DPR Dalam Tata Pemerintahan Demokratis (Dynamik und Kapazitäten der Regionalparlamente im demokratischen Regierungssystem)*. Jakarta: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Eschborn, Norbert, Sabrina Hackel und Joyce Holmes Richardson. 2005. *Indonesia Today: Problems and Perspectives – Politics and Society Five Years into Reformasi*. Jakarta: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Eschborn, Norbert und Ruddy Gobel. 2005. „Media and Democracy in Indonesia“, in: *Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). Media and Democracy. The KAS Democracy Report 2005*. Bonn: Bouvier, S. 115-175.

- Eschborn, Norbert, Simon Bunjamin und Cathrin Gräber. 2006. *Democratization and the Issue of Terrorism in Indonesia*. Jakarta: Konrad-Adenauer-Stiftung.
 - Gutschmidt, Britta. 2009a. „Präsidentenwahl in Indonesien – Team Yudhoyono-Boediono mit guten Aussichten auf den Sieg“. Jakarta: Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderbericht.
 - Gutschmidt, Britta. 2009. „Indonesien hat gewählt – Partai Demokrat mit starkem Stimmenzuwachs vor etablierten Parteien“. Jakarta: Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderbericht.
 - Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). 2003. *Transformasi Menuju Demokrasi Lokal (Die Transformation der kommunalen Demokratie)*. Jakarta: Konrad-Adenauer-Stiftung.
 - KAS. 2006. *Parties and Democracy in India*. New Delhi: Konrad-Adenauer-Stiftung.
 - KAS / UIN. 2007. *Syariah Islam dan HAM – Dampak Perda Syariah Terhadap Kebebasan Sipil, Hak-hak Perempuan, dan Non-Muslim (Die islamische Shari'a und Recht - Auswirkungen islamischer Regionalverordnungen auf die zivilen Freiheitsrechte, Frauenrechte und Nicht-Muslime)*. Jakarta: Konrad-Adenauer-Stiftung.
 - KAS 2008. *Emergence of Regional Parties in India*. New Delhi: Konrad-Adenauer-Stiftung.
 - KAS (Hrsg.). 2009. *Parties and Democracy, Vol. II. The KAS Democracy Report 2009*. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
 - KAS. 2009. *Wahlervotum für klare politische Verhältnisse und einen säkularen Staat*. New Delhi: Konrad-Adenauer-Stiftung.
 - Mehra, Ajay K., D.D. Khanna und Gert W. Kueck (Hrsg.). 2003. *Political Parties and Party Systems*. New Delhi: Sage Publications.
 - Nogsuan Sawasdee, Siripan. 2006. *Thai Political Parties in the Age of Reform*. Bangkok. Konrad-Adenauer-Stiftung und IPPS.
 - Traimas, Chawanna . 2005. *Die Politik der thailändischen Parteien*. Bangkok. Konrad-Adenauer-Stiftung und IPPS (in Thai).
 - Ufen, Andreas. 2008. „Gesellschaftliche Konfliktlinien und Wählermobilisierung in Südostasien“, in: Karsten Grabow und Patrick Köllner (Hrsg.). *Parteien und ihre Wähler*. Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 103-122.
 - Weck, Winfried. 2009. „SBY bleibt Indonesiens Präsident“. Jakarta: Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderbericht.
- AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS UND REGIONALPROGRAMME DER KAS IN ASIEN**
- Afghanistan / Kabul
<http://www.kas.de/afghanistan>
 - China / Peking und Shanghai
<http://www.kas.de/china>
 - Indien / Neu Delhi
<http://www.kas.de/proj/indien>
 - Indonesien und Ost-Timor / Jakarta
<http://www.kas.de/indonesien>
 - Japan / Tokio
<http://www.kas.de/japan>
 - Kambodscha / Phnom Penh
<http://www.kas.de/kambodscha>
 - Korea / Seoul
<http://www.kas.de/korea>
 - Malaysia / Kuala Lumpur
<http://www.kas.de/malaysia>
 - Mongolei / Ulaanbaatar
<http://www.kas.de/mongolei>
 - Pakistan / Islamabad
<http://www.kas.de/pakistan>
 - Philippinen / Manila
<http://www.kas.de/philippinen>
 - Thailand / Bangkok
<http://www.kas.de/thailand>
 - Vietnam / Hanoi
<http://www.kas.de/vietnam>

- Medienprogramm – Teil Asien / Singapur
<http://www.kas.de/rspasien>

- Rechtsstaatsprogramm – Teil Asien / Singapur
<http://www.kas.de/medienasien>

- Regionalprogramm Politikdialog Asien / Singapur
<http://www.kas.de/singapur>

- Regionalprogramm Demokratieförderung
Kasachstan und Zentralasien / Astana
<http://www.kas.de/zentralasien>

- Regionalprogramm Politischer Dialog
Südkaucasus / Tiflis
<http://www.kas.de/georgien>